

Torben Schwuchow

Kampf um Würde in der Arbeit

Rechtspopulismus als Ausdruck eines
moralischen Unrechtsempfindens



Nomos

Die Reihe dient als Publikationsort für Beiträge zur Populismusforschung. Sie deckt ein pluralistisches Spektrum an theoretischen, ideengeschichtlichen und empirischen Ansätzen ab. Neben den Publikationen der DVPW-Themengruppe Populismus, die die Workshops und Tagungen der Themengruppe dokumentieren, erscheinen in der Reihe Monografien, Sammelbände und wissenschaftliche Essays, die das wachsende Feld der Populismusforschung in dessen ganzer Breite reflektieren. Interessierte senden ihr fertiges Manuskript oder Kurzexposé mit Gliederung und Zeitplan an populismus@dvpw.de. Manuskripteinsendungen durchlaufen ein internes Begutachtungsverfahren durch Herausgeber und Beirat.

Schriften der Themengruppe Populismus in der DVPW

herausgegeben von

Dr. Daniela Caterina

Nina Elena Eggers

PD Dr. Seongcheol Kim

PD Dr. Kolja Möller

PD Dr. Veith Selk

Wissenschaftlicher Beirat

Brigitte Bargetz (Kiel), **Paula Diehl** (Kiel),

Federico Finkelstein (New York), **Mareike Gebhardt** (Münster),

Dirk Jörke (Darmstadt), **Jan-Werner Müller** (Princeton),

Martin Nonhoff (Bremen), **Birgit Sauer** (Wien),

Jasmin Siri (München), **Gabriele Wilde** (Münster)

Band 3

Torben Schwuchow

Kampf um Würde in der Arbeit

Rechtspopulismus als Ausdruck eines
moralischen Unrechtsempfindens



Nomos

I acknowledge support for the publication cost by the Open Access Publication Fund of Paderborn University.

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Hans **Böckler**
Stiftung ■■■

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Paderborn, Univ., Diss., 2023

1. Auflage 2023

© Torben Schwuchow

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1392-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1934-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748919346>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Dank

Die vorliegende Arbeit ist eine leicht gekürzte und überarbeitete Version meiner im Februar 2023 eingereichten Dissertationsschrift an der Universität Paderborn. Viele Menschen haben mich während meiner Promotion mit Rat und Tat unterstützt und zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Ihnen möchte ich hier danken: Prof. Dr. Bettina Kohlrausch und Prof. Dr. Dirk Jörke haben mich in der gesamten Promotionsphase unterstützt, mir in schwierigen Momenten wichtige Ratschläge gegeben und mir immer wieder Möglichkeiten eröffnet, meine Arbeit auch in größeren Kreisen zu präsentieren. Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei folgenden Personen, die große Teile der Arbeit gelesen und durch viele Kommentare bereichert haben: Tillmann Schreinemacher, Malte Albrecht, Magdalena Pollozcek, Andreas Hövermann, Tobias Heinze, Jürgen Schwuchow, Jaromir Sykora, Dominik Piétron. Für ihre Unterstützung und ihren Zuspruch möchte ich ganz besonders Sonia Kupferschmid danken. Unsere langen Gespräche über viele inhaltliche Aspekte sowie über die Herausforderungen der Promotion haben mich immer wieder inspiriert und mir Mut gegeben. Den Herausgeberinnen und Herausgebern der „Schriftenreihe der Themengruppe Populismus in der DPVW“ möchte ich für die Aufnahme meiner Dissertationsschrift danken. Besonderer Dank geht dabei an Veith Selk, für seine Initiative, und Seongcheol Kim, für die Durchsicht und Kommentierung des Manuskripts. Für die gute Zusammenarbeit mit dem Nomosverlag möchte ich Beate Bernstein und Raina Vogt danken. Bei der Hans-Böckler-Stiftung und der Universität Paderborn möchte ich mich herzlich für die finanzielle Unterstützung der Publikation bedanken. Für bestehende Fehler und argumentative Schwächen dieser Untersuchung trage ich die alleinige Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
1. Einleitung	13
2. Rechtspopulistische Wahlmotive in der Diskussion	21
2.1. Die Autoritarismusthese	22
2.2. Die Kommunitarismusthese	32
2.3. Moralisches Unrechtsempfinden und die produktivistische Ethik	38
2.4. Neue produktivistische Ideale linker Parteien	44
2.5. Fazit und Aufstellen der Forschungsthese	54
3. Gehalt und gesellschaftliche Verortung der produktivistischen Ethik	57
3.1. Respekt als Achtung der Würde des Menschen	58
3.2. Respekt und Ehre in der Klassengesellschaft	66
3.3. Fazit und Konkretisierung der Forschungsthese	71
4. Erwerbsklassenmodelle und Polarisierung der Arbeitswelt	75
4.1. Erwerbsklassenmodelle nach Goldthorpe, Wright und Oesch	76
4.1.1. Goldthorpes formales Erwerbsklassenmodell	76
4.1.2. Wrights Ausbeutungsmodell	78
4.1.3. Oeschs horizontales Erwerbsklassenmodell	81
4.1.4. Zwischenfazit	83
4.2. Wandel der Anerkennung von Arbeit	85
4.3. Fazit und Konkretisierung der Forschungsthese	92
5. Der Kampf um Würde in der Arbeit	95

5.1. Zum Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Würde	96
5.2. Entwicklung eines Konzepts zur empirischen Untersuchung des Kampfs um würdevolle Arbeit	99
5.3. Fazit	108
6. Überprüfung der Forschungsthese und Darlegung der Methoden	111
6.1. Beschreibung des Datensatzes	111
6.2. Wer ist von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen?	114
6.2.1. Explorative Clusteranalyse	119
6.2.2. Deskriptive Analyse der Cluster	126
6.2.3. Die soziodemografischen Merkmale der drei Cluster	130
6.2.4. Die arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster	133
6.2.5. Vergleich der Cluster mit Erwerbsklassenmodellen	135
6.2.6. Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse	141
6.3. Kampf um Würde in der Arbeit und AfD-Wahl	143
6.3.1. Deskriptive Untersuchung des Wahlverhaltens der drei Cluster	144
6.3.2. Logistische Regressionsanalyse	146
6.3.3. Deutung der Ergebnisse	155
6.4. Fazit der empirischen Untersuchungen	163
7. Ausblick	165
7.1. Refeudalisierung	166
7.2. Arbeit, Würde und Demokratie	170
Literaturverzeichnis	175
Anhang	185
A Kreuztabellen: Soziodemografischen Merkmale der Cluster	185
B Kreuztabellen: Arbeitsrelevanten Merkmale der Cluster	188
C Einschränkungen der empirischen Untersuchung	192

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dendrogramm Single-Linkage-Verfahren	120
Abbildung 2: Dendrogramm Ward-Linkage-Verfahren	122
Abbildung 3: Drei-Clusterlösung	125
Abbildung 4: Cluster 1	126
Abbildung 5: Cluster 2	127
Abbildung 6: Cluster 3	128
Abbildung 7: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 1	151
Abbildung 8: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 2	152
Abbildung 9: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 3	153
Abbildung 10: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 4	154
Abbildung 11: Logistische Regression Wahl Linkspartei	157
Abbildung 12: Logistische Regression SPD-Wahl	158
Abbildung 13: Regression Kulturkommunitarismus	162

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Goldthorpes Erwerbsklassenmodell	77
Tabelle 2:	Wrights Erwerbsklassenmodell	80
Tabelle 3:	Oeschs Erwerbsklassenmodell	82
Tabelle 4:	Übersicht Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21	113
Tabelle 5:	Operationalisierung "Institutionelle Demütigungen in der Arbeit"	117
Tabelle 6:	Operationalisierung "Gegenwehrstrategien"	118
Tabelle 7:	Duda-Hart-Index	123
Tabelle 8:	Übersicht der Cluster	130
Tabelle 9:	Die soziodemografischen Merkmale der drei Cluster	131
Tabelle 10:	Die arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster	133
Tabelle 11:	Zusammensetzung der Cluster nach Erwerbsklassen	137
Tabelle 12:	Oeschs Erwerbsklassenmodell (ohne selbständige Arbeitslogik)	138
Tabelle 13:	Arbeitslogiken und Cluster	139
Tabelle 14:	Sonntagsfrage	144
Tabelle 15:	Zusammensetzung der Wählerschaften nach Clusterzugehörigkeit	146
Tabelle 16:	Übersicht logistische Regressionsanalysen	150

Tabellenverzeichnis

Tabelle 17:	Monatliches Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen	185
Tabelle 18:	Migrationshintergrund	185
Tabelle 19:	Wohnort	186
Tabelle 20:	Altersgruppen	186
Tabelle 21:	Geschlecht	187
Tabelle 22:	Bildungsabschluss	187
Tabelle 23:	Befristung	188
Tabelle 24:	Tarifvertrag	188
Tabelle 25:	Betriebsrat	189
Tabelle 26:	Gewerkschaftsmitgliedschaft	189
Tabelle 27:	Berufl. Qualifizierung	190
Tabelle 28:	Betriebsgröße	190
Tabelle 29:	Wirtschaftszweig	191

1. Einleitung

In seiner Kurzgeschichte „In den Gängen“ porträtiert der Schriftsteller Clemens Meyer Arbeiter¹ und ihre Arbeitsabläufe in einem Großmarkt. Die Arbeit in den Gängen ist hart, aber niemals unmenschlich. Die Kollegen sind füreinander da, auch wenn sie im Umgangston ihrer Arbeitsumgebung entsprechend kurz angebunden und bisweilen schroff sind. Doch immer wieder werden die rauen Oberflächen von einer Zärtlichkeit durchdrungen. Das zeigt sich nicht nur in den sich entwickelnden Beziehungen zwischen den Warenverräumern, sondern auch in der Interaktion zwischen Mensch, Maschinen und der direkten Arbeitsumgebung. Die Arbeitsorte und -aufgaben werden durch die Arbeiterinnen neu interpretiert und mit Leben gefüllt: die Waren aus dem Tiefkühlraum bei Minus 20 Grad mitten in der Nacht zu schleppen, wird zu einer Expedition nach „Sibirien“, die Abteilung des Warenangebots an lebendigen Fischen und Krebsen wird von der Belegschaft „das Meer“ genannt und Gabelstapler sind die „Ameisen“, die nicht nur mit Eleganz und Perfektion geführt werden müssen, sondern eine ganz eigene Schönheit besitzen. So lauschen der Warenverräumer Christian und seine Kollegin Marion, nachdem sie vom Suizid ihres Kollegen Bruno erfahren haben, der Hydraulikanlage des Gabelstaplers und denken an ihren verstorbenen Kollegen: „Die Gabel senkte sich mit einem Zischen und Rauschen, das war die austretende Luft der Hydraulikanlage, und es klang tatsächlich ein wenig wie das Rauschen der Wellen am Meer“ (Meyer 2018, 212).

In dieser Kurzgeschichte beschreibt Clemens Meyer auf nur wenigen Seiten die Herausforderungen jener Tätigkeiten, die in der wissenschaftlichen Arbeitsforschung vielfach unter dem Terminus „Einfacharbeit“ subsumiert werden. Diese Tätigkeiten sind vielfach erschöpfend, monoton und von Überwachung und Kontrolle geprägt. Um sie zu meistern und den kalten, funktionalen Arbeitsabläufen etwas entgegen zu setzen, eignen sich die Arbeiter in Meyers Kurzgeschichte die Arbeit an und interpretieren sie neu.

1 Die männliche und weibliche Form wird in dieser Studie in beliebigem Wechsel verwendet, wenn das Geschlecht von Personen oder Personengruppen unbekannt ist. Das schließt alle Geschlechter mit ein und erspart sowohl umständliche Konstruktionen, die den Lesefluss möglicherweise negativ beeinträchtigen, als auch eine ausschließliche Verwendung des generischen Maskulinums.

Die Arbeit wird dadurch nicht nur zu einer Quelle der Poesie, sondern die Arbeiter bewahren durch diese Akte der Aneignung auch ihre Selbstachtung und verschaffen ihrer Arbeit eine eigene Würde. Meyers poetischer Beschreibung kommt dabei der Verdienst zu, dass sie weder anklagend, noch verklärend oder idealisierend ist. Die Protagonisten in den Gängen sind weder Helden noch Opfer der Arbeit, sondern Menschen, die in einem Großmarkt schuften und dabei Wege erkunden, ihren Dienst erträglicher zu gestalten.

Ein derartig poetisches und zugleich realistisches Porträt von Arbeitsabläufen, Erlebnissen und Begegnungen am Arbeitsplatz kann die nüchterne Sprache der Wissenschaft nicht vermitteln. Dennoch ist diese Kurzgeschichte von Clemens Meyer ein passender Ausgangspunkt für die vorliegende Studie, in der ebenfalls das Ringen um Würde und Selbstachtung in der Arbeit untersucht werden soll. Eingebettet wird diese Untersuchung des Kampfs um Würde in der Arbeit in der vorliegenden Studie durch eine Analyse der Wahlerfolge der AfD in Deutschland. Damit ergeben sich zwei Forschungsgegenstände, die jedoch eng miteinander verbunden sind. Zum einen soll danach gefragt werden, welchen institutionellen Demütigungen Beschäftigte in der Arbeit ausgesetzt sind und welche Strategien sie anwenden, um sich dagegen zu wehren. Zum anderen soll untersucht werden, ob es einen Zusammenhang zwischen den Entwürdigungserfahrungen in der Arbeitswelt und dem Erfolg der AfD gibt, die, wie Nachwahluntersuchungen immer wieder zeigen, überdurchschnittliche Ergebnisse in den arbeitenden Klassen erzielen kann.² Haben Arbeitssituationen, in denen, anders als in der Kurzgeschichte Clemens Meyers, die Arbeiter keinerlei Möglichkeiten haben, Würde und Selbstachtung zu wahren, einen Einfluss auf politische Einstellungen und Wahlverhalten? Auf diese und weitere damit verbundene Fragen werden in dieser Studie Antworten gesucht.

Eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Arbeitswelt und Rechtspopulismus ist keineswegs neu. Schon vor den jüngsten Erfolgen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD in Deutschland haben sich Wissenschaftlerinnen mit der Frage beschäftigt, inwieweit schlechte Arbeitsbedingungen, Armut oder Arbeitslosigkeit mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Verbindung stehen (vgl. Butterwegge/Hentges 2008). Was dabei bis heute jedoch ausbleibt, ist ein expliziter Blick auf die Be-

2 Dieser Punkt wird im zweiten Kapitel näher ausgeführt.

deutung von Arbeit und Würde.³ Ein Großteil der aktuellen empirischen Analysen des Rechtspopulismus dreht sich stattdessen um die Frage, ob rechtspopulistische Wähler eher von materiellen oder kulturellen Faktoren getrieben werden. Wie ich später darstellen werde, lässt sich dieses Forschungsinteresse auch in Ansätzen beobachten, die aus einer arbeits- oder industriesoziologischen Perspektive auf den Rechtspopulismus blicken.

Oft überwiegt in diesen Forschungen eine stark moralistisch⁴ gefärbte Diskussion des Phänomens: Die Rechtspopulistische Wählerschaft wird oftmals als von Rassismus, Vorurteilen oder Verschwörungstheorien geleitet oder von dunklen politischen Mächten verführt dargestellt. Stärker auf materielle Ursachen abhebende Analysen versuchen, dieser einseitigen Betrachtungsweise etwas entgegenzusetzen, indem sie auch Motive des Protests oder der ökonomischen Not stärker betonen. Vielmals lässt sich jedoch auch in diesen Analysen der Vorwurf eines ‚falschen Bewusstseins‘ in Richtung des rechtspopulistischen Elektorats erkennen. Wären etwa die Wählerinnen der AfD nur besser informiert, gebildeter oder moralisch aufgeklärter, dann, so scheinen es zumindest einige zu hoffen, würden sie den Versprechen ihrer „falschen Freunde“ (vgl. Misik 2019) nicht auf den Leim gehen und möglicherweise bei der nächsten Wahl ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen.

Dieser stark moralistisch gefärbten Darstellung möchte die vorliegende Arbeit etwas entgegenstellen. Das Thema der Moral soll dabei jedoch keineswegs ausgeklammert werden. Statt ein moralisches Urteil über die rechtspopulistische Wählerschaft zu fällen oder eine weitere Abhandlung zur Streitfrage des materiellen oder kulturellen Grundes für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien zu verfassen, soll in dieser Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Würde und Arbeit nach dem im Rechtspopulismus Ausdruck findenden moralischen Unrechtsempfinden gefragt werden. Ideengeschichtliche Studien zeigen, dass dieses Unrechtsempfinden typischerweise in linken sowie rechten Populismen durch eine produktionsistische Ethik zum Ausdruck kommt. In dieser Ethik werden insbesondere die moralische Bedeutung einer existenzsichernden, respekt-

3 In jüngster Zeit gewinnt die Forschungsperspektive auf verletzte Moralansprüche als Ursache des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien in Deutschland an Einfluss. Dabei wird auch auf den Zusammenhang zwischen Arbeitswelt, Moralempfinden und den Aufstieg rechter Parteien verwiesen (vgl. Dörre 2020, Harder/Opratko 2022).

4 Zum Moralismus in der aktuellen Populismusforschung vgl. die Beiträge von Jörke/Selk 2018 sowie Kim 2021.

und würdevollen Arbeitsstelle sowie (Arbeits-)Leistung und ökonomische Unabhängigkeit hervorgehoben.

Charakteristisch für diese Ethik ist ein moralisches Unrechtsempfinden, welches sich gegen all jene richtet, die sich aus Sichtweise der Produzentenethik unverhältnismäßig und vielmals auf Kosten einer Mehrheit bereichern. Diese produktionsistische Kritik äußert sich sowohl gegenüber einer als abgehoben empfundenen Elite als auch durch stigmatisierende Vorwürfe gegenüber ‚faulen Armen‘, ‚leistungsunwilligen Sozialschmarotzern‘ oder Geflüchteten. Auch wenn sich, wie später detaillierter gezeigt werden soll, diese doppelte Abgrenzung nach oben und unten historisch sowohl in linken wie auch rechten politischen Strömungen finden lässt, ist derzeit vor allem ein rechtspopulistischer Produktionismus der AfD in Deutschland erfolgreich.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, diesen Zusammenhang zwischen dem moralischen Unrechtsempfinden, ausgedrückt durch eine produktionsistische Ethik, und dem gegenwärtigen Erfolg rechtspopulistischer Parteien wie der AfD theoretisch zu beschreiben und empirisch zu überprüfen. Dazu gliedert sich die Arbeit in einen theoretischen Teil (Kapitel 2-4), in der die zu überprüfende Forschungsthese schrittweise ausgearbeitet wird sowie einen empirischen Teil (Kapitel 5 und 6), in der die theoretischen Überlegungen konzeptioniert und anhand einer quantitativen Untersuchung überprüft werden sollen. Im letzten Teil (Kapitel 7) werden die Ergebnisse der Studie abschließend in einen größeren Kontext eingeordnet.

In Kapitel 2 wird ausgehend von der kritischen Diskussion zweier prominenter Deutungen rechtspopulistischer Wahlmotive die zentrale Forschungsthese dieser Arbeit entwickelt, dass im Rechtspopulismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Die Annahme lautet zudem, dass dieses Unrechtsempfinden sich durch eine produktionsistische Ethik äußert. Diese Forschungsthese stützt sich sowohl auf empirische Befunde aus den USA über das Unrechtsempfinden populistischer Wählerinnen als auch auf allgemeine theoretische Betrachtungen über das Entstehen von Ungerechtigkeitsgefühlen. Die gesellschaftliche Organisation von Arbeit und die ungleiche Wertschätzung von Arbeitsleistungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Es wird gezeigt, dass die produktionsistische Ethik nicht nur in den historischen Vorläufern populistischer Bewegungen, sondern vor allem auch in der Entstehung der Arbeiterbewegung sowie der Sozialdemokratie in Europa eine wichtige Quelle des moralischen Unrechtsempfindens und damit auch des politischen Protests der arbeitenden Klassen war. Am Ende dieses Kapitels wird der Bogen in die

Gegenwart gespannt. Anhand einer Beschreibung des programmatischen Wandels linker Parteien wird argumentiert, dass diese zunehmend einen neuen, elitären Produktionismus vertreten, der sie für hoch qualifizierte Akademikerinnen attraktiver macht als für ihre ursprünglichen Wählerschaften. Durch diesen Wandel ist eine Repräsentationslücke entstanden, die rechtspopulistische Parteien durch Betonung klassischer produktivistischer Ideale erfolgreich besetzen.

Im dritten Kapitel wird dem analytischen Gehalt der für eine produktivistische Ethik zentralen Begriffe wie Würde, Respekt oder auch Anstand nachgegangen. Daran anschließend wird die Frage erörtert, warum die produktivistische Ethik, in der würdevolle Arbeit eine so zentrale Rolle spielt, vor allem in den arbeitenden Klassen verankert sein soll. Dazu werden Theorien erörtert, die auf die klassenspezifischen Bedeutungen von Moral und Arbeit hinweisen. In Anlehnung an Ausführungen Axel Honneths, Michéle Lamonts sowie Thorstein Veblens wird argumentiert, dass die produktivistische Ethik als Versuch einer Umdeutung der herrschenden Sozialmoral und Ausdruck eines klassenspezifischen Unrechtsempfindens verstanden werden kann. Konkret beobachten lässt sich dieses Unrechtsempfinden in den alltäglichen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit. Denn in der Arbeitswelt sind gerade die arbeitenden Klassen mit permanenten Bedrohungen ihrer Würde und Selbstachtung konfrontiert. Der Kampf um Würde in der Arbeit ist daher stärker in diesen Klassen präsent als in den oberen Klassen, die in ihrer Arbeit keine derart gewaltigen Demütigungserfahrungen fürchten müssen.

Auf diese ungleichen Arbeitsbedingungen wird im vierten Kapitel weiter eingegangen. Im Zentrum dieses Kapitels steht die Frage, wer empirisch mit dem Begriff der ‚arbeitenden Klassen‘ gemeint ist. Diese Frage wird in den Sozialwissenschaften unterschiedlich beantwortet. In diesem Kapitel werden drei Erwerbsklassenmodelle kritisch diskutiert, die jeweils andere Merkmale für ihre Klassendefinitionen heranziehen. Zusätzlich werden in diesem Kapitel anhand des Wandels der Anerkennungsbeziehung von Arbeit aktuelle Polarisierungstendenzen offengelegt, die Hinweise dafür geben, wer derzeit besonders von Entwürdigung der Arbeit bedroht ist und folglich um Würde in der Arbeit kämpfen muss. Zusammen zeigen diese verschiedenen Analysen, dass vor allem die vertikale Ungleichheit entlang der beruflichen Qualifizierung ausschlaggebend für Ungleichbehandlungen und potentielle Bedrohungen der Würde am Arbeitsplatz ist.

Im fünften Kapitel wird schließlich erörtert, wie sich der alltägliche Kampf um Würde und Respekt in der Arbeit in einer quantitativen Be-

fragung operationalisieren lässt. Dabei werden die Analysen des Würdebegriffs aus dem dritten Kapitel aufgegriffen. In Anlehnung an Avishai Margalit's Definition von Würde und Selbstachtung wird vorgeschlagen, den Kampf um Würde in der Arbeit in einem Zwischenschritt zu untersuchen. So muss zunächst nach den institutionellen Demütigungen gefragt werden, die die Beschäftigten in ihrer Selbstachtung bedrohen. In Anlehnung an Margalit kann dabei zwischen der Demütigung des Kontrollverlusts sowie einer Behandlung als Bürger zweiter Klasse unterschieden werden. In einem zweiten Schritt kann anschließend nach den Gegenwehrstrategien gefragt werden, die Beschäftigte anwenden, um sich gegen diese institutionellen Demütigungen zu wehren. Diese Strategien werden aus arbeitsethnographischen Studien über Kämpfe um Würde am Arbeitsplatz abgeleitet.

In Kapitel 6 gilt es, dieses Konzept zur Messung des Kampfs um würdevolle Arbeit empirisch anzuwenden und die Forschungsthese zu überprüfen. Zunächst soll dazu in einer explorativen Clusteranalyse untersucht werden, welche Beschäftigten unter (welchen) institutionellen Demütigungen am Arbeitsplatz leiden bzw. wer über Gegenwehrstrategien verfügt, um sich gegen diese Demütigungen zu wehren. Die Ergebnisse dieser Clusteranalyse werden in Kapitel 6.2.2. bis 6.2.5 hinsichtlich ihrer soziodemografischen sowie arbeitsrelevanten Merkmale beschrieben. In Kapitel 6.3. wird schließlich die Forschungsthese überprüft, dass in den Wahlerfolgen der AfD das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt, welches sich durch den Kampf um Würde in der Arbeit äußert. Diese Überprüfung erfolgt durch Schätzungen logistischer Regressionsanalysen. Die Ergebnisse dieser Analysen werden zunächst beschrieben und sollen anschließend unter Rückgriff auf die theoretischen Erörterungen interpretiert werden.

Im siebten Kapitel werden ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie weiterführende Überlegungen präsentiert. Diese Überlegungen zeigen Forschungsdesiderate auf, die sich im Anschluss an die Ergebnisse der empirischen Untersuchung ergeben. Aufgrund ihres explorativen Charakters werden diese Überlegungen thesenartig skizziert.

Eine wissenschaftliche Untersuchung, die als Gegenstand die Entwicklung einer Forschungsthese und ihrer empirischen Überprüfung hat, hat den Vorteil, dass der Umfang und das Ziel dieser Studie klar abgesteckt sind. Selbstredend gehen damit Auslassungen einher. Durch die Annäherung an das Phänomen des (Rechts-)Populismus über den Produktionismus bzw. eine produktivistische Ethik liegt der Fokus in dieser Studie notwendigerweise auf der moralischen Bedeutung von Erwerbsarbeit. Andere

Lebensbereiche, die das moralische Unrechtsempfinden eines Menschen beeinflussen können, werden damit bewusst ausgeklammert. Genauso wenig wie dem komplexen Moralempfinden des Menschen kann durch die Engführung in dieser Studie auch nicht der umfassenden wissenschaftlichen Debatte über Definitionen und Merkmale des Populismus Rechnung getragen werden. Es geht in dieser Studie ausdrücklich um *eine* mögliche und bisweilen noch zu selten beleuchtete Perspektive auf ein gegenwärtiges, in nahezu allen liberalen Demokratien zu beobachtendes politisches Phänomen. Im Idealfall helfen die Ergebnisse dieser Studie in Zusammenschau mit anderen wissenschaftlichen Erörterungen, die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Zukunft besser zu verstehen.

2. Rechtspopulistische Wahlmotive in der Diskussion

Herrschte lange Zeit Unklarheit über das Elektorat der AfD, lässt sich mittlerweile anhand vergangener Urnengänge sowie empirischer Untersuchungen zumindest eine klare Tendenz erkennen: Die Wählerschaft der AfD stammt überdurchschnittlich aus den arbeitenden Klassen (vgl. Lux 2018; Tutić und von Hermann 2018; Hambauer und Mays 2018). Dazu werden in der Regel Personen aus den unteren Einkommens- und Bildungsschichten, insbesondere An- und Ungelernte, aber auch Fach-Arbeiter und (einfache) Angestellte gerechnet.⁵ Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass auch bei Angehörigen höherer Einkommensschichten das subjektive Gefühl eines drohenden sozio-ökonomischen Abstiegs entscheidend für eine mögliche Stimmabgabe für die AfD ist (vgl. Lux 2018, 263; Kohlrausch 2018).

Damit lässt sich in Deutschland eine Tendenz erkennen, die sich bereits in anderen europäischen Ländern abzeichnete: Rechtspopulistische Parteien sind auf dem Weg, die „neuen Arbeiterparteien“ zu werden (vgl. Jörke und Nachtwey 2017). Dies gilt nicht nur für die Beobachtung, dass ein Teil der ehemaligen Wähler sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Parteien zu rechtspopulistischen Parteien gewechselt ist, sondern in einigen Ländern auch immer mehr für die wirtschaftspolitische Ausrichtung dieser Parteien (vgl. Hartevelde 2016, Manow 2018, Biskamp 2022).⁶

5 Anders als in Frankreich („classes populaires“), Großbritannien oder den USA („working class“) lässt sich in Deutschland eine spürbare Scheu in der Wissenschaft wie auch der Öffentlichkeit erkennen, von der Arbeiterklasse oder den arbeitenden Klassen zu sprechen. Die Frage, wer zu den arbeitenden Klassen gezählt wird, unterscheidet sich je nach politischem Weltblick oder soziologischer Strömung (vgl. dazu Kapitel 4). Für eine zeitgenössische Verwendung des Begriffs vgl. auch Friedrichs 2021.

6 Wie Floris Biskamp argumentiert, lässt sich zwar eine Verschiebung ökonomischer Positionen nach links bei vielen rechtspopulistischen Parteien beobachten, es gibt allerdings erhebliche Unterschiede (vgl. Biskamp 2022). Auch für die AfD gilt das nur begrenzt. Doch während in der Partei bis zuletzt neoliberale Positionen dominierten und parteiübergreifende Positionen zur Rentenstrategie oder Mindestlohn vermieden wurden, konnte das sozialpolitische Lager der Partei sich in einigen Positionen durchsetzen. Im Bundesprogramm der Partei zur Bundestagswahl 2021 gibt es zum Beispiel ein Bekenntnis zum Mindestlohn, zur Tarifautonomie sowie der betrieblichen Mitbestimmung (vgl. Wahlprogramm der AfD 2021, 54, 119)

Die Nachwahluntersuchungen vergangener Bundes- und Landtagswahlen bestätigen diese Entwicklung. In nahezu allen Wahlgängen der letzten zwei Jahre hat sich mit Blick auf die Analyse der Wahlergebnisse nach Berufsgruppen gezeigt, dass die AfD unter Arbeitern besonders stark abschnitt. So erhielt die Partei bei der Bundestagswahl 2021 unter Arbeitern 21% der Stimmen und wurde damit in dieser Gruppe hinter dem Wahlsieger SPD zweitstärkste Partei (vgl. Bundestagswahl 2021). Auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2019 konnte die AfD besonders auf die Unterstützung der Arbeiter zählen (vgl. Landtagswahl Brandenburg 2019; Landtagswahl Sachsen 2019). Doch auch dort, wo die Partei insgesamt deutlich schwächer abschnitt, etwa bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen, ist unter einer Betrachtung der AfD-Wählerschaft nach Tätigkeiten der Anteil an Arbeitern am höchsten (vgl. Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021). Das ist im Vergleich zu den anderen Parteien ein Alleinstellungsmerkmal der AfD.

Worauf diese Erfolge der AfD beruhen, wird seit längerer Zeit in sozialwissenschaftlichen Debatten kontrovers diskutiert. Während stärker politikwissenschaftlich geprägte Ansätze in der Entwicklung sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in Europa und der damit entstandenen Repräsentationslücke des Parteiensystems (vgl. Nölke 2017; Amable und Palombarini 2018; Schäfer und Zürn 2021) den Grund für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien sehen, fokussieren sich stärker soziologisch geprägte Ansätze darauf, die Motive der Wählerinnen rechtspopulistischer Parteien näher zu erörtern (vgl. Lengfeld 2017/2018, Hambauer und Mays 2018, Heitmeyer 2018). Ziel dieses Kapitels ist es, diese beiden Perspektiven miteinander zu verbinden. Ausgehend von einer kritischen Diskussion aktueller dominanter Erklärungen des Rechtspopulismus wird nach einem Forschungsansatz gesucht, der sowohl die Frage erörtert, worauf der politische Bedarf der AfD-Wahl basiert, als auch eine Antwort auf die Frage gibt, weshalb andere Parteien diesen Bedarf nicht mehr abdecken.

2.1. Die Autoritarismusthese

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien wird in Deutschland von einer Wiederentdeckung der Autoritarismusforschung begleitet. Die Frage nach dem Erfolg der AfD wird hier unter Verweis auf etwaige autoritäre Charakterdispositionen ihres Elektorats beantwortet. Viele dieser Forschungen, die von einem „neuen Autoritarismus“ (vgl. Nachtwey und Heumann 2019),

der „Flucht ins Autoritäre“ (vgl. Decker und Brähler 2018) oder „Autoritären Versuchungen“ (vgl. Heitmeyer 2018) reden, haben in den unter der Leitung von Theodor W. Adorno in den USA entstandenen „Studien zum autoritären Charakter“ ihren gemeinsamen Ausgangspunkt. Im Zentrum dieser einflussreichen empirischen Studie steht die Grundüberlegung, dass

„die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine ‚Mentalität‘ oder einen ‚Geist‘ zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist.“ (Adorno 2018, 1)

Ausgehend von dieser Prämisse war es das Ziel der Forschungsgruppe, mittels Fragebögen sowie klinischer Interviews die verborgenen Charakterzüge gerade der Individuen offenzulegen, die zu antidemokratischen Einstellungen tendieren. Auf diese Weise erhoffte man sich, Erkenntnisse über die Gefahr möglicher faschistischer Bewegungen in den USA zu bekommen. Die Forschung war zunächst auf US-amerikanische Collegestudenten beschränkt, wurde aber im Laufe der Zeit auf weitere Gesellschaftsgruppen ausgeweitet und diente bereits kurz nach ihrer Veröffentlichung als Vorlage für ähnliche Forschungsvorhaben in Deutschland.

Die Interviews wurden so konzipiert, dass den Befragten das eigentliche Thema der Forschung verborgen blieb. Es wurden also nicht offensichtliche antisemitische, rassistische oder autoritäre Denkweisen abgefragt. Vielmehr ging die Forschungsgruppe angelehnt an den Arbeiten der frühen Frankfurter Schule davon aus, dass das meist verborgene antidemokratische Denken seinen Ursprung in der Kindheitsphase des Individuums habe und auf eine misslungene Ausbildung der Ich-Autonomie zurückzuführen sei. Um diese fehlerhafte Ich-Entwicklung abzubilden, konzentrierten sich die Studien auf eine Reihe von Variablen, die die Forschungsgruppe als typisch für den autoritären Charakter ausmachten. Dazu zählten die Neigung zum Konventionalismus, zu einer autoritären Unterwürfigkeit und Aggression sowie ein Festhalten an Aberglaube und Stereotypen, oder auch die Überbetonung der eigenen Stärke. Eine weitere Gruppe von Variablen sollte vor allem den Hang zu aggressiven Impulsen des autoritären Charakters abbilden, worunter die Forschungsgruppe vor allem Destruktivität, Zynismus und eine gestörte Sexualität zählten. Die Zustimmungswerte zu diesen einzelnen Variablen wurden miteinander korreliert und mit der sogenannten F-Skala (Faschismus-Skala) quantifiziert:

„Starke Zustimmung zur Skala, das heißt, ein hoher, durch Addition der Reaktionen auf die einzelnen Skalensätze errechneter Gesamtpunktwert, galt als Indiz für das Vorhandensein aller Charakterzüge des Autoritären, insgesamt geringe Zustimmung als Absenz autoritärer Züge und als Zeichen einer folglich nicht-autoritären Persönlichkeitsstruktur.“ (Jaerisch 1975, 147)

Ausgehend von diesen empirischen Untersuchungen leitete die Gruppe Typisierungen ab, die auf der einen Seite den autoritären, vorurteilvollen antidemokratischen und auf der anderen Seite den demokratischen, vorurteilsfreien Charakter repräsentieren sollen. Auch wenn Adorno selbst Kritik an dieser Methode der Typisierung formulierte (vgl. Adorno 1950, 305), da sie doch der hierarchischen Einordnung von Menschen während der Zeit des Faschismus nicht unähnlich war, betonte er die Notwendigkeit einer solchen Konzeption:

„Es existiert so etwas wie ‚der‘ potentiell faschistische Charakter, der in sich selbst eine ‚strukturelle Einheit‘ bildet. In anderen Worten, Züge wie Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggressivität, Neigung zu Projektion, zu Manipulation und dergleichen, finden sich in der Regel beisammen.“ (ebd., 312)

Natürlich resultiert das Forschungsinteresse der Gruppe um Adorno aus der Barbarei des Nationalsozialismus und auch den persönlichen Repressionen, denen die Mitglieder der Frankfurter Schule während der Nazi-Diktatur in Deutschland ausgesetzt waren. Die Bestrebung, durch wissenschaftliche Analysen frühzeitig auf rechts-autoritäre, antidemokratische Einstellungen in der Gesellschaft hinzuweisen, steht daher durchaus in Einklang mit dem von Adorno an anderer Stelle formulierten Imperativ, dass „Auschwitz nicht noch einmal sei“ (Adorno 1970, 92). In der langen Tradition der Autoritarismusforschung wurden in diesem Sinne immer wieder wichtige Erkenntnisse über gesellschaftliche Auflösungserscheinungen und Gefahren rechtsextremer Gewalt vorgelegt. Gleichzeitig lassen sich jedoch auch Einwände gegen die angewendeten Forschungsmethoden sowie ihrer theoretischen Grundlagen erheben.

Drei Kritikpunkte sollen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden, da sie, wie später gezeigt wird, auch auf aktuelle Forschungsansätze über die Motive rechtspopulistischer Wählergruppen zutreffen: Erstens muss festgestellt werden, dass der soziale Kontext der Befragten in der Ursprungsstudie des autoritären Charakters nahezu unbeachtet bleibt und

das, obwohl Adorno im Einleitungstext der Studie ausdrücklich hervorhebt, dass „das Studium antidemokratischer Trends [...] das Verständnis des gesellschaftlichen Ganzen“ (ebd., 9) erfordere. Doch wie Ursula Jaerisch in einer kritischen Auseinandersetzung mit der Autoritarismusforschung schreibt, ließ

„die F-Skala zumindest teilweise auch solche Normen und Verhaltensmuster bei Arbeitern als autoritär erscheinen [...], die weniger trieb-dynamischen Ursprungs sind als zwangsläufig durch ökonomische Lage, Berufs- und Geschlechterrollen, vorgegebene Umwelt- und Zukunftsperspektiven bedingt werden.“ (Jaerisch 1975, 154)

Was in der F-Skala als autoritäre Charakterdisposition erscheint, bildet also laut Jaerisch nicht selten die Lebenserfahrungen bzw. -praktiken der Arbeiterklasse ab. Eine Orientierung an konventionellen Werten, eine Unterordnung unter externe moralische Instanzen, die Bereitschaft im Zweifel auch Gewalt anzuwenden oder bestimmte gruppenbezogene Vorurteile seien demnach nicht auf eine pathologische Ich-Schwäche zurückzuführen, sondern können durch einen disziplinierenden Arbeitsalltag, ein von ökonomischen Entbehrungen gekennzeichnetes Leben oder durch eine ‚harte Kindheit‘ erlernte soziale Verhaltensnormen darstellen.

Die Tatsache, dass als Repräsentanten des autoritären Charakters ein Schweißer, ein Schichtvorarbeiter und eine Frau, „die jahrelang im Haushalt ‚besserer Familien‘ gearbeitet hat“ (ebd., 152), herangezogen werden – obwohl in der Studie immer wieder hervorgehoben wird, dass sich hohe Zustimmungswerte zur F-Skala in allen Gesellschaftsschichten wiederfinden – zeugt nach Jaerisch in diesem Sinne von einer sozialen Schieflage der Autoritarismusstudien. Gleiches gilt auch für die Darstellung des anderen Extrems der Skala: der vorurteilsfreie, demokratische Typus wird ausschließlich von Studentinnen oder Akademikerinnen repräsentiert.

Zweitens ist die politische Schlussfolgerung dieser Studienergebnisse zu hinterfragen. Denn die „kognitiven Muster [...], die besonders häufig in der Arbeiterklasse konstatiert wurden“ (ebd., 157), wurden in der Forschung nicht nur als triebdynamische autoritäre Charakterdisposition definiert, sondern explizit mit dem Hang zu faschistischen Überzeugungen verknüpft. Diese These wurde jedoch bereits wenige Jahre später von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset in Frage gestellt. Dieser unterstellt in seiner empirischen Studie über „Democracy and Working-Class Authoritarianism“ zwar der unteren Mittelschicht eine Neigung zum Faschismus, der Arbeiterklasse sagte er hingegen eine Orien-

tierung am Kommunismus nach (vgl. Lipset 1959, 483). Liberaldemokratische Einstellungen sind hingegen auch für Lipset ebenfalls nur in der meist akademisch gebildeten Oberschicht zu finden (vgl. ebd., 489).

Diese politische Schlagseite der Autoritarismusstudien führt schließlich zu einem dritten Kritikpunkt. Wie der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Christopher Lasch herausstellt, sind die Studien zum autoritären Charakter, aber auch die Arbeiten von Lipset und vielen anderen zum „working-class authoritarianism“, von vornherein von einem liberalen Bias geprägt. Denn dem autoritären, potentiell faschistischen Typ steht in diesen Studien ein liberales Ideal der ‚gesunden‘, rationalen Ich-Autonomie gegenüber, das politisch mit Demokratie gleichgesetzt wird. Andere Werte und Einstellungen, die sich womöglich eher in den arbeitenden Klassen finden lassen, werden hingegen von vornherein disqualifiziert und kommen für eine Beschreibung des demokratischen Typus nicht mehr in Frage. Für Christopher Lasch sagen die Studien zum autoritären Charakter damit mehr über die Vorurteile der oberen Klassen als über vermeintlichen autoritären Charakterzüge der ‚einfachen Leute‘ aus:

„The *Authoritarian Personality* revealed more about the enlightened prejudices of the professional classes than about the authoritarian prejudices among the common people. [...] They defended liberalism not on the grounds that liberal policies served the ends of justice and freedom but on the grounds that other positions had their grounds in personal pathology. [...] This expansive, largely cultural definition of liberalism made it easy to interpret adherence to liberalism as a psychological matter.” (Lasch 1991, 453, Herv. I. O.)

Diese fast schon ideologisch anmutende Verteidigung eines liberalen Ideals, welches Lasch den Autoritarismusstudien unterstellt, bringt auch Ursula Jaerisch in ihrer Kritik der Studien zum autoritären Charakter zum Ausdruck. Auch sie ist der Meinung, dass

„die einfache Negation jener Kriterien des psychologischen ‚Autoritarismus‘ [...] am Ideal individueller Ich-Identität und Autonomie orientiert sei. Dies setze voraus, es könne eine Gesellschaft geben, die einzig aus Bürgern bestünde und zu ihrer Konstitution keiner Proletarier bedürfte.“ (Jaerisch 1975, 161)

Beim Blick auf aktuelle sozialpsychologische Studien zum Rechtspopulismus tauchen einige der hier dargestellten Kritikpunkte wieder auf.

Obwohl Heitmeyer in seinem Buch über „Autoritäre Versuchungen“ (2018) zwar eingesteht, dass die „Autoritarismus-Konzeption [...] ‚des autoritären Charakters‘ an Relevanz eingebüßt“ habe, ist er der Ansicht, dass „das Konzept des Autoritarismus insgesamt höchst relevant bleibe und unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu bestimmt werden“ müsse (ebd., 83). Wie viele andere gegenwärtige Sozialwissenschaftler (vgl. Decker und Brähler 2018) sieht Heitmeyer den Grund für die Entstehung autoritärer Versuchungen nicht mehr in einer patriarchalen Familienstruktur, sondern im autoritären Kapitalismus:

„Autoritäre Versuchungen sind vor diesem Hintergrund vor allem als Reaktionen auf individuellen oder gesellschaftlichen Kontrollverlust zu interpretieren. Sie erzeugen eine Nachfrage nach politischen Angeboten, die darauf abzielen, die Kontrolle wiederherzustellen, und zwar durch die Ausübung von Macht und Herrschaft sowie über Ausgrenzung und Diskriminierung bzw. gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“ (Heitmeyer 2018, 84)

Entscheidend ist nun, dass nach Heitmeyer dieses autoritäre Angebot zwar von ‚oben‘, d.h. von „Eliten und Mobilisierungsexperten“ (ebd.) artikuliert werde, es zugleich aber „Bedürfnisse und Neigungen“ (ebd.) der Menschen von ‚unten‘ gebe, die dieses Angebot nachfragen. Der Versuch, die Autoritarismus-Konzeption von einer makrostrukturellen Ebene aus neu zu bestimmen, scheint demnach weiterhin auf eine sozialpsychologische In-nenperspektive angewiesen zu sein.

Zwar betont Heitmeyer ähnlich wie bereits in den Studien zum autoritären Charakter, dass „autoritäre Versuchungen“ in allen Gesellschaftsschichten vorzufinden sind, jedoch sind es dann vor allem „Personen in niedrigen Lagen“, die „besonders zu ökonomistischen Einstellungen neigten“ (ebd., 131) oder „Personen mit niedrigem Bildungsniveau“, die „besonders häufig Gefühle der Orientierungslosigkeit aufweisen“ oder Personengruppen „der mittleren bis unteren sozialen Lage“, bei „denen eine Mischung von apathischen Autoritarismus samt Folgebereitschaft und anomischem Autoritarismus mit Suchbereitschaft“ (ebd., 192f) vorliege.

Indem Heitmeyer diese „autoritären Versuchungen“ vor allem mit den Ohnmachtsgefühlen der unteren Klassen verortet und diese als wesentlichen Grund für das Aufkommen des Rechtspopulismus, Heitmeyer nennt es einen „autoritären Nationalradikalismus“ (ebd., 231), analysiert, läuft diese sozialpsychologische Diagnose Gefahr, die Motive rechtspopulistischer Wählergruppen zu einseitig zu betrachten. Dies hat vor allem theore-

tische Gründe. Denn Heitmeyer analysiert das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien im Zusammenhang gesellschaftlicher Auflösungsprozesse, wofür er nicht zuletzt einen deregulierten Kapitalismus verantwortlich macht. Doch den konflikthaften Charakter kapitalistischer Gesellschaften, das mitunter unversöhnliche Gegenüberstehen von (Klassen-)Interessen, kann dieser Fokus auf gesellschaftliche Anomie, Kontrollverlust und Ohnmachtsgefühle nicht ausreichend einfangen. Auf diese Weise werden aber mögliche andere Gründe für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei, wie zum Beispiel der Protest gegen eben jene Deregulierungen und gesellschaftliche Auflösungserscheinungen, nicht ausreichend in den Blick genommen. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, ähnlich wie bereits in der Kritik der Studien zum autoritären Charakter beschrieben, dass individuelle autoritäre Bedürfnisse und Neigungen des rechtspopulistischen Klientel, welches als irrational oder schlichtweg böse und antidemokratisch erscheint, der ausschlaggebende Faktor seien.

Natürlich skizzieren diese stärker sozialpsychologisch geprägten Studien einen ernstzunehmenden Aspekt gegenwärtiger rechtspopulistischer Parteien und Teile ihrer Wählerschaften. Das trifft vor allem auf diskriminierende Politikinhalt rechtspopulistischer Parteien gegen Minderheiten oder ihre teilweise offene Verachtung gegenüber demokratischen Institutionen zu. In der Berücksichtigung des Entstehungskontexts rechtspopulistischer Parteien ist diese Betrachtung jedoch an einigen Stellen zu kurzfristig. Denn in diesen Deutungen wird der gesellschaftspolitische Kontext, in dem populistische Parteien entstanden sind und auf den sie reagieren, zu sehr ausgeklammert. Damit drohen die Motive rechtspopulistischer Wählerinnen ebenfalls depolitisiert zu werden. Der Moralphilosoph Michael Sandel bringt diese Leerstelle der gegenwärtigen Rechtspopulismusforschung treffend auf den Punkt:

„Interpretiert man den populistischen Protest als entweder böswillig oder fehlgeleitet, entlässt man die herrschenden Eliten aus der Verantwortung dafür, dass sie Bedingungen geschaffen haben, welche die Würde der Arbeit zersetzt und viele mit dem Gefühl zurückgelassen haben, nicht beachtet und machtlos zu sein. Der verringerte wirtschaftliche und kulturelle Status der arbeitenden Menschen in den letzten Jahrzehnten ist nicht das Ergebnis unaufhaltsamer Kräfte – er ist auf die Art und Weise zurückzuführen, in der die etablierten politischen Parteien und Eliten regiert haben.“ (Sandel 2020, 32)

Anders als die bisher diskutierten Erklärungsansätze für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien lenkt Sandel in diesem Zitat die Aufmerksamkeit weg von einer bisweilen stark moralistisch gefärbten Analyse, in der vor allem die bösen und fehlgeleiteten Motive rechtspopulistischer Wählergruppen skandalisiert werden. Stattdessen schlägt er eine deutlich besonneneren Betrachtungsweise vor. Aus Sandels Perspektive ist das Erstarken des Rechtspopulismus in erster Linie auf vergangene politische Entscheidungen etablierter Parteien und Eliten zurückzuführen. Von besonderem Interesse sind dabei für ihn die politischen Weichenstellungen, die seiner Meinung nach zu einer Entwürdigung der Arbeit und damit einhergehend dem wirtschaftlichen und kulturellen Statusverlust der Arbeiterklasse geführt haben.

Dieser hier von Sandel ausgemachte Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Arbeitswelt ist für die Rechtspopulismusforschung keineswegs neu und gewinnt in jüngster Zeit an Bedeutung.⁷ Allerdings fällt auf, dass in vielen wissenschaftlichen Analysen, die diesem Zusammenhang explizit nachspüren, weiterhin eine an die Autoritarismusforschung angelegte Deutung des Rechtspopulismus dominiert (vgl. Harder/Opratko 2022; Menz/Nies 2019). Das soll zum Abschluss dieser kritischen Diskussion der Autoritarismusthese beispielhaft an einer „arbeitssoziologischen Spurensuche“ des Erfolges der AfD von Wolfgang Menz und Sarah Nies dargelegt werden (vgl. Menz und Nies 2019).

Menz und Nies machen den konkreten Erfahrungsraum Arbeitswelt als einen Ursprungsort des rechtspopulistischen Erfolgs aus. Denn hier lassen sich der Kontrollverlust und die Ohnmachtsgefühle vieler Menschen konkret beobachten. Nach Ansicht des Autorenduos empfinden viele Lohnabhängige in Deutschland die Rahmenbedingungen ihrer Arbeitsstelle als nicht mehr politisch legitimiert, sondern als „Produkt eines ökonomischen Determinationsverhältnisses, das sich politischen Eingriffen weitestgehend entzieht (und erst recht einem Protest der Beschäftigten)“ (ebd., 179). Gleichzeitig sei festzustellen, dass viele „einfache Arbeiter:innen und Angestellte“ trotzdem immer noch selbstbewusst und stolz an ihre eigene Leistungsfähigkeit glauben und Leistung als normativen Maßstab für gesellschaftliche Ansprüche und Kritik heranziehen. Auf die Legitimations-

7 Neben den Studien, die primär nach den Zusammenhängen zwischen rechtspopulistischen Einstellungen und Umbrüchen in der Arbeitswelt forschen, widmet sich ein weiterer aktueller Forschungsstrang zusätzlich der Untersuchung rechter Aktivitäten in Betrieben sowie den gewerkschaftlichen Gegenreaktionen (vgl. Kim et. al. 2022). Da diese Analysen über den Rahmen der vorliegenden Untersuchung hinausgehen, können sie hier nicht weiter berücksichtigt werden.

probleme in der Arbeitswelt reagiere ein Großteil der Lohnabhängigen also nach Ansicht von Menz und Nies nicht mit politischem Protest, sondern paradoxerweise mit einer Unterwerfung unter die Autorität des Marktes (vgl. ebd., 180).

Die Wahl der AfD sollte daher nach Ansicht des Autorenduos auch nicht fälschlicherweise als ein verzweifelter politischer Protest gegen die Deregulierung der Arbeitswelt oder soziale Ungleichheit interpretiert werden. Der Rechtspopulismus, so die These von Menz und Nies, fungiere vielmehr als letzter Rückzugsort vieler einfacher Arbeiter und Angestellten, um die Identifikation mit der eigenen Arbeit und die Gültigkeit des Leistungsglaubens zu bewahren. Deswegen reagiere der Rechtspopulismus aggressiv auf Geflüchtete und sozial Schwache. Denn mit der zunehmenden Präsenz von Geflüchteten sei der Leistungsglaube in der Gesellschaft endgültig entzaubert worden. Nach Menz und Nies repräsentieren die Geflüchteten, die „(ganz offenkundig unverschuldet) vor Krieg und Armut zu fliehen gezwungen sind“, die nun für alle offensichtliche Tatsache, dass

„die meritokratische Annahme, man habe sich seine eigene Position primär durch eigene Anstrengungen verdient, unhaltbar wird (und vermutlich auch schon immer war).“ (ebd., 182)

Statt sich aber dieser meritokratischen Annahme ein für alle Mal zu entledigen und einzusehen, dass eigene Anstrengungen im Neoliberalismus vergeblich sind, werten rechtspopulistische Parteien und ihre Wählerschaft vor allem Geflüchtete ab. In dieser Abwertung sieht das Autorenduo letztendlich den Versuch, „die Gültigkeit des Leistungsprinzips verzweifelt wiederherzustellen“ (ebd.). „Wer sich die *doppelte Illusion des Leistungsprinzips* nicht einzugestehen vermag“, so das Fazit von Menz und Nies, „flüchtet in rechtspopulistische Orientierungen“ (ebd., Herv. i. O.).

Ohne Zweifel beleuchtet diese arbeitssoziologische Perspektive eine zentrale Charakteristik des Rechtspopulismus, die häufig als exkludierende Solidarität oder Sozialchauvinismus bezeichnet wird (vgl. Sorce et. al. 2022). Damit ist gemeint, dass im rechtspopulistischen Solidaritätsverständnis streng unterschieden wird zwischen Menschen, die diese Solidarität verdient hätten, etwa durch Leistung oder ‚ehrliche Arbeit‘ einer autochthon konstruierten Bevölkerung, und anderen Menschen, die als Geflüchtete, Ausländer oder auch sozial Schwache von dieser Solidarität bewusst ausgeklammert werden. In den wenigen sozialpolitischen Stellungnahmen von

Vertretern der AfD wird diese Solidarität vor allem durch ein völkisch-nationales Weltbild bestimmt.⁸

Obwohl Menz und Nies mit diesen Ausführungen auf einen wichtigen und mittlerweile stärker im sozialwissenschaftlichen Fokus stehenden Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Attraktivität rechtspopulistischer Parteien hinweisen, verwundert dennoch das Vokabular, mit dem sie ihre Überlegungen präsentieren. Dies betrifft vor allem die Interpretation des von den Autoren ausgemachten Festhaltens der „einfachen Arbeiter:innen und Angestellten“ an die eigene Leistungsfähigkeit und Betonung von (harter) Arbeit. In Anlehnung an das sozialpsychologische Vokabular der Autoritarismusstudien deuten sie diesen Leistungsglauben als eine „distanzlose Internalisierung systemischer Mechanismen und eine angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes“ (ebd., 182).

Durch diese Interpretation des Leistungsglaubens entsteht jedoch der Eindruck, dass es zu einem Großteil der persönlichen Einstellung oder gar dem Unvermögen der „einfachen Arbeiter:innen und Angestellten“ geschuldet ist, „die doppelte Illusion des Leistungsprinzips“ nicht zu durchschauen. Dieses persönliche Verschulden treibe sie letztendlich in die Arme des Rechtspopulismus. Das würde jedoch bedeuten, dass Menschen, die dieser Illusion nicht anheimfallen, immun gegenüber rechtspopulistischen Einstellungen sind. Dann müsste aber auch danach gefragt werden, wer überhaupt über die Fähigkeiten verfügt, diese „doppelte Illusion des Leistungsprinzips“ zu durchschauen, und wer den Luxus hat, sich im Zweifel den Zwängen des Marktes zu entziehen.

Da Menz und Nies diese Fähigkeit den Wählern der AfD absprechen, ist es aus ihrer Sicht folgerichtig, von vornherein jegliche Interpretationen abzulehnen, die im Rechtspopulismus auch einen wütenden Protest gegen die strukturellen Umbrüche und Ohnmachtsgefühle in der Arbeitswelt erkennen wollen. Damit wird ihre Interpretation des Rechtspopulismus jedoch selbst zu einem Paradox. Denn auf der einen Seite sprechen sie der Wählerschaft der AfD die Fähigkeit ab, „die doppelte Illusion des Leistungsprinzips zu durchschauen“ und mit ihrer Stimmabgabe auch ein Zeichen des politischen Protests gegen Ohnmachtsgefühle und Kontrollverlust zu tätigen. Auf der anderen Seite sollen die Wähler der AfD aber als aktive

8 So gibt es in der AfD zwar Interessensgruppen, die sich für die Rechte der Arbeiterschaft einsetzen und etwa das Ende von Leiharbeit, Hartz IV oder die Einführung eines höheren Mindestlohns fordern. Diese Forderungen richten sich jedoch in der Regel nur auf eine Verbesserung der sozialen Lage der „deutschstämmigen Arbeiter:innen“ (vgl. Haarfeldt 2017).

politische Subjekte ernst genommen werden. Allerdings fokussieren sich Menz und Nies dabei nur auf die, wie es Sandel beschrieben hat, „bösen“ und „fehlgeleiteten“ Motive des Rechtspopulismus, etwa die Ablehnung von Geflüchteten.

Auch in dieser arbeitssoziologischen Spurensuche über die Motive der AfD-Wahl wiederholt sich also ein Muster, das bereits in der oben aufgeführten Kritik auffiel. Bestimmte Arbeits- und Lebensweisen (wie zum Beispiel der Leistungsglaube oder das Festhalten an der Bedeutung eigener, ehrlicher oder harter Arbeit) werden in vielen gegenwärtigen Studien zum Rechtspopulismus als anfälliger für autoritäre bzw. antidemokratische Einstellungen als andere Lebens- und Arbeitsweisen diagnostiziert.⁹ Als Ursache dieses Autoritarismus gilt nun nicht mehr eine Unterordnung unter eine autoritäre Familienstruktur, sondern eine „angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes“. Die Leerstellen dieser Diagnose bleiben jedoch gleich: Welche Bedeutung etwa Arbeit und Eigenleistung für das Selbstbild und Leben der „einfachen (Fach-)Arbeiter und Angestellten“ fern von den ausgemachten Systemzwängen haben könnte, bleibt offen. Ebenso wenig wird nach den Ursachen der Abwertung sogenannter einfacher Arbeitstätigkeiten oder der Erosion des Leistungsprinzips gefragt, geschweige denn nach möglichen politischen Auswegen aus dieser Situation. Stattdessen erscheint das Unvermögen der rechtspopulistischen Wähler, sich der „vermutlich schon immer unhaltbaren meritokratischen Annahme“ zu verwehren und sich der „doppelten Illusion des Leistungsprinzips“ klar zu werden, als das eigentliche Problem. Eine solche Perspektive suggeriert zugleich, dass andere Klassen mit anderen Lebens- und Arbeitsweisen besser in der Lage seien, sich von den Illusionen des Leistungsprinzips zu verabschieden und damit nicht nur immuner gegenüber rechtspopulistischen Narrativen, sondern auch die besseren Demokraten wären.

2.2. Die Kommunitarismusthese

Neben der anhaltenden Forschung über die Wiederkehr des Autoritarismus stellt die Kommunitarismusthese eine weitere derzeit breit diskutierte Erklärung der Motive rechtspopulistischer Wähler dar. Im Zentrum die-

9 Ganz ähnlich wie Menz/Nies deutet etwa auch Tobias Kaphegyi den Leistungsglauben der AfD-Wähler als eine ordo-liberale Ideologie, durch die sie für linke Parteien nicht mehr erreichbar seien (vgl. Kaphegyi 2022).

ser These steht die Behauptung, dass gegenwärtige liberale Demokratien nicht mehr von dem ökonomischen Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit, sondern von einem durch Globalisierungsprozesse ausgelösten Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus geprägt werde. Diese weitreichende und lebhaft geführte Debatte hat je nach Perspektive und theoretischen Vorverständnissen zahlreiche Ausprägungen. Für die Diskussion über die Motive rechtspopulistischer Wähler soll an dieser Stelle von einer kulturellen sowie einer sozialen Kommunitarismusthese die Rede sein.¹⁰

Erstere zeichnet den neuen Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus vor allem anhand kultureller Distinktion nach. Auf diese Weise beschreibt etwa Andreas Reckwitz die Situation. Seiner Ansicht nach haben sich im Zuge der Globalisierung neue Klassenfraktionen herausgebildet: Auf der einen Seite stehen die Kosmopoliten, die sich aus einer gut situierten Oberklasse und vor allem einer neuen, akademischen Mittelschicht, Reckwitz nennt sie auch die „Akademikerklasse“ (Reckwitz 2018, 274), zusammensetzen. Auf der anderen Seite stehen die Kommunitaristen, die große Teile der alten Mittelschicht und der (neuen) Unterklasse bilden. Für die Akademikerklasse und die neue Oberklasse seien vor allem das Streben nach Authentizität, Selbstverwirklichung und ein kosmopolitisches Weltbild charakteristisch.

Mit dieser Orientierung an kosmopolitischen Werten geht nach Reckwitz zugleich die Abwertung aller Provinzialität und traditioneller Werte einher, die die „kosmopolitische Akademikerklasse vor allem in der Unterklasse (zumeist ihrer einheimischen, sesshaften Fraktion) und im ‚kleinbürgerlich‘ scheinenden alten Mittelstand“ (ebd., 302) ausmache. Laut Reckwitz hat die Dominanz der „Akademikerklasse“ und die damit einhergehende kulturelle Abwertung großer Teile der alten Mittel- und Unterschicht zu politischen Reaktionen wie dem *Brexit* oder dem anhaltenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien geführt (vgl. ebd., 369).

Anders als in der Autoritarismusforschung kann die Wahl einer rechtspopulistischen Partei vor diesem Hintergrund daher durchaus, wie etwa von Didier Eribon beschrieben, als ein Akt der politischen Notwehr gesehen werden (vgl. Eribon 2016, 123). Denn für Reckwitz stellt der Rechtspopulismus in erster Linie eine kulturelle Reaktion auf die „entfaltete Hege-

10 Die Debatte zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus prägt seit einigen Jahren die Politische Theorie und Philosophie. Für die verschiedenen Ausprägungen dieser Debatte vgl. Merkel und Zürn 2019.

monie des neuen Liberalismus“ (Reckwitz 2018, 414) dar. Hinter der Wahl einer rechtspopulistischen Partei vermutet Reckwitz demnach vor allem die Forderung der arbeitenden Klassen nach nationaler Schließung, nach einer kulturellen Homogenität, die sich gegen Migranten und kosmopolitische Werte richtet:

„Ein Modell kultureller Homogenität suggeriert eine kulturelle Einheitlichkeit der Werte und Praktiken, eine Nationalkultur in ihrer kollektiven Identität, einen natürlichen Common Sense, allgemein anerkannte Moralvorstellungen der ‚anständigen Leute‘ und dergleichen.“ (ebd., 415)

Laut Reckwitz erfüllen rechtspopulistische Parteien dieses Bedürfnis mit einer kulturkommunitaristischen bzw. -essentialistischen Position:

„Der Kulturessenzialismus kommt darin zum Ausdruck, dass die politische Einheit des Volkes im Kern als eine kulturelle, in der Regel nationalkulturelle Einheit verstanden wird: eine kollektive Identität der ‚authentischen Franzosen‘ [...] mit ihrer besonderen Geschichte, ihren Traditionen, ihrem Territorium und ihrem ‚Nationalcharakter‘. Die Kultur des Volkes scheint einen natürlichen Ethos, eine ‚common decency‘ auszudrücken.“ (ebd., 416)

Obwohl die Darstellungen von Reckwitz über große Teile sehr nachvollziehbare Entwicklungsdynamiken moderner Demokratien enthalten, sollen an dieser Stelle ebenfalls zwei Einwände gegen seine Betrachtung der Motive rechtspopulistischer Wählerinnen erhoben werden:

Erstens ist es keineswegs ausgemacht, dass sich kulturkommunitaristische und kosmopolitische Positionen so eindeutig polarisierend zwischen oberen und unteren Statusgruppen aufteilen wie es Reckwitz vermutet und als verantwortlich für unterschiedliche Wahlverhalten macht. Wie Mau et. al. in einer umfassenden empirischen Untersuchung über statusbezogene Unterschiede hinsichtlich der Beurteilung aktueller Ungleichheiten feststellen, lässt sich bei der Einstellung zu Migration (Innen-Außen-Ungleichheit) und Vermögensungleichheit (Oben-Unten-Ungleichheit) vorsichtig von einer Polarisierung in Deutschland¹¹ sprechen (vgl. Mau, Lux, und Jacobi 2022, Tabelle 3). Denn während untere Statusgruppen der Migration eher kritisch gegenüberstehen, werde diese von den oberen Statusgruppen

11 Das Sample der Autoren bietet auch Vergleichsdaten zu Ungarn, Polen, Italien, Frankreich und Schweden. Von Interesse sind hier aber lediglich die Ergebnisse für Deutschland.

eher befürwortet. Auch in der Frage der Einstellung zur Vermögensungleichheit (Oben-Unten-Ungleichheit) zeigen sich hinsichtlich der vertikalen Statuslage Unterschiede. So befürworteten die unteren Statusgruppen Umverteilungsprogramme für mehr soziale Gerechtigkeit, diese werden von den oberen Statusgruppen wiederum eher abgelehnt (vgl. ebd.).

Bei der Frage der Wir-Sie-Ungleichheit, in der es um die Anerkennung sexueller Minderheiten geht, zeigen sich jedoch keine statusbezogenen Unterschiede für Deutschland. Vielmehr lassen sich hier unterschiedliche Einstellungen entlang von horizontalen Merkmalen wie z.B. Alter erkennen. Das trifft auch für Einstellungen zum Klimaschutz zu. Hier sind ebenfalls nicht die vertikalen Statuslagen, sondern horizontale Merkmale ausschlaggebend für unterschiedliche Einschätzungen. Insgesamt kommt die Forschungsgruppe also zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede hinsichtlich der Einstellungen zu aktuellen *Cleavages* „nur bei wenigen Themen ein Ausmaß [erreichen], das auf eine Polarisierung hindeutet“ (ebd.).

Die Forschungsannahme von Reckwitz, der die kulturkommunitaristischen Einstellungen der unteren Statusgruppen als einen wesentlichen Grund der Erfolge rechtspopulistischer Parteien ansieht, muss daher zumindest differenzierter betrachtet werden. Im Falle der Migration ist diese These durchaus zutreffend, bei Fragen zur Anerkennung sexueller Minderheiten oder Klimaschutz hingegen weniger plausibel. Diese Einstellungen werden nicht durch Status, sondern durch Alter oder Wohnort bestimmt.

Ein zweiter Kritikpunkt an der Kulturkommunitarismusthese betrifft die Auslassung von sozio-ökonomischen Faktoren. Wie Mau et. al. feststellen, ist nicht nur eine kritische Einstellung gegenüber Migration, sondern auch eine Befürwortung von Umverteilungsprogrammen vor allem in den unteren Statusgruppen verankert. Diese sozioökonomische Polarisierungslinie wurde in der Forschung zur AfD lange Zeit vernachlässigt. Viele Forscherinnen gelangten durch diese Auslassung zu der Behauptung, dass die Erosion bestehender kultureller Privilegien einer ökonomisch abgesicherten, gut ausgebildeten Mittelschicht ausschlaggebend für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei sei (vgl. mit Blick auf die AfD Lengfeld 2017).

Wie bereits am Anfang dieses Kapitels skizziert, hat sich der Fokus mittlerweile verschoben und die meisten Untersuchungen über die Motive der Wahl rechtspopulistischer Parteien betrachten auch sozio-ökonomische Faktoren zumindest als einen möglichen Erklärungsfaktor. So zeigt auch eine groß angelegte qualitative Studie des Progressiven Zentrums, dass vor allem ökonomische Probleme in den rechtspopulistischen Hochburgen

Frankreichs und Deutschlands die dort lebenden Menschen umtreiben. Für die meisten der insgesamt 500 Gesprächspartner, so resümiert der Autor der Studie Johannes Hillje,

„spielte die Sorge vor dem Verlust der eigenen Kultur nur eine untergeordnete Rolle. Wenn überhaupt scheint diese kulturelle Dimension erst von der sozioökonomischen aktiviert zu werden. Mit anderen Worten: Aus Angst vor dem sozialen Abstieg klammert man sich an eine kulturelle Konstante. Von einem weit verbreiteten identitätspolitischen Denkmuster kann bei der Mehrheit der Gesprächspartner dennoch nicht die Rede sein.“ (Hillje 2018, 23)

Angesprochen auf ihre persönlichen Probleme sprach die Mehrheit der Befragten folglich nicht über die kulturellen Herausforderungen der Migration, sondern über die Sorge um den Arbeitsplatz, die drohende Altersarmut oder den Verfall der sozialen Infrastruktur (vgl. ebd., 14).

Auch Reckwitz räumt dieser Betrachtung des Rechtspopulismus ein Erklärungswert ein. Daher attestiert er den unteren Statusgruppen nicht nur die Sehnsucht nach einer kulturellen Homogenität, die sich im Rechtspopulismus ausdrückt, sondern ebenso einen Wunsch nach sozialer Homogenität. Diese Haltung ist seiner Meinung nach jedoch eher charakteristisch für den Linkspopulismus (vgl. Reckwitz: 415, FN 96). Eine soziale Homogenität antwortete auf den Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus durch die Betonung

„eine[r] soziale[n] Einheitlichkeit der Lebenssituation der ‚eigentlichen‘ Bevölkerung und damit ihrer Interessen – dies sind die ‚kleinen Leute‘, die Arbeitnehmer und Lohnempfänger, jene ‚die harte Arbeit tun und das Land aufbauen‘ etc.“ (ebd.)

Die Interpretation des Rechts- bzw. Linkspopulismus als Ausdruck des Wunsches nach sozialer Homogenität geht über eine ausschließlich kulturelle oder ökonomische Betrachtungsweise hinaus. Vielmehr deutet dieser Begriff an, dass kulturelle und soziale Faktoren sich wechselseitig beeinflussen. Der Begriff wurde vor allem von dem in der Weimarer Republik wirkenden sozialdemokratischen Staatswissenschaftler und energischen Widersacher Carl Schmitts, Hermann Heller, geprägt. Dieser schrieb in einem Aufsatz aus dem Jahre 1928 über „Politische Demokratie und soziale Homogenität“, dass jede funktionstüchtige Demokratie ein bestimmtes Maß an sozialer Homogenität voraussetze:

„Es gibt einen gewissen Grad von sozialer Homogenität, ohne welchen eine demokratische Einheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich ist. Eine solche hört dort auf, wo sich alle politisch relevanten Volksteile in der politischen Einheit in keiner Weise mehr wiedererkennen, wo sie sich mit den staatlichen Symbolen und Repräsentanten in keiner Weise mehr zu identifizieren vermögen.“ (Heller 1928, 40)

Entscheidend an der Darstellung Hellers ist, dass ein bestimmter Grad an sozialer Homogenität zwar die Voraussetzung der Demokratie ist, diese aber niemals die Aufhebung „der notwendig antagonistischen Gesellschaftsstruktur“ (ebd., 41) nach sich ziehe. Eine kulturalistische oder gar naturalistische Homogenitätsvorstellung ist damit genauso apolitisch wie eine soziale Homogenitätsvorstellung, die den materiellen Konflikt ausblendet. Denn anders als jede andere politische Form sei die Existenz der Demokratie von „dem Dasein einer sozialen Angeglihenheit abhängig“ (ebd., 42). Ohne diese, so Heller weiter, „werde die radikalste formale Gleichheit zur radikalsten Ungleichheit und die Formaldemokratie zur Diktatur der herrschenden Klasse“ (ebd., 43).

Für die Debatte über die Motive rechtspopulistischer Wähler bedeutet dies, dass das Bedürfnis nach sozialer Homogenität mehr als eine Betonung von Alltagskonventionen oder der Einheitlichkeit der Lebenssituation der ‚kleinen Leute‘ darstellt, wie es von Reckwitz vermutet wird. Mit Heller gesprochen geht es dabei vor allem auch um die Verringerungen sozialer Ungleichheiten. Diese Implikationen des Wunsches nach „sozialer Homogenität“ werden in der von Reckwitz skizzierten kultur- und sozialkommunitaristischen Perspektive jedoch nicht ausreichend in den Blick genommen.

Auch der bereits oben genannte Christopher Lasch kritisierte diese Leerstelle einer kommunitaristischen Populismusanalyse. Seiner Meinung nach besteht der entscheidende Unterschied zwischen Kommunitarismus und Populismus darin, dass letzterer die Gesellschaft immer auch als eine Klassengesellschaft verstehe:

„gross inequalities, as populists have always understood, are incompatible with any form of community that would now be recognized as desirable and that everything depends, therefore, on closing the gap between elites and the rest of the nation.“ (Lasch 1996, 114)

Diese Überlegungen suggerieren, dass hinter dem vermeintlichen kulturellen oder sozialen Homogenitätsbedürfnis der ‚einfachen Leute‘ eine „kol-

lektive Enttäuschungserfahrung“ liegt, die dann entsteht, wenn „die Kluft zwischen den Versprechen der Demokratie und den realdemokratischen Verhältnissen zu groß wird“ (Jörke und Selk 2017, 96). Um die Erfolge rechtspopulistischer Parteien zu verstehen, gilt es, diese Enttäuschungserfahrung näher zu erforschen.

2.3. Moralisches Unrechtsempfinden und die produktivistische Ethik

Bislang wurden zwei Erklärungsansätze für die Erfolge rechtspopulistischer Wähler kritisch diskutiert. Während die Autoritarismusthese dazu tendiert, nur die vermeintlich ‚bösen‘ oder ‚fehlgeleiteten‘ Motive zu betrachten, konzentriert sich die kulturkommunitaristische These zu sehr auf eine kulturelle Polarisierung. Der Rechtspopulismus kann damit zwar als politisches Phänomen ernst genommen werden. Ökonomische Aspekte werden in dieser Deutung aber nicht ausreichend mit einbezogen. Die Sozial-Kommunitarismusthese versucht diese Lücke zu füllen, ihr mangelt es jedoch an einem Verständnis politischer Klassenkonflikte, die sich in liberalen Demokratien an den uneingelösten Gleichheitsversprechen der Demokratie entzünden.

Eine Perspektive, die diese Leerstellen vermeiden möchte, sieht sich folglich mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Sie muss zum einen nach den kollektiven Enttäuschungserfahrungen der Wähler rechtspopulistischer Parteien fragen und sich dabei von der starren Gegenüberstellung zwischen kulturellen und sozialen Motiven lösen. Zum anderen gilt es die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse in liberalen Demokratien miteinzubeziehen, die diese Enttäuschungen erst hervorrufen. Insbesondere die US-amerikanische Populismusforschung bietet für eine solche Perspektive einen geeigneten Ausgangspunkt.

In ihrer Forschung über die Anhängerinnen der *Tea-Party* im Süden der USA konnte die Soziologin Arlie Hochschild sehr deutlich nachweisen, dass enttäuschte Hoffnungen auf einen sozialen Aufstieg und materielle Sicherheit charakteristisch für viele waren, die wenig später auch die erste Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps unterstützten (vgl. Hochschild 2016, 135ff).¹²

Hochschild deutet diese Enttäuschungserfahrung als einen Klassenkonflikt. Allerdings richtete sich die Wut der *Tea-Party* Sympathisanten nicht

12 In Anlehnung an Hochschild kann Klaus Dörre auch für die Wählerschaft der AfD eine verletzte „Tiefengeschichte von rechts“ ausmachen (vgl. Dörre 2020, 17).

gegen die Reichen oder Eigentümer großer Wirtschaftsunternehmen, sondern in erster Linie gegen die Regierung. Denn diese untergrabe, aus Sicht der von Hochschild Befragten, durch staatliche Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsschichten den Amerikanischen Traum, es durch eigene Arbeit und Leistung zu Wohlstand und sozialem Ansehen zu schaffen (vgl. ebd., 150). Für die Anhänger der *Tea-Party* verlaufe der Klassenkonflikt demnach nicht klassisch-marxistisch zwischen Arbeiterklasse und den Eigentümern an Produktionsmitteln, sondern zwischen den ‚makers‘ und den ‚takers‘, d.h. denjenigen, die stolz darauf sind, nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein und durch eigene Arbeit über die Runden zu kommen und denjenigen, die diese staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Die Selbstbeschreibung als ‚makers‘ ist charakteristisch für populistische Bewegungen. Anders als Hochschild in ihrer Untersuchung über die Anhänger der *Tea-Party* herausstellt, kann der Populismus jedoch als eine politische Strömung betrachtet werden, die mit der liberalen Marktideologie bricht. Auf diese Weise interpretiert der Historiker Christopher Lasch den US-amerikanischen Populismus. Gegenüber Liberalismus oder Kommunitarismus zeichne sich der Populismus in den USA seiner Meinung nach vor allem durch eine Betonung der „Prinzipien des Respekts“ aus (Lasch 1995, 106). Nach Lasch steht Populismus für

„plain manners and plain, straightforward speech. [...] Populism is the authentic voice of democracy. It assumes that individuals are entitled to respect until they prove themselves unworthy of it, but it insists that they take responsibility for themselves.“ (ebd.)

Diese für hiesige Debatten ungewohnte Bestimmung des Populismus als die „authentische Stimme der Demokratie“ ist stark von einer der ersten populistischen Bewegung geprägt: dem *populist movement* im ausgehenden 19. Jahrhundert der USA. In dieser Protestbewegung, die 1891 in der Gründung der ersten populistischen Partei, der *People’s Party* (auch *Populist Party* genannt), mündete, versammelten sich vor allem Kleinbauern und Handwerker, um gegen die zunehmende Macht von Banken und Großkonzernen für den Erhalt ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit einzutreten (vgl. Jörke und Selk 2017, 20).¹³

13 Für eine detaillierte Darstellung des politischen Denkens der US-amerikanischen Populisten jener Zeit vgl. Müller 2020.

Diese dezidiert kapitalismuskritische Haltung wird im Populismus vor allem durch das Ideal des Produktionismus zum Ausdruck gebracht (vgl. Lasch 1991, 223). Dieses Ideal besagt, dass sich

„Identität und Selbstgefühl vornehmlich aus der Fähigkeit speisen, sich und seine Familie mittels eigener Arbeit zu ernähren und anderen Instanzen gegenüber nicht abhängig oder ihnen gar ausgeliefert zu sein – etwa im Falle der Überschuldung.“ (Jörke/Selk 2017, 21)

Dieses Ideal des Produktionismus ist, wie auch die Befragungen Hochschilds deutlich machen, nach wie vor in der US-amerikanischen Mittel- und Unterschicht verankert. Nach Lasch zeichnet sich die Lebensweise der US-amerikanischen Arbeiterklasse durch einen „petty-bourgeoise state of mind“ (Lasch 1991, 486) aus. Neben dezidiert religiösen und traditionell-konservativen Einstellungen sei für sie vor allem die Selbstbeschreibung als Produzenten charakteristisch:

„Above all, they define themselves as a ‚middle class‘. They also define themselves as ‚workers‘, of course, but the meaning of that term, in America, is still closer to ‚producers‘ than to ‚proletarians‘.“ (ebd.)

Obwohl diese Betrachtungsweise des Populismus und die damit einhergehende Charakterisierung der US-amerikanischen Arbeiterschaft nur vor dem Hintergrund eines spezifischen Kontexts verstanden werden kann, sollen im Folgenden trotz geographischer und zeitlicher Differenzen einige Parallelen nicht nur zum gegenwärtigen Rechtspopulismus in Europa, sondern auch zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung aufgezeigt werden. Diese Parallelen bestehen vor allem in ähnlichen Ausdrucksformen und Appellen an das Ideal des Produktionismus, wie sie klassischerweise auch in sozialistischen oder sozialdemokratischen Bestrebungen formuliert wurden.

Letzteres wird besonders deutlich in Barrington Moores Studie über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Deutschland (vgl. Moore 1987). In dieser Studie geht Moore am Beispiel von Arbeiteraufständen im 19. und 20. Jahrhundert der Frage nach, wann und warum Menschen sich gegen herrschende Zustände auflehnen und welchen moralischen Prinzipien diesen Unrechtsempfindungen zugrunde liegen. Eine wesentliche Quelle der Moral und damit auch des Zorns meint Moore vor allem in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu entdecken, die einem „impliziten Gesellschaftsvertrag“ zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft gleiche, „der ständigen Testen und Neuverhandlungsprozessen unterworfen ist“ (Moore

1987, 57). In jeder arbeitsteiligen Gesellschaft berge neben der Ausübung notwendiger, aber niedrig angesehener Arbeiten vor allem der Umgang mit Müßiggängern sowie der gerechte Zugang zu Eigentum ein Konfliktpotential.

Aus der Sichtweise der arbeitenden Klassen, die im Mittelpunkt der Mooreschen Untersuchung stehen, bedeute das, dass jedes Individuum „genügend“ Eigentumsrechte haben soll, um eine „anständige“ Rolle in der Gesellschaft einzunehmen. Die Begriffe „genügend“ und „anständig“ werden dabei oft in traditionellen Begriffen definiert:

„Ein Bauer sollte genügend Land haben, um einen Haushalt ernähren zu können; ein Handwerker sollte Eigentumsrechte an den Werkzeugen seines Gewerbes haben und dazu genug Kundschaft, um die ihm zugeordnete Rolle im städtischen Gemeinwesen zu spielen. Wo eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen diese Art von Unabhängigkeit bedroht, entsteht ein zorniges Gefühl, dass Unrecht geschieht; gewöhnlich richtet es sich gegen die Gläubiger.“ (ebd., 61)

Die Entstehung eines solchen Unrechtsempfindens weist Moore exemplarisch anhand der Proteste deutscher Handwerker rund um die Revolution 1848 nach. In diesen Protesten sei es vor allem den Handwerksmeistern darum gegangen, ihre kollektivistische Zunftethik, in der man nur durch

„ausdauernde und ehrbare Arbeit [...] ein ehrenwerter und angesehener Bürger der Stadtgemeinde werden konnte, gegen eine zunehmende individualistische Kapitalismusetik zu verteidigen.“ (ebd., 185)

Für Moore ist es bei der Betrachtung solcher Aufstände wichtig zu erkennen, dass „dieser Zorn sehr viel mehr als direktes materielles Interesse ausdrückt. Solche Menschen sind moralisch empört, weil sie das Gefühl haben, dass ihre ganze Art zu leben auf unfaire Weise angegriffen wird“ (ebd., 61).

Auch Moore beschreibt hier ein moralisches Unrechtsempfinden, welches sich durch eine produktivistische Ethik ausdrückt. Die Fähigkeit, durch eigene und „ehrbare Arbeit“ für sich und seine Angehörigen zu sorgen, erhält eine moralische Bedeutung. Sollte diese Fähigkeit negiert werden oder unter Druck geraten, kann das zu wütenden Aufständen führen. Dabei war auch Moore in der Kontextualisierung der Ergebnisse seiner Studie der Meinung, dass dieses Unrechtsempfinden im Bezug auf die Würde der eigenen Arbeit immer noch eine zentrale Rolle spielt und genauere Betrachtung verdient (vgl. ebd., 621).

Auch weitere historische Studien über Arbeiteraufstände im 19. und 20. Jahrhundert in Europa, den USA oder Australien kommen zu dem Schluss, dass der Produktionismus als das verbindende Klassenbewusstsein der sich formierenden Arbeiterbewegung angesehen werden muss.¹⁴ Verfolgt man die Spuren dieses Ideals des Produktionismus in der Entwicklung der politischen Ideengeschichte weiter, lassen sich unterschiedliche politische Anreicherungen und Aneignungen der produktivistischen Ethik feststellen. Diese reichen von sozialistischen oder sozialdemokratischen über rechtspopulistische bis hin zu faschistischen Anrufungen einer produktivistischen Ethik.¹⁵

Ohne den historischen Verästelungen hier weiter nachzugehen, kann festgehalten werden, dass den politischen Ausdrücken einer produktivistischen Ethik neben einer moralischen (vielmals auch religiösen) Begründung einer Arbeitswerttheorie eine doppelte Abwertungsstrategie gemeinsam ist. Auf der einen Seite richtet sich der Produktionismus klassischerweise gegen das Establishment, womit sowohl ‚money power‘ und ‚big business‘ als auch eine politische Kaste gemeint ist, die sich auf Kosten der Mehrheit bereichere und selbst nichts zum Wohlstand der Gesellschaft beitrage. Doch auch nach unten grenzt sich der Produktionismus gegen vermeintlich leistungsunwillige Gruppen ab. Dies kann etwa durch rassistische Vorurteile gegenüber Einwanderern geschehen, die als billige Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze wahrgenommen und deswegen als faul, nutzlos oder leistungsunwillig diffamiert werden. Auch in der Unterscheidung zwischen einer gut organisierten Facharbeiterschaft und den ‚faulen

-
- 14 Für den Produktionismus der Arbeiterbewegung in den USA, Australien und Frankreich vgl. Cole 2006; Asher 1998; Sewell 1980. In den Forderungen der *General Society of Wallpaper Workers of the French Republic* von 1848 kommt der Zusammenhang zwischen der moralischen Betonung von Arbeit und politischen Forderungen exemplarisch zum Ausdruck: „Idle Persons are bad citizens and not worthy of the name of comrades. The Society considers man’s labor as the most beautiful result of his intelligence; it wants, it asks for nothing but labor. Also it regards as sacred the right to fix tariffs in accord with the manufacturers (zitiert nach Sewell 1980, 264).“ Wie Sewell anhand weiterer Beispiele verdeutlicht, hatte Arbeit und die Absicherung von Arbeit für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Frankreich auch eine religiöse Bedeutung. In vielen Abbildungen und Schriften der Arbeiterbewegung dieser Zeit wird Jesus als „divine proletarian“ stilisiert und als ein Schutzpatron der Arbeiterschaft angesehen (vgl. ebd., 239).
- 15 Für die Verbindung zwischen Produktionismus und Faschismus vgl. Abromeit 2016; für die verschiedenen Facetten und Ausdrucksweisen einer produktivistischen Ethik im US-amerikanischen Populismus von den ersten populistischen Bewegungen bis zur *Tea-Party* oder *Occupy Wall Street* vgl. Kazin 2012.

Armen, ‚leistungsunwilligen Sozialhilfeempfängern‘ oder prekär Beschäftigten tritt diese Abgrenzung von einem ‚Unten‘ auf. Dies ist keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal rechtspopulistischer Parteien, sondern kann in ganz ähnlicher Form auch in linken bzw. sozialdemokratischen Debatten vernommen werden; etwa in der historischen Unterscheidung zwischen dem revolutionären Subjekt des anständigen Proletariats und der moralischen Diffamierung einer Unterklasse als Lumpenproletariat.¹⁶

Diese produktivistische Rhetorik hat die Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaften seit ihrer Entstehung geprägt. Das zeigt sich vor allem daran, dass sich Gewerkschaften wie auch Sozialdemokratie traditionell schwer damit taten, neben ihrem Kernklientel, einer industriellen (Fach-)Arbeiterschaft, auch ungelernete Arbeiterinnen oder Arbeitslose anzusprechen. Diese wählten in der Zeit der Weimarer Republik traditionell stärker die KPD als die SPD. In der Nachkriegszeit gelang es der SPD dann aber zeitweise immer besser, das Wählerpotential der (dann schließlich 1956 verbotenen) KPD für sich zu gewinnen (vgl. Nachtwey und Spier 2007, 30). Spätestens mit Beginn der zweiten rot-grünen Koalition und der Agenda-Politik unter Gerhard Schröder verlor die SPD dann aber sowohl unter Arbeitern als auch unter Arbeitslosen endgültig an Rückhalt.¹⁷ Beide Gruppen fanden zunächst in der neugegründeten Linkspartei eine neue politische Heimat, der es gerade unter dem Führungsduo Gysi/Lafontaine gelang, sowohl in Ost- als auch Westdeutschland Wahlerfolge in der Gruppe der Arbeiter sowie der Arbeitslosen zu erzielen.¹⁸ Heute lässt sich jedoch feststellen, dass sowohl SPD als auch Linkspartei immer seltener ihr einstiges Kernklientel erreichen. Bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die SPD unter Arbeitern 26%. Die Linke kam nur noch auf 5% und belegte

16 Zu der Figur des Lumpenproletariats vgl. die Studie von Christopher Wimmer (vgl. Wimmer 2021).

17 Der SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeitslosen lag 1998 noch bei 55%, 2005 dann nur noch bei 26% (vgl. Nachtwey/Spier 2007, 30). Zum Vergleich: 1980 konnte die SPD in der Gruppe der Arbeiter noch 61% erreichen, gemessen an ihrem Gesamtergebnis wurde die SPD damit deutlich überdurchschnittlich von Arbeitern gewählt. 2005 lag der SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeiter dann bereits fünf Prozentpunkte unter ihrem damaligen Gesamtergebnis. Auch wenn der Arbeiteranteil an allen Erwerbstätigen von 1980 bis 2005 von 42,3 auf 33,5 Prozent gesunken ist, verdeutlichen diese Größenverhältnisse doch sehr anschaulich das veränderte Wählerklientel der SPD (vgl. ebd., 22).

18 Im Osten machten Arbeitslose 2005 mehr als ein Achtel der Linkspartei-Wählerschaft aus (vgl. Nachtwey/Spier 2007, 32). In der Gruppe der Arbeiter konnte die Linke damals die SPD in den ostdeutschen Bundesländern überholen (vgl. ebd., 22).

damit den letzten Platz. Der AfD-Anteil unter Arbeitern lag bei 21%. Unter Arbeitslosen erzielte die SPD 23%, die AfD 17% und Die Linke 11% (vgl. Bundestagswahl 2021).

Diese Stimmenverluste lassen sich auch auf eine veränderte produktivistische Ideologie linker Parteien zurückführen, die sich immer mehr an ein neues, stark akademisch geprägtes Wählerklientel angepasst hat. Das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen sowie der Arbeitslosen wurde dadurch immer weniger adressiert. Um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu verstehen, ist es notwendig, diese ideologische Neuausrichtung linker Parteien kurz nachzuzeichnen.

2.4. Neue produktivistische Ideale linker Parteien

Thomas Piketty führt den dargestellten Stimmenverlust linker Parteien¹⁹ unter Arbeiterinnen nicht auf eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage oder einen stetigen Aufstieg der Arbeiterklasse in die Mittelschicht, sondern auf eine ideologisch-programmatische Neuausrichtung linker Parteien zurück (vgl. Piketty 2020, 1065f.). Dieser Punkt ist wichtig zu betonen. Denn die Klassengegensätze der Nachkriegszeit, die linken Parteien als historische politische Verbündete der arbeitenden Klassen ein solides Wahlpotential verschafft haben, existieren, wie Piketty in seinen Büchern immer wieder belegt, weiterhin und haben sich im Zuge der Globalisierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte sogar verschärft. Linke Parteien hätten es jedoch nicht geschafft, auf diese alten und neuen Herausforderungen politische Antworten zu formulieren, die die unteren Statusgruppen erreichen (vgl. ebd, 1066). Vielmehr habe sich die programmatische Ausrichtung linker Parteien so stark verändert, dass einfache Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeitslose sich immer weniger von ihnen repräsentiert fühlen. Stattdessen wählen nun vor allem Akademikerinnen linke Parteien (vgl. ebd, 927).

Piketty führt diesen Austausch der Kernwählerschaft auf ein stetiges Anwachsen des Bildungssektors und einer damit einhergehenden schleichen-

19 Piketty subsumiert unter linken Parteien ein breites Parteienspektrum, das von kommunistischen und sozialistischen zu sozialdemokratischen Parteien oder der Demokratischen Partei in den USA reicht. Trotz zahlreicher Unterschiede zwischen den Parteien ist die Tendenz bei allen gleich: Sie haben erheblich an Stimmen in Arbeitermilieus verloren und werden heute vor allem von Akademikern gewählt.

den Abkehr linker Parteien von den arbeitenden Klassen zurück. Dieser Prozess ist laut Piketty keineswegs gezielt angestrebt worden, sondern habe sich zunächst „unwillkürlich und ohne konkrete Beschlüsse“ vollzogen (Piketty 2020, 938).²⁰ Allerdings lasse sich heute beobachten, dass linke Parteien und ihre akademische Anhängerschaft mit dem neuen Status quo durchaus zufrieden sind und nun eine „gewisse Selbstgefälligkeit und Herablassung gegenüber dem Rest der Bevölkerung an den Tag legen“ (ebd.).

Diese Herablassung der neuen linken Parteien und ihrer Wählerschaft lässt sich besonders gut anhand der ideologischen Neuausrichtung des Ideals des Produktionismus nachvollziehen. Auf eine produktionsistische Elitenkritik wird nun größtenteils in linken Debatten verzichtet. Schließlich könnte die Thematisierung des Ungleichgewichts zwischen dem gesellschaftlichen Nutzen und der angemessenen Entlohnung von Arbeitstätigkeiten sowie die Frage nach Leistungs- und Steuergerechtigkeit, etwa angesichts niedriger oder nicht vorhandener Reichtums- oder Erbschaftssteuern, wofür nicht zuletzt die Neuausrichtung linker Parteien mit verantwortlich ist, zu Lasten des eigenen Wählerklientel gehen. Am Beispiel steuerpolitischer Maßnahmen in Frankreich schildert Piketty diese Herablassung der linken Parteien gegenüber den von ihnen nun entfremdeten unteren Klassen. So trug die regierende Linke in den 1980er und 1990er Jahren

„die Liberalisierung der Kapitalflüsse mit, ohne diese Entscheidung abzustimmen oder für den sozialen, steuerlichen Ausgleich zu sorgen. Das führte zu einer Begünstigung der wohlhabenden und mobilen Bevölkerungsgruppen, während die Steuerlast für die als immobil geltenden Schichten in Form von indirekten Steuern und höheren Abgaben auf niedrige und mittlere Gehälter drückender wurde.“ (Piketty 2020, 939)

20 Der Politikwissenschaftler Franz Walter führt diesen schleichenden Veränderungsprozess am Beispiel der SPD bereits auf das Jahr 1973 zurück. Die Genossen wurden von der Ölkrise 1973 ausgebremst und zögerten anschließend, entschlossen darauf zu reagieren. Ihre Kontrahenten hatten derweil in Form des Neoliberalismus eine Gegenideologie aufgebaut, die zunehmend an Zustimmung gewann. Die SPD gab sich schließlich seit den 1980er Jahren ebenfalls den Versuchungen der freien Marktideologie hin und wurde immer mehr zu einer Partei der Neuen Mitte, in der Bildungsaufsteiger Karriere machen konnten. Personell wie inhaltlich mangelt es der Partei seitdem an einem Verständnis für die konkreten Lebens- und Leiderfahrungen der arbeitenden Klassen (vgl. Walter 2021).

In Deutschland lassen sich gerade für die rot-grüne Bundesregierung unter dem Kanzler Schröder ganz ähnliche Weichenstellungen für eine Umverteilung von unten nach oben erkennen. „Keine Bundesregierung vor ihr“, schreibt der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, „hat bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital, günstigere Anlagemöglichkeiten für Groß-Aktionäre und niedrigere Steuersätze für Unternehmer geschaffen als die rot-grüne“ (Butterwegge 2020, 294). Auf der anderen Seite haben die Steuerreformen zu Mehrbelastungen der Arbeitnehmer geführt, was sich etwa daran zeige, dass Kapitalerträge seitdem niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen (vgl. ebd., 301). Die rot-grünen Steuerreformen, wie etwa der Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer, die Absenkung des Einkommensteuerspitzensatzes von 53 Prozent auf 42 Prozent oder die Einführung einer pauschalen Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, hat keine nachfolgende Bundesregierung bislang wieder rückgängig gemacht.

Statt einer produktivistischen Elitenkritik, die u.a. in der Forderung nach höheren Steuern für Kapital- und Vermögenserträge oder Erbschaften münden könnte, wurde das Thema der Eigenverantwortung von linken Parteien stärker adressiert und an ein meritokratisches Ideal geknüpft. So ist an die Stelle eines kollektivistischen Produzentenstolzes, in dessen Zentrum immer auch die Forderung nach existenzsichernden und anständigen Arbeitsplätzen sowie ökonomischer und politischer Würdigung (körperlich) anstrengender und vielmals aufopferungsvoller Arbeitsleistung stand, die Bewunderung individueller Anstrengungen und Leistungen getreten.²¹ Wobei Piketty beobachtet, dass für die neuen linken Parteien vor allem das Anhäufen von Bildungsabschlüssen und die Vermehrung des kulturellen Kapitals von zentraler Bedeutung sind (vgl. Piketty 2020, 957). Damit wurde auch die produktivistische Abgrenzung nach unten neu justiert: Deklassiert werden nicht mehr ‚nur‘ diejenigen, die keine Arbeit haben, sondern auch diejenigen, die Tätigkeiten verüben, aus denen sich weder kulturelles noch ökonomisches Kapital ergeben.

Der Journalist und Sachbuchautor David Goodhard führt diese Deklassierung großer Teile der Arbeiterklasse vor allem auf die ungleiche Anerkennung von Kompetenzen zurück, die sich nicht durch akademische Abschlüsse nachweisen lassen. Diejenigen, die Kopfarbeiter sind, also akademischen Tätigkeiten nachgehen, genießen gegenüber den Herz- und

21 Dieser Punkt wird an späterer Stelle in dieser Arbeit noch einmal aufgegriffen und anhand des Wandels der Anerkennung von Arbeit weiter ausgeführt, vgl. Kapitel 4.2.

Handarbeitern, womit Goodhart Handwerks- und Pflegeberufe meint, in nahezu allen westlichen Demokratien massive ökonomische sowie kulturelle Statusvorteile (vgl. Goodhart 2020, 49).

Für die Frage, wie es zu der Vorherrschaft der kognitiven Kompetenzen gegenüber anderen menschlichen Fähigkeiten, etwa Mitgefühl, Fürsorge, Anstand oder Loyalität – Kompetenzen, die man in der Regel nicht an einer Universität lernt –, kommen konnte, bietet Goodharts Analyse eine Antwort, die sehr an die Ausführungen Pikettys über den Wandel linker Parteien erinnert. Nach Goodhart hat sich in der postindustriellen Wissensgesellschaft ein Auslese- und Prämiensystem etabliert, von dem die kognitive Elite im Gegensatz zum Rest der Gesellschaft massiv profitiert und das in erster Linie der Reproduktion ihrer eigenen Vormachtstellung diene (vgl. ebd., 115f.). Das entscheidende Kriterium dieses Systems sei der alleinige Fokus auf den Nachweis kognitiver Kompetenzen, um als erfolgreich zu gelten. Dieses System manifestiere soziale Ungleichheiten. Denn von der Etablierung von Intelligenztests als Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an einer der renommierten Universitäten in den USA oder Großbritanniens, oder der Trennung der Schülerinnen in Deutschland nach der vierten Klassen aufgrund ihrer schulischen Noten, profitieren vor allem diejenigen, die qua Geburt über hohe ökonomische und kulturelle Kapitalstöcke verfügen (vgl. ebd., 101). Auch ein Vergütungssystem, das sich nicht nach der Produktivität oder dem inhaltlichen Anspruch einer Tätigkeit richtet, sondern sich allein am Bildungsgrad des mit der Aufgabe Beauftragten orientiert, manifestiere die Vormachtstellung einer kognitiven Elite (vgl. ebd., 160ff.).

Auch wenn Goodhart keineswegs das dystopische Bild einer kognitiven Erbelite zeichnet, wie es der bekannteste Kritiker der Neuausrichtung der britischen *Labour* Partei Michael Young bereits 1958 tat (vgl. Young 1958), muss seiner Meinung nach festgehalten werden, dass

„in der Wissensgesellschaft auch bei einer relativ offenen Leistungselite immer eine große Minderheit und vielleicht sogar eine Mehrheit [bleibt], die sich ausgegrenzt fühlt oder über nicht-kognitive Fähigkeiten verfügt, die nicht ausreichend gewürdigt werden.“ (Goodhart 2020, 107)

Das Problem der mangelnden Chancengleichheit ist also nur die eine Seite der Ungleichheitsmedaille. Viel gravierender und für das demokratische Zusammenleben schädlicher ist nach Goodhart der Fakt, dass nicht-kognitive Kompetenzen in den meisten liberalen Demokratien viel weniger Aner-

kennung finden als kognitive Kompetenzen (vgl. ebd.). Dieser Statusverlust der nicht-kognitiven Kompetenzen zeigt sich in vielerlei Hinsicht: Etwa beim Blick auf die Entwicklung von Löhnen oder sinkenden Ausbildungsquoten²², aber auch an der fehlenden politischen Repräsentation der Interessen der arbeitenden Klasse im politischen System (vgl. Elsässer/Schäfer 2016). Dieses Ungleichgewicht auszugleichen, hält Goodhart für eine der dringendsten politischen Maßnahmen unserer Zeit.

Dabei sollte jedoch nicht der Fehler begangen werden, sich gänzlich vom Leistungsgedanken als Leitmotiv sozialer Gerechtigkeit zu verabschieden. Denn wie die Historikerin Nina Verheyen in ihrem Buch über die Erfindung der Leistung anhand zahlreicher Beispiele aus der Vergangenheit sowie Gegenwart zeigt, verbergen sich hinter solchen Forderungen vielmals die Abwehrkämpfe einer „etablierten Elite gegen fleißige und anpassungsbereite soziale Aufsteiger“ (Verheyen 2018, 204). Verheyen fordert dagegen gerade von linken Parteien an Leistung als normativem Bezugspunkt festzuhalten und dabei den sozialen Charakter, den eine individuelle Leistung immer besitzt, umfassender zu beleuchten und zu honorieren (vgl. ebd., 203ff).

Doch statt in diesem Sinne an einer kollektivistischen Tradition linker Parteien festzuhalten und diese auszubauen oder, wie Goodhart es fordert, mehr für die Aufwertung von Handwerks- und Pflegeberufen zu tun, haben sich die linken Parteien zu stark auf den Erwerb kognitiver Kompetenzen konzentriert. Damit haben sie ihren einstigen politischen Widersachern angenähert. Thomas Piketty erkennt eine immer weitreichendere Übereinstimmung der ideologischen Ausrichtung zwischen „brahmanischer Linke“ und „kaufmännischer Rechter“:

„Die ‚brahmanische Linke‘ glaubt an persönlichen Einsatz und schulische Leistungen; die ‚kaufmännische Rechte‘ an persönlichen Einsatz und geschäftliche Leistungen. Die ‚brahmanische Linke‘ fördert das Recht auf Anhäufen von Bildungsabschlüssen; die ‚kaufmännische Rechte‘ das auf Anhäufen von Finanzkapital. In gewissen Punkten sind sie bisweilen anderer Ansicht. Die ‚brahmanische Linke‘ mag etwas mehr Steuern fordern als die ‚kaufmännische Rechte‘, um Gymnasien, Elitehochschulen, Kunst- und Kulturinstitutionen zu finanzieren. Beide Lager vereint aber ihre große Nähe zum aktuellen Wirtschaftssystem und zum gegenwärtigen Stand der Globalisierung. Der Status quo verschafft den

22 Auf diesen Punkt werde ich in Kapitel 4.2. detaillierter eingehen.

intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten ausreichend Vorteile.“ (Piketty 2020, 957)

Mit dieser zunehmenden Verschmelzung der intellektuellen und wirtschaftlichen Ausrichtung der „brahmanischen Linken“ und „kaufmännischen Rechten“ wurde die Tür weit aufgestoßen für neue Parteien, die wieder stärker auf eine klassisch produktivistische Rhetorik zurückgreifen und damit gezielt das Unrechtsempfinden von Arbeitern, einfachen Angestellten und Arbeitslosen ansprechen. In vielen liberalen Demokratien lässt sich beobachten, dass rechtspopulistische Parteien diese Repräsentationslücke erfolgreich besetzt haben. Parteien wie der *Rassemblement National* in Frankreich oder Teile der AfD in Deutschland verbinden produktivistische Politikinhalte mit einer rechtspopulistischen Ausrichtung und präsentieren diese Verbindung als Lösung für die Herausforderungen der Globalisierung und als Alternative zu den bestehenden inhaltlichen Ausrichtungen der etablierten Parteien.

Ein Nachweis eines solchen rechtspopulistischen Produktionismus findet sich etwa in der Rede des Bundessprechers der AfD, Tino Chrupalla, auf dem AfD-Parteitag im Juni 2022:

„Wir müssen diejenigen erreichen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und ebenso muss unsere Politik die ansprechen, die aufgrund schlechter Infrastruktur und hoher Abgaben kein eigenes Unternehmen gründen oder lieber ins Ausland gehen, anstelle in Deutschland zu investieren. Diese Bürger müssen wir erreichen und darin besteht kein Widerspruch. Denn die Alternative für Deutschland ist im Jahr 2022 klar im freiheitlich-sozialen Kurs angekommen und dieser Kurs ist die programmatische Klammer und bindet alle Bürger ein, die an der Wertschöpfung in unserem Land teilhaben.“²³

Mit der Betonung der Wertschöpfung möchte Chrupalla eine Klammer für eine „freiheitlich-soziale“ Ausrichtung der AfD anbieten und damit auch die konkurrierenden politischen Interessensgruppen innerhalb seiner Partei verbinden. Denn von dem Wertschöpfungsnarrativ sollen nicht nur die unteren Klassen der Lohnabhängigen angesprochen werden, sondern auch mittelständische Kleinunternehmer und Selbständige. Die zentrale Betonung der „Einbindung aller Bürger, die an der Wertschöpfung teilnehmen“, signalisiert zugleich, dass alle, die aus Sichtweise der AfD nicht

23 Rede von Tino Chrupalla auf dem 13. Bundesparteitag der AfD, Minute 4:34 – 5:17 vgl. Chrupalla 2022.

daran teilhaben, von dieser Politik ausgeklammert werden. In der öffentlichen Rhetorik vieler AfD-Politiker wird dieses Wertschöpfungsnarrativ auf der einen Seite mit einer Kritik an Politikeliten sowie bestimmte Wirtschaftseliten verbunden. Während in den Gründungsjahren der AfD noch „Thatcherismus“ und ein bewusst nach außen getragener elitärer Habitus gepflegt worden sind, mehren sich in jüngster Zeit durch den steigenden Einfluss des völkischen Flügels innerhalb der Partei Reden prominenter Parteimitglieder, in denen ein „Hass auf Reiche“ geschürt werde (vgl. Weiß 2023). Nationale Wirtschaftseliten oder reiche Geldgeber der Partei werden von dieser Kritik ausgespart. Stattdessen wird vor allem das Stifterwesen, also der private Einsatz Superreicher für gemeinnützige Zwecke, als „Milliardärsozialismus“ angeprangert (vgl. ebd.).

Neben dieser Kritik an Teilen der Politik- und globalen Wirtschaftseliten grenzt sich die Partei in ihren sozialpolitischen Forderungen auf der anderen Seite nach ‚unten/außen‘ ab. Das wird ganz besonders in der ablehnenden Haltung der Partei gegenüber Migranten und Geflüchteten deutlich. Aber auch in sozialpolitischen Anträgen der Partei kommt diese Abgrenzung immer wieder zum Ausdruck. So beantragte die AfD-Fraktion im September 2019 im Bundestag eine Neubemessung des Arbeitslosengeldes (ALG 1), das sich in Zukunft an der Dauer der Einzahlung der Arbeitnehmer bemessen solle.²⁴ In der Begründung hieß es, dass durch eine solche Neubemessung endlich Politik für die Menschen gemacht werde, die „arbeiten.“ In der Antragsrede heißt es weiter:

„Die fleißigen Bürger dieses Landes werden jeden Monat ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Während andere Bevölkerungsgruppen, die das Wort Arbeit nicht mal buchstabieren können, fürstlich alimentiert werden.“²⁵

Mit der Betonung von „Arbeit“, „Leistung“, der Hervorhebung des Wertschöpfungsnarrativs und einer damit einhergehenden doppelten Abgrenzung nach ‚oben‘ und ‚unten/außen‘ knüpft die AfD an einen produktionsistischen Debattenstrang an, der – wie bereits dargestellt – ursprünglich in den Arbeitermilieus und von der Arbeiterbewegung formuliert worden ist

24 Eine Forderung, die auch von der SPD kommt. In der Debatte fordert die SPD zusätzlich die Einführung eines Rechts auf Arbeit sowie ein Recht auf Weiterbildung (vgl. Deutscher Bundestag 2019)

25 Rede des AfD Abgeordneten Sebastian Münzenmaier im Deutschen Bundestag v. 27.09.2019, Minute 0:54 – 1:06, vgl. Deutscher Bundestag 2019.

und in Deutschland ähnlich wie in den USA immer noch großen Anklang findet.²⁶ Verknüpft wird dieser Produktionismus in der Rhetorik der AfD, insbesondere von dem an Einfluss gewinnenden völkischen Flügel der Partei, mit rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremen Politikgehalten, die sich insbesondere gegen Einwanderer und gesellschaftliche Minderheiten richtet.

Dass die rechtspopulistische Spielart des Produktionismus aber keineswegs alternativlos ist, zeigt ebenfalls ein Blick in die jüngere Vergangenheit. Als sich im Januar 2017 Martin Schulz als Kanzlerkandidat der SPD präsentierte, stellte er in seiner Rede ausdrücklich das Thema „Respekt“ und „harte Arbeit“ in den Vordergrund. Viele Formulierungen aus seiner Antrittsrede erinnern ebenso an die oben dargestellten Motive des Produktionismus:

„Mir ist es wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten, die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier Einkommen nur geradeso über die Runden kommen, dass wir diese Menschen in der Mittelpunkt unserer Politik stellen [...]. Die Menschen, die den Laden am Laufen halten, diese Menschen haben Respekt verdient. Respekt für ihre Lebensleistung. Ich habe diesen Respekt; auch weil ich aus eigener Erfahrung weiß, dass

26 Anschauliche Nachweise einer solchen produktivistischen Ethik lassen sich etwa in den Interviews mit Arbeitern finden, die Linus Westhäuser und Linda Beck in einer Studie über das politische Bewusstsein von Arbeitern geführt haben (vgl. Beck und Westhäuser 2022). Die interviewten Arbeiter äußern auf der einen Seite deutliche Kritik an den oberen Klassen und der als ungerecht empfundenen Ungleichheit der Einkommen. So beschreibt ein Elektriker die Gesellschaft wie folgt: „Auf der linken Seite dieser Tür hast du Leute, die für 12, 13 Euro die Stunde arbeiten, du gehst raus aus der Tür und hast plötzlich Leute, die 12, 13 Tausend am Tag verdienen. Weißt du? Wo du dir denkst so: ‚Alter! [ruft] Wer in Gottes Namen hat bestimmt, dass das, was die machen, so viel besser ist als das, was die machen?‘ Wo ich denke: ‚Nein Alter, das ist nicht besser was die machen, [...]‘- Nur weil ich in dem System lebe, heißt das nicht, dass ich das gut finde (vgl. ebd., 292).“ Zugleich werden aber auch diejenigen scharf kritisiert, die angeblich gar nicht arbeiten wollen. So lässt ein anderer Arbeiter seinem Unmut über die seiner Meinung nach zu großzügige Behandlung von Arbeitslosen freien Lauf: „Manche Leute haben zwei Jobs und kommen grade über die Runde. Und ein Arbeitsloser, der hat gar kei Bock, weil er sagt ‚Ah, für des Geld geh ich net arbeite.‘ Das ist der Hammer! Die Leute gehöret... ja... Wasser und Brot! Kei Kohle, da gibts gar kei... Frage ob ich arbeite gang oder net, der muss einfach, sonst gibts kei Kohle. Fertig. Dass, wenn einer 50 Jahr scho g’schafft hat, für des soll des da sein. Aber net, [dass] einer, der nie g’schafft hat... Arbeitslosegeld kriege. Der tät von mir n Schuh in’n Arsch kriege“ (vgl. ebd., 298). Ähnliche Befunde zeigen sich auch in der Untersuchung von Harder/Opratko 2022.

manche Wege steinig und beschwerlich sind und dass man vom Weg abkommen kann.“ (Schulz 2017)

Kurz nach Bekanntgabe der Kanzlerkandidatur von Schulz sank der Zuspruch zur AfD kontinuierlich. Nachdem Schulz im März 2017 zum SPD-Vorsitzenden gewählt wurde, kam die AfD bundesweit nur noch auf knapp 6-7% der Stimmen, die SPD hingegen lag bei ca. 32% (vgl. Wahlrecht-Umfragen 2023).²⁷

Dieses Kräfteverhältnis konnte selbst beim Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 2021, in der die Partei sichtlich bemüht war, an den Erfolg der Respekt-Kampagne unter Schulz anzuknüpfen, nicht mehr erreicht werden. Ein Kanzlerkandidat, der das sozialdemokratische Versprechen durch seine eigene Biographie verkörperte und die Themen „Respekt“ und „harte Arbeit“ in den Mittelpunkt seiner Kampagne stellte, hatte damals anscheinend einen sichtbaren Effekt auf die Wählerschaft der AfD. Interessant daran ist, dass sich dieser anklingende linkspopulistische Produktionismus nicht an eine Arbeiteraristokratie, sondern an prekär Beschäftigte, „die trotz zweier Einkommen, nur gerade so über die Runden kommen“ sowie diejenigen, die Fürsorgearbeiten nachgehen, gerichtet hat. Im Gegensatz zum Wertschöpfungsnarrativ der AfD, das sich auch an Besserverdienende, Selbständige und Unternehmer richtet, wurden hier also in erster Linie die unteren Klassen gezielt angesprochen. Aufgrund dieser „Volksnähe“ sahen wissenschaftliche Expertinnen in Schulz einen dezidiert linkspopulistischen Kandidaten (vgl. Interview mit Karin Priester, Götz 2017).

Wie diese zwei Beispiele noch einmal verdeutlichen, ist eine Annäherung an das Phänomen des Rechtspopulismus über das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen eng mit der moralischen Bedeutung von Arbeit sowie einer produktionistischen Ethik verknüpft. Der Produktionismus gilt als ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Parteien (vgl. Priester 2012, 228). Gleichzeitig zeigen die oben dargestellten unterschiedlichen Spielarten der produktionistischen Ethik, dass die politische Gestaltung dieses Ideals umkämpft ist und sich keineswegs nur auf rechtspopulistische Parteien beschränkt. Bei einer stärker ideengeschichtlichen Betrachtung lassen sich ebenfalls unterschiedliche Ausdrucksformen erkennen. Das linkspo-

27 Bis zur Bundestagswahl 2017 hatte sich dieses Kräfteverhältnis freilich wieder verschoben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Von besonderer Bedeutung war neben der verlorenen Landtagswahl im Frühjahr 2017 im Saarland, die öffentliche Absage seitens der SPD an ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene und damit der Verlust einer realistischen Regierungsperspektive jenseits der Großen Koalition.

produktionistische Ideal richtet sich explizit an die unteren Klassen, eine Honorierung ihrer Leistungen und eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Dabei wird der Gegensatz zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ stärker betont. Diese Anrufung an ein produktionistisches Ideal lässt sich auf die Anfänge der europäischen Arbeiterbewegung zurückführen. Festzuhalten gilt hier jedoch, dass auch dieser historische Produktionismus von links keineswegs frei von Abwertungsstrategien nach unten war.

In rechtspopulistischen Spielarten des produktionistischen Ideals richtet sich die programmatisch-ideologische Ausrichtung zwar ebenfalls auf einen Gegensatz zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘, noch bedeutsamer scheint hier aber die Abgrenzung nach außen zu sein – etwa gegen Geflüchtete, die angeblich nichts zur Wertschöpfung in Deutschland beitragen. Auch nach unten grenzt sich der rechtspopulistische Produktionismus nochmal stärker als sein linkes Gegenüber ab. Das zeigt sich exemplarisch an der Tatsache, dass Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen von der jetzigen Sozialpolitik der AfD nicht profitieren oder sogar bewusst ausgeklammert werden. Im Gegensatz zum linkspopulistischen Produktionismus wird die Abwertung nach unten/außen im Rechtspopulismus zudem stärker in völkischen, rassistischen und sozialdarwinistischen Tönen repräsentiert.²⁸

Eine weitere gegenwärtige Spielart des Produktionismus findet sich wie dargestellt in Anrufungen der „brahmanischen Linken“ sowie der „kaufmännischen Rechten“ an Eigenleistung und meritokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen. Wobei die „brahmanische Linke“ mehr Wert auf Bildung und schulische Abschlüsse, die „kaufmännische Rechte“ dagegen auf ökonomischen Verdienst setzt. Dieser Produktionismus richtet sich im Gegensatz zum links- und rechtspopulistischen Produktionismus explizit an die oberen Klassen und kann daher auch als elitärer Produktionismus verstanden werden. Ganz ähnlich wie im rechtspopulistischen Produktionismus tauchen dabei auch sozialdarwinistische Abwertungen gegen die unteren Klassen auf.

Diese vier ideologisch-programmatischen Idealtypen eines gegenwärtigen produktionistischen Ideals repräsentieren nicht nur unterschiedliche ökonomische Konzepte, sie stehen auch für unterschiedliche Demokratieauffassungen und werden von unterschiedlichen sozialen Klassen präfe-

28 In stärker rechtsextremen oder neo-nazistischen Anrufen an ein produktionistisches Ideal lassen sich zudem antisemitische Ressentiments erkennen, etwa indem zwischen „schöpferischem“ und „raffendem“ Kapital unterschieden wird (vgl. Abromeit 2016).

riert.²⁹ Politisch repräsentiert werden diese vier Idealtypen durch politische Parteien, wobei auffällig ist, dass nach dem kurzzeitigen Erfolg der Schulz-Kampagne der SPD ein dezidiert linkspopulistischer Produktionsismus derzeit keine erfolgreiche politische Repräsentation mehr findet.³⁰ Für den weiteren Verlauf dieser Arbeit dient diese programmatisch-ideologische Konstellation als Ausgangspunkt, um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien weiter zu erörtern. Dabei gilt es, den hier theoretisch skizzierten Zusammenhang des Aufkommens rechtspopulistischer Parteien mit dem Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen weiter zu führen sowie empirisch zu überprüfen.

2.5. Fazit und Aufstellen der Forschungsthese

Ausgangspunkt dieses Kapitels war die Suche nach einem Forschungsansatz, der es ermöglicht, sowohl die politische Angebots- als auch die Nachfrageseite des Erfolgs der AfD zu erörtern. Dazu wurde zunächst anhand einer kritischen Diskussion der Autoritarismus- sowie der Kommunitarismusthesen gezeigt, dass diese einflussreichen Theorien sich zu einseitig auf die vermeintlich ‚bösen‘ oder kulturellen Motive der AfD-Wahl konzentrieren und den politischen Kontext des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien zu sehr vernachlässigen. Ein Forschungsansatz, der diese Leerstellen vermeiden will, muss zum einen nach den kollektiven Enttäuschungserfahrungen der Wähler rechtspopulistischer Parteien fragen und sich dabei von der starren Gegenüberstellung zwischen kulturellen und sozialen Motiven lösen. Zum anderen müssen die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse in liberalen Demokratien miteinbezogen werden, die diese Enttäuschungen erst hervorrufen.

29 Amable und Palombarini kommen in ihrer Analyse des „Kollaps des französischen Parteiensystems“ zu einer ganz ähnlichen Aufteilung. Sie identifizieren drei konkurrierende sozioökonomische Modelle, die jeweils von unterschiedlichen Klassen präferiert werden: Das neoliberale, das sozialistisch-ökologische und das illiberal-identitäre Modell. Jedes Modell steht nicht nur für ein anderes Wirtschaftssystem, sondern diese Modelle unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Demokratiekonzeption sowie der Umwelt-, Europa- oder Migrationspolitik (vgl. Amable und Palombarini 2018, 15ff).

30 Auch wenn Kampagnen der Partei Die Linke noch am ehesten in diese Richtung gehen, münden sie nicht in Wahlerfolgen. Neben den oben skizzierten Veränderungen, scheint die interne Zerstrittenheit sowie das Fehlen eines klaren politischen Profils ausschlaggebend für die derzeitige Erfolglosigkeit der Partei zu sein.

Als entscheidende Wegweiser für ein solches Forschungsprogramm wurden die Arbeiten von Arlie Hochschild sowie Christopher Lasch ausgemacht, die mit ihren Analysen ein Merkmal des Populismus hervorheben, das in der Diskussion der Erfolge der AfD bislang noch keine Beachtung fand. Nach Hochschild und Lasch kommt im Populismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen durch eine Betonung der Ethik des Produktionismus zum Ausdruck. Kennzeichen dieser Ethik ist eine starke moralische Betonung von Erwerbsarbeit und ökonomischer Unabhängigkeit für das eigene Selbstwertgefühl sowie eine darauf basierende Kritik an Gesellschaftsgruppen, die scheinbar nichts für den gesellschaftlichen Wohlstand leisten. Trotz historischer und geographischer Unterschiede wurde im Anschluss an diese Perspektive argumentiert, dass der Produktionismus als Ausdruck des Unrechtsempfindens auch in der Entstehung der Arbeiterbewegung sowie ihrer politischen Parteien eine erhebliche Rolle gespielt hat. In jüngster Zeit ist jedoch zu erkennen, dass dieser Produktionismus von linken Parteien kaum mehr repräsentiert wird. Im Anschluss an die Arbeiten von Thomas Piketty wurde dargestellt, wie sich linke Parteien von der Repräsentation der arbeitenden Klassen zunehmend ab- und gleichzeitig einem elitären Produktionismus stärker zugewandt haben. Das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen wird derzeit stärker von Parteien wie der AfD repräsentiert, die einen rechtspopulistischen Produktionismus vertreten.

Die Annäherung an eine Analyse der Wahlerfolge der AfD über die produktionistische Ethik verspricht den ausgemachten Anforderungen an das gesuchte Forschungsprogramm gerecht werden zu können. Denn der Produktionismus kann als ein kollektiver Ausdruck des moralischen Unrechtsempfindens der arbeitenden Klassen angesehen werden. Durch diese Dimension der Moral entzieht sich diese Perspektive einer strikten Einordnung in die derzeitige dualistische Aufteilung der Rechtspopulismusdebatte. Des Weiteren ermöglicht diese Perspektive jedoch nicht nur den Blick auf die Motive der AfD-Wahl, sondern zieht eine Analyse der Veränderung der politischen Angebotsseite mit ein.

Um diesem Forschungsansatz weiter nachzugehen, sollen diese Überlegungen in der forschungsleitenden These zusammengefasst werden, *dass im Rechtspopulismus der AfD das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Entscheidend für dieses Unrechtsempfinden ist ein produktionistisches Ideal, welches sich vor allem durch moralische Betonung*

2. Rechtspopulistische Wahlmotive in der Diskussion

einer respekt- und würdevollen Arbeit zeigt. Diese Forschungsthese wird im nächsten Kapitel weiter konkretisiert.

3. Gehalt und gesellschaftliche Verortung der produktivistischen Ethik

Begriffe wie Respekt, Würde oder Anstand sind, wie im vorherigen Kapitel herausgearbeitet wurde, zentrale Fixpunkte einer produktivistischen Ethik, in der vor allem die Bedeutung einer respekt- und würdevollen Arbeit hervorgehoben werden. Die Frage, was mit diesen Begriffen konkret gemeint ist, ist Gegenstand vieler sozial- und moralphilosophischer Theorien. Die Debatten um diese Theorien sind weit verzweigt und mithin sind die Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten der verschiedenen Konzeptionen von Anerkennung, Achtung oder Respekt nur schwer zu überblicken.³¹ Diese Komplexität spiegelt sich auch im Versuch einer lebensnahen Beschreibung der Begriffe wieder. Wie Richard Sennett anhand zahlreicher alltäglicher Beispiele verdeutlicht, ist die Frage, was Respekt ist,

„sozial wie auch psychologisch komplex. Die Akte, in denen Respekt zum Ausdruck gebracht wird, und die Kunst der Anerkennung anderer sind daher anspruchsvoll und dunkel.“ (Sennett 2010, 79)

Was Sennett jedoch feststellen kann, ist die Tatsache, dass „das Verhalten, in denen Respekt zum Ausdruck kommt“ in einer von Ungleichheit geprägten Gesellschaft selbst zu einem knappen Gut wird und ungleich verteilt ist (ebd.).

In diesem Kapitel wird gezeigt, dass diese ungleiche Verteilung von Respekt eine Erklärung dafür liefert, warum die Verknüpfung von Respekt und Arbeit gerade in der arbeitenden Klassen stark verankert ist. Dazu soll in einem ersten Schritt zunächst nach dem Gehalt des Begriffs Respekt gefragt werden. Anschließend soll die Frage erörtert werden, warum die moralische Hervorhebung von respekt- und würdevoller Arbeit vor allem in den unteren Klassen verankert sein soll.

31 Eine gute Übersicht bietet Axel Honneths Buch über die „Idee der Anerkennung“ (vgl. Honneth 2018).

3.1. Respekt als Achtung der Würde des Menschen

Auf seiner Suche nach der Antwort auf die Frage, was Respekt ist, und wie Respekt zum Ausdruck gebracht wird, wird Richard Sennett in den anthropologischen Untersuchungen über menschliche Rituale fündig, wie sie vor allem in der französischen Soziologie erforscht worden sind. In diesen untersuchten Ritualen meinten die Forscherinnen die Logik eines wechselseitigen Nehmens und Gebens von Gütern und Pflichten erkennen zu können, die den gegenseitigen Respekt in der Gemeinschaft sicherstelle. Dieser Gabenaustausch entspreche nicht der kapitalistischen Logik des symmetrischen Ausgleichs, sondern werde durch asymmetrische Austausch- und Abhängigkeitsbeziehungen vollzogen (vgl. ebd., 262).

Einige Forscher, etwa Marcel Mauss oder Pierre Bourdieu, wollten ausgehend von diesen Entdeckungen die Grundlage für ein neues Verständnis des Sozialismus bzw. des Sozialstaats schaffen, um die kapitalistische Logik des symmetrischen Ausgleichs zu ersetzen. Denn diese Logik zeige sich auch in einer respektlosen Sozialstaatsbürokratie, die die Menschen als Klienten behandelt, die nur so viel an staatlichen Leistungen bekommen wie sie ‚verdienen‘. Obwohl Sennett diese Kritik an den respektlosen wohlfahrtsstaatlichen Praktiken teilt, ist die anthropologische Darstellung des wechselseitigen Respekts seiner Meinung nach verkürzt. Denn es sei den Forschern zwar gelungen, die grundlegenden Prinzipien des wechselseitigen Austauschs von Gaben und die Logik menschlicher Rituale zu erforschen, dabei haben sie jedoch die subjektive Seite der am Austausch beteiligten Menschen vergessen.

Genau hier, im Charakter der am Austausch beteiligten Personen, liege aber der „dunkle“ Kern des wechselseitigen Respekts. Denn nicht selten müsse man sich Respekt in einer Gemeinschaft tatsächlich erst verdienen – Sennett erinnert beispielsweise an die „Codes der Straße“, durch die Respekt und Anerkennung vermittelt werden; die gemeinschaftlichen Prinzipien des Respekts können dann jedoch mit der Selbstachtung der am Austausch beteiligten Personen kollidieren. Gleichzeitig ist es genauso vorstellbar, dass nach außen getragene moralische Selbstachtung und Stolz die gemeinschaftlichen Prinzipien des Respekts beeinflussen und verändern können (vgl. ebd., 268f).³²

32 Ein gutes Beispiel sind soziale Projekte, wie sie in vielen Großstadtvierteln zu finden sind. Oft werden diese Projekte (Sport-, Musik-, Kulturprojekte) von langjährigen Bewohnerinnen dieser Viertel geleitet, die sich in ihrer Jugend an den „Regeln der

Der Philosoph Avishai Margalit sieht in der Selbstachtung daher sogar eine Voraussetzung des Ausdrucks wechselseitigen Respekts. Margalit spricht von Respekt als der Achtung gegenüber der Würde des Menschen. Die Würde des Menschen ist für Margalit die nach außen getragene positive Selbstachtung:

„Selbstachtung erweist sich negativ, Würde positiv. Anders gesagt: Selbstachtung offenbart sich gewöhnlich dann, wenn die Ehre eines Menschen verletzt, wenn er gedemütigt wird. Wie er sich unter solchen Umständen verhält, ist ein Indikator für seine Selbstachtung. Ein Mensch, der Würde besitzt, bekundet hingegen seine Selbstachtung durch positive Handlungen, die mehr als bloße Reaktionen auf Provokationen sind; auf diese Weise signalisiert er, dass er wie ein Löwe kämpfen wird, falls jemand versuchen sollte, ihm seine Selbstachtung zu nehmen.“ (Margalit 2012, 61)

Selbstachtung hat jeder Mensch nach Margalit qua seines Menschseins. Denn im Gegensatz zum Selbstwertgefühl (Self-Esteem) beruht Selbstachtung (Self-Respect) nicht auf Leistung, sondern auf Zugehörigkeit. Diese Unterscheidung zwischen Selbstachtung und Selbstwertgefühl ist für Margalits Argumentation zentral. Respekt vor der Würde eines Menschen zu haben, bedeutet demnach, ihn in seiner Selbstachtung zu achten. Respekt vor dem Selbstwertgefühl eines Menschen bedeutet hingegen, die Selbstbeschreibung und den nach außen getragenen Stolz des Menschen auf seine individuelle Identität oder Leistung zu achten. Obwohl diese beiden Begriffspaare (Selbstachtung und Würde auf der einen Seite, Selbstwertgefühl und Stolz auf der anderen Seite) eng miteinander verbunden sind, räumt Margalit dem Respekt der Selbstachtung/Würde des Menschen Vorrang ein. Denn selbst wenn jeder Mensch qua seines Menschseins Selbstachtung besitzt, bedeutet das nicht, dass er diese Selbstachtung auch ablegen oder durch Gewalt verlieren kann.³³

Straße“ orientiert haben, um Respekt zu verdienen. Nun versuchen sie, die Regeln der Straße neu zu interpretieren und den Jugendlichen eine andere Perspektive zu bieten. Die neu gewonnene Selbstachtung führt zur Veränderung der Prinzipien des Respekts.

- 33 Margalit schreibt, dass es durchaus vorstellbar ist, dass ein Mensch zwar Selbstwertgefühl, aber keine Selbstachtung besitzt. Als Beispiel nennt er die Romanfigur Höfgen aus Klaus Manns „Mephisto“, der ein Pakt mit dem Nationalsozialismus eingeht, um seine Schauspielkarriere auszubauen. Ein solcher „Kriecher erniedrigt sich selbst, um sich auf Kosten seiner Selbstachtung Vorteile zu schaffen, die seinem Selbstwertgefühl durchaus dienlich sein können“ (Margalit 2012, 55).

Letzterem widmet sich Margalit besonders eindringlich. Wie in dem oben stehenden Zitat bereits anklingt, ist es für Margalit keineswegs gesichert, dass Menschen die Selbstachtung anderer Menschen achten. Vielmehr geht er in seinen Überlegungen davon aus, dass Menschen sich gegenseitig eine Vielzahl an Demütigungen zufügen können. In Margalits politischer Philosophie steht daher die Errichtung einer „anständigen Gesellschaft“ („decent society“) an erster Stelle:

„Eine Gesellschaft ist dann anständig, wenn ihre Institutionen den Menschen, die ihrer Autorität unterstehen, keine berechtigten Gründe liefern, sich als gedemütigt zu betrachten.“ (ebd., 22)

Unter Demütigung versteht Margalit wiederum „alle Verhaltensformen und Verhältnisse, die einer Person einen rationalen Grund geben, sich in ihrer Selbstachtung verletzt zu sehen“ (ebd., 21).

Nach Margalit existieren drei Formen der Demütigung, die jedoch eng miteinander verbunden sind: Menschen können gedemütigt werden, indem sie als Bürger zweiter Klasse behandelt werden; sie können gedemütigt werden, wenn sie aus der Menschengemeinschaft ausgeschlossen werden, indem sie z.B. als Untermenschen behandelt werden. Drittens können sich Menschen bei Handlungen gedemütigt fühlen, die zum Verlust der Selbstkontrolle führen oder diesen verdeutlichen (vgl. ebd., 149). Für den Philosophen steht fest, dass sich diese Formen der Demütigung nicht nur in systematisch grausamen und erniedrigenden Regimen, sondern auch in modernen Demokratien finden lassen.

Als Beispiele für institutionelle Demütigungen in Demokratien nennt Margalit etwa die Verwehrung bestimmter staatsbürgerlicher Rechte wie z.B. das Wahl- oder Arbeitsrecht gegenüber langjährigen Mitgliedern der Gesellschaft (z.B. Migranten), die Existenz einer Zwei-Klassen-Gesellschaft etwa in der Gesundheitsversorgung oder, was für die Debatte rund um das Thema Rechtspopulismus interessant ist, die Existenz von Armut, Arbeitslosigkeit und unwürdigen Arbeitsverhältnissen. Diese institutionellen Arrangements sind demütigend, da sie die betroffenen Menschen in ihrer Selbstachtung verletzen können. Denn wem politische Rechte verwehrt werden, hat das Gefühl eine Bürgerin zweiter Klasse zu sein; ein Gefühl, das sich laut Margalit nicht davon trennen lässt, auch „ein Mensch zweiter Klasse zu sein“ (ebd., 157).

Ebenso ist absolute und relative Armut in einer auf Reichtum und Statussymbole fixierten Gesellschaft für die Betroffenen demütigend. Denn

wer arm ist, wird in einer reichertumorientierten Gesellschaft nicht nur von zahlreichen Möglichkeiten der Teilhabe ausgegrenzt, sondern auch in der Fähigkeit, sein Leben selbst zu kontrollieren und auf sich selbst achten zu können, durch reiche Privatpersonen und Institutionen bedroht.³⁴ Auch wer in einer auf Lohnarbeit ausgerichteten Gesellschaft arbeitslos wird, kann sich in seiner Selbstachtung zurecht gedemütigt fühlen. Denn Arbeit ist nach Margalit für die Menschen wertvoll,

„wenn sie aus eigenen Kräften, ohne von anderen abhängig zu sein, für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Durch Arbeit erlangen Menschen Autonomie und jene ökonomische Staatsbürgerschaft, durch die sie ihre Menschenwürde wahren können.“ (ebd., 240)

Diese Darstellung des Stellenwerts von Arbeit erinnert stark an das bereits oben beschriebene Ideal des Produktionismus. Margalit geht davon aus, dass Arbeit für viele Menschen eine wichtige Quelle der Selbstachtung ist. Wenn diese Möglichkeit der Selbstachtung jedoch ausbleibt, wie im Falle von Arbeitslosigkeit, schlechter Entlohnung oder Menschen unter Zuständen arbeiten müssen, die jegliche Autonomie verhindern, dann werden sie gedemütigt. Eine anständige Gesellschaft ist daher nach Margalit verpflichtet, „all ihren Mitgliedern die Möglichkeit einer angemessenen und sinnvollen Beschäftigung (wie etwa ein Studium) zu bieten“³⁵ (ebd., 244).

34 Obwohl viele reiche Menschen ihren Reichtum nicht dazu benutzen, das Leben armer Menschen zu beeinträchtigen, kann allein die Möglichkeit dieser Gewalt demütigend sein. Im Falle von reichen Institutionen ist diese Form der Demütigung hingegen für viele Menschen sehr real, z.B. wenn Firmen wie Amazon oder Google ganze Stadtteile aufkaufen, um Büros zu errichten und Wohnraum für ihre eigenen Mitarbeiter zu schaffen, oder wenn Ratingagenturen, wie in der Eurokrise, über das Schicksal eines ganzen Landes entscheiden können. Dass exzessiver Reichtum daher auch ein moralisches Problem ist und aus dieser Sichtweise verboten werden sollte, hat Christian Neuhäuser gezeigt (vgl. Neuhäuser 2018).

35 Margalit bezweifelt, dass der menschliche Drang nach Betätigung (*homo faber*) immer in Lohnarbeit gipfeln muss. Daher unterscheidet er zwischen Arbeit und sinnvoller Tätigkeit, die auch ein Hobby oder ein Studium sein kann. Die anständige Gesellschaft kennt daher kein Recht auf Arbeit, sondern lediglich ein Recht auf eine sinnvolle Tätigkeit. Wie Angelika Krebs anmerkt, blendet Margalit damit jedoch zwingend notwendige Arbeiten einer Gesellschaft, wie z.B. die Familienarbeit, aus (vgl. Krebs 2002, 158). Ich teile diese Kritik, denke aber, dass sich Krebs Forderung nach einem Recht auf Arbeit und der Entlohnung von Familienarbeit gut in Margalits Forderung nach einer anständigen Gesellschaft einfügen lässt.

Neben diesen institutionellen Arrangements, die die Menschen in ihrer Selbstachtung verletzen, können jedoch auch Gesten, Symbole oder Wörter demütigen. So schreibt auch Richard Rorty, dass Menschen gedemütigt werden,

„wenn man ihnen mit Gewalt die besonderen Strukturen der Sprache und Überzeugung zerstört, in der sie sozialisiert wurden (oder die sie sich selbst geformt haben und auf die sie deshalb stolz sind).“ (Rorty 2012, 287)

Ein eindrückliches Beispiel dieser Art von Demütigung liefert Eduard Louis schriftstellerisches Porträt seines Vaters, der, nachdem er jahrelang in schlecht bezahlten und gesundheitsschädigenden Arbeitsverhältnissen gearbeitet hat, aufgrund einer Arbeitsverletzung arbeitslos geworden ist. Als der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einer öffentlichen Rede über die arbeitslosen „Faulpelze“ herzieht, schildert Louis diese Art der Demütigung aus der Sicht seines Vaters:

„Du weißt schon seit jeher, dass dieses Wort (Faulpelz, T.S.) Leuten wie dir gilt, Leuten, die keine Arbeit finden, weil sie zu weit von der Stadt entfernt leben, weil sie zu früh, ohne Abschlüsse aus dem Schulsystem herausgefallen sind, Leuten, die nicht mehr arbeiten können, weil die Fabrikarbeit ihnen das Kreuz gebrochen hat. [...] Als ich klein war, wiederholtest du unablässig, wie besessen, ‚Ich bin kein Faulpelz‘, denn du wusstest, dieses Wort schwebte über dir wie ein Gespenst, und du wolltest es austreiben. Es gibt keinen Stolz ohne Scham: Du warst stolz, kein Faulpelz zu sein, weil du dich schämtest, zu denen zu gehören, die mit diesem Wort belegt werden können. Das Wort ‚Faulpelz‘ ist für dich eine Drohung, eine Demütigung. Diese Art von Demütigung durch die Herrschenden knickt deinen Rücken noch mehr.“ (Louis 2019, 73)

Nach Margalits oben unternommener Unterscheidung zwischen Selbstachtung und Selbstwertgefühl trifft diese Art der Demütigung den Stolz des Vaters, seine nach außen getragene Identität und sein Selbstwertgefühl. So wie Louis es darstellt, ist für seinen Vater der Stolz, „kein Faulpelz zu sein“, dafür zentral.

Aufgrund der Möglichkeit solcher Demütigungen, die die Würde sowie den Stolz verletzen, skizziert Margalit nicht nur das Bild einer anständigen, sondern auch einer respektvollen Gesellschaft. Während in einer anständigen Gesellschaft die Institutionen nicht demütigen, begegnen sich in einer respektvollen Gesellschaft die Menschen auch würdevoll, d.h. sie

respektieren die soziale Selbstdarstellung des jeweils Anderen. Dass die Unterscheidung dieser zwei Arten von Demütigung ineinander übergeht, verdeutlicht das Beispiel aus Louis' Roman sehr gut. Denn ohne die institutionelle Demütigung seiner Selbstachtung (Arbeitslosigkeit, unwürdige Arbeitsverhältnisse, Armut) wäre Louis' Vater dieser Form der sprachlichen Demütigung seines Selbstwertgefühls nicht ausgesetzt.

Nichtsdestotrotz steht für Margalit fest, dass die Vermeidung von unerträglichem Übel sehr viel dringender sei, als Gutes zu schaffen: „Demütigung ist ein schmerzliches Übel, Achtung hingegen ein Gut; Demütigung zu vermeiden sollte daher wichtiger sein, als Achtung zu zollen“ (Margalit 2012, 16). Noch wichtiger ist für Margalit daher die Unterscheidung zwischen einer anständigen/respektvollen Gesellschaft und einer gerechten Gesellschaft. Während erstere darauf ausgerichtet ist, Demütigungen zu vermeiden und Vielfalt in der Gesellschaft zu dulden, meide eine gerechte Gesellschaft auch Kränkungen und fördere Pluralismus als einen Wert an sich (vgl. Krebs 2002, 151).³⁶

In der sozialwissenschaftlichen Debatte rund um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien, insbesondere um ihren hohen Anspruch in den arbeitenden Klassen, werden die hier angedeuteten institutionellen sowie symbolischen Demütigungen durchaus als Grund dieses Erfolges genannt (vgl. Gidron/Hall 2020). Die Wahl einer rechtspopulistischen Partei wird vor allem in einer durch Didier Eribon angeregten Debatte auch als ein Akt der „politischen Notwehr“ der arbeitenden Klassen beschrieben (Eribon 2016, 124). Interpretiert man die Wahl rechtspopulistischer Parteien als einen solchen Akt des Protests, dann kann diese politische Notwehr als ein Zeichen des Kampfes um Selbstachtung und Würde der arbeitenden Klassen verstanden werden, die es sich nicht gefallen lassen, dass ihr kultureller und wirtschaftlicher Status zunehmend angegriffen wird. Ein stilles Ertragen, eine freiwillige Unterordnung unter ein gefühltes Leid würde dagegen nach

36 Wie Neuhäuser schreibt ist Margalits Darstellung des Verhältnisses zwischen anständiger/respektvoller und gerechter Gesellschaft uneindeutig. Während er an einigen Stellen darauf hinweist, dass die anständige Gesellschaft eine notwendige Voraussetzung der gerechten Gesellschaft ist, entsteht an anderen Stellen der Eindruck, dass Margalit die gerechte Gesellschaft kritisiert, da ihre Institutionen durchaus demütigen können (vgl. Neuhäuser 2013, 113). Ich denke, dass letzteres zutrifft und Margalits anständige Gesellschaft auch als eine Kritik an idealen Gerechtigkeitstheorien gelesen werden sollte.

Margalit auf das Nichtvorhandensein von Selbstachtung hinweisen (vgl. Margalit 2012, 47).³⁷

Mit Margalit kann dieser Akt der Notwehr nun jedoch nicht nur rein negativ, als eine Reaktion auf institutionelle Demütigungserfahrungen, sondern auch positiv, als Wunsch nach einer anständigen und respektvollen Gesellschaft, gedeutet werden. Dafür sprechen auch die bereits genannten Darstellungen Laschs und Moores, die das Anstandsdenken und die Prinzipien des Respekts im populistischen Klientel bzw. in den historischen Vorläufern der Arbeiterbewegung verorten.

Dieses Bild von den anständigen, respektvollen, ‚einfachen Leuten‘ ist jedoch angesichts der diskriminierenden Rhetorik rechtspopulistischer Parteien und Teilen ihrer Wählerschaft auf den ersten Blick nur schwer nachvollziehbar. Die Bemühung mancher Autoren, dieses Bild aufrecht zu halten, indem sie zwischen den rechtspopulistischen Funktionären und ihren Äußerungen auf der einen Seite und den Wahlmotiven und Werteeinstellungen ihrer Wähler auf der anderen Seite unterscheiden, mutet daher auch eher wie eine Verlegenheitslösung an.³⁸

Um dieser vereinfachenden Sichtweise zu entgehen und ein realistischeres Bild der Moralvorstellungen der arbeitenden Klassen zu skizzieren, bietet die Arbeit des Sozialphilosophen Jean-Claude Michéa einen geeigneten Ausgangspunkt. Auch Michéa ist davon überzeugt, dass sich ein Moralbewusstsein des Anstands und Respekts gerade in den „unteren Volksschichten“ finden lasse. Im Anschluss an George Orwell nennt er dieses Moralbewusstsein die „common decency“:

„Die *common decency* ist das Ergebnis einer kontinuierlichen geschichtlichen Arbeit der Menschheit an sich selbst, um die menschlichen Grundtugenden des Gebens, Nehmens und Zurückgebens zu *radikalisieren, zu verinnerlichen und zu verallgemeinern.*“ (Michéa 2014, 139f, Herv. i. O.)

37 Voraussetzung dieser Interpretation ist, dass sich die Lebenssituation der arbeitenden Klassen nicht nur subjektiv gefühlt, sondern objektiv verschlechtert haben. Anhand der Veränderung der Anerkennungsbeziehungen von Arbeit wird dieser Punkt in Kapitel 4 weiter ausgeführt.

38 In diesem Sinne ließe sich, wie Robert Misik es versucht, von Höcke, Le Pen, Trump oder Salvini „als den falschen Freunden der einfachen Leute“ sprechen (vgl. Misik 2019). Doch geht mit dieser Beschreibung nicht nur die Gefahr einher, ein unrealistisches, sozial-romantisches Bild der ‚einfachen Leute‘ zu entwerfen, sondern diese gleichzeitig als eigenständig politisch denkende Menschen nicht mehr ernst zu nehmen und sie damit respektlos zu behandeln.

Die Existenz dieser menschlichen Grundtugenden, die Michéa ähnlich wie Sennett auf anthropologische Untersuchungen sowie Jan Assmanns Darstellung der volkstümlichen Moralvorstellungen im alten Ägypten zurückführt, schließt das Vorhandensein anderer traditionell-konservativer, möglicherweise diskriminierender Einstellungen allerdings nicht aus. Michéa warnt lediglich davor, die moralischen Voraussetzungen einer „common decency“ nicht im Namen eines „progressiven“ Kampfes gegen *sämtliche*, als *gleichermaßen* unterdrückerisch geltende Erscheinungen der Tradition rundheraus abzuschaffen“ (149, Herv. i. O.).

Er fordert stattdessen, an die noch immer vorhandenen moralischen Möglichkeiten der ‚einfachen Leute‘ anzuknüpfen, um die menschlichen Grundtugenden des Gebens, Nehmens und Zurückgebens zu verallgemeinern, zu verinnerlichen und auszuweiten. Ganz im Sinne Margalits plädiert Michéa dafür, „unbedingt wieder *das sozialistische Primat des Anständigen vor dem Gerechten*“ zu bekräftigen (ebd., 142, Herv. i. O.).³⁹

Auch wenn Michéas Beschreibung einer „common decency“ differenzierter sein sollte, bleibt er einen Nachweis dieses Moralbewusstseins schuldig. Zwar verweist er auf psychologische Experimente, in denen sich zeige, dass die Mehrheit der Menschen nicht nach den Prinzipien eines kaltblütigen, rein ökonomisch denkenden Kalküls handle, sondern stattdessen Kooperation, Solidarität und wechselseitige Unterstützung anstrebe. Doch warum die menschlichen Grundtugenden des Gebens, Nehmens und Zurückgebens gerade in den „unteren Volksschichten“ zu finden sein sollen, lässt Michéa offen. Auch Margalit beschränkt sich mit seiner Forderung nach einer anständigen Gesellschaft auf eine eher philosophische Intervention, die zwar als eine Kritik an den in der politischen Philosophie einflussreichen idealistischen Gerechtigkeitstheorien gedeutet werden kann, über eine Annäherung an den „Empfindungsgehalt“ der Begriffe des Respekts und des Anstands jedoch nicht hinausgehen will (vgl. Margalit 2012, 276).

Um die Frage nach dem gesellschaftlichen Standort der produktivistischen Ethik zu beantworten, lohnt es sich, die bisherigen Ausführungen um eine klassentheoretische Perspektive zu ergänzen. In dieser Perspektive wird deutlich, dass Klassengesellschaften von unterschiedlichen Vorstellungen von Würde und sozialer Ehre geprägt sind und dass gerade der

39 Für diese Übereinstimmung mit Margalit spricht vor allem der gemeinsame Bezugspunkt George Orwell. So schreibt auch Margalit: „Orwell ist unbestreitbar eine wichtige Inspirationsquelle für mich, und insofern er Sozialist war, verkörpert die anständige Gesellschaft Orwells Sozialismus“ (Margalit 2012, 17).

Kampf um würdevolle Arbeitsverhältnisse ein zentraler Ausdruck der Gerechtigkeitsvorstellungen ‚von unten‘ ist.

3.2. Respekt und Ehre in der Klassengesellschaft

Besonders deutlich ist diese Position in Thorstein Veblens „Theorie der feinen Leute“ hervorgehoben worden (vgl. Veblen 2007). In diesem Buch untersucht der Autor die Entstehung einer „feinen Klasse“ und ihr Distinktionsverhalten, um sich Prestige und Anerkennung in der Gesellschaft zu sichern. Prestige kann nach Veblen als ein soziales Differenzmerkmal verstanden werden, welches dazu dient, zwischen überlegenen und unterlegenen sozialen Positionen in der Gesellschaft zu unterscheiden. Wichtig dabei ist, dass diese hierarchische Unterscheidung nach Veblen aus gesellschaftlichen Konventionen hervorgeht und durchaus auf eine breite Zustimmung stößt. Die Entstehung der feinen Klasse führt Veblen auf

„das Ergebnis einer früheren Unterscheidung zwischen verschiedenen Tätigkeiten [zurück], einer Unterscheidung, der gemäß die einen Tätigkeiten wertvoll, die anderen unwürdig sind.“ (Veblen 2007, 27)

„Wertvoll“, so Veblen weiter, „sind demnach jene Beschäftigungen, die man als Heldentaten bezeichnen kann, unwürdig hingegen alle jene notwendigen und täglichen Plackereien, die gewiss nichts Heldenhaftes an sich haben“ (ebd.).

Während nun in den früheren, archaischen Gesellschaften vor allem Raub- und Kriegszüge als Heldentaten gefeiert worden sind, sei das moderne Mittel, Prestige und Ehre zu erlangen, der Besitz von Privateigentum und die Anhäufung von Reichtümern (vgl. ebd., 45). Auch das Prestige einer Tätigkeit sei letztendlich einzig und allein an die Frage geknüpft, wie viel Geld sich mit dieser Arbeit verdienen lasse. Nach Veblen können die verschiedenen Tätigkeiten in der Gesellschaft gemäß dieser Logik in eine

„Skala des Prestiges hierarchisch eingestuft werden. Diejenigen, die unmittelbar mit großem Besitz zusammenhängen, genießen unter den eigentlich wirtschaftlichen Tätigkeiten das höchste Ansehen; dann folgen jene, die direkt dem Eigentum und der Finanzierung dienen, wie etwa Bank- und Rechtswesen. Auch die Bankberufe rufen nämlich die Vorstellung von großem Besitz hervor, was zweifellos für einen Teil des Prestiges verantwortlich ist, das ihnen anhaftet. [...] Die kommerziellen Tätigkeiten genießen nur halbwegs soviel Ansehen, sofern sie nicht mit

großem Vermögen betrieben werden und nur wenig Nutzen bringen. Je nachdem sie hohen oder niedrigen Bedürfnissen dienen, nehmen sie eine hohe oder niedrige Stellung ein; die Einzelhandelsgeschäfte, in denen lebensnotwendige Dinge verkauft werden, stehen damit auf gleicher Stufe wie Handwerker und Fabrikarbeit. Höchst prekär gestaltet sich die Lage für Handarbeiter und selbst für die in leitender Stellung tätigen Techniker.“ (Veblen 2007, 223f)

Ähnlich wie in den archaischen Gesellschaften erfahren nach Veblens Analyse diejenigen Tätigkeiten, die durch „listige“, „räuberische“ oder „barbarische Schlaueit“ der Vermehrung des Reichtums mit allen möglichen Mitteln dienen, die höchste soziale Wertschätzung (vgl. ebd., 223). Für Veblen sind das in der Moderne vor allem die Finanzberufe, aus denen sich seiner Meinung nach auch die „feine Klasse“ zunehmend zusammensetzt.

In den industriell arbeitenden Klassen meint Veblen dagegen den natürlichen Widerpart der feinen Leute zu erkennen. Anders als die bürgerlich-*aristokratische* Oberklasse, die auf Konkurrenz, Zerstörungslust und Geldgier fokussiert sei, verbindet er mit den industriellen Tätigkeiten „friedfertige Merkmale“, die vor allem in den „unteren, mit mechanischer Arbeit beschäftigten Klassen beheimatet sind“ (ebd., 232).

Natürlich ist dieses dualistische Bild einer reichen, geldgierigen, feinen Klasse auf der einen und einer armen, anständigen und friedfertigen industriellen Klasse auf der anderen Seite überspitzt und sollte in erster Linie als Kritik des Autors an einer „nachkommenden Feudalisierung der höchsten Einkommenskreise“ (Fetscher 1983, 58) in der industriekapitalistischen Frühphase der US-amerikanischen Gesellschaft gedeutet werden. Dennoch ist Veblens Hinweis auf eine hierarchische Berufsordnung, in der sich ökonomische Klassenlage und soziales Prestige wechselseitig bedingen, gut geeignet, um zu erklären, warum der Anspruch nach Respekt und Würde vor allem in den arbeitenden Klassen verankert ist. Denn diese stehen in der herrschenden Prestigeordnung ganz unten. Ihre Arbeitstätigkeiten und damit eng verbunden auch ihre Lebensstile werden abgewertet und gelten im Gegensatz zu den prestigeträchtigen Tätigkeiten der oberen Klassen und ihren Sinn für die ‚feinen‘ und ‚schönen‘ Dinge des Lebens als ‚ehrlos‘ oder ‚unwürdig‘. Dabei ist Veblens Hinweis wichtig, dass diese Prestigeordnung selbst von der beherrschten Klasse internalisiert und akzeptiert worden ist.

Denn wie Veblen sicherlich auch mit Blick auf die heutige Oberklasse treffend anmerkt, genügt es nicht, „um Ansehen zu erwerben und zu er-

halten, [...] Reichtum und Macht zu besitzen. Beide müssen sie auch in Erscheinung treten, denn Hochachtung wird erst ihrem Erscheinen gezollt“ (ebd., 52). Die feine Klasse ist also redlich bemüht, ihren ökonomischen Status durch demonstrativen Müßiggang und vor allem einen ausufernden Luxus zur Schau zu stellen und sich so der sozialen Ehre und positiven Wertschätzung zu versichern. Dazu ist die feine Klasse allerdings darauf angewiesen, dass die aus den archaischen Gesellschaften stammende Differenzierung zwischen Heldentaten und Plackereien aufrecht erhalten bleibt. Die Prestigeregeln werden auf diese Weise zu einem Instrument der Klassenherrschaft.

Dieser Aspekt der moralischen Klassenherrschaft durch die bestehende Prestigeordnung wurde in Nachfolgestudien über die ungleiche Verteilung von sozialer Ehre noch deutlicher herausgestellt.⁴⁰ Der Soziologe Frank Parkin sah in der ungleichen Verteilung von sozialer Ehre und Respekt nicht einfach nur das Resultat gesellschaftlicher Konventionen, sondern ein bewusstes Produkt der Klassenherrschaft:

„Expressing one of Marx’s major propositions in somewhat un-Marxist terms, it is plausible to regard social honour as an emergent property generated by class system. More concisely, we can consider it as a system of social evaluation arising from the moral judgements of those who occupy dominant positions in the class structure. In that sense there is an obvious subjective aspect to it. But the important point is that it is not the moral evaluations of the population at large which give rise to the status system, but mainly the evaluations of dominant class members. It is the latter’s definitions of social and moral worth which take on factual embodiment, thereby establishing the main framework of the status order. Marx’s claim that ‚the ideas of the ruling class are, in every age, the ruling ideas‘ rests upon the fact that those who control the major agencies of socialization typically occupy privileged class positions.“ (Parkin 1972, 41f.)

Mit der Beobachtung, dass das, was als prestigeträchtig und ehrenvoll in der Gesellschaft gilt, lediglich die Meinung der herrschenden Klasse abbildet, bringt Parkin die Verbindung zwischen Klassenherrschaft und Moral-

40 Vgl. auch Helmut Schelskys polemische Weiterentwicklung von Veblens Thesen in „Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen“ (vgl. Schelsky 1977).

bewusstsein treffend auf den Punkt.⁴¹ Zugleich wirft Parkin eine wichtige methodologische Frage auf. Denn wenn es sich als richtig herausstellt, dass die moralischen Urteile der herrschenden Klasse zu den dominanten Werten und Moralvorstellungen der Gesellschaft geworden sind, dann ist es äußerst schwer, nach den unterdrückten Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen der unterdrückten Klassen zu fragen.

Parkin ist davon überzeugt, dass Umfragen zum Gerechtigkeitsempfinden, die sich an formalen Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen orientieren, lediglich die moralischen Werte der herrschenden Klasse reproduzieren:

„Thus, studies of working-class attitudes which rely on questions posed in general and non-situational terms are likely to produce findings which emphasize class consensus on values; this is because the dominant value system will tend to provide the moral frame of reference. Conversely, studies which specify particular social contexts of belief and action, or which rely on actual behaviour indices, are likely to find more evidence for a class differentiated value system; this is because in situational contexts of choice and action, the subordinate value system will tend to provide the moral frame of reference.“ (vgl. ebd., 95)

Tatsächlich haben Untersuchungen über klassenspezifische Gerechtigkeitsvorstellungen diese Überlegungen Parkins bestätigt. So konnten Untersuchungen über Moralvorstellungen, die sich an allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien orientieren, keinerlei Unterschiede zwischen den moralischen Ansprüchen der sozialen Klassen erkennen (vgl. Dubet 2008, 33). Im Gegensatz dazu konnten jedoch Ansätze, die sich an konkreten Erfahrungen und (Arbeits-) Situationen orientieren, durchaus feststellen, dass in der Gesellschaft je nach Klassenlage bzw. sozialem Kontext unterschiedliche Gerechtigkeits- und Moralvorstellungen existieren.

Die Soziologin Michèle Lamont hat etwa in einer vergleichenden qualitativen Studie Arbeiter sowie Manager in den USA und Frankreich danach gefragt, welche Eigenschaften sie an anderen Menschen schätzen und was

41 Ähnlich wie Parkin argumentieren jüngst Jann und Selk (2023). Sie beobachten aktuell eine „moralische Gentrifizierung“. In vielen Fragen des Zusammenlebens und der Beurteilung aktueller politischer Herausforderungen dominieren demnach die Moralvorstellungen eines privilegierten sozialen Milieus den öffentlichen Diskurs. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dieser Zeitdiagnose und Parkins Beobachtungen aufzustellen, wäre vor dem Hintergrund des Wandels liberaler Demokratien sicherlich spannend, kann hier aber nicht geleistet werden.

Erfolg für sie bedeutet. Das Ergebnis ihrer Studie ist, dass die Arbeiter dabei nicht nur ausdrücklich die Bedeutung von moralischen Eigenschaften und weniger von sozio-ökonomischen Werten, sondern auch andere moralische Eigenschaften als die Angehörigen der oberen Klassen hervorhoben: „workers in both countries emphasize the importance of hard work, responsibility, and keeping the world in moral order“ (Lamont 2000, 245). Lamonts Vergleichsgruppe, die „professionals“ und „managers“, würden hingegen eher ökonomische Werte zur Beschreibung von Erfolg heranziehen und Eigenschaften wie Selbstverwirklichung oder Flexibilität positiv hervorheben (ebd., 21).

Diese explizite Betonung von Moral durch die Arbeiter⁴² hat laut Lamont eine ähnliche herrschaftskritische Funktion wie die Fürsorgemoral, die Carol Gilligan in ihrer Kritik an Lawrence Kohlbergs Moralphychologie entdecken konnte (vgl. ebd., 246, zu Gilligans Kritik an Kohlberg vgl. Gilligan 1988). Demnach sehen gerade unterdrückte soziale Gruppen in dem Festhalten an gemeinsamen moralischen Prinzipien („keeping the world in moral order“) die Möglichkeit, Selbstachtung und Würde in einer Situation zu bewahren, die geprägt ist von Ausbeutung und Unterdrückung. Auch für Lamont bedeutet das, dass eine Untersuchung der Moralvorstellungen dieser Gruppen nicht auf universelle, kontextfreie Prinzipien rekurrieren darf, sondern vielmehr die konkreten sozialen Kontexte der Akteure beleuchten muss.

Ähnlich wie Lamont argumentiert auch Axel Honneth in seinem Text über „Moralbewusstsein und soziale Klassenherrschaft“, der auf den Ausführungen von Parkin aufbaut. Auch Honneth geht davon aus, dass im konkreten alltäglichen Arbeitskontext zahlreiche, weitestgehend publikumslose Kämpfe um Respekt und Würde stattfinden. Diese Kämpfe zeichnen sich seiner Meinung nach vor allem durch den Versuch aus, „Ehre zurückzugewinnen“ und „eine gesellschaftliche Umdefinition menschlicher Würde“ einzuklagen (Honneth 2012, 127).

In Kombination mit den theoretischen Überlegungen über ein im Rechtspopulismus Ausdruck findendes moralisches Unrechtsempfinden

42 Lamont untersuchte auch die Unterschiede der moralischen Einstellungen zwischen *schwarzen* und *weißen* sowie zwischen *migrantischen* und *französischen* Arbeitern; Arbeiterinnen tauchen in der Untersuchung nicht auf. Auch wenn sie zwischen diesen Gruppen vereinzelt Unterschiede feststellen kann, etwa hinsichtlich der Frage von Religion oder (solidarischem) Klassenbewusstsein, sind die positive Nennung von „hard work“, „responsibility“, „keeping the world in moral order“ Gemeinsamkeiten aller von ihr untersuchten Arbeiter.

der arbeitenden Klassen, das sich an Begriffen wie Respekt, Würde oder Anstand entzündet, bieten Honneths⁴³ und Lamonts Hinweise auf den Kampf um Würde und Respekt im konkreten Arbeitskontext einen geeigneten Ausgangspunkt, um die Verankerung dieses Anspruchs in den arbeitenden Klassen nicht nur theoretisch zu beschreiben, sondern auch empirisch zu überprüfen. Denn wie in diesem Kapitel deutlich gemacht wurde, hat für den Anspruch auf Respekt und Würde die Existenz einer würdevollen Arbeit eine zentrale Bedeutung. Sie ist in einer arbeitsteiligen Klassengesellschaft ein wichtiger Faktor der Selbstachtung und damit auch eine Voraussetzung für das Ideal einer anständigen und respektvollen Gesellschaft. Diese Selbstachtung scheint aber in der herrschenden Prestigeordnung, in der zwischen ‚heldenhafter‘ Arbeit der Oberklasse und der ‚ehrlosen‘ Plackereien der unteren Klasse unterschieden wird, zu leiden. Das Ringen um Respekt und Würde in der Arbeit, der Versuch, Ehre zurückzugewinnen und eine gesellschaftliche Umdefinition menschlicher Würde einzuklagen, können folglich als Nachweis des moralischen Unrechtsempfindens der arbeitenden Klassen angesehen werden.

3.3. Fazit und Konkretisierung der Forschungsthese

Ziel dieses Kapitels war es, den Gehalt der produktivistischen Ethik sowie ihre gesellschaftliche Verankerung zu erörtern. Da für den Produktionismus, wie er im Populismus zum Ausdruck kommt, Begriffe wie Anstand oder Respekt von zentraler Bedeutung sind, wurde im ersten Abschnitt nach dem Gehalt dieser Begriffe gefragt. Im Anschluss an Avishai Margalit wurde argumentiert, dass eine Voraussetzung des wechselseitigen Respekts in der Achtung der Würde anderer Menschen liegt. Um diese Achtung zu sichern, plädiert Margalit für eine anständige Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft, in der Menschen keinen institutionellen Demütigungen ausgesetzt

43 Honneth ist dieser Erforschung des Moralbewusstseins im konkreten Arbeitskontext nicht weiter nachgegangen, sondern hat diese Überlegungen über „Moralbewusstsein und soziale Klassenherrschaft“ in seine Theorie der Anerkennung (vgl. Honneth 2016) münden lassen. Der konkrete, arbeitsinhaltliche Gerechtigkeitsanspruch ist in seiner Theorie gesamtgesellschaftlichen Anerkennungskriterien gewichen. Diese Abweichung scheint er, durch eine erneute Zuwendung zum Thema „Arbeit“ bzw. dem „arbeitenden Souverän“, korrigieren zu wollen (vgl. Honneth 2023). Leider greift er dabei aber nicht mehr auf seine alten Erkenntnisse über „Moralbewusstsein und soziale Klassenherrschaft“ zurück. Vgl. dazu die Rezension „Malochen für die liberale Demokratie?“ von Katharina Liesenberg 2023.

sind. Durch die Darstellung von Margalits philosophischer Begriffsarbeit konnte zwar gezeigt werden, dass sich hinter den Ansprüchen auf Respekt, Würde und Anstand nicht nur ein abwehrendes, negatives moralisches Unrechtsempfinden versteckt, sondern dass dieses Unrechtsempfinden auch positiv in der Forderung nach einer anständigen Gesellschaft zum Ausdruck kommen kann. Allerdings liefert Margalit keinen Hinweis, ob diese moralische Ansprüche tatsächlich auch in den arbeitenden Klassen stärker verankert sind. Auch die mit Margalit eng verbundene Studie Jean-Claude Michéas über die „common decency“ liefert dafür keine überzeugenden Argumente.

Diesen Zusammenhang zu klären, war das zweite Ziel dieses Kapitels. Die Ausführungen von Margalit wurden daher mit Theorien verweben, die aufzeigen, dass Respekt und Würde in einer Arbeitsgesellschaft ungleich verteilt sind und unterschiedliche Bedeutungen haben. Entscheidend dafür ist die herrschende Prestigeordnung, in der zwischen ‚ehrvoller/heldenhafter‘ Arbeit der oberen Klassen und der ‚unwürdigen/ehrlosen‘ Plackerei der unteren Klassen unterschieden wird. Im Anschluss an die Theorien von Veblen und Parkin wurde argumentiert, dass diese Prestigeordnung ein Instrument der Klassenherrschaft ist. Denn die Moralvorstellungen der herrschenden Klassen wurden zu den herrschenden Moralvorstellungen. Eine Untersuchung der Moralauffassungen unterdrückter Klassen darf sich folglich nicht an abstrakten Idealen und Ansprüchen orientieren, sondern muss nach den konkreten Situationen fragen, in denen sich die Moralvorstellungen und das moralische Unrechtsempfinden ausdrücken. Im Anschluss an diese Überlegungen wurde am Ende des zweiten Abschnitts dargelegt, dass das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen in den alltäglichen, meist publikumslosen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit zum Ausdruck kommt und genau hier untersucht werden kann. In Anlehnung an Axel Honneth sind diese Arbeitskämpfe als Ausdruck einer alternativen Moralauffassung zu verstehen. Sie können als Versuche angesehen werden, die herrschende Definition von Würde umzudefinieren und sich Ehre zurückzuholen.

Überträgt man diese theoretischen Überlegungen nun auf den Ausgangspunkt dieser Arbeit, das heißt auf die Frage nach den Motiven rechtspopulistischer Wähler, dann lässt sich die im zweiten Kapitel aufgestellte Forschungsthese weiter konkretisieren. Die Forschungsthese lautete bislang, „dass im Rechtspopulismus der Gegenwart das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Entscheidend für dieses Un-

rechtsempfinden ist das produktionsistische Ideal, welches sich vor allem durch Ansprüche auf Respekt, Anstand und Würde in der Arbeit zeigt.“

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieses Kapitels kann die Forschungsthese mit zwei wichtigen Zusätzen ergänzt werden: „Der hohe Zuspruch der arbeitenden Klassen zum Rechtspopulismus ist Ausdruck eines klassenspezifischen Unrechtsempfindens *und dieses Unrechtsempfinden kann als Versuch der Umdeutung der herrschenden Sozialmoral verstanden werden*. Entscheidend für dieses Unrechtsempfinden ist ein produktionsistisches Ideal, welches sich vor allem durch Ansprüche auf Respekt, Anstand und Würde in der Arbeit zeigt. *Dieses Unrechtsempfinden lässt sich in den realen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit nachweisen.*“

Diese Forschungsthese soll im weiteren Verlauf dieser Arbeit empirisch überprüft werden. Es gilt konkret danach zu fragen, ob es einen erkennbaren empirischen Zusammenhang zwischen dem Kampf um Würde und Respekt der arbeitenden Klassen und der Wahl einer rechtspopulistischen Partei gibt. Sollte sich ein solcher Zusammenhang erweisen, dann würde das für die These sprechen, dass in den Erfolgen des Rechtspopulismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Um diesen Nachweis zu erbringen, müssen jedoch zunächst zwei weitere theoretische Aspekte erörtert werden, die eng mit der Forschungsthese zusammenhängen: Erstens muss für ein besseres Verständnis sowie eine empirische Operationalisierung danach gefragt werden, wer zu den arbeitenden Klassen gezählt wird und welche Konfliktlinien aktuell die Unterscheidung zwischen hoch und niedrig angesehener Arbeit prägen. Danach muss erörtert werden, wie sich der alltägliche Kampf um Würde und Respekt in der Arbeit empirisch untersuchen lässt. Erst wenn diese theoretischen Fragen beantwortet sind, lässt sich die Forschungsthese empirisch überprüfen.

4. Erwerbsklassenmodelle und Polarisierung der Arbeitswelt

Die Würde der Arbeit ist in einer Klassengesellschaft von Ungleichheiten geprägt. Wie im vorigen Kapitel dargestellt, gehen Prestigetheorien dabei von einer Zweiteilung aus: Demnach gibt es eine Oberklasse, die ‚heldenhafte‘ Arbeit verrichtet und eine Unterklasse, die sich um die alltäglichen Plackereien kümmert und um ihre Würde in der Arbeit kämpfen muss. An welcher Kategorie diese Trennlinie verläuft, was als heldenhafte und was als ehrlose Arbeit gilt, variiert in den Prestigetheorien. Für Thorstein Veblen ist die Frage der Würde einer Tätigkeit eng mit der Frage nach Eigentum und Gelderwerb verknüpft. Als prestigeträchtig und würdevoll erscheinen all jene Berufe und Tätigkeiten, mit denen sich möglichst viel Geld verdienen lässt. Ob dieses Geld auf ehrliche Weise oder durch „räuberischen Betrug“ (Veblen 2007, 223) entstanden ist, ist dabei egal. Es geht vor allem um die Möglichkeit, den erworbenen oder erbeuteten Reichtum in der Gesellschaft zu präsentieren und sich auf diese Weise Wertschätzung und Prestige zu sichern. Veblen sieht die Arbeitstätigkeiten einer Gesellschaft gemäß dieser Logik in eine hierarchische Prestigeordnung unterteilt, wobei oben die Finanzberufe und ihre Gehilfen (z.B. Bankangestellte, Rechtsanwälte) und unten die industriellen Tätigkeiten stehen, die zwar die lebensnotwendigen Dinge herstellen, aber mit denen sich keine Reichtümer anhäufen lassen. Zu diesen Arbeitstätigkeiten, die in der Gesellschaft keine Wertschätzung genießen, bei denen es sich aber nach Veblen um die wertvollere Arbeit handelt, zählt Veblen ausdrücklich auch jene Tätigkeiten, die heute als *care* oder Fürsorgearbeit bezeichnet und zum größten Teil (damals wie heute) von Frauen geleistet werden.

Auch wenn sich ad hoc Belege dafür finden lassen, dass diese Logik der Prestigeordnung nach wie vor Bestand hat, scheint der alleinige Fokus auf Gelderwerb oder die Anhäufung von Privateigentum heute nicht mehr das einzige herrschende Differenzmerkmal zu sein, das zwischen prestigeträchtiger und würdeloser Arbeit bzw. einer Ober- und Unterklasse unterscheidet. In der Soziologie existiert vielmehr eine Vielzahl unterschiedlicher Erwerbsklassenmodelle, die je nach theoretischer Grundlage und empirischer Operationalisierung ein unterschiedliches Bild der gegenwärtigen Klassengesellschaft und ihrer prägenden Konflikte zeichnet. Die Fragen, wer zu den arbeitenden Klassen gezählt wird und wo die Konfliktlinie zwischen

prestigeträchtiger und missachteter Arbeit heute verläuft, sollen in diesem Kapitel erörtert werden.

4.1. Erwerbsklassenmodelle nach Goldthorpe, Wright und Oesch

4.1.1. Goldthorpes formales Erwerbsklassenmodell

Eines der bekanntesten und in empirischen Untersuchungen oft genutztes Erwerbsklassenmodell stammt von dem Soziologen John Goldthorpe (vgl. Goldthorpe 2005). Ganz ähnlich wie in Veblens Theorie der feinen Leute analysierte Goldthorpe rund 80 Jahre später die industriekapitalistische Gesellschaft der 1970er Jahre ebenfalls als dualistisch aufgeteilt in eine manuell arbeitende und eine nicht-manuell arbeitende Klasse. Diese Unterteilung resultiert nach Goldthorpe allerdings nicht aus der ungleichen Verteilung von ökonomischen Ressourcen oder der Möglichkeit des Gelderwerbs, sondern aus einer stärker an Max Weber angelegten Analyse der allgemeinen Lebenschancen der verschiedenen Berufsklassen.

Der Klassenbegriff ist in Goldthorpes Modell daher weniger normativ geprägt als in marxistischen Klassenanalysen oder auch der Prestigetheorie Veblens. Statt um Ausbeutung, Herrschaft oder Macht geht es in Goldthorpes Modell vielmehr um eine Darstellung der formellen Unterschiede der Berufsklassen, etwa im Hinblick auf die Logik des Arbeitsvertrags oder die Vermarktungschancen beruflicher Qualifizierungen („marketable skills“).

Einen wichtigen Grund für die Unterscheidung zwischen manueller und nicht-manueller Arbeit sieht Goldthorpe dadurch begründet, dass sich manuelle Arbeiten, darunter fasst er in erster Linie die klassische Industriearbeiterschaft, aus Arbeitgebersicht leichter überwachen und austauschen lassen als nicht-manuelle Arbeiten, womit Goldthorpe im allgemeinen Angestelltenverhältnisse versteht (vgl. ebd., 223).

Auch die Logik der Entlohnung und die formelle Regelung des Arbeitsverhältnisses ist laut Goldthorpe zwischen manueller und nicht-manueller Arbeit grundsätzlich verschieden. Während manuelle Tätigkeiten leicht zu bemessen und etwa anhand einer vorgegebenen Produktivität (Stückzahl) in einem bestimmten Zeitraum entlohnt werden können (vgl. ebd., 214), folge die Entlohnung der nicht-manuellen Arbeit aus Arbeitgebersicht einer anderen Logik. Da die Arbeit von Angestellten in der Regel schwerer zu überwachen sei, müssen die Arbeitgeber nicht-manuellen Arbeiterinnen ein gewisses Maß an Vorschussvertrauen entgegenbringen. Schließlich ar-

beiten diese in weiten Teilen autonom und repräsentieren die Interessen des Arbeitgebers nach außen (vgl. ebd., 217f.). Um sich die Loyalität der Angestellten zu sichern, müssen sie daher stärker an Unternehmensgewinnen beteiligt werden und verfügen über bessere Langzeitperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten als diejenigen, die in manuellen Bereichen arbeiten (vgl. ebd., 209). Nicht-manuelle Tätigkeiten beschreibt Goldthorpe als Dienstleistungsverhältnis („service relationship“), während er manuelle Tätigkeiten als durch einen klassischen Arbeitsvertrag („labour contract“) reguliert sieht.

Insgesamt ergeben sich nach Goldthorpe aufgrund dieser Differenzen hinsichtlich der Vermarktungsmöglichkeiten und Autonomie am Arbeitsplatz acht Erwerbsklassen (vgl. ebd., 209). In der folgenden Abbildung ist eine Vereinfachung des Modells zu sehen. Die acht Klassen wurden hier in drei große Klassen, eine Oberklasse, eine Mittelklasse und eine Arbeiterklasse zusammengefügt.

Tabelle 1: Goldthorpes Erwerbsklassenmodell

	Berufliche Qualifizierung
Oberklasse	Manager; Führungskräfte; Beamte; technische Experten; hoch ausgebildete Spezialisten; hohe Beamte; Großgrundbesitzer
Mittelklasse	Routine nicht-manuelle Tätigkeiten in Administration und Finanzen sowie im Handels- und Dienstleistungssektor; Selbständige mit und ohne Beschäftigte; Techniker und Aufseher in der Produktion
Arbeiterklasse	An- und ungelernete Arbeiter in der Produktion und Landwirtschaft

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Goldthorpe 2005 und Leiflursrud/Bison/Jensberg 2005, 8.

Wie in Tabelle 1 zu sehen ist, ist es das zentrale Kennzeichen der Arbeiterklasse nach Goldthorpe, dass sie im Unterschied zu den anderen Klassen manuellen Tätigkeiten nachgeht und die Arbeit durch einen „labour contract“ und nicht durch „service relationship“ reguliert wird.⁴⁴ Die Mittelklasse setzt sich in diesem Modell vor allem aus Angestellten zusammen, die zwar ebenfalls wie an- und ungelernete Arbeiter in der Produktion Routinearbeiten nachgehen, aber über mehr Autonomie am Arbeitsplatz verfügen als die Arbeiterklasse. Die Oberklasse setzt sich schließlich in Goldthor-

44 In einigen Modifikationen dieses Modells werden jedoch auch niedrige Angestellte und Techniker zur Arbeiterklasse gezählt (vgl. Leiflursrud, Bison, und Jensberg 2005, 8)

pes Model aus Hochqualifizierten und Beamten sowie Großgrundbesitzern zusammen.

Dieses Erwerbsklassenmodell nach Goldthorpe findet bis heute großen Anklang in der empirischen Sozialforschung. Ein Grund dafür liegt in der relativ einfachen empirischen Operationalisierung der Erwerbsklassen.⁴⁵ Das Modell ist jedoch nicht unumstritten. Einer der bekanntesten Kritiker des Modells von Goldthorpe ist der (neo-)marxistische Sozialwissenschaftler Erik Olin Wright.

4.1.2. Wrights Ausbeutungsmodell

Im Gegensatz zu Goldthorpe weist Erik Olin Wright in seinem Klassenmodell stärker auf die normative Dimension der Klassenaufteilung hin. Seiner Meinung nach resultiert die höhere Klassenlage von Führungskräften, etwa Managern oder hoch qualifizierten Arbeitskräften, nicht nur auf rein formellen Unterschieden hinsichtlich der Arbeitsregulierung oder des Arbeitsvertrags, sondern ausdrücklich auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse (vgl. Wright 2000, 20).

Wright's Ansatz ist von dem marxistischen Grundgedanken geprägt, dass kapitalistische Gesellschaften durch den antagonistischen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit strukturiert werden. Das Problem nach Wright liegt nun darin, dass die Mittelklasse in diesem antagonistischen Klassenkonflikt nur schwer verortet werden kann. Denn streng genommen können hochqualifizierte Arbeitskräfte nicht dem Kapital zugeordnet werden, wenn sie selber über kein Eigentum an Produktionsmitteln verfügen. Dieser Fehler unterlaufe aber Goldthorpe, da er Manager, Führungskräfte oder Experten (ohne Eigentum) in die selbe Klasse wie Großgrundbesitzer einordnet (vgl. ebd.). Doch auch der Arbeiterklasse lassen sich diese hochqualifizierten Berufsgruppen nicht zuordnen, da sie innerhalb der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse eine deutlich privilegiertere Position als an- oder ungelernete Arbeiterinnen einnehmen (vgl. ebd., 19).

Um dieses Problem zu lösen, hat sich Wright in seiner Klassenkonzeption stärker auf konkrete Arbeitsprozesse fokussiert. Neben der Frage nach Eigentum ist für Wrights Klassenkonzeption von entscheidender Bedeutung, was die Menschen konkret bei der Arbeit tun und wie viel Autorität und Macht sie im Arbeitsprozess besitzen. Die berufliche Qualifizierung

45 Für die empirische Anwendung der Erwerbsklassenmodelle vgl. Kapitel 6.2.

spielt dabei in Wrights Modell eine entscheidende Rolle, wobei er anders als Goldthorpe der Qualifizierung eine normative Konzeption zuspricht. Wright geht davon aus, dass es in der Lohnarbeit unterschiedliche Dimensionen der Ausbeutung gibt, wobei, wie bereits erwähnt, seiner Meinung nach vor allem höher Qualifizierte eine privilegiere Position in den Ausbeutungsverhältnissen einnehmen.

Ganz ähnlich wie in den Theorien zur sozialen Schließung (vgl. Parikin 2004) führt Wright an, dass der Erwerb von Expertise („skills“) auf vielfältigen Macht- und Ungleichheitsdimensionen sowie politischen und sozialen Schließungsprozessen zurückzuführen ist. Durch den künstlich verknappten Zugang zu spezialisiertem Fachwissen (etwa durch die Einführung von Zugangsbeschränkungen wie NCs zu bestimmten Studienfächern) sehen sich diejenigen, die über die nachgefragten, aber (künstlich) knappen Fähigkeiten oder Expertenwissen verfügen, in einer besseren Verhandlungsposition und können Löhne einfordern, die deutlich über den Kosten zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft liegen. Durch diese „skill rent“ eignen sich Höherqualifizierte genauso wie Kapitalisten einen Teil des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts an (ebd., 18). Sie sind damit nach Wright nicht „Mittelklasse“, sondern Teil der ausbeutenden Klasse – auch wenn sie über kein Eigentum an Produktionsmitteln verfügen.

Auch das Klassenmodell nach Wright lässt sich tabellarisch darstellen (vgl. Tabelle 2), wobei aufgrund der skizzierten Differenzierungen eine Dreiteilung in Ober-, Mittel- und Arbeiterklasse schwer fällt. Statt einer großen Mittelklasse gibt es in Wrights Modell spezifischere Klassenpositionen wie Experten, Manager oder Führungskräfte. Im Gegensatz zu früheren Modellen, in denen sich Wright in erster Linie an der Macht/Autorität im Arbeitsprozess orientiert hat (vgl. Leiulfstrud, Bison, und Jensberg 2005, 11), differenziert dieses Modell vor allem zwischen *high*, *semi* und *low skill* Tätigkeiten.

Tabelle 2: Wrights Erwerbsklassenmodell

Großkapitalisten (10 und mehr Angestellte)
Kleinkapitalisten (1-9 Angestellte)
Selbständige
Manager
Führungskräfte/Supervisors
Experten (Professionelle, hohe berufliche Qualifizierung/Ausbildung)
(Semi-)Skilled Arbeiter (Semi-Professionelle, Facharbeiter)
Low und unskilled Arbeiter

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Leiufrud/Bison/Jensberg 2005, 11.

Die Arbeiterklasse setzt sich nach Wright vor allem aus den *low-skilled* Arbeitern zusammen. Facharbeiterinnen können nach diesem Modell entweder als eine Zwischenklasse („intermediate class“) oder aber als Außenbereich der Arbeiterklasse betrachtet werden (vgl. Leiufrud, Bison, und Jensberg 2005, 10).

Experten, Führungskräfte und Manager stellen jeweils eigene Klassen dar, sie stehen in der beruflichen Rangordnung über den arbeitenden Klassen. Entweder, da sie wie Experten über eine höhere Ausbildung und damit einhergehend eine höhere „skill rent“ verfügen oder aber, wie im Falle von Führungskräften und Managern, deutlich mehr Macht im Arbeitsprozess besitzen. Zu bedenken gilt dabei, dass eine hohe Ausbildung zwar keine notwendige Voraussetzung für eine Tätigkeit als Führungskraft oder Manager in einem Arbeitsprozess ist, in der Praxis das aber oft Hand in Hand geht. In Wrights Modell müssen diese höheren Berufsklassen jedoch zusätzlich von Groß- und Kleinkapitalisten sowie den Selbständigen unterschieden werden.

Der wesentliche Unterschied zwischen Wrights und Goldthorpes Erwerbsklassenmodell lässt sich in zwei Punkten zusammenfassen: Erstens konzipiert Wright, anders als Goldthorpe, die Eigentümer an Produktionsmitteln als eigenständige Klassen. Für ihn ist der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit der fundamentale Klassenantagonismus. Auch wenn die hierarchische Rangfolge von Tätigkeiten in beiden Ansätzen sehr ähnlich verläuft und sich jeweils an der beruflichen Qualifizierung orientiert, weist Wright zweitens auf die normative Komponente dieser Rangliste hin. Der Unterscheidung zwischen Hoch-, Mittel- und Niedrigqualifizierten liegt demnach nicht nur eine Analyse der ungleichen Arbeitsmarktchancen und formellen Unterschiede des Arbeitsvertrags zugrunde, sondern sie ist nach

Wright ausdrücklich ein Produkt gesellschaftlicher Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse.

Ein weiterer, vor allem für empirische Untersuchungen wichtiger Unterschied der beiden Klassenmodelle betrifft die empirische Operationalisierung der jeweiligen Modelle. Beide Modelle greifen in ihrer Konzeption auf Informationen über Beruf und Ausbildung zurück. Um Wrights Klassenmodell auch für empirische Untersuchungen zu nutzen, sind darüber hinaus jedoch eine Reihe von Informationen über den konkreten Arbeitsprozess notwendig, die in vielen Datensätzen nicht immer erhoben werden. Das betrifft vor allem Informationen, die dazu dienen, um die Manager und Führungskräfte/Supervisors zu ermitteln. Die Frage nach Berufsbezeichnung oder Ausbildungsgrad ist hier nicht ausreichend, vielmehr braucht es Informationen über Führungsverantwortung und Autorität im Arbeitsprozess.⁴⁶ Diese Komplexität ist möglicherweise auch ein Grund dafür, dass Wrights Klassenmodell in empirischen Untersuchungen seltener genutzt wird.

4.1.3. Oesch's horizontales Erwerbsklassenmodell

Das in der deutschsprachigen Soziologie derzeit geläufigste Erwerbsklassenmodell stammt von Daniel Oesch. Für Oesch ist weder Goldthorpes noch Wrights Modell geeignet, aktuelle Klassenkonstellationen einzufangen. Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors, die Zunahme akademischer Abschlüsse sowie die höhere Berufsquote von Frauen, von denen ein erheblicher Anteil in schlecht bezahlten Dienstleistungssektoren arbeitet, haben nach Oesch den Arbeitsmarkt grundlegend verändert und lassen Goldthorpes Erwerbsklassenmodell, das auf einer Unterscheidung zwischen manueller und nicht manueller Arbeit basiert, als veraltet erscheinen (vgl. Oesch 2006a, 264).

Auch Goldthorpes Konstruktion der Mittelklasse als großer, homogener Block wird von Oesch kritisiert. Denn seiner Meinung nach verlaufen innerhalb der Mittelschicht (politische) Konfliktlinien, die ein aktuelles Klassenmodell berücksichtigen müsse (ebd., 265). Diese Konfliktlinien verlaufen nach Oesch jedoch auch nicht, wie von Wright behauptet, entlang

46 Vorarbeiter in der Produktion sind zum Beispiel trotz oft gleicher Ausbildung und formeller Berufsbezeichnung mit deutlich mehr Macht im Arbeitsprozess ausgestattet als ihre Kollegen und müssen daher in Wrights Modell als Führungskräfte eingeordnet werden.

der Frage der (Aus-) Bildung oder ökonomischer Ressourcen (ebd., 266). Vielmehr schlägt Oesch vor, sich stärker an horizontale Unterscheidungen und Konfliktlinien zu orientieren (ebd.). Oeschs Klassenschema differenziert daher neben einer vertikalen Unterscheidung der Erwerbsklassen nach Qualifizierungsrang zusätzlich auf einer horizontalen Ebene zwischen verschiedenen Arbeitslogiken. Er unterscheidet hier zwischen einer technischen, organisatorischen, zwischenmenschlichen und unabhängigen Arbeitslogik (vgl. ebd., 267).

Wie in Tabelle 3 zu sehen ist, lässt sich Oeschs Erwerbsklassenmodell durch ein achteiliges Klassenmodell darstellen.⁴⁷ Entscheidend für Oeschs Modell ist die horizontale Trennlinie. Anders als in dem Erwerbsklassenmodell nach Goldthorpe oder Wright möchte Oesch so auch die Unterschiede und Konflikte innerhalb derselben Qualifizierungsränge hervorheben.

Tabelle 3: Oeschs Erwerbsklassenmodell

	Unabhängige Arbeitslogik	Technische Arbeitslogik	Zwischenmenschliche Arbeitslogik	Organisatorische Arbeitslogik
(Semi-) Professionelle; Manager und high skill Tätigkeiten	Traditionelle Bourgeoisie (z.B. Firmenbesitzer mit vielen Angestellten; Selbständige mit Angestellten wie Ärzte oder Anwälte)	Technische Spezialisten (z.B. Elektriker, Ingenieure, Architekten Programmierer)	Soziokulturelle Spezialisten (z.B. Universitätsdozenten, Journalisten, Lehrer, Sozialarbeiter)	Manager und Führungskräfte (z.B. Geschäftsleute, Steuerbeamte, Banker)
Fachkräfte; an- und ungelernete Arbeitskräfte; low und unskill Tätigkeiten	Kleingewerbe (z.B. Ladenbesitzer mit und ohne Angestellte)	Fachkräfte sowie an- und ungelernete Arbeiter in der Produktion	Dienstleistungsarbeiter (z.B. Erzieher, Köche, Haushaltskräfte, Kassierer)	Bürokräfte (z.B. Sekretäre, Call-Center Mitarbeiter, Bankangestellte)

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Oesch 2006b

47 Ursprünglich setzt sich Oeschs Klassenmodell aus 17 Klassen zusammen. Für eine bessere Übersicht habe ich mich hier auf eine kleinere Darstellungsweise konzentriert.

Die Einführung einer horizontalen Unterscheidungslinie sieht Oesch vor allem durch das unterschiedliche politische Abstimmungsverhalten der jeweiligen Klassen bestätigt. Obwohl Manager, technische Spezialistinnen oder soziokulturelle Professionelle über ähnliche Marktchancen und berufliche Qualifizierungen verfügen, verfolgen sie nach Oesch unterschiedliche politische Interessen. Besonders deutlich werde dieser Unterschied beim Vergleich der politischen Einstellungen von Managern und soziokulturellen Professionen. Letztere neigten viel stärker zu Parteien der neuen Linken („New Left“), während erstere traditionell liberal-konservative Parteien bevorzugen (vgl. Oesch 2006a, 280).

In ähnlicher Weise lassen sich laut Oesch in den unteren Klassen horizontale Konfliktlinien beobachten. So würden an- und ungelernete Arbeiter in der Produktion in vielen europäischen Ländern stärker als ungelernete Angestellte dazu tendieren, rechtspopulistische Parteien oder gar nicht zu wählen (vgl. ebd., 80). Auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad sei in dieser Klasse stärker ausgeprägt als in der unteren Dienstleistungsklasse oder unter den niedrig qualifizierten Bürokräften (vgl. ebd.).

Mit der Einführung von horizontalen Konfliktlinien in das Erwerbsklassenmodell vollzieht Oesch eine für die soziologische Ungleichheitsforschung seit den 1980er Jahren typische Bewegung. In vielen Weiterentwicklungen und kritischen Auseinandersetzungen mit dem Konzept von Klassen- und Statushierarchien wurde die vertikale Ungleichheit zunehmend durch horizontale Differenzierungen ergänzt oder gänzlich verdrängt. Statt „Klasse“, „Prestige“ oder „Status“ haben sich viele Studien über Konzepte wie „Milieu“, „Lebenslage“ oder „Habitus“ der gesellschaftlichen Strukturanalyse gewidmet. Themen wie Ausbeutung und Herrschaft im Arbeitsprozess, wie sie von Wright betont werden, kommt in diesen Analysen nur noch eine untergeordnete Rolle zu.

4.1.4. Zwischenfazit

Mit Blick auf die Frage, wer die arbeitenden Klassen sind und welche Differenzmerkmale zwischen den Arbeitstätigkeiten dominieren, lassen die hier skizzierten Erwerbsklassenmodelle unterschiedliche Antworten zu: In Goldthorpes Modell setzt sich die Arbeiterklasse aus den manuell arbeitenden Klassen zusammen, dazu zählt er vor allem die Facharbeiterschaft sowie an- und ungelernete Arbeiterinnen in der Produktion. Das prägende Differenzmerkmal verläuft in diesem Modell anhand der Unterscheidung

zwischen manueller und nicht-manueller Arbeit. Einfache Angestellte und Bürokräfte zählt Goldthorpe daher nicht zur Arbeiterklasse, sondern zu einer großen Mittelklasse. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen „heldenhafter“ und „ehrenloser“ Arbeit wie sie Veblen schildert, hat in diesem Modell keine besondere Bedeutung. Vielmehr versteht sich Goldthorpes Modell als eine eher formelle Betrachtung der Klassenlagen.

In Wrights Modell ist der berufliche Qualifizierungsrang entscheidend für die Klassenlage. Zu den arbeitenden Klassen zählt er alle, die *low-* oder *semi-skilled* Tätigkeiten ausüben und keine Macht im Arbeitsprozess besitzen, wobei er nicht zwischen Arbeiterinnen, Angestellten oder Bürokräften differenziert. Auch Facharbeiterinnen können als (Außen-)Bereich der arbeitenden Klasse betrachtet werden. Der prägende Klassenkonflikt verläuft nach Wright zwischen Kapital und Arbeit. Führungskräfte, Manager und Expertinnen stellen dabei jeweils eigene Klassen dar, die durch ihre „skill rent“ und ihre Macht im Arbeitsprozess zwar als Teil der ausbeutenden Klasse gedeutet werden können, jedoch nicht in die Klasse der Kapitalisten eingeordnet werden. Neben der Frage nach (Privat-)Eigentum ist also die (Aus-)Bildung in Wrights Modell ein dominierendes Differenzmerkmal. Allerdings darf nicht unmittelbar von der Ausbildung/beruflichen Qualifizierung auf die Klassenlage geschlossen werden. Für die Konstruktion des Modells nach Wright ist die Frage nach dem konkreten Arbeitsprozess entscheidend.

Auch in Oeschs Modell sind die arbeitenden Klassen diejenigen, die *low-skilled* Tätigkeiten nachgehen. Diese sind jedoch durch horizontale Konfliktlinien, die sich zwischen den Arbeitslogiken ausrichten, fragmentiert und haben unterschiedliche Interessen. Nach Oesch kann von einem prägenden Klassenkonflikt, wie dem zwischen Kapital und Arbeit oder einer Unterscheidung zwischen ‚heldenhafter‘ und ‚unwürdiger‘ Arbeit nicht die Rede sein.

Wie diese Darstellung unterschiedlicher Erwerbsklassenmodelle zeigt, hängt die Antwort auf die Frage, wer die arbeitenden Klassen sind, entscheidend von theoretischen Annahmen über wirkmächtige (Klassen-)Konfliktlinien sowie prägende Differenzmerkmale zur Unterscheidung von Arbeitstätigkeiten ab. Es ist daher sinnvoll, in einem nächsten Schritt auf aktuelle Veränderungen und Konflikte in der Wertschätzung von Arbeitstätigkeiten zu blicken.

4.2. Wandel der Anerkennung von Arbeit

In vielen gegenwärtigen Zeitdiagnosen, die sich mit der Frage von Klassenkonflikten in liberalen Demokratien beschäftigen, wird das Bild einer polarisierenden Gesellschaft skizziert. Eine der einflussreichsten und meist diskutierten Zeitdiagnosen der jüngeren Vergangenheit stammt von dem Journalisten und Sachbuchautor David Goodhart.

Um die gesellschaftlichen Ursachen, die seiner Meinung nach 2016 zum positiven *Brexit*-Referendum geführt haben, zu erklären, beschreibt Goodhart die britische Gesellschaft, ganz ähnlich, wie es bereits in der Diskussion der Thesen von Andreas Reckwitz zu lesen war, als gespalten zwischen einer akademisch ausgebildeten, auf einem flexiblen Arbeitsmarkt mobilen Klasse (*Anywheres*) auf der einen Seite und einer meist in klassischen Ausbildungsberufen arbeitenden, vielmals in jungen Jahren die Schule verlassenden Klasse (*Somewheres*) auf der anderen Seite (vgl. Goodhart 2017, 24f).

Entgegen vieler kritischer Kommentare, die Goodhart für diese schematische Vereinfachung gesellschaftspolitischer Konflikte heftig angingen, ist es wichtig zu bedenken, dass der Autor mittels dieser rhetorischen Zuspitzung die wachsende Bedeutung von akademischen Ausbildungen verdeutlicht. Diese sind, um beruflich aufzusteigen und in materiell sicheren Verhältnissen zu leben, in Großbritannien immer wichtiger geworden. Diese Entwicklung hätten vor allem die *Somewheres*, also diejenigen ohne akademischen Bildungsweg, schmerzlich zu spüren bekommen.

Globalisierungs- und wirtschaftliche Finanzialisierungsprozesse, der mediale, politische und auch wissenschaftliche Fokus auf post-tayloristische Arbeitsabläufe, der Abbau von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor sowie der Zuwachs der Wissens- und Kreativökonomie hätten diesen Trend mit begünstigt. Nach Goodhart hat sich die zunehmende Bedeutung einer akademischen Ausbildung jedoch nicht nur auf die individuellen Chancen am Arbeitsmarkt, sondern auch auf die generelle gesellschaftliche Wertschätzung von Arbeit ausgewirkt. Denn im Gegensatz zu fortschrittsoptimistischen Stimmen in den 1990er Jahren, die in der postfordistischen Gesellschaft einen Rückgang an schwerer körperlicher und monotoner Arbeit sahen und insgesamt von einer Humanisierung der Arbeitswelt ausgingen, lasse sich heute feststellen, dass nicht nur die Anzahl von *high skilled jobs*, sondern auch die der *low skilled jobs* in Großbritannien stetig zugenommen habe. Deutlich zurückgegangen sind dagegen die (*semi*) *skilled jobs*.

Die zunehmende Bedeutung von akademischen Abschlüssen hat laut Goodhart dazu geführt, dass Tätigkeiten, die kein abgeschlossenes Studium verlangen, kaum noch öffentliche Wertschätzung genießen:

„When most people in the country were doing basic, low, or semi-skilled work – maybe in the same factory or office as their fathers or mothers – it made no sense to disdain it. But when, fifty years later, between a third and a half of ones generational peers are going to university or working in the better-rewarded, high productivity top 40 per cent of the economy, it becomes inevitable, perhaps, that people will start to look down on more basic jobs.“ (Goodhart 2017, 152)

Trotz zahlreicher institutioneller Unterschiede, insbesondere im Hinblick auf das Berufsausbildungs- und Universitätssystem, lässt sich mit Blick auf Deutschland eine ganz ähnliche Tendenz erkennen. Seit der Bildungsexpansion der 1960er Jahren nahm die Anzahl derer, die eine Berufsausbildung begannen, immer weiter ab, während die Anzahl der Studienanfänger kontinuierlich anstieg. In den Jahren 2011/2012 gab es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland genauso viele Einschreibungen in Universitäten oder Fachhochschulen wie neue Auszubildende (vgl. Baethge und Wolter 2015, 98f).

Beim genaueren Blick auf die Entwicklung abgeschlossener Ausbildungsverträge lässt sich erkennen, dass in Deutschland nicht alle Wirtschaftsbereiche von diesem Rückgang an Auszubildenden gleichermaßen betroffen sind. Eine Analyse für den Zeitraum 2007-2017 zeigt auf, dass in der Metall- und Bauindustrie sowie im Bereich der kaufmännischen Berufe die Ausbildungsverträge um 15% zurückgegangen sind. Noch stärker lässt sich der Rückgang im Ernährungshandwerk, also der Ausbildung zu Berufen wie Koch, Bäcker oder Fleischer sowie in den Hotel- und Gaststättenberufen beobachten. In beiden Branchen gab es in diesem Zeitraum einen Rückgang der Ausbildungen um 42%. In anderen Bereichen, etwa Informatik oder der Medizin (z.B. Ausbildungen zu medizinischen Fachangestellten), konnte dagegen ein leichter Anstieg an Ausbildungsverträgen beobachtet werden (vgl. Seeber u. a. 2019, 60).

Der starke Rückgang an Ausbildungsverträgen in einigen Branchen hat verschiedene Gründe. Wie die Autorinnen der Studie anführen, trägt zum einen das höhere Anforderungsprofil der Betriebe an die Auszubildenden zu weniger Ausbildungsverträgen bei. War es ein traditionelles Kennzeichen des deutschen Ausbildungssystems, dass Berufsausbildung und akademische Ausbildung strikt voneinander getrennt waren, lässt sich heute

feststellen, dass immer mehr Firmen bevorzugt Hochschulabsolventinnen einstellen oder in ihrem Ausbildungssystem mit Universitäten kooperieren, woraus viele duale Studiengänge entstanden sind (vgl. auch Baetge und Wolter 2015, 105). Hinzu kommt ein allgemeiner soziodemografischer Wandel, der es für Unternehmen insbesondere in Ostdeutschland schwer macht, junge Auszubildende zu finden (vgl. Seeber et al. 27f.).

Aber auch die Tatsache, dass gerade im produzierenden Gewerbe viele Industriezweige ins Ausland ausgelagert worden sind und einige Arbeitstätigkeiten der mittleren Berufsqualifikation der Automatisierung weichen mussten (was bereits im Bereich der Buchhaltung oder der Prozessabwicklung in der Finanzindustrie deutlich zu spüren war und zunehmend auch auf andere Bereiche zutrifft), beeinflusst den Rückgang an Ausbildungsplätzen erheblich. Dieser Rückgang der Ausbildungsverträge führt auch in Deutschland dazu, dass vor allem die (*semi*-)skilled Tätigkeiten in einigen Wirtschaftsbereichen zunehmend weniger werden.

Zugleich lässt sich beobachten, dass die Anzahl an *low-skilled jobs* (sogenannten einfachen Arbeiten, die keiner oder nur einer sehr kurzen Ausbildung bedürfen) in Deutschland zwar nicht ansteigt, seit Anfang der 2000er Jahre aber auf einem gleichbleibenden Niveau ist. Gemessen an der insgesamt gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland hat sich der Anteil der sogenannten Einfacharbeit in den letzten 40 Jahren nicht groß verändert und befindet sich seit Anfang der 2000er Jahre auf einem konstanten Niveau von 15-20% der Erwerbstätigen (vgl. Hall und Ugur 2018, 6).

Dabei gibt es hinsichtlich der Bezahlung sowie der Befristung oder auch der Arbeitszufriedenheit weitreichende Unterschiede zwischen verschiedenen Formen der Einfacharbeit. Viele dieser Arbeiterinnen können zudem sehr wohl eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen, die für ihre derzeitige Tätigkeit allerdings nicht verlangt wird. Sie sind damit für ihren aktuellen Beruf überqualifiziert (vgl. Abel, Hirsch-Kreinsen, und Ittermann 2009).

Die Tendenz einer Polarisierung des Arbeitsmarkts lässt sich jedoch nicht nur an der sinkenden Zahl an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, dem konstanten Niveau der Einfacharbeit sowie einem gleichzeitigen Anstieg an akademischen Abschlüssen beobachten, sondern zeigt sich in ganz drastischer Form an der Anzahl derer, die in Deutschland weder eine Universität oder Fachhochschule besuchen, noch einen geeigneten Ausbildungsplatz gefunden haben und sich nun in einem Übergangssektor des

Ausbildungssystem, etwa den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit oder einem Berufsvorbereitungsjahr, befinden. Dieser sogenannte dritte Sektor des deutschen Berufsbildungssystems, der vor allem im Zeitraum von 1992 bis 2006 stark angestiegen ist (vgl. Thelen und Busemeyer 2008, 13), führt jedoch zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss. Seit 2006 sind rund 25% der jährlichen beruflichen Neuzugänge in diesem Übergangssektor zu verzeichnen. Da der Übergang zu den vollqualifizierenden Berufssektoren nicht immer reibungslos gelingt, fallen die Beurteilungen des Übergangssektors sehr ambivalent aus.⁴⁸

Insgesamt ergibt sich mit Blick auf Deutschland also ein ähnlich polarisierendes Bild wie es Goodhart für die britische Gesellschaft beschrieben hat, auch wenn aufgrund der traditionellen Verankerungen des beruflichen Ausbildungssystems diese Veränderung in Deutschland (noch) nicht so ausgeprägt ist wie in Großbritannien oder den USA und sich nicht auf alle Wirtschaftsbereiche und Regionen übertragen lässt.

Unumstritten ist aber, dass sich auch hierzulande die gesellschaftlichen Größenordnungen zwischen Hochqualifizierten, in der Regel Akademikerinnen, und niedrig Qualifizierten stark verändert haben. Das zeigt sich schemenhaft beim Blick auf die Berufsabschlüsse in den Altersgruppen: In der Altersgruppe der 25-35 Jährigen verfügen etwa 31% über einen (Fach-) Hochschulabschluss, 33% über eine abgeschlossene Lehre und 10% über einen Fachschulabschluss. Zum Vergleich: In der Altersgruppe der 45 bis 55 Jährigen liegt das Verhältnis dieser Gruppen bei 21% Hochschulabschluss, 46% Lehre und 11% Fachschulabschluss. In der Altersgruppe der 55-65 Jährigen haben 18% einen Hochschulabschluss, 51% eine Lehre und 13% einen Fachschulabschluss (vgl. Sozialpolitik 2023).

Mit diesen sich verändernden Größenverhältnissen hat sich auch die soziale Ungleichheit verändert. Denn auch wenn Bildung keinen sozialen Aufstieg garantiert und vor allem die Spitzenpositionen in der Wirtschaft nach wie vor von Menschen besetzt werden, die seit ihrer Geburt über hohe ökonomische und kulturelle Kapitalstöcke verfügen, verringert sich das Risiko arbeitslos zu werden mit einem akademischem Abschluss und

48 In der Entwicklung und Einmündung des Übergangssektors gibt es große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Die Bewertung des Übergangssektors ist daher umstritten und immer wieder Gegenstand von Reformvorschlägen (vgl. Seeber, Susan et. al. 2017, 36ff.). Auffällig ist, dass vor allem Personen mit maximal Hauptschulabschluss sowie Migranten und Männer besonders stark im Übergangssektor vertreten sind (ebd.).

es verbessern sich die Aussichten auf ein deutlich höheres Einkommen.⁴⁹ Im Schnitt verdienen Akademiker zwischen 150 und 160 Prozent des Nettostundenlohns von Ausbildungsabsolventen (vgl. IAB 2017, 95), wobei hier natürlich zu beachten ist, dass es auch unter Akademikern große Gehaltsunterschiede gibt. Auch mit Blick auf die Veränderung der Bruttomonatsverdienste kann festgehalten werden, dass diese bei Akademikerinnen und Führungskräften im Zeitraum von 2010-2020 deutlich stärker gestiegen sind als die Gehälter von Fach- und Hilfskräften (vgl. Müller 2022). Im Gegensatz zu den Hochqualifizierten lässt sich für niedrig Qualifizierte seit den 1980er Jahren sogar ein Rückgang des Reallohns beobachten (vgl. Eichhorst et. al. 2015, 19).

Diese Entwicklungen einer zunehmenden Polarisierung des Arbeitsmarkts sind eingebettet in einen Prozess des grundlegenden Abbaus von Arbeitnehmerrechten. Dies lässt sich insbesondere in der Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Abnahme der durch Tarifbindungen geschützter Arbeitnehmer sowie der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse wie befristeter Beschäftigung oder Leih- und Zeitarbeit in nahezu allen EU-Staaten, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, beobachten (vgl. Crouch 2019, 51-60). Obwohl von dieser Entwicklung auch diejenigen betroffen sind, die bislang die Vorzüge eines Normalarbeitsverhältnisses genießen konnten, sind niedrig Qualifizierte, auch durch eine bislang unzureichende Interessenvertretung ihrer Lage durch die Gewerkschaften, von diesen Verschlechterungen besonders betroffen (vgl. ebd., 90).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass gerade in den klassischen Ausbildungsberufen sowie in noch größerem Ausmaß unter An- und Ungelernten die Klagen über respekt- und würdelose Arbeitsbedingungen zunehmen. Wie im folgenden Bericht eines Schlossers zu lesen ist, sehen sich viele Arbeiter durch einen „allgemeinen Kulturwandel“ in ihrer geleisteten Arbeit zunehmend in ihrer Würde verletzt:

„Das ist ein allgemeiner Kulturwandel, der da stattfindet. [...] Der Arbeitnehmer ist weniger wert als früher. Die Wertschätzung ist nicht mehr so gegeben, wie es früher war. Es wird viel mehr [...] die Firma, die

49 Das schließt natürlich nicht aus, dass auch hoch qualifizierte Akademikerinnen arm sind oder einer *low-skilled* Tätigkeit nachgehen. Gleichzeitig gibt es natürlich auch Superreiche, etwa Firmenerben, die über keinen Berufs- oder Universitätsabschluss verfügen. Im Zusammenhang zwischen Bildung und ökonomischer Ungleichheit ist es daher wichtig, davon auszugehen, dass das bestehende Bildungssystem die sozio-ökonomische Ungleichheit zwar nicht produziert, sie aber reproduziert, legitimiert und perpetuiert (vgl. Butterwegge 2020, 232).

Gesellschaft, die Aktiengesellschaft besteht aus Zahlen. Das Wohl der Aktionäre liegt deutlich über dem Wohl der Mitarbeiter. [...] Man spürt das im Kollektiv. Man spürt das im Umgang mit den Mitarbeitern.“ (zitiert nach Kratzer u. a. 2015, 105)

Der hier beklagte „allgemeine Kulturwandel“, der dazu geführt hat, dass „Arbeitnehmer weniger wert sind als früher“, lässt sich sehr gut durch einen veränderten Anerkennungsmodus der Arbeit beschreiben, der sich parallel zu der skizzierten Veränderung des Berufsausbildungssystems vollzog.

Jahrzehntelang galt eine „horizontale Würdigung“ von Arbeit als das zentrale Kennzeichen des deutschen Modells der Arbeitsbeziehungen (vgl. Voswinkel 2000, 43). Dieses Anerkennungsmodell fußte auf einem reziproken Leistungsverständnis, wonach der geleistete Aufwand der Arbeiterinnen und ihre vielfach lebenslange Bindung an einen Betrieb auch mit der Erwartung eines höheren Ertrags an sozialen Gegenleistungen und gesellschaftlicher Anerkennung einherging (vgl. ebd., 42). Auch wenn dieses Anerkennungsmodell keineswegs unumstritten war, da es sowohl als eine Anerkennung geleisteter Arbeit als auch als eine paternalistische Fürsorge ‚von oben‘ verstanden werden konnte, war und ist es nach wie vor ein fest verankerter normativer Anspruch vieler Beschäftigter in Deutschland. Institutioneller Anker dieses Anspruchsdenkens ist die Sozialpartnerschaft mit ihren Kernbereichen der Tarifautonomie und Mitbestimmung im Betrieb (Betriebsrat) sowie eine starke Gewerkschaft, die sich für die Interessen aller Beschäftigten einsetzt (vgl. ebd.). Wichtig ist dabei zu berücksichtigen, dass die Gewerkschaften nicht nur als Garant der Umsetzung der horizontalen Anerkennungserwartung der Beschäftigten diente, sondern auch das Prinzip von Solidarität und Gleichbehandlung unter den unterschiedlichen Berufsgruppen einer „Betriebsgemeinschaft“ verteidigte (vgl. ebd., 47f.).

Ein Nachweis dieses horizontalen Anerkennungsmodus liefert nach Voswinkel die Auseinandersetzung über die Entgeltfortsetzung im Krankheitsfall, die 1996/97 zu einem heftigen Streit zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften führte. Der Versuch des Gesetzgebers und der Arbeitgeberverbände, die Entgeltfortsetzung von 100% auf 80% herabzusetzen, scheiterte damals an der starken Mobilisierung der Gewerkschaften, die in den Forderungen der Arbeitgeber einen Bruch der horizontalen Würdigung gegenüber dem nicht selten aufopferungsvollen Arbeitseinsatz der Beschäftigten sahen (vgl. ebd., 47).

Trotz immer wieder aufkommender Arbeitskämpfe, die einen Beweis für das Fortleben des horizontalen Anspruchsdenkens bieten, vermutete Voswinkel, dass ein neuer, vertikaler Anerkennungsmodus die Arbeitsbeziehungen der Zukunft prägen werde. An die Stelle der Würdigung langfristiger Zugehörigkeit sei eine vertikale Bewunderung kurzfristiger, möglichst hoher ökonomischer Erfolge getreten (vgl. ebd., 41). Eine veränderte Unternehmenskultur, die keine Beständigkeit mehr bietet und sich, wie es im Bericht des Schlossers heißt, in erster Linie an dem „Wohl der Aktionäre“ und nicht den Mitarbeitern orientiere, sei für diese Entwicklung genauso verantwortlich wie die damit einhergehenden neuen Arbeitsansprüche der Beschäftigten. Diese würden zunehmend Autonomie und Flexibilität einfordern und „nicht mehr ‚nur‘ für ihre Zugehörigkeit und Arbeitskraftverausgabung gewürdigt, sondern für ihre Leistungen und Erfolge bewundert werden“ (ebd., 59).

Als Voswinkel diese Analyse vor rund 20 Jahren schrieb, zeigte er sich jedoch skeptisch, dass der veränderte Arbeitsanspruch tatsächlich für alle Beschäftigten zutreffe und nicht auf die stetig wachsende Anzahl an höher qualifizierten Angestellten beschränkt sei (vgl. ebd., 55). Damit kritisiert er indirekt auch eine Entwicklung der Arbeits- und Industriesoziologie, die sich parallel zu dem hier skizzierten Kulturwandel der Arbeit seit den 1980er Jahren vermehrt mit Subjektivierungsprozessen und individuellen Ansprüchen an Arbeit auseinandergesetzt hat. Die noch bis in die 1970er Jahre weitverbreiteten Bewusstseinsstudien der Arbeiterklasse, in denen nicht nur abstrakt nach den kollektiven Ansprüchen und Lebenssituationen der Arbeiter gefragt wurde, sondern viele ‚Intellektuelle‘ selber in die Betriebe gingen, um an der Entstehung eines Klassenbewusstseins mitzuarbeiten, scheinen heutzutage unvorstellbar.

Voswinkel selbst sah die Tendenz, dass mit dem zunehmenden Verschwinden der horizontalen Würdigung Arbeit an sich als gesellschaftlicher Anerkennungsmodus an Bedeutung verliere. Denn für die vertikale Bewunderung, in der nur noch ökonomische Erfolge Beachtung finden, ist die Frage, wie diese Erfolge zustande gekommen sind, durch ‚ehrliche Arbeit‘ oder durch geschicktes marktwirtschaftliches Kalkül, letztendlich egal. Er vermutete daher, dass mit dieser Veränderung des Anerkennungsmodus von Arbeit Veblens Theorie der feinen Leute und dessen Interpretation einer Zwei-Klassen-Gesellschaft wieder an Aktualität gewinnen könnte (vgl. ebd., 59).

4.3. Fazit und Konkretisierung der Forschungsthese

Vergleicht man die hier skizzierten Überlegungen über die zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland und einen damit einhergehenden gesellschaftlichen Wandel des Ansehens von Arbeit mit den in Kapitel 4.1. skizzierten Theorien der Erwerbsklassenmodelle, dann lassen sich viele Überschneidungen mit den Modellen von Goldthorpe und Wright erkennen. Denn für beide Autoren ist die berufliche Qualifizierung entscheidend für die Konstruktion ihrer Modelle. Die arbeitenden Klassen sind in diesen Modellen diejenigen, die einer *low-* oder (*semi*)-*skilled* Tätigkeit nachgehen. Das sind in der Regel Menschen mit einer Berufsausbildung, aber vor allem an- und ungelernte Arbeiterinnen. Akademisch ausgebildete Arbeitskräfte, die einer *high-skilled* Tätigkeit nachgehen, müssen dagegen in eine der oberen Klassen eingeordnet werden. Im Gegensatz zu Goldthorpe versteht Wright diese höhere Klassen explizit als ausbeutende Klasse. Die Unterscheidung nach beruflicher Qualifizierung findet sich zwar auch in Oesch's Erwerbsklassenmodell. Allerdings spricht dieser der horizontalen Konfliktlinie zwischen den verschiedenen Arbeitslogiken eine dominantere Bedeutung zu als den vertikalen Konfliktlinien.

Doch in der Darstellung über die Polarisierung des Arbeitsmarkts und den Wandel der Anerkennung von Arbeit hat sich gezeigt, dass der Klassenkonfliktlinie entlang von *skills* noch immer eine prägende Bedeutung zukommt. Denn eine akademische Ausbildung ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger für gesellschaftliche Anerkennung, ein existenzsicherndes Einkommen sowie würdevolle Arbeitsverhältnisse geworden. Viele mittlere Ausbildungsberufe sowie die sogenannte Einfacharbeit verloren hingegen an gesellschaftlichem Ansehen. Die veränderten Größenverhältnisse zwischen denjenigen, die über keine akademische Ausbildung verfügen und denjenigen, die hochqualifizierte Abschlüsse erlangen, haben insgesamt zu einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung der Anerkennung von Arbeit geführt. Das zeigt sich ganz konkret an den Lohnungleichheiten zwischen Akademikerinnen und Nicht-Akademikerinnen, aber auch an den Studien, die auf steigende Demütigungsgefühle der arbeitenden Klassen hinweisen (vgl. Costas 2023, Friedrichs 2021).⁵⁰

50 Hinweise dafür, dass die Akademikerblase platzen könnte und es, wie einige Forscher zu Beginn der Corona-Pandemie hofften, zu einer Aufwertung der sogenannten systemrelevanten Arbeiten kommt, für die es in der Regel keinen Hochschulabschluss braucht, scheinen sich dagegen nicht zu bestätigen. Während der Corona-Pandemie

Durch diese ersten empirisch angeleiteten Untersuchungen kann die Forschungsthese dieser Arbeit noch einmal konkretisiert werden. Bislang lautete die Forschungsthese, „dass der hohe Zuspruch der arbeitenden Klassen zum Rechtspopulismus Ausdruck eines klassenspezifischen Unrechtsempfindens ist und dieses Unrechtsempfinden als Versuch der Umdeutung der herrschenden Sozialmoral verstanden werden kann. Entscheidend für dieses Unrechtsempfinden ist ein produktivistisches Ideal, welches sich vor allem durch Ansprüche auf Respekt, Anstand und Würde in der Arbeit zeigt. Dieses Unrechtsempfinden lässt sich in den realen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit nachweisen.“

Die Ergebnisse dieses Kapitels konkretisieren die Forschungsthese wie folgt: „Der hohe Zuspruch der arbeitenden Klassen zum Rechtspopulismus kann als Versuch einer Umdeutung der herrschenden Sozialmoral und als Ausdruck eines klassenspezifischen Unrechtsempfindens verstanden werden. *Als arbeitende Klassen gelten jene, die über keine akademische Ausbildung verfügen und in der Regel in low- oder (semi)-skilled Tätigkeiten arbeiten.* Entscheidend für dieses Unrechtsempfinden ist ein produktivistisches Ideal, welches sich vor allem durch Ansprüche auf Respekt, Anstand und Würde in der Arbeit zeigt. Dieses Unrechtsempfinden lässt sich in den realen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit nachweisen *Diese Kämpfe lassen sich vor allem in den arbeitenden Klassen beobachten, da sie unter einer zunehmenden Polarisierung des Arbeitsmarkts entlang von (Aus-)Bildungen und einer damit einhergehenden Veränderung der gesellschaftlichen Wertschätzung von Arbeit besonders leiden.*“

Diese Forschungsthese soll nun im weiteren Verlauf dieser Arbeit empirisch überprüft werden. Dazu gilt es zuerst im nächsten Kapitel zu erörtern,

hat sich vielmehr gezeigt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen größtenteils zu Lasten der arbeitenden Klassen gingen. Die Zahl an Ausbildungsverträgen ist in Deutschland 2020/2021 während der Pandemie nochmals gesunken und befand sich im Sommer 2021 auf einem historischen Tiefstand. Ausbildungsplatzsuchende oder Langzeitarbeitslose auf Jobsuche können daher als große Verlierer der Pandemie angesehen werden (vgl. Pollozcek und Schwuchow 2021). Auch die gesundheitlichen Risiken, sich bei der Arbeit mit dem Virus anzustecken, waren in der Pandemie ungleich verteilt, wobei hier vor allem hochqualifizierte Berufe in einer deutlich privilegierteren Position waren und durch die Möglichkeit der Home-Office-Nutzung ein viel geringeres Gesundheitsrisiko hatten. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Einbußen während der Corona-Pandemie zeigt sich zudem, dass niedrig Qualifizierte die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie deutlich härter zu spüren bekommen haben als hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen (vgl. Holst, Niehoff, und Fessler 2021).

4. Erwerbsklassenmodelle und Polarisierung der Arbeitswelt

wie sich dieser Kampf um Würde in der Arbeit konkret äußert und in einer quantitativen Befragung untersucht werden kann. Ähnlich wie in Wrights Klassenmodell gilt es dabei nach den konkreten Arbeitsprozessen zu fragen.

5. Der Kampf um Würde in der Arbeit

Dass Arbeit überhaupt eine moralische Quelle des Respekts, der Selbstachtung und der Würde sein soll, könnte für viele angesichts eigener Erfahrungen mit monotonen, schlecht bezahlten oder anderweitig frustrierenden Arbeitserlebnissen herausfordernd klingen. Auch der Blick auf die etymologische Bedeutung des Begriffs „Arbeit“ lässt zunächst keinerlei Verbindung zu Würde, Selbstachtung oder Respekt erkennen. Im Gegenteil, das Wort Arbeit ist im Deutschen genauso wie in vielen anderen Sprachen mit unwürdiger, schwerer Mühsal und Leid verbunden (vgl. Fetscher 1983, 56). Diese negative Konnotation von Arbeit ist prägend für die Menschheitsgeschichte. So wurde körperliche Arbeit in Europa von der Antike bis ins späte Mittelalter den Knechten und Mägden, Sklaven oder Unfreien aufgetragen. Die freien Bürger und Herren beschäftigten sich vorzugsweise mit Politik, Philosophie oder Angelegenheiten der Kriegsführung. Diese distanzierte Einstellung gegenüber Arbeit war jedoch keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der in diesem Kontext meistens genannten, oberen Klassen der Antike. Wie gegenwärtige anthropologische Untersuchungen zeigen, muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass der Gedanke, körperliche Arbeit könne etwas Sinnstiftendes oder gar Würdevolles beinhalten, über den längsten Zeitraum der Menschheitsgeschichte den Menschen fremd gewesen ist (vgl. Suzman 2021).⁵¹

In diesem Kapitel soll dem spannungsreichen Verhältnis zwischen Arbeit und Würde nachgespürt werden. Im ersten Kapitelabschnitt wird argumentiert, wie Erwerbsarbeit zwar im Laufe der Geschichte zu einer wesentlichen Voraussetzung des Würdeempfindens und der Selbstachtung der Menschen geworden ist, dieses Würdeempfinden aber durch die strukturellen Bedingungen kapitalistischer Lohnarbeit bedroht wird. Im Anschluss

51 Suzman zeigt anhand anthropologischer Untersuchungen, dass vor allem die Jäger und Sammler, aber auch die ersten Landwirtschaft treibenden Gesellschaften, ein sehr zwangloses Arbeitsverständnis pflegten. Es sei davon auszugehen, dass die wirtschaftlich aktiven Erwachsenen einer Jäger und Sammler-Gruppe nicht mehr als 17 Stunden pro Woche mit der Nahrungsbeschaffung verbrachten. Zusammen mit weiteren lebensnotwendigen Arbeiten „summiert sich das zu einer Hälfte der Stunden, die ein durchschnittlicher amerikanischer Arbeiter oder Angestellter für seine Erwerbsarbeit und seine häuslichen Pflichten aufwendet“ (Suzman 2021, 134).

wird im zweiten Kapitelabschnitt ein Konzept für eine empirische Untersuchung des Kampfs um Würde und Selbstachtung in der Arbeit herausgearbeitet.

5.1. Zum Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Würde

Das negativ konnotierte Bild von Arbeit änderte sich zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert in Europa mit dem Aufkommen des Handwerker- und Handelsstands sowie dem Aufstieg des Stadtbürgertums und dem Beginn fabrikmäßiger Arbeit (vgl. Negt 2020, 296). Den Wertewandel des Arbeitsbegriffs in dieser Zeit bringen vor allem Luther und die Calvinisten zum Ausdruck. Arbeit erhält durch die Reformationsbewegung eine religiöse Aufwertung. Sie verliert ihr Klassenmerkmal und wird zum

„unverwechselbaren Baustein der geistigen, seelischen und körperlichen Subjektbildung – unabhängig von Stand und Privilegien. Sie wird dem tierischen Dasein entrückt, zu einem prägenden Persönlichkeitsmerkmal. Disziplin und Arbeitsmoral werden dem Menschen jedoch zunächst durch äußerlichen Zwang und Gewalt aufgenötigt.“ (Negt 2020, 296)

Bis aus Arbeit also „ein Aspekt der Lebensbefriedigung, ja des Glücks werden“ (ebd.) konnte und alle – auch die oberen Klassen – bemüht waren, zumindest so zu tun als würden sie arbeiten, vergingen Jahrhunderte, in denen die Menschen oft äußerst brutal zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen wurden sind.

Für marxistische Autoren wie Oskar Negt, der sich intensiv mit der Geschichte der Arbeit befasst hat, ist Arbeit im Laufe der Geschichte zu einer Schlüsselkategorie geworden, durch die nicht nur unsere gegenwärtige Gesellschaft analysiert werden muss, sondern von der sich auch die Grundpfeiler einer zukünftigen und normativ besseren Gesellschaft ableiten lassen.⁵² Dies vor allem, weil sich dem marxistischen Grundgedanken nach das Potential einer sinnstiftenden, der Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft dienenden „lebendigen Arbeit“ (ebd., 304) in kapita-

52 Diese zentrale Bedeutung von Arbeit ist jedoch nicht allein ein marxistische Ansatz. Sie kommt bereits in den politischen Utopien von Platon oder Thomas Morus oder den Frühsozialisten zum Ausdruck. Ein Recht auf Arbeit, Arbeitszeitverkürzung oder die gesellschaftliche Umverteilung der Arbeitslast stehen im Zentrum vieler dieser Utopien (vgl. Fetscher 1983, 67ff.).

listischen Wirtschaftsordnungen nicht entfalten könne. Vielmehr werde die lebendige Arbeit von der „toten völlig aufgezehrt“ (ebd.). Das bedeutet, dass die Arbeitskraft des Menschen im Kapitalismus überwiegend rein ökonomischen oder bürokratischen Zwecken dient und Arbeit dem Individuum als auch der Gesellschaft auf vielfältige Weise (etwa in psychologischer, physischer oder auch ökologischer Hinsicht) schadet.⁵³

In diesem Sinne unterliegt das moderne Arbeitsverständnis einem komplexen Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite ist Arbeit für die meisten Menschen zu einem wichtig Faktor des persönlichen Wohlergehens, der Selbstachtung und Würde geworden, auf der anderen Seite bedingen die konkreten Arbeitsverhältnisse eine Reihe von Leid- und Demütigungserfahrungen, die die Würde des Menschen direkt bedrohen. Nach Oskar Negt werde dies gegenwärtig vor allem an der Tatsache sichtbar, dass nach der langen Entwicklungsgeschichte der Arbeit von der brutalen Sklavenarbeit bis zur modernen Arbeitsmoral, Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit zurückgelassen werden:

„Der moralische Skandal einer Gesellschaft, die an der Reichtumsproduktion zu ersticken droht, besteht darin, dass nach einem Jahrhunderte währenden leidvollen Weg, auf dem die Menschen schließlich so etwas wie Arbeitsmoral verinnerlicht und der Arbeit einen positiven Sinn abgerungen haben, am Ende für wachsende Millionen von Menschen, die arbeiten wollen und für ihre Selbstachtung auch Arbeit benötigen, Arbeitsplätze nicht mehr vorhanden sind.“ (ebd., 292)

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer würdevollen Arbeit springt jedoch nicht nur angesichts der andauernden Massenarbeitslosigkeit, sondern auch weiterer demütigender Praktiken der modernen Arbeitswelt ins Auge. So werden viele Bereiche der gesellschaftlich notwendigen Reproduktions- und Fürsorgearbeit, die auch in den Wohlfahrtsstaaten noch immer und seit der Corona-Pandemie in noch größerem Ausmaß von Frauen erbracht wird (vgl. Hövermann und Kohlrausch 2022), erst gar nicht als Arbeit angesehen und dementsprechend wertgeschätzt.

Auch wenn dieser Aspekt in der Diskussion über Würde und Arbeit wichtig ist und oft übersehen wurde, geht es im Folgenden um Erwerbstätigkeiten, die weisungsgebunden sind und vertraglich entlohnt werden. Unentgeltliche, freiwillige, informelle oder ehrenamtliche Tätigkeiten sowie

53 Zu den psychischen Folgen unbefriedigender, sinnloser Arbeit ist die Studie David Graebers über sogenannte „Bullshit Jobs“ sehr aufschlussreich (vgl. Graeber 2021).

unbezahlte Fürsorgearbeit stehen dabei nicht im Zentrum der Untersuchung. Zudem richtet sich der Fokus auf Arbeitsverhältnisse in Industriationen, mit besonderem Fokus auf Deutschland.

Doch auch dieser eingegrenzte Arbeitsbegriff lässt sich häufig nur schwer mit Würde und Selbstachtung in Verbindung bringen. Zu nennen sind Arbeitstätigkeiten, die miserabel bezahlt werden, die monotone oder schwere, den Körper langfristig schädigende Anstrengungen verlangen, oder die mit Dreck und Gestank assoziiert sind und dadurch stigmatisiert werden. Hinzu kommen aktuelle gesellschaftliche und technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel die Digitalisierung oder der sozial-ökologische Umbau der Industrie, die sich bedrohlich auf das Würdeempfinden von Erwerbstätigen auswirken können. Zum Beispiel, weil ihre Arbeit durch die neuen technischen Möglichkeiten bis ins letzte Detail vom Arbeitgeber überwacht werden kann, oder ihre Arbeit als klimaschädlich angesehen wird und der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft weichen muss. Wenn durch diese gesellschaftlichen Umbrüche Tätigkeiten und damit einhergehend ganze Lebensstile radikal in Frage gestellt werden, können ebenfalls Würdeverletzungen auftreten.

Hoffnungen, dass durch die technologische Entwicklung eine Zukunft ohne Lohnarbeit oder zumindest eine würdevollere Arbeitswelt möglich ist, erfüllen sich bisher nicht. Stattdessen existieren zahlreiche Erfahrungsberichte über demütigende Arbeitsbedingungen, etwa bei Zalando (vgl. Hagelüken/Kläsgen 2019) oder Amazon (vgl. Friedrich/Jolmes 2020), die eindrücklich beweisen, dass auch mit der Digitalisierung die Humanisierung der Arbeitswelt für einen Großteil der erwerbstätigen Gesellschaft nach wie vor in ferner Zukunft liegt. Vielmehr ist zu beobachten, dass es durch den technischen Fortschritt möglich geworden ist, im Arbeitsalltag zahlreiche Kontroll- und Ausbeutungsmöglichkeiten zu implementieren, die bestehende Herrschaftsverhältnissen zementieren, vielen Beschäftigten in ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit zusetzen und in den krassen Fällen bis zum Tod führen können (vgl. Hien 2018, 265).⁵⁴

Auch die klassischen industriellen Produktionszweige, zum Beispiel die Automobilindustrie, erleben seit den Versuchen der Einführung von Gruppenarbeit und flacheren Hierarchien in den 1980er Jahren eine Re-Taylorisierung von Arbeitsabläufen, in der die Arbeitsintensität und das Kon-

54 Eine ausgewogene Diskussion der Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Arbeitswelt bietet aber Lisa Herzogs politischer Aufruf zur „Rettung der Arbeit“ (vgl. Herzog 2020).

trollregime des Arbeitgebers weiter zugenommen haben. Aufgrund dieser Entwicklung erfährt das Thema Arbeit in gerechtigkeits- und demokratietheoretischen Ansätzen wieder zaghafte Aufmerksamkeit. Treffend werden die Arbeitsverhältnisse, wie sie sich beispielsweise in den Amazonwerken in den USA wiederfinden, als eine „private Regierung“ beschrieben, in der ein diktatorischer Regierungsstil vorherrsche (vgl. Anderson 2019).⁵⁵

Angesichts dieser lediglich exemplarischen Auflistung an potentiell würdelosen Arbeitsverhältnissen, mag die Frage, wie sich Würde und Selbstachtung in der Arbeit äußern, nicht nur schwer zu beantworten sein, sondern von vornherein als ein Widerspruch gedeutet werden. Demnach sind Arbeit und Würde auch in den hoch industrialisierten Ländern immer noch unvereinbar und die Würde des Menschen kann sich erst in einer Befreiung von der „toten Arbeit“ entfalten.

Doch eine solche Sichtweise blendet die moralische Bedeutung der Arbeit für viele Menschen aus. Arbeit ist gerade auch, wenn sie als hart, schwierig oder bedrückend empfunden wird, eine moralische Quelle der Würde und Selbstachtung. Doch worin genau besteht nun diese moralische Quelle? Wie äußert sich die Würde der Arbeit bzw. der Kampf um Würde in der Arbeit, wer leidet besonders stark unter mangelndem Respekt und Würde am Arbeitsplatz und wie kann diese Thematik empirisch untersucht werden?

5.2. Entwicklung eines Konzepts zur empirischen Untersuchung des Kampfs um würdevolle Arbeit

In der deutschsprachigen Arbeits- und Industriosozologie gibt es bislang noch keine Ansätze, die explizit das Thema Würde und Arbeit in den Fokus rücken.⁵⁶ In den breiter gefächerten angelsächsischen Debatten gibt es zwar

55 Ein Beispiel der quasi diktatorischen Herrschaft des Arbeitgebers über die Beschäftigten liefert ein Vorfall bei VW im Oktober 2019. Nachdem sich ein Mitarbeiter tagelang schwerkrank zur Arbeit schlepte, erlitt er schließlich in einer Nachtschicht einen Herzinfarkt. Anstatt die Produktion zu pausieren, wurden die Kolleginnen am Band gezwungen, stundenlang in unmittelbarer Nähe zum Leichnam weiterzuarbeiten. Mehrere Vorgesetzte machten sich lustig über den verstorbenen Mitarbeiter, indem sie seinen Tod als Glücksfall kommentierten, „da nun mehr Platz für die Jungen sei“ (vgl. Reisner 2020).

56 Auf diese Leerstelle verweisen auch Wolf und Tullius (vgl. Tullius und Wolf 2014). In einer späteren empirischen Studie haben die Autoren diese Leerstelle bearbeitet. Sie konnten herausfinden, dass der Anspruch auf Würde und Respekt in der Arbeit

eine Reihe von theoretischen und empirischen Untersuchungen über das Sinnerleben von Arbeit („Meaningful Work“) oder die Arbeitsplatzzufriedenheit („Job Satisfaction“), doch auch in diesen Studien fehlt in der Regel eine detailliertere theoretische Auseinandersetzung mit Konzepten der Würde oder des Respekts in der Arbeit.⁵⁷ Diese lassen sich noch am ehesten in Studien über Mobbing am Arbeitsplatz finden. Hier werden insbesondere rassistische, sexistische oder auch altersdiskriminierende Strukturen in der Arbeitswelt als Entwürdigung der Arbeitnehmer thematisiert (vgl. Lucas und Baker 2017).

Auch wenn diese Studien wichtig sind, da sie die alltäglichen Demütigungserfahrungen vieler Erwerbstätiger beleuchten, gehen sie doch an dem elementaren Verhältnis zwischen Arbeit und Würde vorbei. Denn strenggenommen, respektiert kein Arbeitsvertrag die Lohnarbeiter als einzigartige, menschliche Individuen. Vielmehr dient der Kauf der Arbeitskraft immer einer bestimmten Funktion, die jederzeit austauschbar ist und potentiell von einem anderen Menschen (oder einer Maschine) erledigt werden kann. Wie Andrew Sayer hervorhebt, würde dies auch für eine Welt gelten, in der es kein sexistisches oder rassistisches Mobbing in der Arbeitswelt gibt:

„The employment relation is itself unequal in that the employee usually has fewer options than the employer, and the latter is dominant [...]. Even if there were no gender or racial segregation (i.e. identify-sensitive segregation) across the occupational and pay hierarchy, there would be still inequalities. There are further inequalities between consumers and clients, usually in favor of the latter; service workers such as waiters are particularly exposed to undignified treatment. While this treatment may be partly in response to their identities, it may just be responsive to their position, irrespective of their gender or ‚race‘. The very existence

einer von fünf zentralen Gerechtigkeitsansprüchen an Arbeit von Erwerbstätigen in Deutschland ist. Ihr Befund zeigt jedoch, dass Würde in der Arbeit von vielen zunehmend als gefährdet wahrgenommen wird (vgl. Kratzer et. al. 2015, 103-111).

- 57 Das Thema „Dignity at Work“ bzw. „Working with Dignity“ erfährt in der angelsächsischen Debatte aber zunehmend Aufmerksamkeit. So gibt es neben der arbeitsethnographischen Studie Randy Hodsons, auf die ich weiter unten ausführlicher eingehen werde, auch erste Überlegungen, um eine „Workplace Dignity Scale“ explizit für quantitative Forschungsstudien zu entwickeln (vgl. Thomas und Lucas 2019). Eine weitere lesenswerte ethnographische Untersuchung über den „Kampf von Reinigungskräften um Würde“ hat Jana Costas vorgelegt (vgl. Costas 2023). Allerdings fehlt in dieser Studie eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit Würde bzw. Würde in der Arbeit.

of inequalities and relations of domination means that some will find it easier to maintain their dignity than others.“ (Sayer 2011, 209)

Die strukturelle Bedrohung der Würde in der Arbeit resultiert nach Sayer nicht aus zugeschriebenen Identitätsmerkmalen, sondern aus der sozialen Position in dem hierarchischen Gefüge der Arbeitswelt. Alle Lohnabhängigen sind von strukturellen Demütigungen bedroht, wobei diese Bedrohungen jedoch nicht alle gleichermaßen treffen. Als potentielle Bedrohung nennt Sayer eine Reihe von Ursachen wie die ungleiche Entlohnung und gesellschaftliche Anerkennung von Arbeitsleistungen, das respektlose Verhalten von Kunden gegenüber Dienstleistungs- oder Service-Arbeitern oder die vielfältigen Machthierarchien sowohl zwischen Arbeitgebern und -nehmern als auch innerhalb einer Belegschaft.

Diese Bandbreite an potentiellen Bedrohungen der Würde in der Arbeit findet sich auch in konkreten Äußerungen von Beschäftigten, die sich über geringe Wertschätzung oder fehlenden Respekt beklagen. In einer Online-Umfrage über die Lohnzufriedenheit von Erwerbstätigen in Deutschland wurden die Befragten gebeten, von sich aus Themen anzusprechen, die ihnen im Bezug auf ihre Arbeit besonders wichtig sind. Ein Großteil der Befragten hat diese Möglichkeit genutzt, um mangelnde Wertschätzung oder fehlenden Respekt in der Arbeit zu beklagen. Eine Person schilderte ihre Arbeit als „AUSBEUTUNG, demütigend, keine Wertschätzung, körperlich und psychisch extrem belastend.“⁵⁸ Eine andere Person gab an, dass ihr „Ausbildungsberuf heute keine Anerkennung mehr findet.“ Wiederum andere beschwerten sich über die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten und viel zu niedrige Gehälter. Besonders eindrücklich zeigt sich die Bandbreite an potentiellen Würdeverletzungen in der Arbeit an zwei Beispielen, die hier in Gänze und im Wortlaut zitiert werden sollen:

„Ich rede hier vom Fernverkehr mit mindestens einer Woche Abwesenheit. Die Familie leidet darunter und der Fahrer selbst auch. Schlechte Bezahlung. Das Leben fährt an den Menschen vorbei. Arztbesuche werden schwierig. Ausgleich zur Arbeit wie Sport oder gesunde Ernährung ist schwer bis kaum möglich. Kannst kaum die Angebote deiner Krankenkasse annehmen. Lange Arbeitszeiten. Keine Anerkennung in der

58 Die Zitate werden in der originalen Schreibweise wiedergegeben. Für die Möglichkeit, diese Interviewauszüge zu verwenden, möchte ich mich bei Malte Lübker bedanken. Dieser hat die Umfrage geleitet, die in erster Linie einem Methodenexperiment diente, um den Gehalt offener Fragen in Online-Studien zu untersuchen (vgl. Lübker 2021).

Gesellschaft. Oft wird man gehetzt, die EU Richtlinien wie Geschwindigkeit, Arbeitszeit oder Pausen wirst du nicht immer einhalten können. Das bedeutet, du hast noch weniger Geld, siehe Bußgelder. Wenn du denkst das mache ich nicht, wird man dir das schon ‚beibringen‘. Nicht alle, jedoch zu viele Spediteure hantieren so mit dir. Das nur mal kurz angerissen.“

„Jede Sekunde zählt, ständige Optimierung, die den Arbeitsablauf unnötig verkomplizieren. Stundensparen bis die Leute vorm Nervenzusammenbruch stehen, das gleiche von vorn, nur anders verpackt. Wertschätzung für gute Arbeit geht nicht auf Null, ist leider sogar im Minusbereich. Egal wie gut man mit den wenigen zur Verfügung gestellten Stunden gewirtschaftet hat, man kriegt immer mehr Anschiss. Als gelernter und mit mehrjähriger Erfahrung sitzt man eher an der Kasse. Ungelernte arbeiten eher im Laden, da sie die Befehle nur ausführen sollen. Den eigenen Kopf benutzen eher ungewünscht, weil einem die Zeit nicht gegeben wird, die Arbeit ansatzweise vernünftig auszuführen. Teilzeitvertrag, damit man den Stunden hinterherbetteln darf, um ein geregeltes Einkommen zu haben. Betriebsklima, man ist so überfordert, dass jeder jedem die Schuld zuschiebt. Dies hat zur Folge, dass man immer mehr Frust in sich reinschauft, oder die Kollegen bei den Vorgesetzten schlecht darstellt. Die eigene Motivation wird jeden Tag auf die Probe gestellt. Neue Kollegen werden nicht angelernt, entweder man schwimmt oder man geht unter. Wenn man eine Einarbeitungszeit kriegt, dann eher zu kurz und auf Kosten der wenigen Stunden, die einem eingeräumt werden. Arbeiten bis ins hohe Alter eher unwahrscheinlich. Der Druck wird so erhöht, damit man sich solcher entledigt. Der Arbeitsdruck wird systematisch erhöht, um sich von Altlasten zu trennen. Versetzungen, ‚Optimierungen‘, die spätestens nach einem Vierteljahr unausführbar geworden sind und wieder fallen gelassen wurden. Das gute dabei, es ist keine Seltenheit, dass eine Fachkraft das Handtuch wirft und sich woanders eine Stelle sucht. Vorteil, man kann eine ungelernete Kraft einstellen, die man an der kurzen Leine hält. Festverträge erst dann, wenn man sich bewährt hat.“

In beiden Zitaten steht der Druck ‚von oben‘ und die eigene Machtlosigkeit angesichts des respektlosen Verhaltens des Arbeitgebers im Fokus. Wer nicht spürt, wird das früher oder später zu spüren bekommen. Die vielmals undurchsichtigen und als sinnlos empfundenen Regeln („Optimierungen“, „EU-Regeln“) werden notfalls mit Drohungen wie „Bußgeldern“ oder „An-

schiss“ den Beschäftigten aufgezwungen. Selbstentfaltung, Mitbestimmung und ein kollegiales zwischenmenschliches Verhalten sind in diesen beiden Schilderungen weit entfernt von der tatsächlichen Arbeitssituation. Stattdessen breitet sich Resignation, oder, wie am Ende des zweiten Beispiels deutlich wird, eine Art Galgenhumor aus, um noch ansatzweise mit den Anforderungen der Arbeit klar zu kommen. Kaum jemand würde wahrscheinlich diese Arbeitsverhältnisse intuitiv als respekt- oder würdevoll beschreiben. Umso schwieriger scheint es jedoch zu sein, die potentiellen Gründe für Würdeverletzungen in der Arbeit einzugrenzen.

Um die Vielzahl an Faktoren, die für eine würdevolle Arbeit entscheidend sind, zu systematisieren und für eine empirische Untersuchung aufzubereiten, ist es daher sinnvoll, noch einmal auf die Würdedefinition des Philosophen Avishai Margalit zurückzukommen: Margalit unterscheidet Würde von Selbstachtung. Selbstachtung äußert sich negativ, wenn ein Mensch gedemütigt wird. Würde äußert sich dann in der Art und Weise, in der ein Mensch signalisiert zu kämpfen, wenn seine Selbstachtung durch institutionelle Demütigungen bedroht ist. Dabei unterscheidet Margalit zwischen drei Formen von Demütigungen: Dem Ausschluss aus der Menschengemeinschaft, der Behandlung als Bürger zweiter Klasse sowie dem Kontrollverlust. Kränkungen oder auch Beleidigungen zählt Margalit ausdrücklich nicht zu den Formen institutioneller Demütigungen.⁵⁹

Überträgt man diese Herangehensweise und die Unterscheidung zwischen Würde und Selbstachtung auf den Arbeitskontext, dann gewährleistet die Arbeit die Selbstachtung des Menschen, wenn sie nicht demütigend ist. In Anlehnung an Margalits drei Demütigungsformen bedeutet dies erstens, dass in der Arbeit die Behandlung als Mensch (und nicht etwa als Instrument oder Gegenstand) sichergestellt sein muss, etwa indem die individuellen Kompetenzen und Eigenschaften der Person gesehen und anerkannt werden. Zweitens, dass es keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Beschäftigten oder zwischen Klienten und Dienstleistungspersonal geben darf, d.h. ein Mindestmaß an Mitbestimmung und Gleichbehandlung gewährleistet sein muss. Drittens, dass die Arbeit die Kontrolle über das eigene Leben nicht gefährden darf. Dies lässt sich etwa auf die Regulierung der Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Arbeitsplatzsicherheit oder die (Angst vor) Arbeitslosigkeit übertragen.

Schaut man sich vor diesem Hintergrund noch einmal die obenstehenden Zitate an, dann wird deutlich, dass in beiden Fällen sowohl die Gleich-

59 Für eine detaillierte Diskussion der Würde-Konzeption Margalits vgl. Kapitel 3.1.

behandlung als auch die Kontrollmöglichkeit über das eigene Leben durch die Arbeit als massiv gefährdet empfunden wird. Wie der Fernfahrer berichtet, bleibt neben seiner Arbeit keine Zeit mehr für Familie, Freizeit und gesundheitliche Vorsorge. Anstatt planen zu können und das Gefühl zu haben, sein Leben eigenständig zu lenken, fährt das Leben, wie er sagt, an ihm vorbei. Im zweiten Bericht sticht vor allem die Ungleichbehandlung zwischen An- und Ungelernten heraus sowie der systematische Versuch des Arbeitgebers, mittels unsinniger Optimierungsversuche oder prekärer Arbeitsverträge Druck auf die Beschäftigten auszuüben. Ältere Mitarbeiterinnen werden als „Altlasten“ beschrieben, derer sich der Arbeitgeber möglichst billig entledigen will. Dies kommt der von Margalit beschriebenen institutionellen Demütigung des Ausschlusses aus der Menschengemeinschaft erschreckend nahe. Zudem belegt auch dieser Bericht, dass die Kontrolle über das eigene Leben durch die Arbeit (Teilzeitverträge und Arbeiten bis zum Nervenzusammenbruch) extrem erschwert wird.

Anhand der Begriffsarbeiten Margalits lässt sich in beiden Beispielen von einer Verletzung der Selbstachtung der Arbeiter sprechen. Ausufernde Arbeitszeiten, schlechte Entlohnung, prekäre Arbeitsverträge, unsinnige und intransparente Arbeitsvorgaben sowie eine Ungleichbehandlung der Beschäftigten entsprechen allen drei institutionellen Demütigungsformen Margalits (Ausschluss aus der Menschengemeinschaft, Zwei-Klassen-Gesellschaft, Kontrollverlust) in der Arbeitswelt. In der empirischen Untersuchung im nächsten Kapitel soll dementsprechend nach diesen Demütigungsformen gefragt werden, um potentielle Verletzungen der Selbstachtung der Beschäftigten in der Arbeitswelt zu erkennen.

Im Anschluss daran muss zusätzlich nach den Möglichkeiten und Strategien gefragt werden, auf die Menschen zurückgreifen können, um ihre Selbstachtung in der Arbeit zu verteidigen. Da sich nach Margalit die Würde des Menschen in der Reaktion auf eine Bedrohung der Selbstachtung äußert, muss der Kampf um Würde in der Arbeit also anhand dieser Gegenwehrstrategien untersucht werden.⁶⁰

60 An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass man nicht davon ausgehen sollte, dass es denjenigen, die unter Demütigungen in der Arbeit leiden, generell an Selbstachtung und Würde mangelt. Wie Margalit schreibt, ist allein die Tatsache, dass sich Menschen gegen gefühltes Unrecht wehren, ein Nachweis ihrer Selbstachtung. Dieser Protest kann verschiedene Gestalten annehmen, die für eine sozialwissenschaftliche quantitative Untersuchung nicht alle zu messen sind. Der Fokus liegt hier notgedrungen auf einem kleinen Ausschnitt dessen, was Selbstachtung und Würde von Menschen in der Arbeit beeinflussen und bedrohen kann.

Um diesen Gegenwehrstrategien näher zu kommen, ist es sinnvoll, sich zunächst über den technischen Ablauf eines jeden Arbeitsprozess ein grobes Bild zu machen. Nach Ansicht des Arbeitsforschers Christoph Dejours sieht sich jeder Mensch in einer Arbeitstätigkeit mit zwei unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Auf der einen Seite sei die Arbeiterin mit den Anforderungen an ihre Arbeit konfrontiert, wie sie bspw. im Arbeitsvertrag festgelegt sind, ihr von den Kolleginnen beigebracht oder von Vorgesetzten befohlen worden sind. Auf der anderen Seite müsse sie sich mit einer Reihe von kontingenten Faktoren auseinandersetzen, die den alltäglichen Arbeitsprozess begleiten und ein gewisses Maß an Autonomie, Kreativität und auch bewusster Abweichung von den offiziellen Vorgaben verlangen (vgl. Dejours u. a. 2018, 74). Diese Lücke zwischen Vorgaben und immer wieder neuen, kontingenten Anforderungen einer Tätigkeit müsse von der Arbeiterin selbst geschlossen werden. Erst in der Bewältigung dieser Lücke sieht Dejours die „echte Arbeit“ („real work“) hervortreten. Denn in der Bewältigung dieser Lücke werde die Subjektivität der Arbeiterin gefordert, die sich, um die Arbeit zu erledigen, teilweise aktiv gegen die Vorschriften wenden müsse:

„We can on this basis identify a particular perspective that can be taken on any working activity: that dimension of work we might call *real work*, which is the actual sum of efforts, cognitive, emotional, and physical, spent by the workers to realize the task and achieve the outcome *despite or against the prescriptions*.” (ebd., 76, Herv. i. O.)

Diesem theoretischem Verständnis folgend besitzt jeder Mensch in seiner Arbeit ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit und aktive, wenn auch in der Regel für Außenstehende kaum wahrnehmbare Möglichkeiten, sich den Arbeitsprozessen anzueignen und ihn zu verändern.

Im Anschluss an Margalits Unterscheidung zwischen Selbstachtung und Würde, soll diese Form der Arbeitsaneignung als Hinweis für Gegenwehrstrategien gedeutet werden, mit denen sich Beschäftigte gegen potentielle Demütigungen wehren und um ihre Würde in der Arbeit kämpfen. In dem oben genannten ersten Beispiel wäre das der Fall, wenn der Fernfahrer einen Weg finden sollte, sich den Vorschriften der EU bis zu einem gewissen Grad zu entziehen, oder er Rituale und Arbeitsabläufe etablieren könnte, die ihm seine Arbeit zumindest etwas erleichtern und angenehmer gestalten. Entsprechend den potentiellen Faktoren, die die Selbstachtung in der Arbeit bedrohen, sind grundsätzlich eine Reihe von Strategien vorstellbar, mit denen Menschen auf institutionelle Demütigungen reagieren.

Allerdings ist ein Erforschen dieses Kampfes um Würde in der Arbeit schwierig, da dieser nicht selten im Konflikt mit den offiziellen Vorschriften der Arbeitgeber stehen und von den Beschäftigten in einer Befragung oder einem Interview kaum preisgegeben werden würde. Die bislang einzige explizite Untersuchung des Kampfes um Würde in der Arbeit stützt sich daher nicht auf Interviews, sondern auf sekundäranalytische Auswertungen von Arbeitsplatzethnographien.

So konnte der Soziologe Randy Hodson in einer systematischen Auswertung dieser lebendiger Beschreibungen unterschiedlicher Formen von Arbeitskämpfen aus den verschiedensten Branchen und Ländern vier zentrale Strategien identifizieren, auf die Beschäftigte zurückgreifen, um ihre Selbstachtung in der Arbeit zu verteidigen: „Resistance, citizenship and pride in work, the creation of independent meaning systems, and the development of social relations at work“ (Hodson 2001, 4f).

Widerstand

Die erste Strategie, um sich gegen Bedrohungen der Würde am Arbeitsplatz zu wehren, ist nach Hodson der Widerstand („resistance“). Dieser richtet sich vor allem gegen den Machtmissbrauch der Arbeitgeber. Formen des Widerstands sind zum Beispiel Sabotageaktionen, Streiks oder der Dienst nach Vorschrift. Neben diesen offensichtlichen, vielmals gewerkschaftlich organisierten Widerstandsformen, konnte Hodson eine Reihe weiterer widerständiger Praktiken erkennen, die im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen oft übersehen werden:

„Specific workplace resistance behaviors include absenteeism and a variety of forms of foot dragging and playing dump as well as gossip and diverse and subtle forms of noncooperation. Many of the most common forms of workplace resistance involve the violation of rules that workers see cumbersome or inefficient or that require excessive effort without good cause. All of these forms of resistance are attempts to regain dignity in the face of organizations that violate workers interests, limit their prerogatives, or undermine their autonomy.“ (ebd., 42)

Das Krank- oder Blaumachen gehört nach Hodson genauso wie „Dumm stellen“ („playing dump“), Verweigerung von Kooperation oder Lustigmachen und Lästern über Vorgesetzte zu einer Strategie, die Würde in der Arbeit zu verteidigen. Des Weiteren zählt Hodson die bereits angesprochene Verweigerung, bestimmte Arbeitsabläufe nach den vorgegebenen Regeln auszuführen und stattdessen eigene Arbeitsabläufe zu etablieren, also das

was Dejours als „real work“ beschreibt, zu den widerständigen Praktiken bei der Arbeit. Diese Praktiken müssen nicht zwangsläufig den Zielen der Produktion entgegenstehen oder diese sabotieren, sondern dienen vor allem den Arbeitern dazu, sich Freiräume zu verschaffen.

Produktionsstolz und die berufliche Würde

Während die Strategie des Widerstands nicht selten auf eine offene Konfrontation mit den Vorgesetzten hinausläuft, bedient die zweite Strategie („citizenship and pride in work“), laut Hodson das fundamentale Bedürfnis vieler Erwerbstätiger, sich mit ihrer Arbeit zu identifizieren und stolz auf sie zu sein. So sei beispielsweise zu beobachten, dass gerade bei sehr anstrengenden und harten Arbeitstätigkeiten Beschäftigte stolz auf ihre Arbeit sind und sich stark mit ihrer Arbeit identifizieren (vgl. ebd., 44f.). Mithin gleiche diese Identifikation der Zugehörigkeit zu einer Staatsbürgerschaft („citizenship“), die in den krassesten Fällen dem Verhalten guter Soldaten („good soldiers“) ähnele, die bereit sind, alles für ihre Arbeit zu investieren. Diese (Über-) Identifikation mit der Arbeit kommt natürlich dem Interesse der Arbeitgeber entgegen und wird daher in der Managementliteratur auch als eine Möglichkeit angepriesen, die Produktivität und Leistungsbereitschaft der Belegschaft zu steigern (vgl. ebd., 45). Trotz dieser Ambivalenz zeigen die Berichte Hodsons, dass das Fehlen von Stolz beziehungsweise jeglicher Identifikation mit der eigenen Arbeit ein Zeichen unwürdiger Arbeitsbedingungen ist.

Neben dem Stolz, den alltäglichen widrigen Umständen und Herausforderungen der Arbeit zu trotzen und diese mittels eigener Anstrengung und Erfahrung zu bewältigen, spielt für viele Erwerbstätige für die Identifikation mit ihrer Arbeit deren gesellschaftlicher Nutzen eine zentrale Rolle. Wie Untersuchungen über das Sinnerleben in der Arbeit zeigen, ist für viele Beschäftigte – insbesondere in der sogenannten Einfacharbeit – das Wissen um den gesellschaftlichen Bezug ihrer Arbeit ein wichtiger Antrieb (vgl. Hürtgen 2017, 222). Die Betonung der „beruflichen Würde“ (ebd.), in der die Beschäftigten sich mit ihrer Arbeit identifizieren, weil sie als Beitrag für die Gesellschaft verstanden wird, kann als eine weitere Gegenwehrstrategie betrachtet werden, mit der sich Beschäftigte gegen institutionelle Demütigungen in der Arbeit wehren.

Etablierung eines eigenen, unabhängigen Kontrollsystems

Die dritte Würdestrategie, die Hodson aus den Arbeitsplatzethnographien herausfiltert, betrifft nicht direkt die konkreten Arbeitsabläufe oder den Umgang mit den hierarchischen Strukturen in der Arbeitswelt, sondern die Etablierung autonomer und sinnstiftender Rituale („creation of independent meaning systems“), die unabhängig vom eigentlichen Arbeitsprozess bestehen können. Diese Rituale dienen vor allem dem Zweck, den Arbeitsort oder den Arbeitsablauf selber kontrollieren und gestalten zu können. Hodson nennt eine Reihe von Beispielen, in denen die Arbeiter auf diese Weise Wege gefunden haben, ihre Arbeit erträglicher und autonomer zu gestalten (vgl. Hodson 2001, 46f.). Dazu zählt er u.a. die persönliche Gestaltung des Arbeitsplatzes (z.B. durch das Aufhängen/Aufstellen von Bildern), die Durchführung bestimmter Pausenrituale oder die Etablierung eigener Arbeitsabläufe (vgl. ebd.).

Solidarität und Gemeinschaftsgefühle

Als vierte und letzte Strategie, die Würde in der Arbeit zu verteidigen, hebt Hodson schließlich die Beziehung zu den Kolleginnen und Kollegen („coworker relations“) hervor. Dazu gehört vor allem die Existenz einer informellen Gruppensolidarität, mit der sich Beschäftigte gegen Vorgesetzte, aber auch gegen andere Beschäftigungsgruppen eines Betriebs sowie Angriffe von Seiten der Kundschaft verteidigen können. Diese Gruppensolidarität baut auf geteilten Erfahrungen und der gemeinsamen Einbindung in Arbeitsabläufe auf. Sie kann sich aber auch entlang von Identitätsgefühlen organisieren, indem sich z.B. die Frauen eines Betriebs gemeinsam gegen sexistische Diskriminierungen wehren (vgl. Hodson 2001, 48).

5.3. Fazit

Nachdem die (Ewerbs-)Arbeit jahrhundertlang ein negatives Klassenstigma der unteren Klassen war, wurde sie im Laufe der Entwicklung industriekapitalistischer Staaten immer wichtiger für die Selbstachtung und das Würdegefühl der Menschen. Eine würdevolle Arbeit hat heute unmittelbare Auswirkungen auf die Würde der sie ausübenden Menschen. Das heißt auch, dass sie die Würde der Menschen auf vielfältige Weise bedrohen kann. Zum einen ist in der strukturellen Organisation von kapitalistischer Lohnarbeit stets ein entwürdigendes Moment angelegt. Denn kein Arbeitsvertrag achtet die Arbeitnehmer vollumfänglich als menschliche Individu-

en, mit ganz eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Zum anderen kann die menschliche Würde durch die konkrete Beschaffenheit der Arbeitstätigkeit sowie die Umbrüche und wechselnden Anforderungen des Arbeitsmarkts bedroht werden. Die Vielfalt an möglichen Bedrohungen und Einschränkungen des Würdeempfindens wurde anhand der in diesem Kapitel zitierten Interviewauszüge sichtbar, in denen Beschäftigte sich über mangelnden Respekt und demütigende Arbeitsbedingungen beklagen.

Um diese Vielfalt an potentiellen Bedrohungen der Würde in der Arbeit zu systematisieren und ein Konzept zur empirischen Untersuchung des Kampfes um die Würde zu entwickeln, wurde im zweiten Kapitalabschnitt Margalits Unterscheidung zwischen Selbstachtung und Würde noch einmal aufgegriffen und auf den Arbeitskontext übertragen. Danach ist eine Arbeit dann würdevoll, wenn sie die Selbstachtung der Menschen nicht verletzt, d.h. nicht demütigend ist. Es wurden drei institutionelle Demütigungsformen aufgezeigt und festgestellt, dass der Kampf um die Würde in der Arbeit in der Reaktion der Beschäftigten darauf, das heißt in der Wahl ihrer Gegenstrategien, besteht. Diese Strategien, die einen empirischen Nachweis des Kampfes um Würde in der Arbeit liefern können, wurden bislang nur in der arbeitsethnographischen Untersuchung Randy Hodsons erforscht.

Eine empirische Untersuchung des Kampfes um würdevolle Arbeit soll daher gemäß dieser Voraussetzungen in zwei Schritten erfolgen: In einem ersten Schritt muss nach den Bedrohungen der Selbstachtung in der Arbeit gefragt werden. Dies geschieht über eine Untersuchung der drei institutionellen Demütigungsformen (Ausschluss aus der Menschengemeinschaft, Kontrollverlust, Bürger zweiter Klasse). Wie die Beschäftigten mit diesen institutionellen Demütigungen umgehen, welche Strategien sie besitzen, um darauf zu reagieren und sich zu verteidigen, muss schließlich in einem zweiten Schritt anhand der von Hodson beschriebenen vier Strategien (Widerstand, Produktionsstolz und berufliche Würde, Etablierung eines autonomen Kontrollsystems, Solidarität) ermittelt werden.

Mit der Möglichkeit, den Kampf um würdevolle Arbeit empirisch untersuchen zu können, soll im nächsten Kapitel die Forschungsthese - dass sich im Rechtspopulismus der Kampf um Würde in der Arbeit ausdrückt - überprüft werden.

6. Überprüfung der Forschungsthese und Darlegung der Methoden

In der vorliegenden Arbeit wurde die These aufgestellt, dass der hohe Zuspruch der arbeitenden Klassen zum Rechtspopulismus Ausdruck eines klassenspezifischen Unrechtsempfindens ist. Der Begriff der arbeitenden Klassen umfasst alle erwerbstätigen Personen, die über eine niedrige berufliche Qualifizierung verfügen und in der Regel in *low-* oder *semi-skilled* Tätigkeiten arbeiten. Folge des Unrechtsempfindens ist der Kampf um eine existenzsichernde und würdevolle Arbeit. Das Unrechtsempfinden kann folglich in den alltäglichen Kämpfen um Würde und Respekt in der Arbeit nachgewiesen werden.

Die empirische Untersuchung dieser Forschungsthese ist zweiteilig. Zum einen muss anhand der im letzten Kapitel vorgelegten Konzepte überprüft werden, ob die arbeitenden Klassen, d.h. niedrig Qualifizierte in *low- und (semi)-skilled* Tätigkeiten, tatsächlich stärker von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen sind und sich dagegen zur Wehr setzen. Sollte sich diese Annahme bestätigen, muss in einem zweiten Schritt überprüft werden, ob die um Würde in der Arbeit kämpfenden Beschäftigten eine höhere Wahrscheinlichkeit zeigen, rechtspopulistisch zu wählen.

Diese aufeinander aufbauenden Schritte werden in diesem Kapitel vorgestellt. Dabei werden jeweils erst die Methoden, anschließend die empirische Untersuchung dargelegt. Zunächst soll jedoch der verwendete Datensatz kurz beschrieben werden.

6.1. Beschreibung des Datensatzes⁶¹

Die zugrunde liegenden Daten wurden vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in der Zeit vom 4. November 2020 bis 7. Januar 2021 erhoben. Die Erhebung erfolgte in Form von Telefonumfragen (CATI) im Dual-Frame-Modus, sodass sowohl Festnetz-

61 In dieser Beschreibung des Datensatzes folge ich Andreas Hövermann (vgl. Hövermann, Kohlrausch, Voss 2022, 12-14), der für die Durchführung und Konzeption der Umfrage seitens der Hans-Böckler-Stiftung maßgeblich verantwortlich war und bereits erste Veröffentlichungen aus dem Projekt vorweisen kann.

als auch Mobilfunknummern zufällig angewählt wurden. Die repräsentativ abgebildete Grundgesamtheit für die Befragung stellte die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren dar, die über mindestens einen Festnetz- oder einen Mobilfunkanschluss verfügte. Ein besonderer inhaltlicher Fokus lag auf den Arbeitsbedingungen sowie den arbeitsrelevanten Einstellungen, weshalb die Daten Erwerbstätiger überproportional erhoben wurden. Angepeilt wurde eine Nettostichprobe von 4.000 Befragten; realisiert werden konnte eine Stichprobe von 4.116 Interviews.

Die Stichprobenziehung erfolgte unter systematischen und kontrollierten Bedingungen in einem mehrstufigen, geschichteten Zufallsauswahlverfahren nach dem Random-Digit-Dialing-Verfahren.⁶² Um nach Abschluss der Untersuchung sowohl Aussagen für die gesamte deutsche Bevölkerung als auch für jede der 96 Raumordnungsregionen treffen zu können, erfolgte zunächst eine proportionale Ziehung der Raumordnungsregionen, gefolgt von einer Aufstockung der unterrepräsentierten Regionen und schließlich einer disproportionalen Abbildung der Erwerbstätigkeit von 70 Prozent.

Insgesamt wurden 192 Interviewer eingesetzt, die die Befragten durch den Fragebogen führten. Dieser wurde vom Projektteam Soziale Lebenslagen der Hans-Böckler-Stiftung entwickelt und war auf eine durchschnittliche Befragungsdauer von 30 Minuten konzipiert. In einem Pretest mit 15 Befragten wurde er vorab getestet und dann nochmals gekürzt, um die durchschnittliche Interviewzeit von 40 Minuten zu reduzieren. In der Haupterhebung lag diese dann bei 31 Minuten. Die RR3-Ausschöpfungsquote der Studie lag bei 4,2%, wobei es lediglich zu 320 Abbrüchen während der Interviews kam.

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten vor ihrer Auswertung einer Gewichtung unterzogen.⁶³ Die Notwendigkeit hierfür ergab sich zum

62 Dabei bildete die Telefonstichprobendatei der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM) den Auswahlrahmen, die veröffentlichte und nicht-veröffentlichte Rufnummern enthält. Dazu werden die von der Bundesnetzagentur veröffentlichten Daten zu so genannten Blöcken zusammengefasst, innerhalb derer die letzten beiden Ziffern zufällig generiert werden. Auf diese Weise gewährleistet der ADM-Rahmen, dass sowohl Haushalte mit als auch ohne Eintrag in ein öffentliches Telefonverzeichnis in der Stichprobenziehung berücksichtigt werden.

63 Als Standardgewichtung bei IPSOS gilt die IPF-Wichtung (*Iterative Proportional Fitting* nach Deming) aus dem Quantum-Programmpaket. Anhand dieses Gewichtungsverfahrens wurde die Ist-Verteilung der Stichprobe sukzessiv an die vorgegebenen Soll-Zahlen der Gewichtungsvariablen angepasst. Dazu wurde für jede Zeile ein bestimmter Gewichtungsfaktor berechnet, der über den Quotienten aus Ist- und Soll-

einen durch die disproportionale Stichprobenziehung, zum anderen durch unbeabsichtigte Verzerrungen, die sich dadurch ergeben, dass nicht alle Personengruppen in Befragungen gleichermaßen zu erreichen sind.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die realisierte Stichprobe zwar die Geschlechter relativ adäquat abbildet, jedoch bezüglich des Alters jüngere Befragte und bezüglich des Schulabschlusses Befragte mit niedriger Bildung deutlich unterrepräsentiert. Dies wurde mit den oben erläuterten Gewichtungen korrigiert. Wie in der Datenauswertung zu sehen ist, bleibt trotz der Gewichtung jedoch eine Unterrepräsentation gerade im Bezug auf die niedrigeren Bildungs- und Berufsabschlüsse bestehen. Dies muss beim Betrachten der Datenanalyse berücksichtigt werden.⁶⁴ Zu bedenken ist zudem, dass die Spalten in der nachfolgenden Tabelle nicht exakt vergleichbar sind, da die Grundgesamtheit die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren zeigt, die Nettostichprobe jedoch explizit eine Übergewichtung Erwerbstätiger (70%) vorsah.

Tabelle 4: Übersicht Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21

	Grundgesamtheit	Nettostichprobe
Alter		
16 – 29 Jahre	19,0%	9,2%
30 – 49 Jahre	30,1%	30,3%
50 – 64 Jahre	26,7%	39,9%
65 Jahre und älter	24,2%	20,6%
Geschlecht		
Männlich	49,4%	50,0%
Weiblich	50,8%	49,9%
Divers	0,0%	0,1%

Zahlen gebildet wurde. Diese so berechneten Gewichtungsfaktoren bildeten dann den Ausgang für die Anpassung des folgenden Merkmals. Diese Berechnung erfolgte iterativ, bis schließlich alle Variablen an die vorgegebenen Soll-Zahlen angepasst waren.

64 Vgl. dazu auch die Anmerkungen in Anhang C.

6. Überprüfung der Forschungsthese und Darlegung der Methoden

	Grundgesamtheit	Nettostichprobe
Höchster allgemeiner Schulabschluss		
Niedrig	35,0%	15,8%
Mittel	32,4%	29,0%
Hoch	32,6%	55,2%
Berufstätigkeit der Befragten		
Berufstätig	54,0%	71,8%
Nicht berufstätig	46,0%	28,2%

Quelle: Hövermann/Kohlrausch/Voss 2022, 14, N: 4116

6.2. Wer ist von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen?

Um die Frage zu beantworten, wer von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen ist und um Würde in der Arbeit kämpfen muss, müssen die theoretischen Konstrukte „Institutionelle Demütigungen in der Arbeit“ und „Kampf um Würde in der Arbeit“ empirisch operationalisiert werden.

In unserer Datenerhebung wurden die Teilnehmer zu konkreten Themen ihres Arbeitsalltags befragt. Ausgehend von den theoretischen Überlegungen wurden folgende neun Fragen aus dem Datensatz ausgewählt, um die Forschungsfragen zu beantworten und die These eines Zusammenhangs zwischen dem Kampf um Würde in der Arbeit und dem Rechtspopulismus zu überprüfen:⁶⁵

- „Ich habe bei meiner Arbeit Einfluss auf strategische Entscheidungen.“ (Item 1)
- „Gemessen an meinen Leistungen, halte ich mein derzeitiges Gehalt / meinen Lohn für zu niedrig / angemessen / zu hoch.“ (Item 2)⁶⁶
- „Mein Arbeitsplatz ist sicher.“ (Item 3)
- „Meine Aufstiegsmöglichkeiten sind gut.“ (Item 4)

65 Die Antwortmöglichkeiten waren 1 „stimme überhaupt nicht zu“, 2 „stimme eher nicht zu“, 3 „stimme eher zu“, 4 „stimme voll und ganz zu“. Bei Item 5 waren die Antwortmöglichkeiten 1 „sehr schwierig“, 2 „eher schwierig“, 3 „teils/teils“, 4 „eher leicht“, 5 „sehr leicht“. Wo nötig, wurden die Items rekodiert, damit sie alle in die selbe Richtung weisen. Zudem wurden alle Items standardisiert, um nachfolgende Berechnungen zu tätigen.

66 Bei Item 2 waren die Antwortmöglichkeiten 1 „viel zu niedrig“, 2 „etwas zu niedrig“, 3 „angemessen“, 4 „etwas zu hoch“, 5 „viel zu hoch“.

- „Wenn Sie Ihre jetzige Arbeit verlieren würden, wäre es für Sie leicht oder schwierig eine neue Arbeit zu finden?“ (Item 5)
- „Meine Arbeit ist sehr abwechslungsreich.“ (Item 6)
- „Ich kann Unterstützung und Hilfe von meinen Kollegen bekommen, wenn ich sie brauche.“ (Item 7)
- „Ich identifiziere mich mit meiner Tätigkeit.“ (Item 8)
- „Ich kann an meinem Arbeitsplatz entscheiden, wie ich meine tägliche Arbeit organisiere.“ (Item 9)

Die Frage ist nun, welche Items zur Operationalisierung der beiden theoretischen Konzepte, institutionelle Demütigungen und Gegenwehrstrategien in der Arbeit, am besten geeignet sind. Wie im vorherigen Kapitel dargestellt, muss bei der Frage nach den institutionellen Demütigungen zwischen drei Demütigungsformen unterschieden werden: dem Ausschluss aus der Menschengemeinschaft, der Behandlung als Bürger zweiter Klasse sowie dem Kontrollverlust.

Beim Blick auf den Wortlaut der Items lassen sich diese hinsichtlich einer Operationalisierung der institutionellen Demütigungen am Arbeitsplatz folgendermaßen zuordnen: Die Fragen nach der Arbeitsplatzsicherheit (Item 3) sowie dem Umgang mit potentieller Arbeitslosigkeit (Item 5) berühren das Thema „Kontrollverlust“. Beschäftigte, die fürchten, ihre Arbeit zu verlieren und/oder wissen, dass sie im Falle einer Arbeitslosigkeit nur sehr schwer eine neue Beschäftigung finden, können sich in der Möglichkeit, ihr Leben selbständig zu planen und zu kontrollieren, massiv eingeschränkt fühlen. Drohende Arbeitslosigkeit durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie schlechte Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz im Falle von Arbeitslosigkeit sind daher als (drohender) Kontrollverlust anzusehen. In diesem Sinne schreibt auch Margalit, dass Arbeit dann für die Menschen wertvoll ist,

„wenn sie aus eigenen Kräften, ohne von anderen abhängig zu sein, für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Durch Arbeit erlangen Menschen Autonomie und jene ökonomische Staatsbürgerschaft, durch die sie ihre Menschenwürde wahren können.“ (Margalit 2012, 240)

Eine permanent unsichere Arbeitsstelle sowie das Wissen, im Falle von Arbeitslosigkeit nicht einfach eine neue Stelle finden zu können, bedrohen diese ökonomische Staatsbürgerschaft und somit das Würdegefühl der Menschen.

Das trifft auch auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Gehalt/Lohn zu (Item 2). Beschäftigte, die der Meinung sind, dass sie gemessen an ihren Leistungen ein (viel) zu niedriges Gehalt bekommen, können sich aber nicht nur in ihrer ökonomischen Staatsbürgerschaft bedroht sehen. Durch den Maßstab der eigenen Leistung, schwingt in dieser Frage auch eine Anspruchslogik mit. Beschäftigte, die das Gefühl haben, nicht den ihnen zustehenden Lohn zu erhalten, können sich nicht ausreichend wertgeschätzt und daher als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt fühlen. Ebenso kann die Frage nach (fehlenden) Aufstiegsmöglichkeiten (Item 4) ein Nachweis für eine Zweiklassenbehandlung am Arbeitsplatz sein. Empirische Studien zeigen, dass sich Beschäftigte, deren individuelle Kompetenzen nicht gesehen und entsprechend gewürdigt werden, respektlos behandelt fühlen (vgl. Lucas 2015, 631f.). Fehlende Aufstiegsmöglichkeiten sowie das Gefühl nicht angemessen entlohnt zu werden, sind daher weitere Merkmale, die institutionelle Demütigungen, nämlich die Behandlung als „Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse“ erfassen.

Ein weiteres starkes Indiz für eine Ungleichbehandlung der Beschäftigten am Arbeitsplatz liefert zudem die Frage nach (fehlenden) Mitsprachemöglichkeiten (Item 1). Wenn nur wenige oder gar keine Beschäftigte eines Betriebs Mitsprachemöglichkeiten bei strategischen Fragen besitzen, dann kann, in Anlehnung an Margalits Beispiel des vorenthaltenen Wahlrechts gegenüber Migranten (vgl. Margalit 2012, 157), auch hier von einer Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse gesprochen werden. Studien belegen, dass Mitspracherechte im Betrieb, etwa über die Institution des Betriebsrats, eine wesentliche Voraussetzung für die Zufriedenheit der Arbeitnehmer sind. Das zeigt sich etwa anhand eines Vergleichs der freiwilligen Kündigungsquote in Betrieben mit und ohne Institutionen der Mitsprache. Diese Quote ist in mitsprachebasierten Unternehmen deutlich niedriger (vgl. Pfeifer 2007). Auf respektloses Verhalten des Arbeitgebers in Form von enthaltenen Mitsprachemöglichkeiten antworten viele Beschäftigte also mit einer Kündigung. Diese Option können allerdings höher Qualifizierte aufgrund besserer Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich selbstbewusster wählen als niedriger Qualifizierte eines Betriebs (ebd.), die der institutionellen Demütigung einer Behandlung als Arbeitnehmer zweiter Klasse hilfloser ausgesetzt sind.

Für die dritte von Margalit formulierte Demütigungsform eines „Ausschlusses aus der Menschengemeinschaft“ findet sich unter den hier aufgelisteten Items keine geeignete Operationalisierung. In dieser Studie können also nur zwei institutionelle Demütigungen in der Arbeit untersucht wer-

den. Die theoretische Zuordnung der Items zu den jeweiligen Konstrukten ist in Tabelle 5 abgebildet.

Tabelle 5: Operationalisierung "Institutionelle Demütigungen in der Arbeit"

Kontrollverlust	Behandlung als Bürger/Arbeitnehmer zweiter Klasse
Mein Arbeitsplatz ist sicher.	Meine Aufstiegsmöglichkeiten sind gut.
Im Falle von Arbeitslosigkeit würde es mir leicht fallen, eine neue Stelle zu finden.	Ich habe bei strategischen Fragen Mitsprachemöglichkeiten an meinem Arbeitsplatz
	Gemessen an meinen Leistungen, bin ich mit meinem Gehalt zufrieden.

Quelle: Eigene Darstellung

In Anlehnung an Margalits Unterscheidung zwischen Selbstachtung und Würde, wurde im vorherigen Kapitel argumentiert, dass der Kampf um Würde in der Arbeit sich darin äußert, wie sich Beschäftigte gegen die institutionellen Demütigungen in der Arbeit wehren. Es wurde dabei zwischen vier Strategien unterschieden: Solidarität/Gemeinschaftsgefühl, Produktionsstolz/Citizenship, Etablierung eines autonomen Kontrollsystems, Widerstand. Mit den vorhandenen Items können einige dieser Gegenwehrstrategien gut operationalisiert werden. Die Solidarität/das Gemeinschaftsgefühl am Arbeitsplatz kann etwa über die Frage nach Hilfe und Unterstützung von Kolleginnen (Item 7) beschrieben werden. Wie in der Auswertung der arbeitsethnographischen Studien Hodsons gesehen werden konnte, ist die Möglichkeit, sich im Falle von Konflikten und Problemen an Kollegen wenden zu können, ein klares Zeichen von Gemeinschaftsgefühlen und Solidarität am Arbeitsplatz (vgl. Hodson 2001, 47f). Auch für die Gegenwehrstrategie des „Produktionsstolzes/Citizenships“ lässt sich mit der Frage nach der Identifikation mit der Arbeitstätigkeit (Item 8) eine sehr passende Beschreibung finden. Für die Gegenwehrstrategie „Etablierung eines autonomen Kontrollsystems bei der Arbeit“ können die Frage nach der täglichen Selbstorganisation der Arbeit (Item 6) sowie die Frage, ob die Arbeit (sehr) abwechslungsreich ist (Item 9), als Nachweise der Existenz eines autonomen Kontrollsystems bei der Arbeit dienen. In Hodsons Beschreibung der Würdestrategie werden Beispiele von Arbeitern genannt, die ihre eigenen Arbeitsabläufe und Rituale etablieren, um sich Autonomie und Freiräume am Arbeitsplatz zu verschaffen. Dazu zählt Hodson die kreative Gestaltung des Arbeitsplatzes oder die bewusste Aneignung und Veränderung von Arbeitsabläufen, um diese effizienter zu machen (vgl. Hodson

2001, 73). Zwar können diese oftmals informellen Rituale und selbstorganisierten Arbeitsabläufe mit den im Datensatz vorhandenen Fragen nicht konkret erfasst werden. Doch es ist davon auszugehen, dass Beschäftigte, die erfolgreich eigene (autonome) Kontrollsysteme am Arbeitsplatz entwickeln, auch ihre tägliche Arbeit in einem höheren Grad selbst organisieren und folglich als abwechslungsreicher empfinden.

Für die Strategie des Widerstands lassen sich keine für eine Operationalisierung geeigneten Frage erkennen. Dies ist jedoch nicht überraschend. Hodson zählt zu den Widerstandsformen in der Arbeit u.a. Sabotageakte, das Verrichten eines Diensts nach Vorschrift, Streikaktionen oder auch offene Auseinandersetzung mit Vorgesetzten (vgl. ebd., 61). Wahrscheinlich würden Befragte, die diesen Widerstand bei der Arbeit ausüben, keine Angaben dazu in einer Telefonbefragung machen. Ebenso lassen sich stille Protestformen wie das ‚Dummstellen‘, das Lästern über Vorgesetzte oder innere Kündigungen kaum in einer Telefonbefragung ermitteln.

Tabelle 6 fasst diese theoretische Operationalisierung der Gegenwehrstrategien anhand der Fragen im Studiendesign zusammen.

Tabelle 6: Operationalisierung "Gegenwehrstrategien"

Solidarität / Gemeinschaftsgefühle am Arbeitsplatz	Produktionsstolz / Citizenship	Etablierung eines autonomen Kontrollsystems bei der Arbeit
Ich kann Hilfe und Unterstützung von meinen Kollegen bekommen, wenn ich sie brauche.	Ich identifiziere mich mit meiner Tätigkeit.	Ich kann an meinem Arbeitsplatz entscheiden, wie ich meine tägliche Arbeit organisiere.
		Meine Arbeit ist abwechslungsreich.

Quelle: Eigene Darstellung

Um zu erörtern, ob diese hier beschriebenen Items geeignet sind, institutionelle Demütigungen und Gegenwehrstrategien in der Arbeit empirisch zu messen, soll im Folgenden eine explorative Clusteranalyse durchgeführt werden. Das Ziel einer Clusteranalyse ist es,

„solche Untersuchungsobjekte zu Gruppen (Clustern) zusammenzufassen, die im Hinblick auf die betrachteten Eigenschaften oder Merkmale als möglichst homogen zu bezeichnen sind. Gleichzeitig sollen die Gruppen untereinander eine möglichst große Heterogenität aufweisen, d.h. möglichst unähnlich sein.“ (Backhaus u. a. 2018, 437)

In der vorliegenden Untersuchung sind die Untersuchungsobjekte alle erwerbstätigen Personen im Datensatz, wobei Selbständige nicht in die Analyse mitaufgenommen wurden, da ihnen nicht alle Fragen vorgelegt wurden und die Anzahl fehlender Werte in dieser Gruppe zu groß geworden wäre. Die Eigenschaften bzw. Merkmale, nach denen die Untersuchungsobjekte in Gruppen zusammengefasst werden sollen, sind die oben gelisteten arbeitsrelevanten Items.

Der Vorteil einer explorativen Clusteranalyse besteht in ihrer inhaltlichen Offenheit. Es werden vorab keine Angaben dazu gemacht, nach welchen Kriterien sich die Cluster bilden und wie viele Cluster es geben soll.⁶⁷ Die hier beschriebenen theoretischen Zusammenhänge der Items können durch diese explorative Vorgehensweise noch einmal genauer empirisch überprüft werden. Denn es ist vorab keineswegs klar, ob sich die Befragten tatsächlich nach der hier beschriebenen Trennung zwischen institutioneller Demütigung und Gegenwehrstrategien zu Clustern bilden.

6.2.1. Explorative Clusteranalyse

Die Clusteranalyse erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt werden über ein Single-Linkage-Verfahren sogenannte „Ausreißer“ identifiziert. Das sind Beobachtungen, die sich nicht in die Clusterbildung integrieren lassen und folglich in allen anschließenden Analyseschritten nicht mehr verwendet werden. Im zweiten Schritt werden über einen Fusionierungsalgorithmus (Ward-Verfahren) Gruppen gebildet, die möglichst homogen sind (vgl. Backhaus et al., 465). Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass die einzelnen Variablen unkorreliert sind und die Untersuchungsobjekte in etwa gleich große Gruppen geteilt werden (ebd., 470). Zusammen mit der Überprüfung weiterer statistischer Gütekriterien kann durch das Fusionierungsverfahren die optimale Clusteranzahl ermittelt werden. Diese Anzahl dient im dritten und letzten Schritt als Vorgabe für das partitionierende Clusterverfahren (K-Means-Verfahren), das die finale Clusterlösung

67 Da unter den theoretischen Annahmen die Herausbildung von maximal vier Clustern plausibel erscheint, soll jedoch ein Grenzwert (4 Cluster) für die Analyse festgelegt werden. Die optimale Clusteranzahl wird also zwischen einer Zwei- und einer Vier-Clusterlösung vermutet. In einer Vier-Clusterlösung würde es eine Gruppe „Mit Institutionellen Demütigungen, mit Gegenwehrstrategien“, eine Gruppe „Mit Institutionellen Demütigungen, ohne Gegenwehrstrategien“, eine Gruppe „Ohne institutionellen Demütigungen, mit Gegenwehrstrategien“ und eine Gruppe „Ohne institutionelle Demütigungen, ohne Gegenwehrstrategien“ geben.

präsentiert. Die einzelnen Analyseschritte werden im Folgenden detailliert dargestellt.

Identifikation der Ausreißer: Single-Linkage-Verfahren

Im ersten Schritt des Clusterverfahrens sollen mittels einer Ähnlichkeitsanalyse Ausreißer im Datensatz identifiziert werden. Im sogenannten Single-Linkage-Verfahren (auch „Nächstgelegener-Nachbar-Verfahren“ genannt) werden dazu diejenigen Objekte vereinigt, die unter Angabe eines festgelegten Distanzmaßes (für metrisch skalierte Items ist das vorgegebene Maß die Euklidische Distanz), die kleinste Distanz aufweisen, d.h. sich am ähnlichsten sind (vgl. Backhaus u.a. 2018, 461).

Das Single-Linkage-Verfahren geht hierarchisch von der kleinsten Partition aus, in der jede Beobachtung einen Cluster für sich darstellt und rechnet dann Schritt für Schritt bis zur größtmöglichen Lösung (ein Cluster mit allen Beobachtungen) die jeweiligen Distanzmaße für die Clusterbildung aus. Dieses Verfahren neigt zur Kettenbildung, das heißt, es wird in diesem Verfahren in der Regel ein sehr großes Cluster gebildet sowie wenige kleine Cluster, mit jeweils nur ein oder zwei Beobachtungen (vgl. Mooi, Sarstedt, und Mooi-Reci 2018, 32), die als Ausreißer identifiziert werden. Graphisch darstellen lässt sich dieser erste Rechenschritt des Clusterverfahrens in einem Dendrogramm (vgl. Abbildung 1).

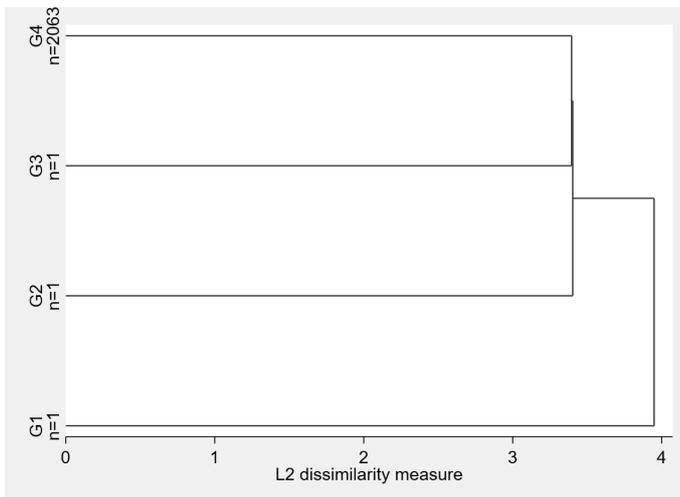


Abbildung 1: Dendrogramm Single-Linkage-Verfahren

Auf der x-Achse des Dendrogramms sind das Distanzmaß zu sehen, auf der y-Achse die Cluster G1-G4 inklusive ihrer nominalen Größe. Die vertikalen Linien des Dendrogramms zeigen nun an, unter welchem Distanzmaß die Cluster fusioniert wurden. Das Single-Linkage-Verfahren hat erwartungsgemäß eine große Gruppe (G4) mit 2063 Beobachtungen und drei kleine Cluster (G1-G3) mit jeweils nur einer Beobachtung ergeben. Diese drei Beobachtungen weisen die größte Distanz zu den Beobachtungen des Clusters G4 aus und müssen aus der weiteren Analyse gestrichen werden. Die weiteren Berechnungen des Clusterverfahrens stützen sich folglich auf das Cluster G4, mit der neuen Gesamtsumme N: 2063.

Bestimmung der Clusteranzahl: Ward-Linkage-Verfahren

Im zweiten Schritt des Clusterverfahrens wird nun unter Anwendung eines Fusionierungsalgorithmus nach möglichst homogenen Gruppen in dieser neuen Gesamtmenge gefragt. Dieser Analyseschritt dient dem Zweck herauszufinden, in wie viele Cluster der Datensatz zur Überprüfung der Forschungsthese am sinnvollsten aufgeteilt werden kann. Da in der vorliegenden Untersuchung nicht vorab entschieden wurde, wie viele Gruppen sich aus der Gesamtbeobachtung bilden sollen, sondern die Anzahl der Gruppen erst durch die Analyse ermittelt wird, wird das sogenannte Ward-Verfahren als Fusionierungsmethode angewendet.

Dabei handelt es sich um ein hierarchisch agglomeratives Clusterverfahren, in dem diejenigen Beobachtungen in eine Gruppe vereinigt werden, die ein vorgegebenes Heterogenitätsmaß am wenigsten vergrößern. In den einzelnen Berechnungsschritten werden aufeinander aufbauend die Beobachtungen zusammengeführt und ein Heterogenitätsmaß für jeden weiteren Fusionierungsschritt berechnet. Dabei wird genauso wie im Single-Linkage-Verfahren von der kleinstmöglichen Einheit (2063 Gruppen) bis zur größten Partition (ein Cluster mit 2063 Beobachtungen) hierarchisch vorgegangen. Das Ziel des Ward-Verfahrens ist nun,

„jeweils diejenigen Objekte (Gruppen) zu vereinigen, die die Streuung (Varianz) in einer Gruppe möglichst wenig erhöhen. Dadurch werden möglichst homogene Cluster gebildet. Als Heterogenitätsmaß wird das Varianzkriterium verwendet, das auch als Fehlerquadratsumme bezeichnet wird.“ (Backhaus et. al. 2018, 465)

Auch dieses Verfahren kann graphisch in einem Dendrogramm dargestellt werden (vgl. Abbildung 2).

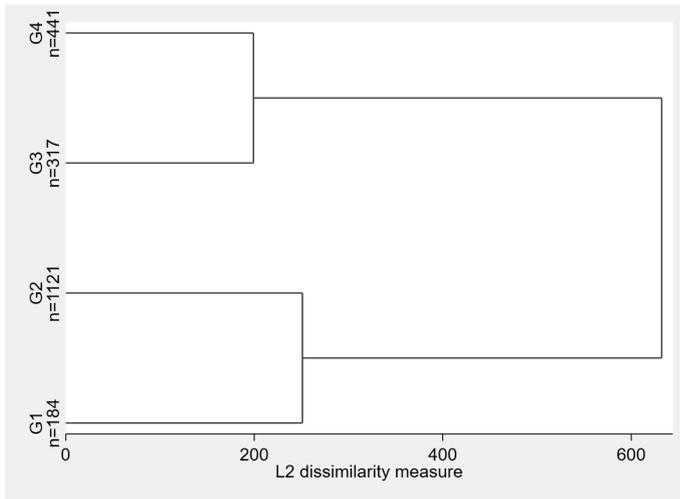


Abbildung 2: Dendrogramm Ward-Linkage-Verfahren

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Auch hier sind wieder auf der x-Achse die Ähnlichkeits- bzw. Distanzmaße sowie auf der Y-Achse die Cluster inklusive ihrer nominalen Größe zu sehen. Die vertikale Linie zeigt an, bei welchem Distanzmaß die Cluster miteinander fusioniert wurden. Bei der Betrachtung dieses Dendrogramms lassen sich bereits erste Erkenntnisse darüber gewinnen, wie viele Cluster sich als beste Einteilung des Datensatzes eignen. Das Dendrogramm suggeriert ziemlich eindeutig eine Aufteilung in zwei Cluster, G1+G2 und G3+G4.

Auch wenn Dendrogramme erste Hinweise für die finale Clusteranzahl geben können, weisen Mooi et. al. darauf hin, dass eine rein graphische Betrachtung nicht ausreicht, um die optimale Clusterlösung zu ermitteln (vgl. Mooi, Sarstedt, und Mooi-Reci 2018, 341). Um die endgültige Anzahl der Cluster zu bestimmen, sind daher weitere statistische Kriterien sowie eine Rückbindung an die Theorie zu berücksichtigen.

Weitere statistische Kennziffern zur Bestimmung der optimalen Clusteranzahl

Eine wichtige statistische Kennziffer zur Festlegung der optimalen Clusterlösung bietet der Duda-Hart-Index. Nach Mooi et. al. 2018 sollte eine optimale Clusterlösung folgende zwei Kriterien erfüllen: Der $Je(2)/Je(1)$ Index

sollte möglichst hoch und der pseudo-T-Wert sollte möglichst niedrig im direkten Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarwerten sein. In beiden Fällen ist es jedoch nicht notwendig, dass es jeweils die Maximal- bzw. Minimalangabe ist. Vielmehr ist das Größenverhältnis zwischen den benachbarten Tabellenspalten relevant (vgl. Mooi et. al. 2018, 343). Wie in Tabelle 7 sichtbar wird, ist unter Anwendung dieser Regel eine Drei-Clusterlösung die beste Wahl. Da hier der $Je(2)/Je(1)$ Index verhältnismäßig hoch (0.9012) und der pseudo T-Wert im direkten Vergleich zu den Nachbarwerten sehr niedrig ist (82.85).

Tabelle 7: Duda-Hart-Index

Anzahl der Cluster	$Je(2) / Je(1)$	Pseudo T-squared
1	0.85	341.69
2	0.92	102.81
3	0.90	82.85
4	0.91	107.02

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Diese durch den Duda-Hart-Index ermittelte Drei-Clusterlösung soll im Folgenden als Vorgabe für die Durchführung eines partitionierenden Clusterverfahrens dienen. Unter Rückbindung an die Theorie kann dann entschieden werden, ob diese Clusteranzahl auch plausibel ist.

Durchführung eines partitionierenden Clusterverfahrens

In der bisherigen Analyse ging es in erster Linie darum, zu ermitteln, in wie viele Cluster der vorhandene Datensatz hinsichtlich der Überprüfung der Forschungsthese unterteilt werden kann. Nachdem zunächst Ausreißer definiert und gestrichen worden sind, wurde mithilfe eines Fusionierungsalgorithmus sowie der Angabe des Duda-Hart-Index nach der bestmöglichen Clusterlösung gefragt. Diese wird in einer Drei-Clusterlösung vermutet. Nach Mooi et. al. 2018 eignet sich das bisherige angewendete agglomerative Clusterverfahren jedoch nicht dazu, weitere inhaltliche Analysen durchzuführen. Für einen Datensatz mit über 500 Beobachtungen schlagen sie stattdessen vor, die bis hierhin ermittelte optimale Anzahl auf ein partitionierendes Clusterverfahren (K-Means-Clusterverfahren) anzuwenden (vgl. Mooi, Sarstedt, und Mooi-Reci 2018, 333, Backhaus et. al. 2018, 459).

Im Gegensatz zum bisherigen hierarchisch agglomerativen Verfahren muss bei diesem Vorgehen die Clusteranzahl vorab festgelegt werden. Da

das hierarchische Verfahren eine Drei-Clusterlösung ergeben hat, soll dieser letzte Schritt des Clusterverfahrens folglich auf drei Gruppen ausgelegt sein.

Das K-Means-Clusterverfahren⁶⁸ unterscheidet sich vom hierarchisch agglomerativen Verfahren der Single-Linkage und Ward-Linkage-Analysen dadurch, dass es in der Clusterbildung zu einem Austauschverfahren der Beobachtungen zwischen den jeweiligen Clustern kommt. Durch die Festlegung einer Gruppenanzahl (hier drei Gruppen) wird vorab ein Varianzkriterium für alle Gruppen festgelegt. Die Beobachtungen werden nun den jeweiligen Gruppen zugeordnet, wobei untersucht wird, ob durch eine Verlagerung der Beobachtungen von einem zum anderen Cluster das Varianzkriterium vermindert werden kann. Diejenigen Beobachtungen, die zu einer maximalen Verringerung der Varianz eines Clusters führen, werden schließlich der entsprechenden Gruppe zugeordnet (vgl. Backhaus u.a. 2018, 458). In Abbildung 3 ist das Ergebnis dieses partitionierenden Clusterverfahrens abgebildet.

68 Ein möglicher Einwand gegen das K-Means Verfahren lautet, dass die Startpartition in diesem Verfahren zufällig gewählt ist. Das kann u.U. dazu führen, dass die Ergebnisse der Clusteranalyse nicht vergleichbar sind (vgl. Backhaus et. al. 2018, 459). Aus diesem Grund wurde das K-Means-Verfahren in dieser Untersuchung mehrfach durchgeführt. Das Ergebnis der Clusteranalyse ist dabei sowohl hinsichtlich der Clustergröße als auch der Eigenschaften der Cluster nahezu identisch. Das spricht für die Qualität der Analyse. Nichtsdestotrotz bleibt es ein exploratives Verfahren, vgl. auch die Anmerkungen im Anhang C.

6.2. Wer ist von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen?

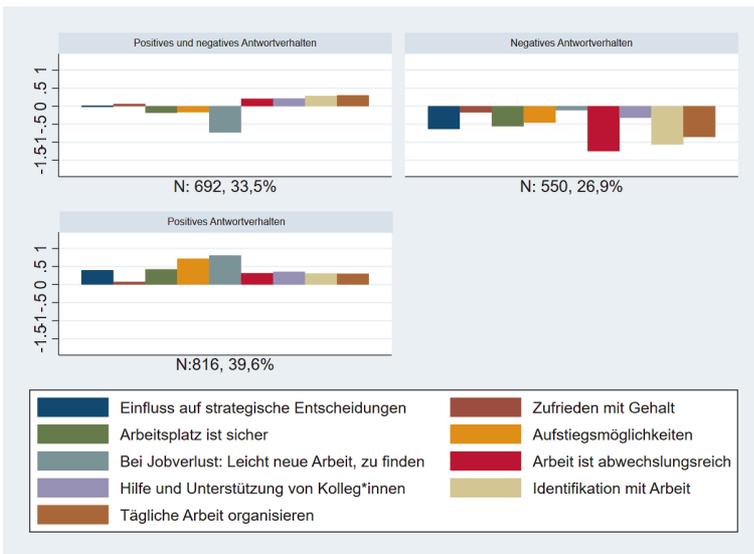


Abbildung 3: Drei-Clusterlösung

Zu sehen ist, nach welchen Merkmalen die jeweiligen Cluster gruppiert wurden. In dieser Abbildung ist gut zu erkennen, dass die drei Cluster sich inhaltlich der Beantwortung der Items klar voneinander unterscheiden. In der ersten Gruppe, oben links im Bild, gibt es sowohl negative als auch positive Antworten auf die Items. Daneben ist eine Gruppe zu sehen, in der alle Items negativ beantwortet worden sind. In der dritten Gruppe, unten links, wurden schließlich alle Fragen positiv beantwortet. Die Gruppen sind ungefähr gleich groß, die kleinste Gruppe hat 550 Beobachtungen, die größte Gruppe kommt auf 816 Beobachtungen.

Das Ergebnis dieser Clusteranalyse soll nun unter Rückgriff auf die eingangs skizzierten Überlegungen zur Messung institutioneller Demütigungen und Gegenwehrstrategien in der Arbeit beschrieben werden. Falls sich diese Beschreibung mit den theoretischen Vorüberlegungen deckt, können anschließend die Cluster im Hinblick auf ihre soziodemografischen sowie arbeitsrelevanten Merkmale untersucht werden.

6.2.2. Deskriptive Analyse der Cluster

Die oben abgebildete Darstellung des Ergebnisses der Clusteranalyse soll hier noch einmal detaillierter aufgegriffen werden, da sie sich für die empirische Überprüfung der Operationalisierung der zwei theoretischen Konstrukte „Institutionelle Demütigungen“ und „Gegenwehrstrategien“ anbietet. Betrachtet man zunächst das Cluster, in der alle Fragen positiv beantwortet worden sind, dann lässt sich mit Hinblick auf die theoretischen Vorüberlegungen feststellen, dass die Beschäftigten dieses Clusters keinen institutionellen Demütigungen in der Arbeit ausgesetzt sind, zugleich aber über Strategien verfügen, um sich gegen potentielle Demütigungen zu wehren (vgl. Abbildung 4).

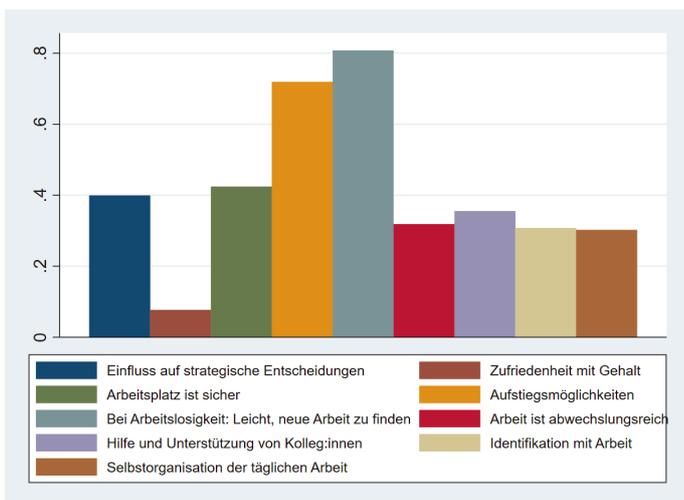


Abbildung 4: Cluster 1

Diese Gruppe leidet nicht unter der Demütigung des Kontrollverlusts, denn der Arbeitsplatz ist sicher und im Falle von Arbeitslosigkeit würde es den Beschäftigten in diesem Cluster leichtfallen, eine neue Stelle zu finden. Auch von der zweiten Demütigungsform, der Behandlung als Arbeitnehmer zweiter Klasse, sind die Personen in diesem Cluster nicht betroffen. Im Gegenteil, sie verfügen über Einfluss auf strategische Entscheidungen am Arbeitsplatz und haben gute Aufstiegsmöglichkeiten. Einzig die Zufriedenheit mit dem Gehalt ist schwächer ausgeprägt. Das liegt jedoch auch an der Formulierung dieses Items. Denn die Befragten gaben dabei an, ob sie der

Meinung sind, dass sie zu wenig, ausreichend oder zu viel Gehalt gemessen an ihren Leistungen bekommen. Wie zu sehen ist, gehen Beschäftigte in diesem ersten Cluster davon aus, dass sie insgesamt zufrieden mit ihrem Gehalt sind.

Schaut man sich anschließend die Items an, die zur Operationalisierung der Gegenwehrstrategien verwendet worden sind, dann fällt auch hier auf, dass die Beschäftigten in diesem Cluster über alle drei Strategien verfügen. Sie können sich in Problemfällen Unterstützung und Hilfe bei den Kolleginnen einholen, die Arbeit ist eher abwechslungsreich und sie können ihre tägliche Arbeit selbst organisieren. Auch die Jobidentifikation ist bei Beschäftigten dieses Clusters vorhanden. Mit Blick auf die Operationalisierung von institutioneller Demütigung und Kampf um Würde in der Arbeit kann also festgehalten werden, dass in diesem Cluster 1 Beschäftigte zusammengefasst wurden, die unter keinen institutionellen Demütigungen leiden, zugleich aber auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können, um sich gegen potentielle Bedrohungen zu wehren.

Der Blick auf das Cluster, in der sowohl positive als auch negative Antworten zu sehen sind, offenbart eine andere Situation (vgl. Abbildung 5).

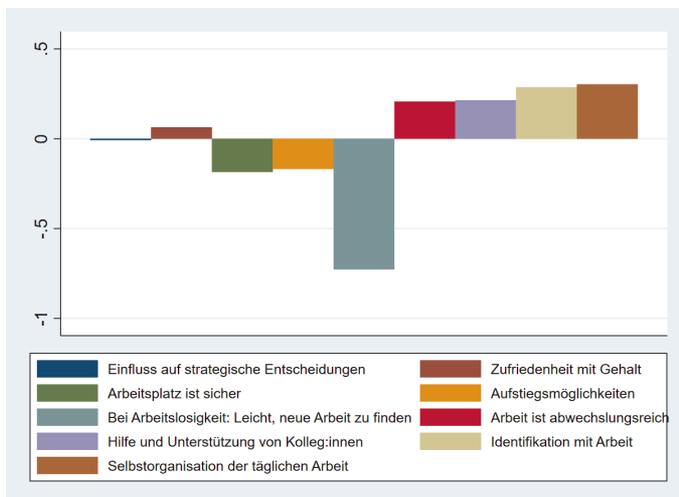


Abbildung 5: Cluster 2

In dieses Cluster sind Beschäftigte gruppiert, die vor allem unter der institutionellen Demütigung des Kontrollverlusts in der Arbeit leiden. Denn

die Beschäftigten dieses Clusters haben einen eher unsicheren Arbeitsplatz und können im Falle von Arbeitslosigkeit nur sehr schwer eine neue Arbeit finden. Dieses Item wurde in dieser Gruppe durchschnittlich sehr negativ beantwortet, was auch im Vergleich zu den anderen beiden Clustern auffällt. Auch die zweite Demütigungsform, die Behandlung als Arbeitnehmer zweiter Klasse, ist in diesem Cluster vorhanden, denn die Aufstiegsmöglichkeiten der Beschäftigten in dieser Gruppe sind eher schlecht. Auch die Möglichkeit, bei strategischen Fragen am Arbeitsplatz mitzuzusprechen, ist in dieser Gruppe eher nicht vorhanden. Alleine bei der Zufriedenheit mit dem Gehalt, gemessen an den eigenen Leistungen, zeigt sich eine leichte Zustimmung.

Anders gestaltet sich das Bild beim Blick auf die Gegenwehrstrategien. Diese sind alle positiv beantwortet worden. Die Beschäftigten in diesem Cluster leiden also unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit, vor allem unter dem Kontrollverlust, sie können aber auf Strategien wie die Unterstützung durch Kolleginnen, die tägliche Selbstorganisation der Arbeit sowie eine hohe Identifikation mit der Arbeit zurückgreifen, um sich gegen die institutionellen Demütigungen zu wehren.

Zuletzt soll das Cluster, in dem alle Fragen negativ beantwortet worden sind, betrachtet werden (vgl. Abbildung 6).

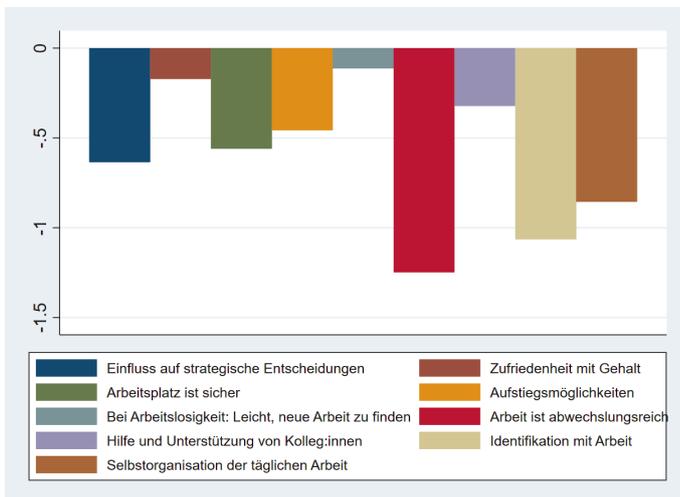


Abbildung 6: Cluster 3

Ähnlich wie im zweiten Cluster beschrieben, leiden diese Beschäftigten ebenfalls unter dem Kontrollverlust in der Arbeit: Der Arbeitsplatz ist für die Beschäftigten in diesem Cluster eher unsicher und auch im Falle von Arbeitslosigkeit ist es für sie eher schwer, eine neue Arbeit zu finden. Allerdings machen sie sich nicht ganz so starke Sorgen, im Falle einer Arbeitslosigkeit keinen neuen Job zu finden, wie die Beschäftigten aus Cluster 2. Dafür ist die Behandlung als Arbeitnehmer zweiter Klasse sehr stark ausgeprägt, da die Beschäftigten über keine Aufstiegsmöglichkeiten verfügen und keinen Einfluss auf strategische Entscheidungen haben. Im Gegensatz zu den anderen beiden Clustern sind diese Beschäftigten auch eher unzufrieden mit ihrem Gehalt.

Ein weiterer Unterschied zu den Merkmalen der anderen ist zudem, dass die Gegenwehrstrategien ebenfalls alle negativ beantwortet worden sind. Beschäftigte dieses Clusters haben demnach keine Möglichkeit, sich bei Problemen an Kolleginnen zu wenden oder die tägliche Arbeit selbst zu organisieren. Auch die Identifikation mit der Arbeit wird verneint und die Arbeit ist sehr monoton. In diesem Cluster sind also Beschäftigte zusammengefasst, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit, vor allem unter einer Behandlung als Arbeitnehmer zweiter Klasse, leiden und über keine Gegenwehrstrategien verfügen, um sich gegen diese Demütigungen zu wehren.

Insgesamt bestätigt diese detaillierte Beschreibung der Cluster die theoretischen Vorüberlegungen. Gerade in der Anordnung der positiv und negativ beantworteten Fragen hat sich gezeigt, dass die Items in der Clusteranalyse so zueinandergefunden haben wie es vorab theoretisch angenommen worden ist. Aufschlussreich ist dafür vor allem das Cluster 2, in dem es sowohl negative als auch positive Antworten auf die Fragen gab. Entscheidend für die Plausibilität der hier vorgestellten Drei-Clusterlösung sind die Ausprägungen der Items. Denn alle Items eines theoretischen Konstrukts weisen in die jeweils selbe Richtung. So wurden in Cluster 2 alle Items zur institutionellen Demütigung in der Arbeit tendenziell negativ beantwortet (das bedeutet, es gibt Demütigungen) und alle Items zu den Gegenwehrstrategien positiv. Die hier dargestellte Drei-Clusterlösung eignet sich unter Rückbindung an die theoretischen Vorannahmen zu weiteren empirischen Untersuchungen. In Tabelle 8 werden die Cluster noch einmal samt ihrer Nominalgröße und ihrer prozentualen Anteile aufgelistet (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Übersicht der Cluster

	Freq.	Prozent
Cluster 1: Keine institutionellen Demütigungen und Gegenwehrstrategien	816	39.6
Cluster 2: Institutionelle Demütigungen, aber Gegenwehrstrategien	692	33.5
Cluster 3: Institutionelle Demütigungen und keine Gegenwehrstrategien	555	26.6
Gesamt	2063	100

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Rund 40% der Befragten verfügen über (sehr) gute Arbeitsbedingungen. Sie sind keinen institutionellen Demütigungen in der Arbeit ausgeliefert und könnten sich im Falle von institutionellen Bedrohungen gegen diese durch Rückgriff auf Gegenwehrstrategien zur Wehr setzen. Eine zweite Gruppe von 34% der Beschäftigten sind zwar in ihrer Selbstachtung in der Arbeit durch institutionelle Demütigungen (vor allem durch drohenden Kontrollverlust) bedroht, können aber auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen. Die dritte Gruppe setzt sich schließlich aus rund 27% der Beschäftigten zusammen. In dieser Gruppe sind die Arbeitsbedingungen (sehr) schlecht. Die Beschäftigten dieses Clusters leiden unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit und können sich dagegen nicht wehren.

6.2.3. Die soziodemografischen Merkmale der drei Cluster

Beim genaueren Blick auf die Zusammensetzung der drei Cluster lässt sich nun eine erste Antwort auf die Frage formulieren, wer stärker von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen ist und um Würde in der Arbeit kämpfen muss (vgl. Tabelle 9). Im Fokus stehen zunächst die soziodemografischen Merkmale der drei Cluster. Aufgeführt werden hier alle Merkmale, die in den einzelnen Clustern) verhältnismäßig stark vertreten sind. Dazu werden die einzelnen Zellenwerte miteinander verglichen. Ein Beispiel: Im Durchschnitt verfügen ca. 30% über ein monatliches Äquivalenz-Netto-Haushaltseinkommen von 2000-3000€. In Cluster 1 liegt dieser Anteil bei 35%. Daher wird dieses Merkmal für Cluster 1 als verhältnismäßig überrepräsentiert in der Tabelle ausgewiesen.

Tabelle 9: Die soziodemografischen Merkmale der drei Cluster

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Monatliches Äquivalenz-Netto-Haushaltseinkommen	Obere Einkommensgruppen	Mittlere und untere Einkommensgruppen	Untere Einkommensgruppen
Geschlecht	k.A. ⁶⁹	k.A.	k.A.
Höchster Schulabschluss	Abitur	Realschule	Hauptschule
Alter	Unter 40 Jahre	50-60 Jahre	k.A.
Migration	(Nein)	k.A.	(Ja)
Ost / West Wohnort	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung⁷⁰

Cluster 1 setzt sich verhältnismäßig stark aus Erwerbstätigen zusammen, die Abitur als höchsten Schulabschluss angegeben haben. Beschäftigte, die über ein überdurchschnittliches monatliches Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen von 2000€ und mehr verfügen, sind in dieser Gruppe ebenfalls stark vertreten. Auffällig ist zudem, dass in dieser Gruppe verhältnismäßig viele Personen unter 40 Jahren sind. Beim Blick auf die Geschlechteraufteilung lässt sich dagegen keine starke Abweichung von der Gesamtverteilung feststellen. Mit einem Verhältnis von 48% männlich und 51% weiblich wird in dieser Gruppe die Gesamtverteilung abgebildet. Gleiches trifft auf die Frage des Wohnorts zu: 87% dieses Clusters haben ihren Wohnsitz in Westdeutschland, 13% in Ostdeutschland. Auch das entspricht der Gesamtverteilung. Auch in der Frage, ob ein Migrationshintergrund vorliegt, lässt sich in Cluster 1 keine starke Abweichung von der Gesamtverteilung erkennen.

Für Cluster 2 ist auffällig, dass die soziodemografischen Merkmale insgesamt ungefähr der Gesamtverteilung entsprechen. Die Abweichungen sind nur minimal. Mit Blick auf das monatliche Netto-Äquivalenz-Haushaltseinkommen ist allerdings festzustellen, dass in Cluster 2 überdurchschnittlich viele über weniger als 2000€ im Monat verfügen. Untere Einkommensklassen sind in diesem Cluster also überrepräsentiert. Migrationshintergrund sowie Ost/West-Wohnort sind in dieser Gruppe dagegen nicht auffällig

69 Keine Auffälligkeit im Vergleich zur Gesamtverteilung. Das bedeutet, dass die Aufteilung nach Geschlechtern in allen drei Clustern fast identisch mit der durchschnittlichen Geschlechteraufteilung ist.

70 Die prozentualen sowie absoluten Angaben werden in den Kreuztabellen im Anhang A detailliert aufgeführt.

ausgeprägt. Lediglich beim Blick auf den höchsten Schulabschluss und das Alter gibt es noch leichte Auffälligkeiten: Menschen mit Realschulabschluss sowie Erwerbstätige im Alter von 50-60 Jahren sind in diesem Cluster verhältnismäßig stark vertreten.

In Cluster 3 verfügt eine Mehrheit der Beschäftigten über ein monatliches Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen von weniger als 2000€. Das ist eine deutliche Überrepräsentation der unteren Einkommensgruppen. Auch in Hinblick auf die schulische Ausbildung ist zu erkennen, dass der Anteil derjenigen mit Hauptschulabschluss deutlich überrepräsentiert ist: Im Durchschnitt liegt dieser Anteil bei 19%, in Cluster 3 bei 26%. Weniger auffällig ist die Frage nach einer Migrationsgeschichte. Zwar befinden sich in Cluster 3 verhältnismäßig viele Beschäftigte mit Migrationsgeschichte, doch mit einem Anteil von 22% liegt dieser Wert nur knapp über der Gesamtverteilung von 19%. Für die Merkmale Geschlecht, Alter und Wohnort lassen sich keine auffälligen Ausprägungen in diesem Cluster feststellen.

Diese erste deskriptive Analyse der Cluster zeigt, dass identitätsspezifische Ungleichheitsfaktoren in der Frage nach institutioneller Demütigung und Kampf um Würde in der Arbeit nur eine untergeordnete Rolle spielen. Frauen und Männer, Beschäftigte mit und ohne Migrationsgeschichte sowie die unterschiedlichen Altersgruppen sind gleichermaßen von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen bzw. nicht betroffen. Anders gestaltet sich das jedoch mit Blick auf statusbezogene Ungleichheiten wie Bildung und Einkommen: Erwerbstätige mit niedrigen Bildungsabschlüssen sind in Cluster 3, also denjenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und über keine Gegenwehrstrategien verfügen, über- und in den anderen beiden Clustern unterrepräsentiert. Gleiches gilt für die unteren Einkommensgruppen, die ebenfalls stärker von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen sind. Das zeigt sich an ihrer Überrepräsentation in Cluster 2 und 3. Die oberen Einkommensklassen sind dagegen in Cluster 1 deutlich stärker vertreten.⁷¹

Dieses erste Ergebnis ist zur Beantwortung der Frage, wer besonders stark unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leidet und folglich um Würde in der Arbeit kämpfen muss, sehr aufschlussreich. Wie

71 Diese klare Aufteilung der Cluster entlang der Einkommensverteilung mag der Tatsache geschuldet sein, dass mit der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Gehalt (Item 2), eine Einkommensfrage bereits in die Clusterbildung mit eingeflossen ist. Allerdings wurde mit diesem Item nach der subjektiven Zufriedenheit mit dem Gehalt gefragt. Die objektiven Daten (Frage nach dem Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen) bestätigen die Selbsteinschätzungen der Befragten.

die Zusammensetzung der Cluster zeigt, sind Erwerbstätige mit niedrigen Bildungsabschlüssen und geringem Einkommen besonders stark von institutionellen Demütigungen in der Arbeit bedroht. Auffällig ist dabei die deutliche Unterscheidung der Cluster hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses: Während Beschäftigte mit Abitur verhältnismäßig stark in Cluster 1 vertreten sind, sind Beschäftigte mit Realschulabschluss in Cluster 2 leicht überrepräsentiert. Erwerbstätige dieser Gruppe sind zwar von institutionellen Demütigungen in der Arbeit bedroht, können sich dagegen aber durch die Gegenwehrstrategien zur Wehr setzen. Beschäftigte mit Hauptschule sind schließlich im dritten Cluster überdurchschnittlich stark vertreten. Diese Gruppe ist von institutionellen Demütigungen in der Arbeit bedroht, gleichzeitig stehen dieser Gruppe die ausgemachten Gegenwehrstrategien in der Arbeit nicht zur Verfügung. Um diesem Zusammenhang zwischen (Aus-)Bildungsgrad und institutioneller Demütigung in der Arbeit noch weiter nachzugehen, ist es sinnvoll, nicht nur soziodemografische Merkmale, sondern auch arbeitsrelevante Merkmale zu betrachten.

6.2.4. Die arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster

Tabelle 10: Die arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Betriebsgröße	(20-200)	k.A.	(200-500)
Betriebsrat	k.A.	Ja	Nein
Gewerkschaftsmitglied	Nein	k.A.	Ja
Branche	Gesundheits- und Sozialwesen	(Öffentlicher Dienst)	Produzierendes Gewerbe, Sonstige Dienstleistungen
Tarifvertrag	k.A.	k.A.	k.A.
Leiharbeit/Zeitarbeit	k.A.	k.A.	(Ja)
Befristeter Vertrag	(Nein)	k.A.	(Ja)

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung⁷²

In der Betrachtung der auffälligen arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster wird wieder deutlich, dass es bei Cluster 2 keine großen Merkmalsabweichungen im Vergleich zur Gesamtverteilung gibt (vgl. Tabelle 10). Der Anteil an Beschäftigten mit Tarifvertrag, der Anteil an Leih-/Zeitarbeiterin-

72 Für die genaue Angabe der absoluten und prozentualen Verteilung vgl. Anhang B.

nen sowie an Erwerbstätigen mit befristeten Verträgen und der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern ist in diesem Cluster normal verteilt. Auch bei der Betriebsgröße sowie der Branchenzugehörigkeit lassen sich in Cluster 2 keine eindeutigen Unterschiede zur Gesamtverteilung feststellen. Auffällig ist jedoch, dass die Beschäftigten dieses Clusters tendenziell stärker von einem Betriebsrat vertreten werden. Im Durchschnitt stimmten 61% der Aussage zu, dass es in ihrem Betrieb einen Betriebsrat gibt. Dieser Anteil liegt in Cluster 2 bei 66%. Dieses (leicht) stärker ausgeprägte Merkmal verdeutlicht erneut die Plausibilität der Clusteranalyse, da in Cluster 2 diejenigen Beschäftigten zusammengefasst worden sind, die in ihrer Arbeit zwar institutionelle Demütigungserfahrungen machen müssen, aber auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können. Die leichte Überrepräsentation an Betrieben mit Betriebsräten in Cluster 2 weist darauf hin, dass der Existenz eines Betriebsrats für die Verteidigung der Würde in der Arbeit eine wichtige Rolle zukommt.

Auch in Cluster 1 entspricht die prozentuale Verteilung der Merkmalsausprägungen Betriebsgröße, Betriebsrat, Tarifvertrag sowie der Anteil an Leih- und Zeitarbeiterinnen und Beschäftigten mit befristeten Verträgen im Großen und Ganzen der Gesamtverteilung. Deutliche Abweichungen lassen sich aber bei der Branchenzugehörigkeit sowie dem Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern erkennen. In Cluster 1 arbeiten überdurchschnittlich viele Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen (22%), dieser Anteil liegt im Gesamtdurchschnitt bei 16%. Die Frage nach einer Gewerkschaftsmitgliedschaft wird in diesem Cluster verhältnismäßig oft verneint. In Cluster 1 geben nur 14% an, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Der Durchschnittswert liegt bei 18%. Dieser niedrige Wert unterstützt ebenfalls noch einmal das Ergebnis der Clusteranalyse. Mit Cluster 1 wurden Beschäftigte zusammengefasst, die unter keinen institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden. Die niedrige Quote an Gewerkschaftsmitgliedern in diesem Cluster kann für diese guten Arbeitsbedingungen sprechen. Andererseits könnte sie auch als Hinweis für ein mangelndes Konflikt- und Solidaritätsbewusstsein der Beschäftigten dieses Clusters interpretiert werden.

Im starken Kontrast dazu, ist der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern in Cluster 3 deutlich am höchsten. 23% dieses Clusters gaben an, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Gleichzeitig können sich jedoch die Erwerbstätigen dieses Clusters deutlich seltener an einen Betriebsrat wenden. Nur 56% dieses Clusters verfügen in ihrem Betrieb über einen Betriebsrat. Das ist wiederum mit Abstand der niedrigste Anteil im Vergleich zu den anderen Clustern sowie der Gesamtverteilung. Eine weitere arbeitsrelevan-

te Auffälligkeit für das Cluster 3 ist die Branchenzugehörigkeit. So ist der Anteil derer, die im produzierenden Gewerbe arbeiten in diesem Cluster mit 16% verhältnismäßig stark ausgeprägt, der Durchschnittswert liegt bei 12%. Zum Vergleich: Im ersten Cluster arbeiten nur 9% im produzierendem Gewerbe. Auch die Branchenangabe „Sonstige Dienstleistungen“ wurde in diesem Cluster häufiger angegeben als in den anderen Clustern. Die Merkmale „Betriebsgröße“ und „Tarifvertrag“ sind in diesem Cluster nicht auffällig ausgeprägt. Der Anteil an Leih- und Zeitarbeitern sowie Beschäftigten mit einer Befristung ist in diesem Cluster leicht überrepräsentiert.

Der Blick auf die arbeitsrelevanten Merkmale der Cluster verdeutlicht, dass die Existenz eines Betriebsrats sowie die Frage nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft wichtige Differenzmerkmale zwischen den Clustern darstellen. Dabei ist auffällig, dass die Frage nach einem Betriebsrat gerade in Cluster 2 am stärksten bejaht worden ist. Beschäftigte in Cluster 3 arbeiten dagegen deutlich seltener in einem Betrieb mit Betriebsrat. Dafür ist diese Gruppe am stärksten gewerkschaftlich organisiert. Die verhältnismäßig starke gewerkschaftliche Organisation dieses Clusters kann als eine zusätzliche Widerstandsstrategie der Beschäftigten gegen institutionelle Demütigungen angesehen werden. Auch wenn die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft allein nicht vor institutionellen Demütigungserfahrungen in der Arbeit schützt, kann sie als Nachweis eines Konflikt- und Solidaritätsbewusstseins im Kampf um würdevolle Arbeit verstanden werden.

Auch in der Branchenzugehörigkeit lassen sich Unterschiede zwischen den Clustern erkennen. Während Erwerbstätige ohne institutionelle Demütigungen deutlich stärker im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt sind, arbeiten viele mit institutionellen Demütigungserfahrungen im produzierenden Gewerbe. Auch Erwerbstätige, die in Bereichen arbeiten, welche sich nicht mit den herkömmlichen Branchenlabels fassen lassen („Sonstige Dienstleistungen“), sind besonders stark mit institutionellen Demütigungen in der Arbeit konfrontiert und können seltener auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen.

6.2.5. Vergleich der Cluster mit Erwerbsklassenmodellen

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, welche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede sich in der Zusammensetzung der Cluster und den Erwerbsklassenmodellen erkennen lassen, die in Kapitel 4.1. diskutiert worden sind. Der Vergleich der soziodemografischen Merkmale der Cluster hat gezeigt, dass die Cluster entlang der Bildungsabschlüsse strukturiert sind. Dies

kann als eine Bestätigung der Forschungsthese verstanden werden, dass die arbeitenden Klassen stärker unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und um Würde in der Arbeit kämpfen. Durch den Vergleich der Zusammensetzung der Cluster mit den Erwerbsklassenmodellen, kann diese These noch genauer überprüft werden.

Die in Kapitel 4.1. diskutierten Erwerbsklassenmodelle nach Goldthorpe, Wright und Oesch lassen sich alle anhand der internationalen Codierung der Berufe, den sogenannten ISCO-Codes, operationalisieren. In dieser Codierung wird jeder Berufsbezeichnung ein vierstelliger Code zugewiesen. Durch diesen Code können die Berufe nach der benötigten Qualifizierung zur Ausübung des Berufs unterschieden und in Erwerbsklassen zusammengefasst werden (vgl. Bernhard, Matthes, und Ebner 2020, 47).

Voraussetzung für eine solche Berufscodierung ist, dass die Berufsbezeichnung in einer Umfrage offen erhoben wird. In dem vorliegenden Datensatz konnte die Berufsbezeichnung über folgende drei Items ermittelt werden:

- „Was ist die genaue Bezeichnung Ihres Hauptberufs?“
- „Welche Tätigkeiten üben Sie überwiegend in Ihrem Hauptberuf aus?“
- „Welche Ausbildungen oder Qualifikationen sind für Ihren Hauptberuf nötig?“

Für 80% der Befragten konnte anhand des Gesamtverzeichnisses der Berufe der Bundesagentur für Arbeit (Stand: 18.08.2020) manuell ein fünfstelliger KldB-Code zugewiesen werden. Die Umwandlung zu den vierstelligen ISCO-Codes erfolgte anschließend unter Anwendung des Umsteigeschlüssels der Bundesagentur für Arbeit.⁷³ Wenn die Berufsbezeichnung fehlte oder nicht eindeutig einem Code zugewiesen werden konnte, wurden die zwei anderen Fragen zur Berufsbezeichnung sowie weitere Angaben zur Ermittlung des ISCO-Codes miteinbezogen.⁷⁴

Für die Operationalisierung der Erwerbsklassenmodelle ist die letzte Ziffer des ISCO-Codes entscheidend. Denn mit dieser Ziffer wird die für die Tätigkeit notwendige Qualifizierung beschrieben. Um das Klassenmodell nach Wright zu bestimmen, sind neben der Berufsbezeichnung eine Reihe weiterer Items notwendig, um zwischen Manager, Supervisor und

73 Vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Klassifikationen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010-Fassung2020/Arbeitsmittel/Umschluesseleungstabellen.html> [zuletzt abgerufen am 28.08.2023].

74 Für eine detaillierte Darstellung der Vorgehensweise der ISCO-Codierung vgl. TNS Infratest Sozialforschung 2012.

Experten unterscheiden zu können. Diese Differenzierung konnte anhand fehlender Informationen nicht eins zu eins abgebildet werden. Die Operationalisierung der Erwerbsklassen muss sich daher auf die hierarchische Rangordnung entlang des Qualifizierungsgrads fokussieren.

Unter Verwendung der ISCO-Codes und durch die Ermittlung der Berufsklassen lassen sich die erwerbstätigen Personen aus dem Datensatz in folgende vier Klassen unterteilen:

- 22% der Beschäftigten arbeiten in *high-skilled* Tätigkeiten als Professionelle
- 24% der Beschäftigten arbeiten in (*high-*)*skilled* Tätigkeiten
- 41% arbeiten in sogenannten Ausbildungsberufen, was den (*semi-*)*skilled* Tätigkeiten entspricht
- 13% arbeiten in *low-skilled* Tätigkeiten als An- oder Ungelernte

Betrachtet man die Zusammensetzung der Cluster nach diesen genannten Erwerbsklassen, dann bestätigt sich der bereits gewonnene Eindruck eine Aufteilung der Cluster entlang der (beruflichen) Ausbildung (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Zusammensetzung der Cluster nach Erwerbsklassen

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Gesamt
Professionelle	25%	17%	14%	22%
Semi-Professionelle	34%	27%	22%	24%
Lehrberufe	33%	41%	38%	41%
An- und Ungelernte	8%	15%	26%	13%
Gesamt	100%	100%	100%	100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, N: 2777, eigene Berechnung

In Cluster 1 sind überdurchschnittlich viele Beschäftigte, die in *high-skilled* Tätigkeiten als Professionelle oder Semi-Professionelle arbeiten. Lehrberufe sowie An- und Ungelernte sind dagegen in diesem Cluster (deutlich) unterrepräsentiert. In Cluster 2 liegt annähernd eine Normalverteilung vor. Wobei Lehrberufe hier die stärkste Fraktion ausmachen und Professionelle leicht unterrepräsentiert sind. In Cluster 3 sind An- und Ungelernte deutlich überrepräsentiert, während Professionelle stark unterdurchschnittlich in diesem Cluster vertreten sind.

Diese Aufteilung bestätigt sich, wenn man die Zusammensetzung der Cluster noch einmal detaillierter mit Oesch's Erwerbsklassenmodell ver-

gleicht.⁷⁵ In der folgenden Abbildung wird noch einmal sein Erwerbsklassenmodell dargestellt (vgl. Tabelle 12). Diesmal allerdings ohne die selbständige Arbeitslogik, da Selbständige aus der Clusteranalyse ausgeschlossen wurden. Wie in Kapitel 4.1. bereits gezeigt, fasst Oesch die hierarchisch unterschiedlichen Qualifizierungsränge in drei übergeordnete Arbeitslogiken zusammen. In seinem Erwerbsklassenmodell ist die horizontale Konfliktlinie, also die Unterscheidung zwischen den Arbeitslogiken, die entscheidendere Trennlinie.

Tabelle 12: Oesch's Erwerbsklassenmodell (ohne selbständige Arbeitslogik)

	Technische Arbeitslogik	Organisatorische Arbeitslogik	Zwischenmenschliche Arbeitslogik
Technische Experten	X		
Technische Semi-Professionelle	X		
Facharbeiter	X		
An- und Ungelernte Arbeiter	X		
Höheres Management		X	
Unteres Management		X	
Höhere Angestellte		X	
Einfache Angestellte		X	
Soziokulturelle Experten			X
Soziokulturelle Semi-Professionelle			X
Dienstleistungsarbeiter			X
An- und Ungelernte			X

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Oesch 2006b

75 Zur Berechnung des Erwerbsklassenmodells von Oesch habe ich mich an den vom Autor zur Verfügung gestellten Syntaxen orientiert, vgl. <https://people.unil.ch/danieloesch/scripts/> [zuletzt abgerufen am 28.08.2023].

6.2. Wer ist von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen?

Vergleicht man diese Zuordnung der Qualifizierungsränge zu den jeweiligen Arbeitslogiken mit einer entsprechenden Zuordnung zu den drei Clustern, dann ergibt sich ein anderes Bild (vgl. Tabelle 13). Die von Oesch unter den Arbeitslogiken zusammengefassten Tätigkeiten, sind hinsichtlich der Frage nach institutioneller Demütigung und Kampf um Würde in der Arbeit unterschiedlich stark angeordnet.

Tabelle 13: Arbeitslogiken und Cluster

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Gesamt
Technische Arbeitslogik				
Technische Experten	<u>59%</u>	23%	18%	100%
Technische Semi-Professionelle	31%	<u>49%</u>	20%	100%
Facharbeiter	<u>37%</u>	31%	32%	100%
An- und ungelernte Arbeiter	17%	28%	<u>55%</u>	100%
Organisatorische Arbeitslogik				
Höheres Management	<u>43%</u>	33%	24%	100%
Unteres Management	<u>44%</u>	34%	22%	100%
Höhere Angestellte	33%	<u>36%</u>	31%	100%
Einfache Angestellte	<u>36%</u>	29%	<u>36%</u>	100%
Zwischenmenschliche Arbeitslogik				
Soziokulturelle Experten	<u>49%</u>	29%	22%	100%
Soziokulturelle Semi-Professionelle	<u>57%</u>	20%	23%	100%
Dienstleistungsarbeiter	33%	<u>45%</u>	23%	100%
An und ungelernnte Dienstleistungsarbeiter	17%	<u>40%</u>	<u>42%</u>	100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, N: 2032, eigene Berechnung

Auch in dieser detaillierteren Betrachtungsweise wird die vertikale Differenz zwischen den drei Clustern sichtbar. Die von Oesch jeweils unter einer Arbeitslogik zusammengefassten beruflichen Qualifizierungsgrade unterscheiden sich hinsichtlich der Frage nach institutionellen Demütigungen und Gegenwehrstrategien in der Arbeit sehr stark voneinander. Das wird zum Beispiel mit Blick auf die technische Arbeitslogik (technische Expert*in, technische Semi-Professionelle, Facharbeiter sowie an- und ungelernnte Arbeiter in der Produktion) sehr gut sichtbar. Während technische Experten und technische Semi-Professionelle überwiegend zu Cluster 1 oder 2 gehören, findet sich über die Hälfte der an- und ungelernnten Arbeiter in der Produktion in Cluster 3 wieder. Facharbeiter teilen sich hingegen ungefähr

gleich zwischen den Clustern auf, wobei ein leichtes Übergewicht in der Zuordnung zu Cluster 1 erkennbar ist.

Auch in der organisatorischen Arbeitslogik (höheres und unteres Management, höhere und einfache Angestellte) lässt sich erkennen, dass vor allem die Managementberufe tendenziell stärker in Cluster 1 vertreten sind. Die Aufteilung der höheren und unteren Angestellten ist hingegen fast gleichmäßig zwischen den drei Clustern verteilt. In den Tätigkeiten der zwischenmenschlichen Arbeitslogik (soziokulturelle Experten und Semi-Professionelle, Dienstleistungsarbeiter und an- und ungelernte Dienstleistungsarbeiter) lässt sich erneut eine deutliche Unterscheidung entlang der Qualifizierung erkennen. Die höher qualifizierten Tätigkeiten werden stärker durch Cluster 1 repräsentiert. Ausgebildete Dienstleistungsarbeiter sind dagegen tendenziell stärker in Cluster 2, an- und ungelernte Dienstleistungsarbeiter in Cluster 2 oder in Cluster 3 vertreten.

Dieser Vergleich mit Oeschs Erwerbsklassenmodell verdeutlicht, dass die theoretischen Grundlagen der Klassenzuordnung Goldthorpes und Wrights für eine Betrachtung von institutioneller Demütigung und dem Kampf um die Würde in der Arbeit wegweisender sind. Denn die vertikalen Unterschiede zwischen den drei Clustern entlang des Bildungsgrads sowie der beruflichen Qualifizierung sind auch für die Klassenkonzeptionen Goldthorpes und Wrights ausschlaggebend. In Wrights Modell bilden die an- und ungelerten Arbeiter in Produktion und in den Dienstleistungssegmenten den Kern der arbeitenden Klassen (vgl. Leiulfstrud, Bison, Jensberg 2005,10). Wie die deskriptiven Analysen in diesem Kapitel gezeigt haben, leiden diese Klassen auch besonders stark unter institutionellen Demütigungen, da sie seltener über Gegenwehrstrategien verfügen. Der privilegierte Teil der arbeitenden Klassen, etwa technische Semi-Professionelle oder ausgebildete Dienstleistungsarbeiter, ist zwar ebenfalls verhältnismäßig stark von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen, kann sich aber dagegen wehren. Diejenigen, die wie Manager oder soziokulturelle Experten, in *high-skilled* Tätigkeiten arbeiten, sehen sich am wenigsten mit institutionellen Demütigungen in der Arbeit konfrontiert. Nach Wright müssen diese Beschäftigten aufgrund ihrer „*skill rent*“ tendenziell der ausbeutenden Klasse zugerechnet werden (vgl. Wright 2000, 18).

Für Oeschs horizontale Einteilung der Klassen war die Beobachtung ausschlaggebend, dass die jeweiligen Arbeitslogiken ungeachtet der beruflichen Qualifizierung unterschiedliche politische Präferenzen und Wahlabsichten zeigen. Inwieweit sich diese Differenzen aus unterschiedlichen Erfahrungen mit institutioneller Demütigung und Kämpfen um Würde in der

Arbeit ableiten, wird nach einer kurzen Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse im nächsten Kapitelabschnitt untersucht.

6.2.6. Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse

Um die Forschungsthese dieser Arbeit zu überprüfen, dass die arbeitenden Klassen stärker von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen sind und um Würde in der Arbeit kämpfen müssen, wurde in diesem Kapitel ein exploratives Clusterverfahren durchgeführt. Ziel dieses Verfahrens war es, die Erwerbstätigen im Datensatz entlang ihrer ungleichen Erfahrungen mit institutionellen Bedrohungen und Gegenwehrstrategien in der Arbeit in Gruppen (Cluster) einzuteilen. Ergebnis dieses Verfahrens war eine Einteilung in drei Cluster. Unter Rückgriff auf die theoretischen Vorüberlegungen, wurden die soziodemografischen und arbeitsrelevanten Merkmale der drei Cluster beschrieben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden im Folgenden anhand einer kurzen Beschreibung der zentralen Charakteristika der drei Cluster noch einmal zusammengefasst.

Cluster 1: Keine institutionellen Demütigungen und Gegenwehrstrategien

In Cluster 1 wurden Erwerbstätige zusammengefasst, die nicht unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden. Beschäftigte in diesem Cluster verfügen über einen sicheren Arbeitsplatz und selbst im Falle einer Arbeitslosigkeit würde es diesen Beschäftigten leicht fallen, eine neue Stelle zu finden. Am Arbeitsplatz haben sie Mitsprache bei strategischen Entscheidungen und sie sind tendenziell eher zufrieden mit ihrem Gehalt. Auch die Gegenwehrstrategien sind in dieser Gruppe vorhanden. Da es für die Beschäftigten in diesem Cluster jedoch keine institutionellen Bedrohungen in der Arbeit gibt, sind diese Strategien insgesamt schwächer ausgeprägt.

Charakteristische soziodemografische Merkmale dieses Clusters sind der hohe Anteil an Beschäftigten mit Abitur sowie an Erwerbstätigen, die in *high-skilled* Tätigkeiten arbeiten. Das monatliche Äquivalenz-Netto-Haushaltseinkommen liegt in diesem Cluster deutlich über dem Durchschnittseinkommen. Beschäftigte, die im Sozial- und Gesundheitswesen arbeiten, sind in Cluster 1 überrepräsentiert. Gewerkschaftsmitglieder sind in diesem Cluster nur sehr schwach vertreten.

Cluster 2: Institutionelle Demütigungen, aber Gegenwehrstrategien

In Cluster 2 wurden die Beschäftigten zusammengefasst, die zwar unter institutionellen Demütigungserfahrungen in der Arbeit leiden, aber auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können. Vor allem der Kontrollverlust stellt für die Beschäftigten dieses Clusters eine Bedrohung dar. Das zeigt sich in der in diesem Cluster stark ausgeprägten Angst, im Falle einer Arbeitslosigkeit keinen neuen Job zu finden. Auch Aufstiegsmöglichkeiten sind für die Beschäftigten dieses Clusters eher nicht vorhanden und ihr Arbeitsplatz wird insgesamt eher als unsicher empfunden. Ebenso stellt die Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse am Arbeitsplatz eine institutionelle Bedrohung für diese Beschäftigten dar. So sind Mitsprachemöglichkeiten bei strategischen Fragen am Arbeitsplatz kaum vorhanden und die Zufriedenheit mit dem Gehalt ist nur schwach ausgeprägt. Allerdings können die Beschäftigten dieses Clusters auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen, etwa indem sie sich bei Problemfällen an Kollegen wenden. Zudem wird die Arbeit tendenziell als abwechslungsreich empfunden und auch die Identifikation mit der Arbeit sowie die Möglichkeit, die tägliche Arbeit selbst zu organisieren, sind vorhanden.

Angehörige dieses Clusters entsprechen mit Blick auf soziodemografische und arbeitsrelevante Merkmale im Großen und Ganzen der Gesamtverteilung. Größte Gruppe sind dabei Berufstätige mit Realschulabschlüssen sowie mittleren Einkommen und Ausbildungsberufen. Der deutlichste Unterschied besteht allerdings in der Frage nach einem Betriebsrat. Diese Frage wurde in diesem Cluster stärker bejaht und macht einen wichtigen Unterschied im Vergleich zu den anderen beiden Clustern aus.

Cluster 3: Institutionelle Demütigungen und keine Gegenwehrstrategien

In Cluster 3 sind schließlich diejenigen Beschäftigten zusammengefasst, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und keine Gegenwehrstrategien bei der Arbeit besitzen. Die Mitglieder dieses Clusters leiden unter Kontrollverlust und besonders drastisch unter einer Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse in der Arbeit. Ihr Arbeitsplatz ist unsicher und es würde ihnen im Falle von Arbeitslosigkeit schwer fallen, eine neue Stelle zu finden. Besonders negativ wurde in diesem Cluster zudem die Frage nach strategischen Mitbestimmungsmöglichkeiten beantwortet. Die Tatsache, dass die Arbeit sehr monoton ist, erschwert die Arbeitsbedingungen zusätzlich. Auch andere Gegenwehrstrategien, wie etwa die Kollegialität am Arbeitsplatz oder die Möglichkeit, die eigene Arbeit eigenständig zu organisieren, sind für diese Beschäftigten nicht vorhanden.

Auch die Identifikation mit der eigenen Arbeit wird in diesem Cluster deutlich verneint.

In diesem Cluster sind Beschäftigte mit niedriger Schulbildung sowie *low-skilled* Arbeiterinnen überrepräsentiert. Sie sind im Vergleich zu den anderen Clustern deutlich stärker in Gewerkschaften organisiert und arbeiten stärker im produzierendem Gewerbe. Im Vergleich zu den beiden anderen Clustern arbeiten sie am seltensten in Betrieben mit einem Betriebsrat. Im Anschluss an die Diskussion über Klassenkonzeptionen und aktuelle Polarisierungstendenzen kann festgehalten werden, dass Cluster 3 am stärksten die arbeitenden Klassen repräsentiert.

Insgesamt hat sich in den deskriptiven Analysen gezeigt, dass institutionelle Demütigungen und das Vorhandensein von Gegenwehrstrategien in der Arbeit entlang von bildungsspezifischen Ungleichheiten sowie einer Polarisierung des Arbeitsmarkts zwischen *high-*, *semi-* und *low-skilled* Tätigkeiten verteilt sind. Etwas zugespitzt ausgedrückt entspricht die Einteilung der Cluster einer Klassenaufteilung in eine Oberklasse, Mittelklasse und arbeitende Klasse.⁷⁶ Damit kann die Forschungsthese bestätigt werden, dass die arbeitenden Klassen stärker von institutionellen Demütigungen in der Arbeit betroffen sind und um Würde in der Arbeit kämpfen müssen. Ob es nun einen Zusammenhang zwischen dem Kampf um Würde in der Arbeit und der Wahl einer rechtspopulistischen Partei gibt, soll im zweiten Teil dieser empirischen Untersuchung überprüft werden.

6.3. Kampf um Würde in der Arbeit und AfD-Wahl

In den vorangestellten deskriptiven Analysen konnte herausgestellt werden, dass die arbeitenden Klassen stärker unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und um Würde in der Arbeit kämpfen müssen. Nun soll der zweite Teil der Forschungsthese untersucht werden, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Kampf um Würde in der Arbeit und der Wahl der AfD gibt.

76 Diese zugespitzte Aufteilung gilt nur im Bezug auf die Berufsklassen und ihre Arbeitssituationen. Selbständige (z.B. Unternehmer) sind aus der Untersuchung ausgeschlossen und Eigentums- sowie Vermögensverhältnisse können hier nicht berücksichtigt werden. Zudem finden sich in allen Clustern auch „Angehörige“ der jeweils oberen oder unteren Einkommens- und Bildungsklassen. Der Fokus liegt hier auf charakteristischen Merkmalen, Abweichungen und Unterschieden zwischen den Clustern.

Die theoretischen Vorüberlegungen sowie die ersten empirischen Ergebnisse suggerieren, dass von den dargestellten drei Clustern insbesondere Cluster 2 und 3 eine höhere Tendenz aufweisen, die AfD zu wählen. Denn die Beschäftigten dieser Cluster sehen sich stärker durch institutionelle Demütigungen in der Arbeit bedroht und müssen folglich um Würde in der Arbeit kämpfen. Ob dieser Zusammenhang besteht, wird zunächst deskriptiv untersucht, bevor im Anschluss daran weiterführende statistische Untersuchungen angestellt werden.

6.3.1. Deskriptive Untersuchung des Wahlverhaltens der drei Cluster

Im Datensatz wurden die Teilnehmer gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn zum Zeitpunkt der Datenerhebung Bundestagswahl gewesen wäre. In Tabelle 14 sind die Ergebnisse der Parteien in jedem Cluster sowie im Gesamtdatensatz abgebildet. Dadurch lässt sich überprüfen, in welchen Clustern die Parteien überdurchschnittlich stark abgeschnitten hätten.

Tabelle 14: Sonntagsfrage

	SPD	CDU/C SU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD	Die Linke	Nicht- wahl	Total ⁷⁷
Cluster 1	12%	29%	30%	4%	2%	5%	10%	100%
Cluster 2	10%	29%	29%	5%	5%	5%	9%	100%
Cluster 3	8%	23%	27%	5%	6%	7%	13%	100%
Gesamtergebnis	10%	27%	29%	5%	4%	6%	11%	100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, N: 1674, eigene Berechnung

In Cluster 1 konnten vor allem CDU/CSU sowie Bündnis90/Die Grünen verhältnismäßig stark abschneiden. Auch die SPD hätte in dieser Gruppe zum Zeitpunkt der Datenerhebung verhältnismäßig viele Stimmen bekommen. In Cluster 2 lassen sich leichte Unterschiede des Wahlverhaltens erkennen. Zwar erlangen auch hier CDU/CSU sowie Bündnis90/Die Grünen die meisten Stimmen. CDU/CSU erzielt in Cluster 2 sogar ihr stärkstes

77 Die Angaben „Würde ungültig“ sowie „Darf nicht wählen“ sind aufgrund ihrer geringen Fallzahlen hier nicht mit aufgeführt, daher ergeben die zusammengerechneten Prozentzahlen nicht ganz 100%.

Ergebnis. Doch auch die AfD fährt in diesem Cluster im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis ein starkes Resultat ein.⁷⁸

In Cluster 3 ergeben sich andere Abstimmungsmuster. Zwar sind auch in dieser Gruppe CDU/CSU sowie Bündnis90/Die Grünen stärkste Parteien. Anders als in den anderen Clustern, folgt dann auf dem dritten Platz die Angabe, nicht wählen zu wollen. Auch AfD und Linkspartei können in diesem Cluster ihre besten Ergebnisse erzielen.

Diese ersten deskriptiven Resultate deuten darauf hin, dass der Kampf um Würde in der Arbeit und die Wahl der AfD in Zusammenhang stehen. Dafür sprechen die verhältnismäßig starken Ergebnisse, die die Partei in Cluster 2 und Cluster 3 erzielen konnte. Beschäftigte beider Cluster sind von institutionellen Demütigungen in der Arbeit bedroht. Doch während sich für Erwerbstätige des Cluster 2 noch Gegenwehrmöglichkeiten ergeben, etwa durch ein kollegiales Verhältnis, der abwechslungsreichen Gestaltung des Arbeitsplatzes oder einen Betriebsrat, sind diese Gegenwehrstrategien für die Beschäftigten in Cluster 3 nicht vorhanden. Allerdings ist diese Tendenz eines Zusammenhangs zwischen dem Kampf um Würde in der Arbeit und der Wahl der AfD aus diesem Blickwinkel nur sehr schwach ausgeprägt.

Wenn man die Betrachtungsweise wechselt und nach der Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien, aufgegliedert nach den drei Clustern, fragt, verdichtet sich die Vermutung eines Zusammenhangs (vgl. Tabelle 15). Unter den AfD-Wählern bildet Cluster 3 mit 41% die größte Fraktion. Auch Cluster 2 ist unter den AfD-Wählern stark vertreten. Cluster 1 ist hingegen unter den AfD-Wählern deutlich unterrepräsentiert. Auch unter Linken-Wählern sowie unter Nicht-, Ungültig- und Sonstige-Wählern bildet Cluster 3 die stärkste Fraktion. Cluster 1 bildet dagegen unter den Wählern von CDU/CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen die stärkste Fraktion. Interessanterweise ist Cluster 1 aber auch unter den Nichtwählern und den Linken-Wählern sehr stark vertreten.

78 Es ist auffällig, dass die Umfrageergebnisse der AfD im Datensatz deutlich unter den Ergebnissen anderer Umfragen aus demselben Zeitraum liegen. Ein Grund hierfür könnte zum einen sein, dass im vorliegenden Datensatz eine statistische Schieflage zugunsten der oberen Mittelschicht herrscht. Zum anderen ist es wahrscheinlich, dass in einer telefonbasierten Umfrage die soziale Erwünschtheit eine nicht zu unterschätzende Rolle im Antwortverhalten der Befragten spielt.

Tabelle 15: Zusammensetzung der Wählerschaften nach Clusterzugehörigkeit

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Total
CDU/CSU	41%	35%	24%	100%
SPD	42%	33%	24%	100%
Bündnis90/Die Grünen	39%	33%	28%	100%
FDP	34%	34%	32%	100%
AfD	20%	39%	41%	100%
Die Linke	34%	28%	38%	100%
Sonstige	35%	24%	41%	100%
Ungültig	8%	34%	58%	100%
Nichtwahl	36%	28%	36%	100%
Gesamtverteilung	40%	33%	27%	100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, N: 1674, eigene Berechnung

Um den Zusammenhang zwischen dem Kampf um würdevolle Arbeit und der Wahl einer Partei noch weiter zu erörtern, bietet es sich an, das Wahlverhalten der drei Cluster nicht nur deskriptiv, sondern zusätzlich anhand einer logistischen Regressionsdiagnostik zu untersuchen. Dadurch können statistisch signifikante Einflüsse auf das Wahlverhalten herausgestellt werden. Die Ergebnisse der Regressionsdiagnostik geben vor allem hinsichtlich der Frage Auskunft, welche Faktoren das Abstimmungsverhalten beeinflussen.

6.3.2. Logistische Regressionsanalyse

Die Überprüfung der Forschungsthese, dass im Rechtspopulismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt, soll mit Hilfe einer logistischen Regressionsanalyse mit Ausgabe von durchschnittlichen marginalen Effekten (AME)⁷⁹ erfolgen. Die kategoriale abhängige Variable zur Überprüfung der Forschungsthese ist das Wahlpotential der AfD. In der Datenerhebung wurden die Teilnehmer gefragt, welche Partei

79 „Durchschnittliche Marginale Effekte sind ein Maß der absoluten Veränderung der Wahrscheinlichkeit, dass ein über die Outcome-Variabel gemessenes Ereignis zutrifft“ (Lengfeld und Dilger 2018, 190, FN16). Bei der kategorialen abhängigen Variabel des AfD-Wahlpotentials bedeutet der AME, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahl in einer Gruppe um durchschnittlich X Prozentpunkten von der jeweiligen Referenzgruppe unterscheidet. Bei metrischen Variablen ist der AME als Verände-

sie wählen würden, wenn zum Zeitpunkt der Datenerhebung Bundestagswahl wäre. Anschließend wurden sie gefragt, wen sie wählen würden, wenn ihre bevorzugte Partei nicht antreten würde. Das Wahlpotential fasst diese Erst- und Zweitpräferenz zusammen.

Durch die logistische Regressionsanalyse soll nun überprüft werden, ob der Kampf um Würde in der Arbeit einen statistisch auffälligen Einfluss auf die AfD-Wahl zeigt. Dieser Kampf wird dabei, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, über die Zugehörigkeit zu den drei Clustern gemessen. Die drei Cluster sind jeweils in die Regression mit aufgenommen, wobei Cluster 1 für „Keine institutionelle Demütigung und Gegenwehrstrategien“, Cluster 2 für „Institutionelle Demütigungen, aber Gegenwehrstrategien“ und Cluster 3 für „Institutionelle Demütigungen und keine Gegenwehrstrategien“ in der Arbeit steht. Die Forschungsthese bestätigt sich, wenn für Cluster 2, also diejenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und sich dagegen wehren, eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit der AfD Wahl zeigt als für die anderen Cluster.

Insgesamt sollen vier Regressionsmodelle aufeinander aufbauend geschätzt und miteinander verglichen werden. Durch ein solches mehrteiliges Verfahren kann nachvollzogen werden, inwiefern sich die Modellgüte des Regressionsmodells durch die Hinzunahme weiterer Kontrollvariablen verändert. Ebenfalls kann durch ein solches Verfahren überprüft werden, wie stabil der Erklärungsfaktor der unabhängigen Variablen ist.

In einem ersten Modell werden neben den drei Clustern, diejenigen soziodemografischen Merkmale als Kontrollvariablen in die Regressionsanalyse aufgenommen, die in der Forschungsliteratur als zuverlässige Erklärungsfaktoren einer Stimmenabgabe für die AfD gelten. Das sind neben dem Geschlecht (Dummy Variabel 0=Frauen, 1=Männer), ein Wohnort in Ostdeutschland (Dummy Variabel 0=West, 1=Ost), das Alter⁸⁰ sowie die Frage nach der Höhe des monatlichen Nettohaushaltseinkommens (vgl. Hambauer und Mays 2018). Das monatliche Nettohaushaltseinkommen wird als Äquivalenzeinkommen in die Regressionsanalyse übernommen⁸¹;

zung der Wahrscheinlichkeit des AfD-Wahlpotentials um durchschnittlich x-Prozentpunkte, pro weitere Einheit der unabhängigen Variable, zu interpretieren.

80 Erhoben in fünf Gruppen (16-29 Jahre, 30-39 Jahre, 40-49 Jahre, 50-65 Jahre, 66 Jahre und älter).

81 Das Äquivalenzeinkommen berücksichtigt nicht nur die Höhe des monatlichen Netto-Haushaltseinkommens, sondern auch die Größe des Haushalts. Im Anschluss an die OECD-Skala wird den Personen im Haushalt ein Gewichtungsfaktor zugerechnet. Die erste Person im Haushalt wird mit dem Faktor 1 gewichtet, alle weiteren

es staffelt sich in 1000er Schritten von „Unter 1000€“ bis zu „5000€ und mehr“. In der Forschungsliteratur zur AfD-Wahl wird das Einkommen bzw. das Haushaltseinkommen in der Regel zur Verifizierung der Modernisierungsverliererthese verwendet (vgl. Lengfeld und Dilger 2018, 189), die den sozioökonomischen Faktoren einen größeren Erklärungsfaktor der AfD-Wahl einräumt als möglichen kulturellen Motiven.

In den anschließenden Regressionsmodellen werden diese unabhängigen Variablen um die alternative Erklärungsansätze der AfD-Wahl erweitert, die im zweiten Kapitel dieser Arbeit kritisch diskutiert worden sind. Zunächst werden die kultur- sowie die sozialkommunitaristische Deutung der AfD-Wahl mit in die Regressionsmodelle aufgenommen.

Wie in der Diskussion zur kulturellen Kommunitarismusthese dargestellt wurde, wird in dieser These davon ausgegangen, dass sich im Rechtspopulismus der Wunsch der ‚einfachen Leute‘ nach kultureller Homogenität und nationaler Identität ausdrückt. Dieser Kulturkommunitarismus kann daher auch mit rassistischen Einstellungen einhergehen. Im Datensatz konnten diese Einstellungen über folgende Items gemessen werden:⁸²

- „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“
- „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“

Auf Basis dieser Items wurde ein Summenindex (Skala: 1-10) gebildet. Der Index weist einen Reliabilitätskoeffizienten von 0,8 auf.

Im Gegensatz zur kulturellen Kommunitarismusthese werden in der sozialkommunitaristischen These auch soziale Fragen thematisiert, wie z.B. die Sorge vor sozialem Abstieg und zunehmender sozialer Ungleichheit. Auch dieses Thema konnte im Datensatz über Fragen zur Zufriedenheit mit dem Zustand von Fairness und Gerechtigkeit in Deutschland abgedeckt werden:⁸³

- „In Deutschland ist die gerechte Verteilung des Wohlstands realisiert.“
- „In Deutschland gehen die Menschen fair miteinander um.“

Personen im Haushalt, die mindestens 14 Jahre alt sind, werden mit dem Faktor 0,5 gewichtet, Kinder unter 14 Jahren mit dem Faktor 0,3.

82 Die Antwortmöglichkeiten reichten von 1 „Stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 „Stimme voll und ganz zu“.

83 Die Antwortmöglichkeiten reichten dabei wieder von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 „stimme voll und ganz zu“.

- „Der Sozialstaat funktioniert nicht.“
- „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.“

Auch auf Basis dieser Items wurde ein Summenindex gebildet (Skala: 1-10). Der Index weist einen Reliabilitätskoeffizienten von 0,52 auf.⁸⁴

Eine weitere konkurrierende Erklärung des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien wird schließlich der Autoritarismusthese zugesprochen. Um das Erklärungspotential dieser These mit den anderen unabhängigen Variablen zu vergleichen, wurde in einem vierten Regressionsmodell ein Index integriert, der rechtskonservative Einstellungen misst. Wie in der Diskussion der Autoritarismusthese in Kapitel 2.1. gezeigt wurde, ist das Autoritarismuskonzept keineswegs unumstritten. Aus der umfassenden Batterie zur Erforschung der sogenannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, ein im Anschluss an die Autoritarismusstudien entwickeltes Konzept, um antidemokratische und rechtsautoritäre Einstellungen zu messen (vgl. Hövermann, Kohlrausch, und Voss 2021, 3), wurden daher nur die Items ausgewählt, die auf eine eindeutige Abwertung anderer hinweisen. Das trifft, neben der Befürwortung konventioneller Geschlechterrollen insbesondere auf antisemitische sowie muslimfeindliche Aussagen zu:

- „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihren Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“
- „Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“
- „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des „Dritten Reichs“ heute ihre Vorteile zu ziehen.“
- „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“

Auch diese Aussagen wurden wieder zu einem Summenindex (Skala: 1-10) zusammengefügt und in die Regressionsanalyse aufgenommen. Der Reliabilitätskoeffizient des Index weist einen Wert von 0,73 auf.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der vier Regressionsmodelle beschrieben, der Fokus liegt dabei auf den jeweils signifikanten Erklärungsfaktoren des Wahlpotentials der AfD. Für eine schnelle Übersicht sind in der untenstehenden Tabelle die Ergebnisse der vier Regressionsanalysen

84 Falls notwendig wurden Items rekodiert, damit alle in die selbe Richtung weisen und zu einem Summenindex zusammengetragen werden können.

6. Überprüfung der Forschungsthese und Darlegung der Methoden

unter Angaben der AMEs sowie Standardfehler zusammengefasst (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 16: Übersicht logistische Regressionsanalysen

Unh. Variablen	(1) Marginal effects	(2) Marginal effects	(3) Marginal effects	(4) Marginal effects
Wohnort in Ostdeutschland (Ref. Westdtl.)	0.0241 (0.0150)	0.0108 (0.0128)	0.0063 (0.0126)	0.0113 (0.0129)
Männer (Ref. Frauen)	0.0551*** (0.0165)	0.045*** (0.0133)	0.0488*** (0.0132)	0.0425*** (0.013)
16-29 Jahre (Ref. 50-66 Jahre)	-0.0299* (0.0168)	-0.0043 (0.0187)	-0.0137 (0.0169)	-0.012 (0.0177)
30-39 Jahre (Ref. 50-66 Jahre)	0.00198 (0.0197)	0.0173 (0.0185)	0.0151 (0.0181)	0.0186 (0.0185)
40-49 Jahre (Ref. 50-66 Jahre)	-0.00195 (0.0173)	0.0048 (0.0128)	0.0092 (0.0131)	0.0086 (0.0129)
Über 66 Jahre (Ref. 50-66 Jahre)	-	-	-	-
Unter 1000€ (Ref. 1000-2000€)	-0.00656 (0.0206)	-0.0104 (0.0148)	-0.0103 (0.0145)	-0.0121 (0.0137)
2000-3000€ (Ref. 1000-2000€)	-0.00675 (0.0157)	0.0119 (0.0143)	0.0146 (0.0141)	0.0176 (0.0144)
3000-4000€ (Ref. 1000-2000€)	-0.0313* (0.0181)	-0.0136 (0.0196)	-0.0129 (0.0197)	-0.0033 (0.0218)
4000-5000€ (Ref. 1000-2000€)	-0.0320 (0.0196)	0.0202 (0.038)	0.0253 (0.0391)	0.0331 (0.0417)
Über 5000€ (Ref. 1000-2000€)	0.0399 (0.0613)	0.0756 (0.0675)	0.0889 (0.0687)	0.0825 (0.067)
Cluster 2 (Ref. Cluster 1)	0.0302** (0.0144)	0.0256** (0.0128)	0.0259* (0.0136)	0.023* (0.0135)
Cluster 3 (Ref. Cluster 1)	0.0421** (0.0177)	0.0376** (0.0148)	0.0301** (0.0137)	0.027** (0.0133)
Kultur-Kommunitätis- mus-Index		0.0242*** (0.003)	0.0204*** (0.0029)	0.0166*** (0.0028)
Zufriedenheit mit Sozial- staat-Index			-0.0152*** (0.0043)	-0.017*** (0.0042)
Autoritarismus-Index				0.0106** (0.0034)
Gesamt	1,755	1,755	1,755	1,755
Pseudo-R ²	9	33	35	38

Quelle: Datensatz *Soziale Lebenslagen 2020/21*, N: 1755, Signifikanzniveaus: * $p < .1$, ** $p < .05$, *** $p < .01$, eigene Berechnung

Die Ergebnisse der Modelle sollen nun zusätzlich mit Ausgabe von Marginplots detailliert erläutert werden. In den Marginplots werden die durchschnittlichen Margin-Effekte der unabhängigen Variablen mit einem Signifikanzniveau von 90% angegeben. Signifikant sind all jene Effekte, die die vertikale rote Linie *nicht* überschreiten.

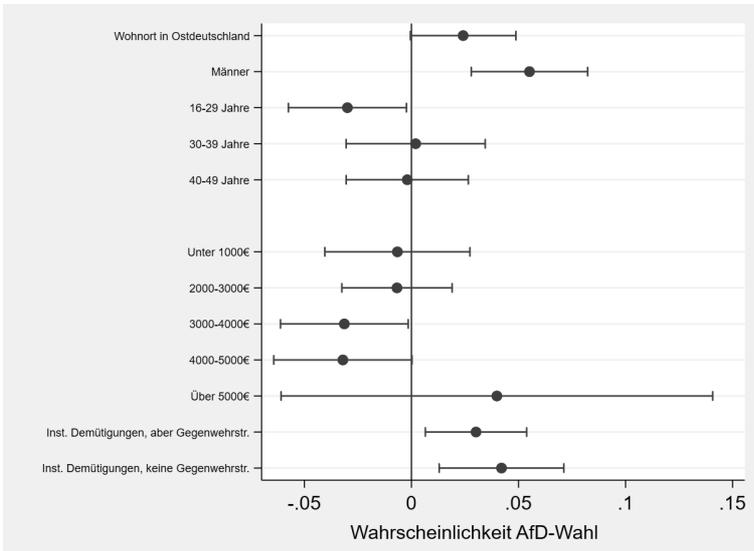


Abbildung 7: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 1

Im ersten Modell fällt zunächst auf, dass das Geschlecht einen signifikanten Einfluss auf das Wahlpotential der AfD hat (vgl. Abbildung 7): Männer zeigen gegenüber Frauen eine um 5,5 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, für die AfD zu stimmen. Zudem wählt die jüngste Altersgruppe, die 16-29 Jährigen, um 3 Prozentpunkte seltener die AfD als die Referenzgruppe der 50-65 Jährigen. Auch für das monatliche Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen lässt sich ein Einfluss feststellen: Diejenigen, die 3000-4000€ im Monat zur Verfügung haben, wählen um 3 Prozentpunkte seltener die AfD als Personen mit einem Haushaltseinkommen von 1000-2000€. Ein Wohnort in Ostdeutschland hat keinen signifikanten Einfluss auf die AfD-Wahl.

Mit Blick auf den Einfluss von institutionellen Demütigungen und Kampf um Würde in der Arbeit auf die AfD-Wahl, zeigt sich in diesem Modell, dass sich die Forschungsthese bestätigt. Die Wahrscheinlichkeit für die

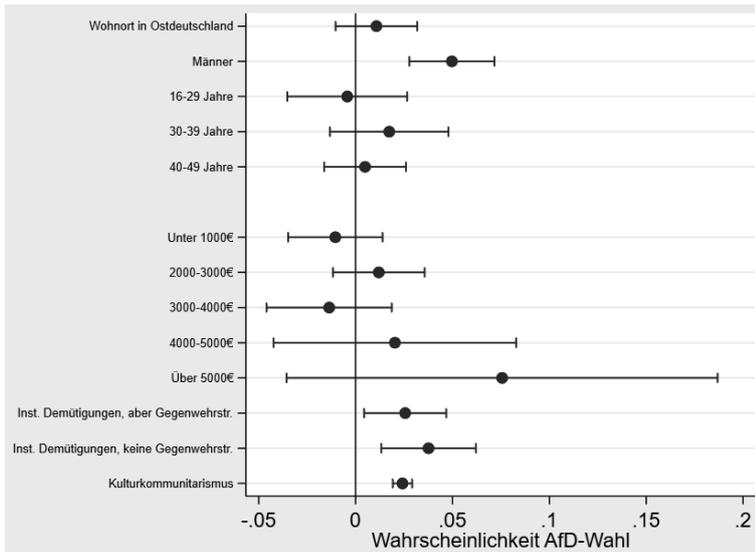


Abbildung 8: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 2

AfD zu stimmen, ist unter denjenigen, die sich gegen institutionelle Demütigungen in der Arbeit wehren (Cluster 2) um 3 Prozentpunkte signifikant höher als unter denjenigen, die keinen institutionellen Demütigungen in der Arbeit ausgesetzt sind. Ebenfalls signifikant ist die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl für Cluster 3, also für diejenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und keine Gegenwehrstrategien besitzen. Die Wahrscheinlichkeit dieses Clusters für die AfD zu stimmen, ist im Vergleich zu Cluster 1 sogar um 4,2 Prozentpunkte höher. Das Modell weist einen PseudoR²-Wert von 9 auf.

In dem zweiten Regressionsmodell wurde der Index „Kultureller Kommunitarismus“ integriert (vgl. Abbildung 8). Interessant ist nun zu beobachten, inwieweit sich durch die Hinzunahme dieses Indexes die Werte der anderen Variablen verändert haben.

Mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale fällt auf, dass in diesem zweiten Modell nur noch das Geschlecht einen signifikanten Einfluss auf die AfD-Wahl aufweist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Männer im Unterschied zu Frauen die AfD wählen, ist im Vergleich zum ersten Modell auf 4,5 Prozentpunkte leicht gesunken. Das Alter, der Wohnort sowie das Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen zeigen hingegen keinen Einfluss auf die AfD-Wahl.

Der Einfluss von institutionellen Demütigungen und Kampf um Würde in der Arbeit auf die AfD Wahl ist in diesem erweiterten Modell weiterhin signifikant und hat sich im Vergleich zum ersten Modell nur leicht verringert. Im Unterschied zu Cluster 1, haben Personen in Cluster 2 weiterhin eine um 2,5 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl. Für das Cluster 3 liegt die Wahrscheinlichkeit um 3,7 Prozentpunkte höher.

Auch die Messung der kulturkommunitaristischen Einstellungen zeigt einen signifikanten positiven Einfluss auf die AfD-Wahl. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, mit steigender Zustimmung zu den kulturkommunitaristischen Aussagen um 2,4 Prozentpunkte. Dieses Modell weist einen PseudoR²-Wert von 33 auf. Es besitzt damit im Vergleich zum ersten Modell eine weitaus höhere Aussagekraft. Das spricht für den Erklärungsfaktor der kulturkommunitaristischen These.⁸⁵

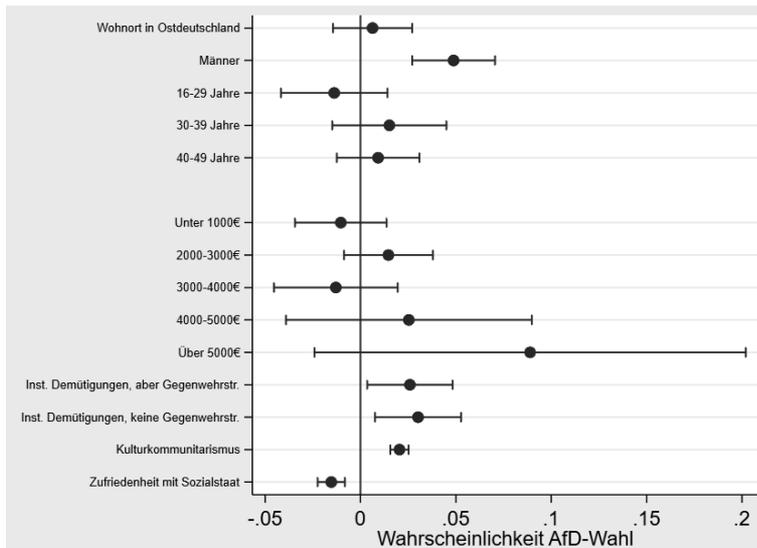


Abbildung 9: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 3

Im dritten Modell wurde die sozialkommunitaristische These hinzugenommen (vgl. Abbildung 9). Alle bereits beschriebenen signifikanten Erklärungsfaktoren sind auch unter Hinzunahme dieser Variabel weiterhin signifikant und haben sich nur leicht verändert. Die Wahrscheinlichkeit der

85 In der Deutung der Ergebnisse wird dieser Befund kontextualisiert.

AfD-Wahl für Männer im Vergleich zu Frauen liegt um 4,8 Prozentpunkte höher. Die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl für Cluster 2 ist auch in diesem Modell um ca. 2,6 Prozentpunkte höher als für Cluster 1. Die Wahrscheinlichkeit für Cluster 3 ist leicht gesunken, weist aber immer noch einen Unterschied von 3 Prozentpunkten gegenüber Cluster 1 auf. Der Einfluss der kulturkommunitaristischen Einstellungen auf die AfD Wahl ist ebenfalls weiterhin signifikant und im Vergleich zum zweiten Modell nur leicht auf 2 Prozentpunkte gesunken. Auch der, in diesem Modell neu integrierte sozialkommunitaristische Index, kann die AfD Wahl erklären: Mit steigender Unzufriedenheit mit dem Zustand von Fairness und Gerechtigkeit in Deutschland, steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahl um 1,5 Prozentpunkte. Die Modellgüte ist auf einen PseudoR²-Wert von 35 gestiegen.

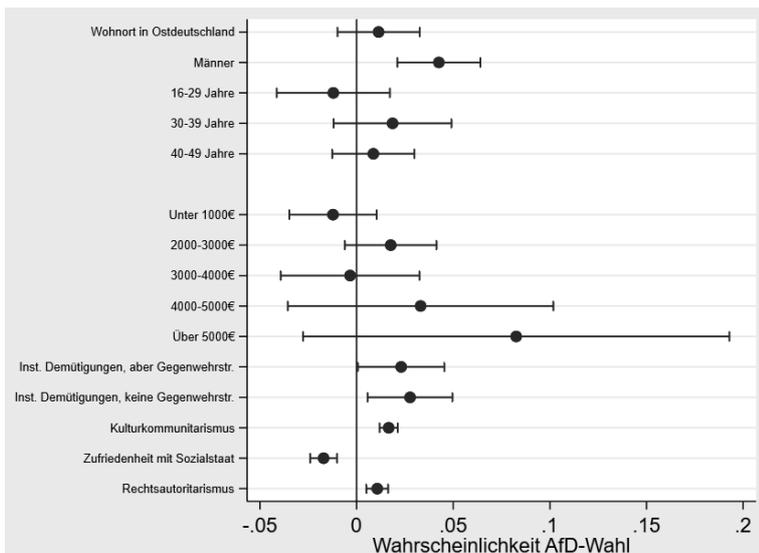


Abbildung 10: Logistische Regression AfD-Wahl, Modell 4

Im vierten und letzten Modell wurde schließlich noch die Autoritarismusthese in das Modell integriert (vgl. Abbildung 10). Auch unter Hinzunahme dieser Kontrollvariabel sind alle bisherigen signifikanten Erklärungsfaktoren einer AfD-Wahl weiterhin signifikant. Die Autoritarismusthese selbst zeigt ebenfalls einen signifikanten Einfluss. Mit steigender Zustimmung zu der Autoritarismusthese erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der AfD Wahl

um ca. 1 Prozentpunkt. Die Modellgüte ist minimal auf einen PseudoR²-Wert von 38 gestiegen.

6.3.3. Deutung der Ergebnisse

Die Forschungsthese, dass im Rechtspopulismus der Kampf der arbeitenden Klassen um Würde in der Arbeit zum Ausdruck kommt, konnte in allen vier Regressionsmodellen bestätigt und zugleich ausgeweitet werden. Denn anders als in der Forschungsthese angenommen, hat sich in der empirischen Untersuchung erwiesen, dass nicht nur diejenigen, die auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können eine höhere Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl zeigen (Cluster 2), sondern insbesondere auch diejenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und dagegen keine Strategien besitzen (Cluster 3). Gemeinsames Kennzeichen der Beschäftigten beider Cluster ist, dass sie unter den institutionellen Demütigungen des Kontrollverlusts und einer Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse am Arbeitsplatz leiden.

Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass auch die konkurrierenden Modelle die AfD-Wahl erklären können. Das gilt für das Geschlecht, die kultur- und sozialkommunitaristische These sowie rechtsautoritäre Einstellungen. Das monatliche Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen wies hingegen nur im ersten Modell einen Einfluss auf die AfD-Wahl aus, in den komplexeren Modellen konnte dieser Einfluss durch die Hinzunahme weiterer Erklärungsvariablen nicht mehr beobachtet werden. Ein Ergebnis dieser Untersuchung ist also, dass allein sozioökonomische Faktoren die AfD-Wahl nur unzureichend erklären können, obwohl die Arbeitsbedingungen (aber eben nicht in erster Linie die Höhe des Einkommens) einen großen Einfluss auf die AfD-Wahl zeigen und das auch, wenn konkurrierende Erklärungsfaktoren mitberücksichtigt werden. Dieser Befund ist neuartig. Bislang wurde in der Forschung über Motive der AfD-Wahl das Haushaltseinkommen aufgeführt, um die materiellen Ursachen einer Stimmabgabe für die AfD zu überprüfen (vgl. Tutić und von Hermann 2018; Hambauer und Mays 2018; Lux 2018). In vielen Analysen wurde diese materielle Erklärung mit kulturellen Einflüssen, etwa einer kulturkommunitaristischen Einstellung oder autoritären Tendenzen, verglichen. In ihren Modellen gelangten die meisten Forscherinnen zu dem Schluss, dass die kulturellen Faktoren die AfD Wahl besser prognostizieren können als materielle Faktoren wie zum

Beispiel das Einkommen. Denn durch die Hinzunahme kultureller bzw. „autoritärer“ Prädikatoren sinkt oder verschwindet der Einfluss der sozio-ökonomischen Einflüsse der AfD-Wahl (vgl. Lengfeld und Dilger 2018, 194; Hambauer und Mays 2018, 150). Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung zeigt jedoch, dass der alleinige Fokus auf Einkommen, Bildung oder berufliche Positionierung nicht ausreicht, um materielle Faktoren der AfD-Wahl zu untersuchen. Wie dargestellt hat die Qualität des Arbeitsplatzes, insbesondere der Kampf um Würde in der Arbeit, einen signifikanten Einfluss auf die Wahl der AfD. Dazu kommt, dass auch der sozialkommunitaristische Index in allen Modellen einen robusten Einfluss auf eine Stimmabgabe für die AfD aufweist. Diese Einflüsse bleiben bestehen, auch wenn konkurrierende Erklärungsansätze mit in die Modelle integriert werden.⁸⁶

Gleichzeitig weist die höhere Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahl von Beschäftigten, die von institutioneller Demütigungen in der Arbeit betroffen sind und um Würde in der Arbeit kämpfen, jedoch auch über eine rein materielle Deutung der AfD-Wahl hinaus. Das zeigt sich an dem hohen Erklärungswert der kulturkommunitaristischen These sowie am Einfluss des Geschlechts und auch der rechtsautoritären Einstellungen auf die AfD Wahl. Damit bestätigen die empirischen Ergebnisse die bestehende Forschungsliteratur zur AfD-Wahl. Gleichzeitig können diese Ergebnisse auch als Bestätigung der theoretischen Vorarbeiten gedeutet werden, die besagen, dass im Rechtspopulismus das moralische Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen einen Ausdruck findet. Dieses Unrechtsempfinden entzündet sich im Kampf um eine existenzsichernde und würdevolle Arbeit, an die sowohl wirtschaftlicher als auch kultureller Status geknüpft sind. Um dieses Ergebnis besser einordnen zu können, sollen im Folgenden die Faktoren, die die AfD-Wahl erklären, auch hinsichtlich ihres Erklärungspotentials für die Wahl der Linkspartei und der SPD analysiert werden. Des Weiteren wird untersucht, welche Faktoren kulturkommunitaristische Einstellungen hervorrufen. Durch diesen Analyseschritte wird deutlich, worin die Attraktivität der AfD für einen Teil der arbeitenden Klassen besteht.

86 Ein weiterer Beleg für den Einfluss des Kampfes um Würde in der Arbeit auf die AfD-Wahl zeigt sich, wenn man die konkurrierenden Erklärungsvariablen als Faktorwerte oder einzelne Items mit in die Regressionsanalyse aufnimmt. Auch dann bleibt der Erklärungswert der Cluster 2 und 3 in allen Modellen robust.

Vergleich mit Regressionsanalysen der Wahl von Linkspartei und SPD

In einer logistischen Regressionsanalyse unter Einbeziehung der oben beschriebenen Kontrollvariablen fällt auf, dass diejenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und keine Gegenwehrstrategien besitzen (Cluster 3), auch eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zeigen, für die Linkspartei zu stimmen (vgl. Abbildung 11). Gemeinsam ist in der Analyse der Wahl der AfD und der Linken zudem der sozialkommunitaristische Einfluss auf das Wahlverhalten ihrer Wähler: Die Wahrscheinlichkeit der Wahl der Linkspartei erhöht sich mit steigender Unzufriedenheit mit dem Zustand des Sozialstaats. Daneben wird ersichtlich, dass die Linke zum Zeitpunkt der Datenerhebung immer noch deutlich stärker in Ost- als in Westdeutschland gewählt worden wäre.⁸⁷

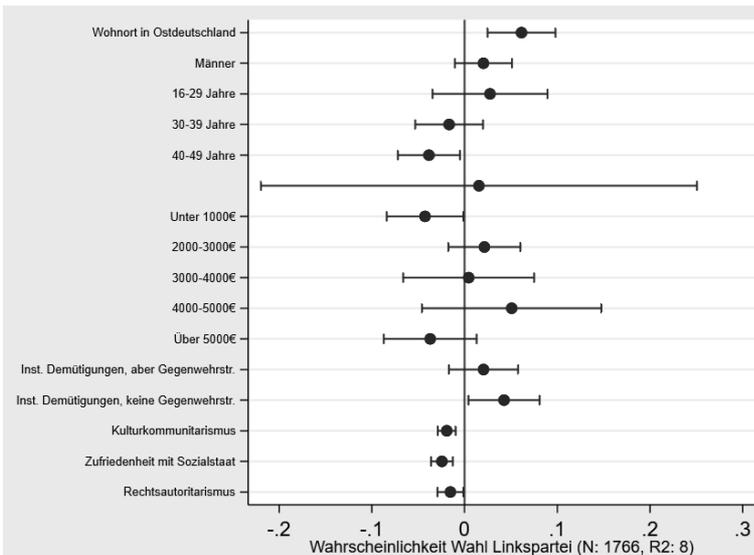


Abbildung 11: Logistische Regression Wahl Linkspartei

Allerdings gelingt es der Linkspartei nicht im selben Ausmaß wie der AfD, auch Wählergruppen aus Cluster 2 anzusprechen. Für diejenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden, aber über Gegenwehr-

⁸⁷ Das entspricht auch den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021, bei der die Linke im Osten 10,4% der Zweitstimmen, im Westen nur 3,7% erhielt (vgl. Träger/Matthies 2022).

strategien in der Arbeit verfügen (Cluster 2), lassen sich anders als in der Untersuchung der AfD-Wahl keine signifikanten Einflüsse auf die Wahl der Linkspartei feststellen. Entscheidender Unterschied zwischen Wählerinnen der Linkspartei und der AfD ist zudem die Befürwortung bzw. Ablehnung gegenüber kulturkommunitaristischen und autoritären Aussagen. Während mit steigender Zustimmung zu den kulturkommunitaristischen und autoritären Einstellungen die Wahrscheinlichkeit steigt, die AfD zu wählen, verhält es sich bei der Linkspartei genau andersrum: Mit steigender Ablehnung zu diesen Einstellungen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Wahl der Linkspartei.

Blickt man nun auf die Faktoren, die eine Wahl der SPD begünstigen, lässt sich wiederum feststellen, dass diejenigen die zwar unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden, aber Gegenwehrstrategien besitzen (Cluster 2), eine höhere Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl zeigen (vgl. Abbildung 12).

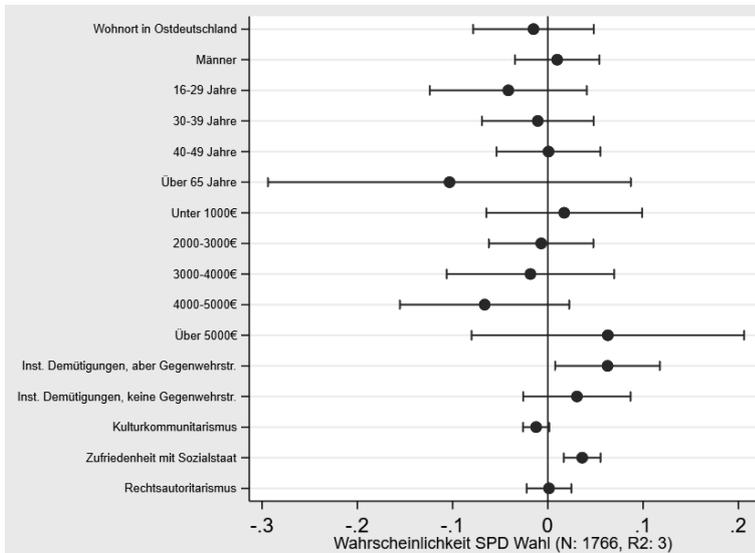


Abbildung 12: Logistische Regression SPD-Wahl

Während die Linkspartei als Konkurrentin zur AfD in Cluster 3 auftritt, lässt sich für die SPD dasselbe in Cluster 2 beobachten. Die SPD wird hier, genauso wie die AfD, stärker von einem relativ privilegierten Teil der arbeitenden Klassen gewählt. Anders als in der Analyse der Wahlfaktoren

der Linkspartei und der AfD zeigt sich aber, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahl mit steigender Zufriedenheit mit dem Zustand des Sozialstaats erhöht. Es ist daher keineswegs überraschend, dass Cluster 3 keine höhere Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die SPD zeigt. Die SPD Wählerinnen und Wähler scheinen zufriedener mit dem Status quo zu sein als die von Linkspartei und AfD. Anders als in der Analyse der Linkspartei ist zudem zu erkennen, dass steigende Ablehnung gegenüber den kulturkommunitaristischen sowie rechtsautoritären Einstellungen keine statistische Auffälligkeit auf die SPD Wahl aufzeigen.

Wie dieser Vergleich verdeutlicht, hat der Kampf um Würde in der Arbeit durchaus auch einen Erklärungsfaktor für die Wahl der SPD und der Linkspartei. Allerdings lässt sich ein Einfluss beider Cluster, sowohl von Cluster 2 als auch Cluster 3, auf die Wahl einer Partei nur für die AfD beobachten. Zudem muss festgehalten werden, dass sich das Abstimmungsverhalten seit dem Zeitpunkt der Datenerhebung drastisch verschoben hat, was sich vor allem am gegenwärtigen (Stand Dezember 2023) Umfragetief der Linkspartei und der SPD sowie den hohen Ergebnissen der AfD zeigt. Auffällig ist zudem die sehr niedrige Modellgüte in den Regressionen der Linkspartei und SPD-Wahl. Das bedeutet, dass die unabhängigen Variablen die Wahlentscheidung für die Wahl der Linkspartei und, in noch stärkeren Maße, für die SPD nicht gut erklären können. Auch das kann als Hinweis gedeutet werden, dass das Unrechtsempfinden eines Teils der arbeitenden Klassen, gemessen über den Kampf um Würde in der Arbeit, stärker in der Wahl der AfD zum Ausdruck kommt.

Der AfD gelingt es mit einem rechtspopulistischen Produktionismus sowohl Stimmen in einem privilegierten Teil als auch dem Kern der arbeitenden Klassen zu gewinnen. Wie in Kapitel 2 beschrieben, ist es ein Kennzeichen des Produktionismus, sich nach oben und nach unten abzugrenzen. Im Rechtspopulismus der AfD kommt das durch die Kritik an den herrschenden Eliten, insbesondere den für den Status quo verantwortlich gemachten „Altparteien“ sowie in noch stärkerem Ausmaß durch die Abwertung scheinbar leistungsunwilliger Gruppen, vor allem Geflüchteter sowie Sozialhilfeempfänger, zum Ausdruck. Damit bietet die AfD denjenigen, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und sich in ihren kulturellen und wirtschaftlichen Status bedroht fühlen, eine doppelte produktivistische Abwehrstrategie an, die als Widerstand nach oben und Abwertung gegen ein außen und unten gedeutet werden kann.

Die Wahl der AfD von Beschäftigten, die um Würde in der Arbeit kämpfen, muss als eine erweiterte Widerstandsstrategie „nach oben“ gedeutet werden, die sich in Form eines Protests gegen die Entwürdigung der Arbeit durch die herrschenden Eliten manifestiert.⁸⁸ Dies zeigt sich insbesondere für die Erwerbstätigen aus Cluster 3, die besonders stark von einer Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse am Arbeitsplatz betroffen sind. Die Wahl der AfD ist für diese Gruppe eine der wenigen vorhandenen Widerstandsstrategien, um überhaupt noch gegen die institutionellen Demütigungen protestieren zu können. Da andere Formen zur Verteidigung der Würde in der Arbeit nicht (mehr) verfügbar sind, wird der Widerstand gegen institutionelle Demütigungen in der Arbeit outsourct. Neben der Wahl der AfD ist daher, wie in der Beschreibung der Untersuchungsergebnisse deutlich wurde, in Cluster 3 auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad am höchsten. AfD-Wahl und Gewerkschaftsmitgliedschaft schließen sich also keineswegs aus.⁸⁹ Im Gegenteil, sie können als zwei unterschiedliche Strategien gedeutet werden, die demselben Ziel dienen: Der Verteidigung und Verbesserung des eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Status im Betrieb und der Gesellschaft.

Die Abwertungshaltung gegen außen und unten, die sich auch in dem Einfluss der kulturkommunitaristischen Variable auf die AfD-Wahl zeigt, ist denjenigen, die noch Gegenwehrstrategien in der Arbeit besitzen (Cluster 2) und denjenigen ohne solch messbaren Strategien (Cluster 3) gemeinsam. So besitzen die Beschäftigten beider Cluster im Vergleich zu gänzlich vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen, z.B. Langzeitarbeitslosen oder Geflüchteten, eine privilegiere Position, die jedoch als bedroht wahrgenommen wird. Gerade im Niedriglohnsektor und unter An- und Ungelernten kann die scharfe Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und das Gefühl einer jederzeit möglichen Austauschbarkeit der eigenen Arbeit zu noch vehementeren Verteidigungs- und Abwertungsstrategien gegen unten/außen führen.⁹⁰

Dieses Bedrohungspotential ist aber keineswegs nur auf An- und Ungelernte beschränkt. In der Beschreibung der Cluster wurde deutlich, dass

88 Zu einem ganz ähnlichen Deutung kommt auch Klaus Dörre, der auf den klassenpolitischen Kern des Rechtspopulismus hinweist (vgl. Dörre 2018, 51).

89 Über die Attraktivität der AfD für (aktive) Gewerkschaftsmitglieder vgl. Brinkmann, Hassan-Beik, und Zappino 2020.

90 Für diese Deutung spricht auch die Tatsache, dass die AfD auch unter Langzeitarbeitslosen sehr erfolgreich ist, die Geflüchtete als direkte Konkurrenten um knappe Arbeitsplätze oder auf dem Wohnungsmarkt wahrnehmen (vgl. Rattenhuber 2019).

vor allem in Cluster 2, in denen Facharbeiter stark vertreten sind, die noch über relativ gute Arbeitsbedingungen verfügen, die Angst, im Falle von Arbeitslosigkeit keine neue Stelle zu finden, besonders präsent ist.

Wie in den Regressionsanalysen deutlich wurde, kann diese Abwehrhaltung und Verteidigung einer als bedroht wahrgenommenen privilegierten Position mit kulturkommunitaristischen bis hin zu rassistischen und rechtsautoritären Einstellungen einhergehen. Das belegt einmal mehr die Gefahr, die von rechtspopulistischen Parteien und Teilen ihrer Wählerschaft für liberale Demokratien ausgehen. In Kontrast zu den vielen Interpretationen, die in der AfD-Wahl in erster Linie den Ausdruck des Wunsches nach kultureller Homogenität oder festsitzender rassistischer Vorurteile sehen (vgl. Schröder 2018), schlägt die vorliegende Untersuchung jedoch vor, sich stärker mit dem im Rechtspopulismus zum Ausdruck kommenden Unrechtsempfinden zu befassen. Das wird auch deutlich, wenn man die Einflussfaktoren einer kulturkommunitaristischen Einstellung untersucht. Dann zeigt sich, dass neben dem Wohnort, insbesondere das Vorhandensein institutioneller Demütigungen in der Arbeit (also eine Zugehörigkeit zu Cluster 2 oder 3) einen erklärenden Einfluss auf die Zustimmung zu kulturkommunitaristischen Aussagen aufweisen (vgl. Abbildung 13). Die Wahrscheinlichkeit, kulturkommunitaristischen Einstellungen zuzustimmen, ist hier um bis zu 15 Prozentpunkte höher als bei Beschäftigten, die über sehr gute Arbeitsbedingungen verfügen.⁹¹

Diese beiden Strategien, Verteidigung des eigenen zunehmend bedrohten kulturellen und wirtschaftlichen Status nach unten/außen und Widerstand gegen diejenigen, die für die Politik des drohenden Statusverlusts verantwortlich gemacht werden, sind zentrale Charakteristika einer gegenwärtigen rechtspopulistischen Spielart des Produktionismus. Der AfD gelingt es damit sowohl einen Teil des oberen Bereichs als auch des Kerns der arbei-

91 Gleiches lässt sich auch in der Untersuchung der rechtsautoritären Einstellungen zeigen. Eine Regressionsanalyse ergibt auch hier, dass mit der Zugehörigkeit zu Cluster 3 die Zustimmung zu rechtsautoritären Einstellungen um bis zu 15 Prozentpunkte steigt. Auch hier muss jedoch die niedrige Modellgüte beachtet werden. Diese Ergebnisse sind also eher explorativer Art. Für die Frage, was kulturkommunitaristische bzw. rechtsautoritäre Einstellungen hervorruft, sind weitergehende Untersuchungen vonnöten. Schlechte Arbeitsbedingungen, Abstiegsorgen und fehlende Mitsprachemöglichkeiten in der Arbeitswelt haben sich in anderen Untersuchungen als Einflussfaktoren herausgestellt (vgl. Hövermann, Kohlrusch, Voss 2021). Wie die aktuelle Rassismusforschung zeigt, kann der Blick auf die kapitalistische Arbeitswelt aber nur ein Faktor von vielen anderen in der Erklärung rassistischer Einstellungen sein (vgl. Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor 2023).

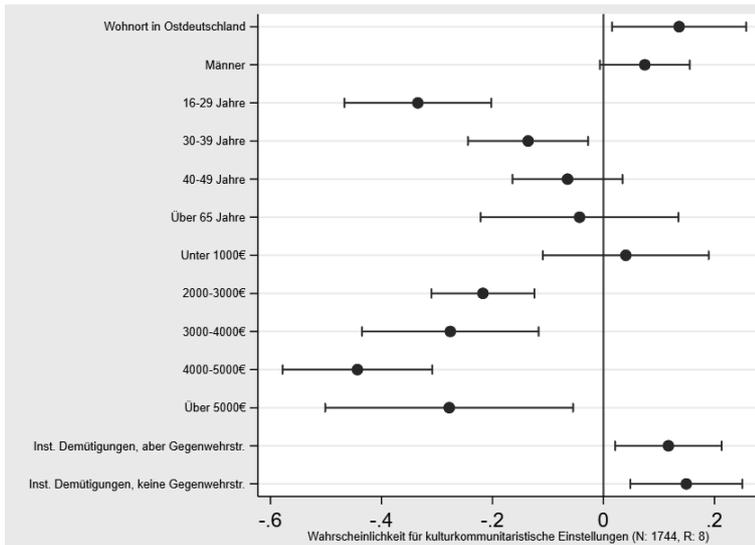


Abbildung 13: Regression Kulturkommunitarismus

tenden Klassen anzusprechen. Wie auch die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen, scheint es SPD oder Linkspartei dagegen an einer konkurrierenden Politik zu mangeln, die beide Gruppen gleichermaßen anspricht.

Dieser Mangel kann nicht zuletzt auf die in Kapitel 2 hingewiesene Veränderung der programmatisch-ideologischen Ausrichtung linker Parteien zurückgeführt werden. Linke Parteien sprechen das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen nicht mehr an und werden vielmehr selbst für die wachsende soziale Ungleichheit und den damit einhergehenden kulturellen und ökonomischen Statusverlust verantwortlich gemacht.⁹² Übergeordnetes Problem dabei ist, dass linke Parteien nicht mehr an eine sozialistische bzw. sozialdemokratische Aneignung des produktivistischen Ideals anknüpfen und damit den rechtspopulistischen Produktionismus herausfordern. Denn während rechtspopulistische Parteien den schwelenden und immer offensichtlicher werdenden Verteilungskonflikt in liberalen Demo-

92 Der in Julia Friedrichs Buch porträtierte Reinigungsarbeiter Said antwortet etwa auf die Frage, warum er nicht mehr SPD wähle: „Das Problem ist doch man sollte nicht vom Essen kotzen müssen. Wenn man einmal etwas gegessen hat und einem passiert das, möchte man nicht wieder essen. Und so ist es bei mir und der SPD: Ich habe einmal gekotzt und möchte das nicht wieder erleben.“ (Friedrichs 2021, 259f) Für die Verachtung der Linken gegenüber der Arbeiterklasse vgl. auch Baron 2016.

kratien nach unten/außen wenden, zögern linke Parteien, dieser horizontalen Verteilungsachse eine vertikale Umverteilung von oben nach unten sowie ein entschlossenes Programm zur Verbesserung der demokratischen Teilhabe der arbeitenden Klassen entgegen zu setzen.

6.4. Fazit der empirischen Untersuchungen

Die empirische Untersuchung in diesem Kapitel diente der Überprüfung der Forschungsthese, dass im Rechtspopulismus der Kampf um Würde in der Arbeit zum Ausdruck kommt. Um diese These zu überprüfen, musste zunächst die Frage untersucht werden, wer besonders stark unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leidet und um Würde in der Arbeit kämpfen muss. Dies wurde anhand einer explorativen Clusteranalyse ermittelt. Durch diese Analyse wurden die Erwerbstätigen des Datensatzes „Soziale Lebenslagen (2020/21)“ in drei verschiedene Cluster zusammengefasst. Im ersten Cluster wurden die Beschäftigten zusammengefasst, die unter keinen institutionellen Demütigungen am Arbeitsplatz leiden und potentiell Gegenwehrstrategien besitzen. Ein zweites Cluster setzt sich aus Beschäftigten zusammen, die zwar unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden, aber auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können. Im dritten Cluster wurden schließlich diejenigen Beschäftigten zusammengefasst, die unter institutionellen Demütigungen am Arbeitsplatz leiden und keine Gegenwehrstrategien besitzen.

Um zu überprüfen, wer stärker unter institutionellen Demütigungen am Arbeitsplatz leidet und um Würde in der Arbeit kämpfen muss, wurden in einem weiteren Schritt die drei Cluster hinsichtlich ihrer soziodemografischen sowie arbeitsrelevanten Merkmale beschrieben. Dabei hat sich gezeigt, dass die Cluster sowohl entlang von Bildungsabschlüssen als auch entlang der Unterscheidung zwischen *high-*, *semi-* und *low-skilled* Tätigkeiten unterschiedlich stark besetzt sind. Während im ersten Cluster vor allem Erwerbstätige mit Abitur als höchstem Bildungsabschluss und Beschäftigte, die einer *high-skilled* Tätigkeiten nachgehen, versammelt sind, setzen sich die beiden anderen Cluster verhältnismäßig stärker aus den arbeitenden Klassen zusammen. Dabei besteht in Cluster 2 ein Übergewicht an Facharbeiterinnen und im Cluster 3 an An- und Ungelernten. Durch eine erste deskriptive Untersuchung der Cluster konnte herausgestellt werden, dass die arbeitenden Klassen besonders stark von institutionellen Demütigungen

gen in der Arbeit betroffen sind. Dabei besitzt nur ein privilegierter Teil der arbeitenden Klassen auch Gegenwehrstrategien.

Im anschließenden Forschungsschritt wurde untersucht, ob diejenigen, die um Würde in der Arbeit kämpfen müssen auch stärker dazu neigen, rechtspopulistisch zu wählen. Um diese Frage zu beantworten, wurde zunächst das Wahlverhalten der drei Cluster deskriptiv analysiert. In der Beantwortung der Sonntagsfrage zeigten sich bereits erste Hinweise eines Zusammenhangs zwischen dem Kampf um Würde in der Arbeit und der Wahl der AfD. Noch deutlicher zeigte sich ein Zusammenhang aber in den anschließenden logistischen Regressionsanalysen. In allen berechneten Regressionsmodellen wurde erkennbar, dass eine Zugehörigkeit zu Cluster 2 oder 3 die Wahrscheinlichkeit signifikant erhöht, die AfD zu wählen.

Insgesamt konnte durch diese Untersuchung die Forschungsthese bestätigt werden, dass im Rechtspopulismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt, welches sich in dem Kampf nach einer existenzsichernden und würdevollen Arbeit äußert. Der Blick auf institutionelle Demütigungen und den Kampf um Würde in der Arbeit ist dementsprechend gut geeignet, um bisherige Forschungen über die Gründe für AfD-Wahlentscheidungen zu ergänzen. Anders als bisherige Ansätze, die sich entweder nur auf kulturelle oder ökonomische Faktoren konzentrieren, ermöglicht der Fokus auf institutionelle Demütigungen und Würde in der Arbeit, beide miteinander zu verbinden. Denn der Kampf um Würde in der Arbeit ist ein Ringen um den Erhalt des kulturellen *und* wirtschaftlichen Status. Das Wählen der AfD kann dabei sowohl als eine Verteidigungsstrategie nach unten/außen als auch als eine Widerstandsstrategie nach oben gedeutet werden.

Dass dieses Ringen um Würde in der Arbeit derzeit im Rechtspopulismus zum Ausdruck kommt, ist jedoch keine politische Notwendigkeit. Wie die Analysen des Wahlpotentials der Linkspartei (und unter statistischen Vorbehalten der SPD) gezeigt haben, gab es zum Zeitpunkt der Datenanalyse durchaus Hinweise dafür, dass das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen auch in der Wahl dieser Parteien einen politischen Ausdruck finden kann. Für eine, den Rechtspopulismus herausfordernde, linke Politik wäre jedoch ein programmatisch-ideologischer Wandel linker Parteien vonnöten, der sich derzeit nicht abzeichnet.

7. Ausblick

Der im letzten Kapitel herausgestellte Befund zeigt, dass institutionelle Demütigungen in der Arbeit rechtspopulistischen Parteien ein solides Wahlpotential beschere. Dies ist vor allem für linke Parteien ein Denkmittel. Schließlich sehen sich diese aus ihrem historischen Selbstverständnis als (Protest-)Parteien der arbeitenden Klassen und Fürsprecher ihres Kampfes um würdevolle Arbeit. Gemessen an den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die sich gegenwärtig aus mannigfaltigen Krisen ergeben, ist nicht davon auszugehen, dass sich dieses (rechts-)populistische Wahlpotential in absehbarer Zeit verringert. Im Gegenteil: Der in dieser Arbeit herausgestellte Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und dem Kampf um Würde in der Arbeit könnte durch die Folgen dieser Krisen weiterhin Bestand haben und möglicherweise noch deutlicher werden.

Erste Prognosen hinsichtlich des Substituierungspotentials von Berufen durch die Entwicklung neuer Technologien zeigen, dass die Arbeitsplatzunsicherheit sowie die Angst vor Arbeitslosigkeit gerade in den arbeitenden Klassen zunehmen könnte (vgl. Denkler und Matthes 2018). Auch die Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse am Arbeitsplatz könnte sich durch die Zunahme neuer Arbeitsformen und Wirtschaftszweigen ausweiten, in denen oft die Betriebsratsarbeit erschwert oder gar unmöglich gemacht wird (vgl. Crouch 2019). Zusammen mit einer seit Jahren negativen Entwicklung von (institutionellen) Mitsprachemöglichkeiten in der Arbeitswelt und einem deutlichem Rückgang an Beschäftigten, die von einem Tarifvertrag profitieren (vgl. Lübker und Schulten 2021, 6), droht ein Zuwachs institutioneller Bedrohungen am Arbeitsplatz sowie der Abbau möglicher Gegenwehrstrategien.

Ob sich das dadurch anwachsende Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen weiterhin und in Zukunft noch stärker in der Wahl der AfD manifestiert oder andere Ausdruckswege findet, bleibt abzuwarten. Erste Untersuchungen belegen, dass das Umfragehoch der AfD im Sommer/Herbst 2023 auch auf die Entwürdigungserfahrungen vieler Beschäftigter an ihrem Arbeitsplatz zurückzuführen ist (vgl. Hövermann 2023).

In der Annahme, dass der hier gezeigte Zusammenhang zwischen (Rechts-)Populismus und den Kämpfen um Würde in der Arbeit weiterhin Bestand hat, werden in diesem Ausblick die Ergebnisse dieser Studie in

eine größere, gesellschaftstheoretische Skizze integriert. Ausgehend von den empirischen Befunden des letzten Kapitels sind dabei zwei Fragen von besonderem Interesse: 1) Welche Schlüsse lassen sich aus der ungleichen Verteilung von institutioneller Demütigung und Gegenwehrstrategien in der Arbeit für die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ziehen? 2) Was bedeutet das für eine weitergehende Analyse des Zusammenhangs zwischen Arbeit, Würde und Demokratie?

Die nachfolgenden Ausführungen formulieren Antworten auf diese Fragen. Da es sich bei diesen Antworten um die Erörterung möglicher gesellschaftstheoretischer Entwicklungen handelt, sollen sie als weiterführende Überlegungen dieser Arbeit verstanden werden. Auf diese Weise wird ein Forschungsdesiderat sichtbar, das sich im Anschluss an die zentralen Befunde dieser Arbeit ergibt.

7.1. Refeudalisierung

Grundlegendes Ergebnis dieser Arbeit ist, dass im gegenwärtig zu beobachtenden Rechtspopulismus das moralische Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Wie in der vorliegenden Studie dargestellt, entzündet sich dieses Unrechtsempfinden an der Bedrohung der Selbstachtung vieler Erwerbstätiger am Arbeitsplatz und ihres Kampfes um Würde in der Arbeit.

Als ein wesentlicher Grund für das gegenwärtige Aufleben dieses Unrechtsempfindens wurde der Wandel der Anerkennungsbeziehungen von Arbeit angeführt, der zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen hochkomplexen, in der Regel akademischen Arbeitstätigkeiten, auf der einen Seite und den klassischen Ausbildungsberufen sowie der sogenannten Einfacharbeit auf der anderen Seite geführt hat. Die Anerkennungsbeziehungen der Arbeit haben sich deutlich zu Lasten gering qualifizierter Arbeitnehmer verschlechtert. Das zeigt sich nicht nur an der auseinanderdriftenden Lohnschere zwischen *high-* und *semi-/low-skilled* Tätigkeiten, sondern auch in der Tatsache, dass die arbeitenden Klassen deutlich stärker unter institutionellen Demütigungen leiden und um Würde in der Arbeit kämpfen müssen.

Die sich durch diesen Befund aufdrängende Frage lautet, ob der Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen, niedrigem Prestige und institutionellen Demütigungen in der Arbeit insgesamt auf eine Veränderung des

sozialen Ordnungsgefüges moderner kapitalistischer Staaten hinweist. Oder einfacher ausgedrückt: Was ist an diesem Befund neuartig?

Wie bereits in der Diskussion der Erwerbsklassenmodelle in Kapitel 4.1. sichtbar wurde, lassen sich in der Klassenanalyse zwei verschiedene Ansätze erkennen: Während (neo-)marxistische Ansätze davon ausgehen, dass sich in der kapitalistischen Gesellschaft zwei antagonistische Klassen gegenüberstehen, beziehen stärker an Max Weber ausgerichtete Ungleichheitsforschungen neben ökonomischer Ressourcen weitere Merkmale in ihre Analyse der sozialen Ungleichheit mit ein. Um zu untersuchen, inwieweit die ungleiche Bedrohung durch institutionelle Demütigungen in der Arbeit Hinweis für eine veränderte soziale Ordnung ist, ist es hilfreich, auf Webers ursprüngliche Erweiterung der Klassenanalyse einzugehen.

In Übereinstimmung mit Marx orientiert sich Weber in der Klassenanalyse an den ökonomischen Ressourcen einer Person. Klassenlage ist für Weber gekoppelt an die Frage nach dem Besitz ökonomischer Ressourcen (worunter Weber neben Kapital auch Leistungsqualifikationen zählt) sowie den Möglichkeiten, diese Ressourcen zu vergrößern (vgl. Weber 2005, 127). Anders als Marx unterscheidet Weber von der Klassenlage eine weitere Form der sozialen Ungleichheit, die sich nicht aus wirtschaftlichen Ressourcen ableitet, sondern in der es um die Verteilung sozialer Ehre und gesellschaftlicher Wertschätzung geht. Für diese „ständische Lage“ (ebd., 130) ist nicht der Besitz an Ressourcen entscheidend, die auf einem Markt veräußert werden können, sondern die Lebensführung, die Erziehung oder auch die Abstammung einer Person (vgl. ebd.).

Weber war es wichtig hervorzuheben, dass Klassenlage und ständische Lage keineswegs identisch sein müssen, sondern in ihrer grundlegenden Logik einander entgegengesetzt sind:

„Der Markt und die ökonomischen Vorgänge auf ihm kannte, wie wir sahen, kein ‚Ansehen der Person‘: ‚Sachliche‘ Interessen beherrschen ihn. Er weiß nichts von ‚Ehre‘. Die ständische Ordnung bedeutet gerade umgekehrt: Gliederung nach ‚Ehre‘ und ständische Lebensführung und ist als solche in der Wurzel bedroht, wenn der bloße ökonomische Erwerb und die bloße, nackte, ihren außerständischen Ursprung noch an der Stirn tragende rein ökonomische Macht als solche jedem der sie gewonnen hat, gleiche [...] Ehre verleihen könnte.“ (Weber 2005, 687)

Nach Weber ist es das zentrale Kennzeichen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, dass sich die rationale, kalte Logik des Warentauschs und der Marktprinzipien durchsetzt und die alte, feudalistische Ständestruktur

verdrängt. In einer kapitalistischen Gesellschaft bemisst sich soziale Ehre nicht mehr an der Abstammung oder der Frage der Lebensführung, wie es etwa für den Feudalismus typisch war, sondern allein an der ökonomischen Macht einer Person.

Schaut man sich die Entwicklung westlicher kapitalistischer Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkriegs an, fällt jedoch auf, dass sich diese kalte Logik des Marktes nie gänzlich durchsetzen konnte. Gerade in der Blütephase der sozialen Marktwirtschaft wurden eine Reihe von institutionellen Verankerungen implementiert, die nicht nur die Klassenlage vieler Menschen verbesserten und für mehr soziale Mobilität sorgten. Einige Institutionen dienten auch direkt der Verteidigung des sozialen Ehrgefühls der arbeitenden Klasse. Dies wurde nicht nur von SPD und den Gewerkschaften initiiert, sondern wurde auch von einem sozialen Flügel der CDU vertreten, der wie das Ahlener Programm der CDU von 1947 verdeutlicht zeitweise sehr einflussreich war.

Die Arbeitnehmerflügel von CDU und SPD wie auch die Gewerkschaften setzten dabei in der BRD der Nachkriegszeit auf eine institutionelle Organisation von Arbeit, die seit den Arbeiteraufständen um 1848 gefordert worden sind und teilweise bereits in der Weimarer Republik erfolgreich umgesetzt wurden. Dazu zählten neben der demokratischen Mitbestimmung im Betrieb sowie der Tarifautonomie, vor allem die Anerkennung der staatlich unabhängigen Berufsausbildung der (meist handwerklichen) Betriebe. Das sicherte den Fachkräften einen hohen gesellschaftlichen Status. Wie Maurice Glasman schreibt, wären ohne diese konservative, auf Statuserhalt und Ausbau der sozialen Ehre, ausgerichtete Seite der Arbeiterbewegung viele historische Errungenschaften nicht möglich gewesen:

„Although the ideology of the Free Trade Unions (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – ADGB)⁹³ was Marxist, at no point did it relinquish its ‚pre-modern‘ aspirations to the recognition of skilled status and active participation in the organizing of industrial production.“ (Glasman 1996, 44)

Der Begriff der Vormodernität („pre-modern“) ist in diesem Kontext nicht streng wissenschaftlich zu verstehen. Vielmehr dient der Begriff in diesem Zitat der Illustration des gewerkschaftlichen Erfolgsrezepts. Dass eine (zumindest formal) auf Fortschritt und Revolution ausgerichtete Organisation

93 Der ADGB war von 1919 bis zu seiner Zerschlagung durch die Nationalsozialisten 1933 der Dachverband der Gewerkschaften in Deutschland.

wie der marxistisch ausgerichtete Gewerkschaftsbund gleichzeitig für Absicherungen, Stuserhalt und verbesserte Mitsprache in den kapitalistischen Betrieben agierte, ist nach Glasman nicht als Widerspruch, sondern als wichtiger Grund für die Erfolge der Arbeiterbewegung zu deuten.⁹⁴

Wie die Veränderung der Anerkennungsdynamiken von Arbeit zeigen, sind heute gerade diese „vormodernen“ Institutionen der Statussicherung bedroht. In den Begriffsdefinitionen nach Max Weber ausgedrückt führt das dazu, dass Klassenlage und ständische Lage immer identischer werden: Wer heute eine schlechte Markt- bzw. Klassenlage besitzt, hat weniger Geld zur Verfügung, übt in der Regel eine Tätigkeit aus, die kaum Prestige genießt und sieht sich in seiner Selbstachtung in der Arbeit durch demütigende Arbeitsbedingungen bedroht. Umgekehrt gilt, dass eine hohe Marktlage nicht nur zu deutlich besseren Löhnen führt, sondern auch zu mehr Prestige sowie besseren, nicht-demütigenden Arbeitsbedingungen. Mit Blick auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit kann also festgehalten werden, dass wir gegenwärtig eine Zuspitzung der Gesellschaft in Klassen erleben. Diese Zuspitzung zeigt sich eklatant in der zunehmenden materiellen Ungleichheit und der verringerten sozialen Mobilität. Gleichzeitig kommt es zu einer Neu- und Ungleichverteilung des sozialen Ehrgefühls. Die ständische Ordnungslogik ist nicht verschwunden, sondern wird immer identischer mit der Klassenlage.⁹⁵

Diese Veränderungen lassen sich im Anschluss an Sighard Neckel als eine „Refeudalisierung des modernen Kapitalismus“ (vgl. Neckel 2016) beschrieben. Mit dem Begriff der Refeudalisierung versucht Neckel, eine „paradoxe Modernisierung des Kapitalismus“ (ebd.) zu fassen. Diese Modernisierung sei paradox, da kapitalistische Strukturen fortbestehen, zugleich sich jedoch beobachten lasse, dass es ein Rückfall in alte, feudale Strukturen gebe.

94 Das Urteil über die Erfolge des ADGB ist gespalten. Kritiker bemängeln, dass die Erfolge in Sachen Mitbestimmung, z.B. im Betriebsrätegesetz von 1920, nicht weit genug gegangen sind. Zudem ist Gegenstand der Diskussion, inwieweit der ADGB zu passiv und zögerlich auf das Emporkommen des Nationalsozialismus reagiert hat (vgl. Wehler 2010, 377-381). Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hält jedoch fest, dass „die Weimarer Republik [zeigte], welche Fortschritte die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem hochindustrialisierten Staat hatte erkämpfen können. Daran konnte sie seit 1949 wieder anknüpfen (Wehler 2010, 381).“

95 In Julia Friedrichs Porträt der *working class* in Deutschland wird diese doppelte Verachtung von einer Reinigungskraft prägnant auf den Punkt gebracht: „Die schlechten Arbeitsbedingungen und dann noch der fehlende Respekt, das ist der doppelte Arschtritt (Friedrichs 2021, 60).“

Auch in der Analyse des Wandels der Anerkennung von Arbeit und der ungleichen Verteilung sozialer Ehre in der Arbeit lässt sich eine solche paradoxe Modernisierung erkennen. Die für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften charakteristische Aufteilung in zwei Klassen, die sich aus der „offenen, unverschämten, direkten, dünnen Ausbeutung“ (Marx/Engels 2008 [1848], 84) ergeben, besteht fort und spitzt sich zu. Zusätzlich erleben wir, dass sich an die Klassenlage eine ständische Lage knüpft, die sich durch Demütigungen sowohl in der Gesellschaft als auch in den konkreten Arbeitsbedingungen zeigen.

Angesichts dieser zunehmenden Refeudalisierung der Gesellschaft stellt sich die Frage, was die Bedrohung der Würde vieler Erwerbstätiger durch institutionelle Demütigungen in der Arbeit über den Zustand aktueller Demokratien aussagt, und mit welchen Mitteln eine soziale und demokratische Politik darauf reagieren sollte. Wie der Hinweis auf die konservative Seite der Statuspolitik durch Parteien und Gewerkschaften in der Nachkriegszeit in Westdeutschland angedeutet hat, könnte eine Neujustierung sowie Ausdehnung eben jener institutionellen Errungenschaften in der Organisation von Arbeit eine Antwort darauf sein. Eine intensivere Auseinandersetzung mit der kulturellen Bedeutung von Arbeit für die Demokratie ist dafür jedoch zentral.

7.2. Arbeit, Würde und Demokratie

Die formale Achtung der Würde des Menschen ist ein zentrales Kennzeichen liberaler Demokratien. Daher kommt dem Verlust der Würde auch einer Gefährdung der Demokratie gleich (vgl. Fukuyama 2019). Nach Francis Fukuyama hat neben Globalisierungsprozessen und wirtschaftlichen Deregulierungsmaßnahmen paradoxerweise auch eine immer weitreichendere Demokratisierung der Würdepolitik zur Fragmentierung vieler liberaler Gesellschaften beigetragen. Denn in gegenwärtigen liberalen Demokratien lasse sich beobachten, dass sich immer mehr Gruppenidentitäten feindselig gegenüberstehen, die alle für sich und vielmals gegeneinander Würde und Achtung einklagen (vgl. ebd., 194). So wichtig und nachvollziehbar diese Kämpfe um Würde im Einzelnen auch sind, sieht Fukuyama hier die Gefahr aufkommen, dass ein gemeinsamer Nenner zunehmend verloren geht und der vielbeschworene Kitt einer demokratischen Gesellschaft an dem Kampf um Anerkennung immer kleinerer Identitätsgruppen zerbröselt (ebd.). Eine rechte Politik antworte auf diesen Zustand der

Fragmentierung mit xenophoben und nationalistischen Politikgehalten, die scheinbar einfache Lösungen anbieten und keinen Hehl daraus machen, mit dem Ideal der bedingungslosen Achtung des Einzelnen radikal zu brechen (vgl. ebd. 199). Linke Parteien würden wiederum jeglichen Versuch der kollektiven demokratischen Erzählung als potentiell diskriminierend ablehnen und damit rechtspopulistischen Narrativen nichts entgegensetzen können (vgl. ebd., 200).

Ergänzen lässt sich diese von Fukuyama ausgemachte Aushöhlung des Zusammenhangs zwischen Würde und Demokratie durch eine links-liberale Würdepolitik, in der zwar ununterbrochen an Respekt und Würde appelliert wird, diese Begriffe aber nicht mit politischen Inhalten gefüllt werden. Die Rede von Würde und Respekt in Politik und Öffentlichkeit dient unterschiedlichen Interessen und angesichts des inflationären Gebrauchs der Begriffe ist es nicht verwunderlich, dass viele kritische Kommentatorinnen darin nicht mehr als ein „billiges Ablenkungsmanöver“ vermuten (vgl. Karambeigi und Schwerdtner 2021).

Doch wie in der vorliegenden Untersuchung deutlich werden sollte, kommt gerade dem Kampf um die Würde in der Arbeit für den Zusammenhang zwischen Würde und Demokratie eine zentrale Bedeutung zu. Denn entgegen des universalistischen Ideals von Würde, ist die Würde in der Arbeit keineswegs allen garantiert. Im Gegenteil, in einigen besonders drastischen Fällen scheint es fast so, als gelte der Anspruch auf Achtung der Würde in der Demokratie nur außerhalb der Arbeitswelt. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, in der die Würde eines jeden Beschäftigten geachtet wird, ist somit eine zentrale Voraussetzung für die Achtung der Würde aller in der Demokratie.

Es liegt daher auf der Hand, auf die in dieser Arbeit ausgemachten institutionellen Demütigungen in der Arbeit politische Antworten finden zu wollen: Um dem Kontrollverlust in der Arbeit entgegenzuwirken, müssen gerade *semi-* und *low-skilled* Arbeiterinnen wesentlich besser bezahlt werden. Um die Angst vor Arbeitslosigkeit zu mindern, könnte zudem verstärkt über die Etablierung von Ausbildungsplatz- und staatlichen Jobgarantien (vgl. Tcherneva 2020), oder einer Umsetzung eines substantiellen Rechts auf Arbeit nachgedacht werden (vgl. Pfannkuche 2015). Besonders monotone, aber gesellschaftlich notwendige Arbeiten könnten zudem über eine Jobrotation gesellschaftlich aufgeteilt werden (vgl. Gomberg 2007). Auch höherqualifizierte Beschäftigte müssten dann für einen bestimmten Zeitraum ‚einfache Tätigkeiten‘ verrichten. Niedriger Qualifizierte hätten damit die Möglichkeit, sich weiterzubilden und besseren Arbeitstätigkeiten

nachzugehen. Gegen die Behandlung als Bürgerin bzw. Arbeiterin zweiter Klasse müssen zudem die bewährten Institutionen der Mitbestimmung im Betrieb sowie die Tarifautonomie gestärkt und ausgebaut werden. Hier muss besonders das Mandat der Gewerkschaften gestärkt werden, etwa indem die Tariffucht oder der Abbau von Mitbestimmung durch Arbeitgeber staatlich sanktioniert wird. Diese Liste an notwendigen Reformmaßnahmen lässt sich natürlich fortsetzen und die Dringlichkeit einer politischen Umsetzung dieser Forderung sind angesichts der sich verschlechternden Arbeitsverhältnisse und der zunehmenden Polarisierung des Arbeitsmarkts offensichtlich.

Ob diese Maßnahmen auch rechtspopulistischen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen, ist dagegen offen. Eine politische Linke, die selbst zur Verachtung der arbeitenden Klassen neigt (vgl. Baron 2016), trägt aber in jedem Falle weder zur Verbesserung des wirtschaftlichen und kulturellen Status der arbeitenden Klassen bei, noch stellt sie eine ernsthafte Herausforderung für den Rechtspopulismus dar. Insbesondere für linke Parteien ist daher der Fokus auf Würde und Arbeit von zentraler Bedeutung.

Die gegenwärtig häufig zu beobachtende Ignoranz gegenüber dieser Thematik resultiert auch aus einer theoretischen Leerstelle einer kritischen Gesellschaftstheorie, die zumindest in der Vergangenheit als intellektueller Stichwortgeber zeitgemäßer linker Politik verstanden wurde. Diese Leerstelle hat vermutlich historische Gründe. Denn eine Auseinandersetzung mit der moralischen Bedeutung von Arbeit darf, wie Oskar Negt schreibt, keinen Bogen um die historische Perversionen eben dieses Zusammenhangs machen:

„Die Parole ‚Arbeit macht frei‘ an den Höllentoren zu den Konzentrationslagern verhöhnste ja nicht nur die Opfer in unglaublicher Weise, sondern macht es uns auch schwer, den Arbeitsbegriff aus seinen tödlichen und entwürdigenden Umklammerungen zu lösen. Jeder verharmlosende oder gar ästhetisierende Gebrauch des historisch bestimmten und ausgefüllten Begriffs verbietet sich seitdem.“ (Negt 2020, 474)

Möglicherweise ist es diesem schwierigen Unterfangen geschuldet, den Arbeitsbegriff aus „seiner tödlichen und entwürdigenden Umklammerung zu lösen“, dass in den wenigen existierenden sozialphilosophischen Auseinandersetzungen mit dem modernen Arbeitsbegriff Arbeit nur als eine rein instrumentelle Tätigkeit verstanden wird, die mit Kultur und Identitätsstif-

tung nichts zu tun hat.⁹⁶ Einige theoretische Stichwortgeber zeitgenössischer linker Forderungen, etwa eines bedingungslosen Grundeinkommens, sehnen sogar das Ende der herkömmlichen Bedeutung von Arbeit herbei und befürworten einen Exodus aus der Arbeitswelt (vgl. Gorz 2000).

So verlockend dieser Gedanke auch ist, stellt sich hier die Frage, wie überzeugend Rufe nach einem bedingungslosen Grundeinkommen oder einem neuen Arbeitsbewusstsein gerade für diejenigen sind, die um ihren Arbeitsplatz oder würdevolle Arbeitsverhältnisse kämpfen. Die Ergebnisse dieser Studie verdeutlichen dagegen, dass es an den konkreten Kämpfen um Würde in der Arbeit anzuknüpfen gilt. Denn in dem Kampf um würdevolle Arbeit steckt ein kollektives Verlangen, das viele oftmals gegeneinander ausgespielte Gesellschaftsgruppen vereinen könnte. Dieses gemeinsame Narrativ stellt eine konkurrierende Erzählung zu den xenophoben Identitätsstiftungen rechter Akteure sowie den immer kleinteiliger werdenden Anerkennungskämpfen linker Identitätspolitikern dar. Den radikalen Kritikern eines Festhaltens am Arbeitsbegriff sei gesagt, dass die Forderung nach würdevoller Arbeit keineswegs einer Kapitulation vor den Zwängen der kapitalistisch organisierten Arbeitswelt gleichkommen muss. Denn in dem Verlangen nach würdevoller Arbeit steckt der Funke eines utopischen Arbeitsbegriffs, den es zu bewahren gilt. In diesem Sinne fordert auch Negt, dass

„die Alternative zum System bürgerlicher Erwerbsarbeit, das uns vielleicht dumm und einseitig gemacht hat, aber in den Produktangeboten auch mit reichhaltigen Mitteln ausgestattet hat, nicht der illusionäre Idealismus der Aufhebung von Arbeit [ist], sondern der Kampf um Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen von Arbeit, die der Eigenproduktion, der Selbstverwirklichung und dem Gemeinwesen dienen.“ (Negt 2020, 429)

Auch zur Bewahrung dieser Utopie könnte es sich lohnen, den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Würde, Arbeit und Demokratie weiter nachzugehen.

96 Derzeit ist jedoch eine sozialphilosophische Wiederentdeckung des Themas „Arbeit“ erkennbar (vgl. Honneth 2023, Geuss 2023).

Literaturverzeichnis

- Abel, Jörg, Hartmut Hirsch-Kreinsen, und Peter Ittermann. 2009. „Einfacharbeit in der Industrie. Status quo und Entwicklungsperspektiven.“ *Soziologisches Arbeitspapier 24 der Technischen Universität Dortmund*.
- Abromeit, John. 2016. „Transformations of Producerist Populism in Western Europe.“ In *Transformations of Populism in Europa and the Americas: History and Recent Tendencies*, herausgegeben von John Abromeit et. al., 231–264. London: Bloomsbury.
- Adamczak, Bini. 2018. *Beziehungswise Revolution*. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. 1970. „Erziehung nach Auschwitz.“ In *Erziehung zur Mündigkeit, Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959-1969*, herausgegeben von Gerd Kadelbach, 92–109. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. 2018. *Studien zum autoritären Charakter*. 11. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Allen, Amy. 2017. *The End of Progress. Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory*. New York: Columbia University Press.
- Amable, Bruno, und Stefano Palombarini. 2018. *Von Mitterrand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems*. Berlin: Suhrkamp.
- Anderson, Eilzabeth. 2019. *Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*. Berlin: Suhrkamp.
- Asher, Robert. 1998. „Producerism is Consciousness of Class: Ironworkers' and Steelworkers' Views on Political Economy, 1894–1920.“ In *Organized Labor and American Politics, 1894-1994. The Labor-Liberal Alliance*, herausgegeben von Kevin Boyle, 51–70. New York: State University of New York Press.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke, und Rolf Weiber. 2018. *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 15. Auflage. Heidelberg: Springer.
- Baethge, Martin und Andrä Wolter. 2015. „The German skill formation model in transition: from dual system of VET to higher education?“ *Journal for Labour Market Research* 48, 97–112.
- Baron, Christian. 2016. *Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*. Berlin: Das neue Berlin.
- Beck, Linda, und Linus Westheuser. 2022. „Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen.“ *Berliner Journal für Soziologie* 32, 279–316.
- Bernhard, Christoph, Britta Matthes, und Christian Ebner. 2020. „Occupation-Based Measures - An Overview and Discussion.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 72, 41–78.

- Biskamp, Floris. 2022. „Ein sozioökonomischer Linksruck im Rechtspopulismus? Die sozioökonomische Positionierung radikaler Rechtsparteien in europäischen Wohlfahrtsstaaten.“ In *Exkludierende Solidarität der Rechten*, herausgegeben von Guilianna Soce et. al., 37-58. Wiesbaden: Springer VS.
- Brinkmann, Ulrich, Maren Hassan-Beik, und Lukas Zappino. 2020. *Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*. Wiesbaden: VSA.
- Bundestagswahl 2021. „Bundestagswahl 2021 – Stimmenanteil unter Arbeiter/innen“. URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.sh.tml> [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023]
- Butterwegge, Christoph. 2020. *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Basel: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Christoph und Gudrun Hentges. 2008. *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Chrupalla, Tino. 2022. „Deutschland muss bleiben.“ Rede auf dem 13. Bundesparteitag der AfD. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=wfqGTx9KNtU> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Cole, Harry. 2006. „Consciousness of Class? Australia’s ‘Producing Classes’, 1848-50.“ *Melbourne Historical Journal* 34, 35–51.
- Costas, Jana. 2023. *Im Minus-Bereich. Reinigungskräfte und ihr Kampf um Würde*. Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2019. *Gig Economy. Prekäre Arbeit im Zeitalter von Uber, Minijobs & Co.* Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Oliver, und Elmar Brähler. 2018. *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dejours, Christop, Jean-Philippe Deranty, Emmanuel Renault, und Nicholas Smith. 2018. *The Return of Work in Critical Theory. Self, Society, Politics*. New York: Columbia University Press.
- Dengler, Katharina, und Britta Matthes. 2018. „Wenige Berufsbilder halten mit der Digitalisierung Schritt.“ *IAB-Kurzbericht* 4, Nürnberg.
- Dörre, Klaus. 2020. *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, Klaus. 2018. „In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage.“ In *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*, herausgegeben von Karin Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek, 49-80. Frankfurt am Main: Campus.
- Deutscher Bundestag (2019): AfD sieht Handlungsbedarf beim Arbeitslosengeld I. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw39-de-arbeitslosengeld-i-659160> [zuletzt abgerufen am 19.07.2023]
- Dubet, Francois. 2008. *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. 1. Auflage. Hamburg: Hamburger Edition.
- Elsässer, Lea und Armin Schäfer, 2016. „Group Representation for the Working Class.“ *MPIfG Discussion Paper* 16/3, Köln.

- Eribon, Didier. 2016. *Rückkehr nach Reims*. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Fetscher, Iring. 1983. *Arbeit und Spiel: Essays zur Kulturkritik und Sozialphilosophie*. Stuttgart: reclam.
- Friedrich, Sebastian und Johannes Jolmes. 2020. „Amazon: Der Vorgesetzte sieht alles.“ *Panorama Magazin vom 15.10.2020*. URL: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Amazon-Der-Vorgesetzte-sieht-alles,amazon430.html> [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023].
- Friedrichs, Julia. 2021. *Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können*. Berlin: Berlin Verlag.
- Fukuyama, Francis. 2019. *Identität. Wie der Verlust von Würde unsere Demokratie gefährdet*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Garz, Detlef. 2006. *Sozialpsychologische Entwicklungstheorien: Von Mead, Piaget und Kohlberg bis zur Gegenwart*. Wiesbaden: VS.
- Geuss, Raymond 2023. *Über die Arbeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Gidron, N. und P. A. Hall 2020. Populism as a Problem of Social Integration. *Comparative Political Studies* 53 (7), 1027-1059.
- Glasman, Maurice. 1996. *Unnecessary Suffering. Managing Market Utopia*. London: Verso.
- Götz, Sören, 2017. „Populisten sind eigentlich Reformer.“ Interview mit der Populismusforscherin Karin Priester. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/populismus-bertelsmann-stiftung-karin-priester-interview/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 28.08.2023].
- Goldthorpe, John H. 2005. „Social Class and the Differentiation of Employment Contracts“. In *On Sociology. Numbers, Narratives, and the Integration of Research and Theory*, 206–29. Oxford: Oxford University Press.
- Gomberg, Paul. 2007. *How to Make Opportunity Equal?* Oxford: Blackwell.
- Goodhart, David. 2017. *The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics*. London: Penguin.
- Goodhart, David. 2020. *Kopf, Hand, Herz. Das neue Ringen um Status. Warum Handwerks- und Pflegeberufe mehr Gewicht brauchen*. 1. Auflage. München: Penguin.
- Gorz, André. 2000. *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Graeber, David. 2021. *Bullshit Jobs*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Haarfelddt, Mark. 2017. „Die Arbeitswelt im Fokus der AfD.“ In *Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus im Betrieb und Gesellschaft*, herausgegeben von Björn Allmendinger, Joachim Fähmann, und Klaudia Tietze, 118–25. Hamburg: VSA.
- Harder, Alexander und Benjamin Opratko. 2022. „Cultures of rejection at work: Investigating the acceptability of authoritarian populism.“ *Ethnicities* 22(3), 425-445.
- Harteveld, Eelco. 2016. „Winning the ‘losers’ but losing the ‘winners’? The electoral consequences of the radical right moving to the economic left.“ *Electoral Studies* 44, 225-234.

- Hagelüken, Alexander und Michael Kläsgen. 2019. „So überwacht Zalando seine Mitarbeiter.“ *Süddeutsche Zeitung vom 19.11.2019*. URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zalando-ueberwachung-zonar-1.4688431> [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023]
- Hall, Anja und Sevindik Ugur. 2018. „Einfacharbeit in Deutschland - wer arbeitet was und unter welchen Bedingungen? Ergebnisse aus der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2018.“ *Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 218*.
- Hambauer, Verena und Anja Mays. 2018. „Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien.“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften* 12, 133–154.
- Heitmeyer, Wilhelm. 2018. *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heller, Hermann. 1928. „Politische Demokratie und soziale Homogenität.“ In *Gesammelte Schriften*, herausgegeben von Christoph Müller, 2. Auflage, 421–433. Tübingen.
- Herzog, Lisa. 2020. *Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf*. Bonn: bpb.
- Hien, Wolfgang. 2018. *Die Arbeit des Körpers*. Wien: Mandelbaum.
- Hillje, Johannes. 2018. „Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich.“ Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Hochschild, Arlie. 2016. *Strangers in their Own Land*. New York: New Press.
- Hodson, Randy. 2001. *Dignity at Work*. New York: Cambridge University Press.
- Holst, Hajo, Steffen Niehoff, und Agnes Fessler. 2021. „Arbeiten in der Pandemie - Klassenungleichheiten und fragmentierte Corona-Erfahrungen.“ In *Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität? - Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus*, herausgegeben von Carmen Ludwig, Hendrik Simon, und Alexander Wagner, 2. Auflage, 34–51. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Honneth, Axel. 2012. „Moralbewusstsein und Klassenherrschaft.“ In *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie*, 5. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2016. *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. 9. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2018. *Anerkennung. Eine europäische Ideengeschichte*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2023. *Der arbeitende Souverän*. Berlin: Suhrkamp.
- Hövermann, Andreas. 2023. „Das Umfragehoch der AfD - aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. WSI Report (i.E.).
- Hövermann, Andreas, und Bettina Kohlrausch. 2022. „Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels.“ *WSI-Report* 73, Düsseldorf.
- Hövermann, Andreas Bettina Kohlrausch, und Dorothea Voss. 2021. „Anti-Demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel.“ *Policy Brief* 7. Düsseldorf.

- Hövermann, Andreas. 2022. „Wie Arbeit, Transformation und Soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen.“ *Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 241*. Düsseldorf
- Hürtgen, Stefanie. 2017. „Der subjektive gesellschaftliche Sinnbezug auf die eigene (Lohn)-Arbeit.“ In *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*, herausgegeben von Brigitte Aulenbacher, Maria Dammayer, Klaus Dörre, Wolfgang Menz, Birgit Riegraf, und Harald Wolf, 210–227. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Jaerisch, Ursula. 1975. *Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik der politischen Psychologie*. Frankfurt am Main: EVA.
- Jann, Olaf und Veith Selk. 2023. *Moralische Gentrifizierung. Soziologische Zeitdiagnostik und politische Theorie negativer Emotionen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Jörke, Dirk und Oliver Nachtwey. 2017. „Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien.“ In *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Leviathan-Sonderband*, 163–186. Baden-Baden.
- Jörke, Dirk und Veith Selk. 2017. *Theorien des Populismus*. Zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Jörke, Dirk und Veith Selk. 2018. „Populismus in Zeiten des postdemokratischen Liberalismus. Für eine Theorie des Populismus ohne Moralisierung.“ Soziopolis. URL: <https://www.sozio-polis.de/populismus-in-zeiten-des-postdemokratischen-liberalismus.html> [zuletzt abgerufen am 27.08.2023].
- Kaphegyi, Tobias. 2022. „Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten. Zur „Kulturkritik als Perspektive“ der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen in der AfD.“ In *Exkludierende Solidarität der Rechten*, herausgegeben von Guiliana Sorce et. al., 61-84. Wiesbaden: Springer VS.
- Karambeigi, Pujan, und Ines Schwerdtner. 2021. „Von Respekt allein kann sich niemand etwas kaufen.“ *Jacobin*. URL: <https://jacobin.de/artikel/spd-scholz-thierse-agenda-hartz-identitaetspolitik/> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Kazin, Michael. 2012. *The Populist Persuasion. An American History*. London: Cornell University Press.
- Kim, Seongcheol. 2021. „Zwischen ‚Moralismus‘ und ‚Normativität‘ der Populismusforschung. Ein Vermittlungsversuch.“ In *Wie weiter mit der Populismusforschung?*, herausgegeben von Seongcheol Kim und Veith Selk, 73-91. Baden-Baden: Nomos.
- Kim, Seongcheol, Samuel Greef und Wolfgang Schroeder (Hrsg.). 2022. *Rechte Akteure im Betrieb. Sechs EU-Länder im Vergleich*. Wiesbaden: Springer.
- Kohlrausch, Bettina. 2018. „Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus.“ *Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung 58*, Düsseldorf.
- Kratzer, Nick, Wolfgang Menz, Tullius Knut, und Harald Wolf. 2015. *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden: Nomos.
- Krebs, Angelika. 2002. *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Lamont, Michéle. 2000. *The Dignity of Working Men. Morality and the Boundaries of Race, Class, and Immigration*. New York: Russel Sage Foundation.
- Landtagswahl Brandenburg 2019. „Landtagswahl Brandenburg 2019 – Umfrage Wähler nach Tätigkeiten“. URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2019-09-01-LT-DE-BB/umfrage-job.shtml> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021. „Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021 – Wen wählen Arbeiter und Angestellte?“ URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-03-14-LT-DE-RP/umfrage-job.shtml> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Landtagswahl Sachsen 2019. „Landtagswahl Sachsen 2019 – Umfragen Wähler nach Tätigkeit“. URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2019-09-01-LT-DE-SN/umfrage-job.shtml> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Lasch, Christopher. 1991. *The true and only heaven. Progress and its critics*. New York/London: Norton & Company.
- Lasch, Christopher. 1995. *The Revolte of the Elites and the Betrayal of Democracy*. New York/London: Norton & Company.
- Leiulfprud, Hakon, Ivano Bison, und Heidi Jensberg. 2005. „Social Class in Europe. European Social Survey 2002/3.“ *NTNU Social Research Ltd.*, Trondheim.
- Lengfeld, Holger. 2017. „Die „Alternative für Deutschland“ eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 69, 209–232.
- Lengfeld, Holger, und Clara Dilger. 2018. „Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der ‚Alternative für Deutschland‘ mit dem Sozio-Ökonomischen Panel 2016.“ *Zeitschrift für Soziologie* 47 (3), 181–199.
- Liesenberg, Katharina. 2023. „Rezension: Malochen für die liberale Demokratie? Axel Honneth über die Demokratisierung der Arbeitswelt. Ethik und Gesellschaft 1/2023. URL: <https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/1217> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Lipset, Seymour Martin. 1959. „Democracy and Working-Class Authoritarianism.“ *American Sociological Review* 24 (4), 482–501.
- Louis, Édouard Louis. 2019. *Wer hat meinen Vater umgebracht?* Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Lübker, Malte. 2021. „How Much is a Box? The Hidden Cost of Adding an Open-Ended Probe to an Online Survey.“ *Methods, Data, Analysis* 15 (1), 7–42.
- Lübker, Malte, und Thorsten Schulten. 2021. „Tarifbindung in den Bundesländern. Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten.“ *Elemente qualitativer Tarifpolitik* 89. Düsseldorf.
- Lucas, Kristen. 2015. „Workplace Dignity: Communicating Inherent, Earned, and Remediated Dignity.“ *Journal of Management Studies* 52, 621–646.
- Lucas, Kristen, und Sahrah J. Baker. 2017. „It is safe to bring myself to work? Understanding LGBTQ experiences of workplace dignity.“ *Canadian Journal of Administrative Sciences* 34, 133–148.
- Lux, Thomas. 2018. „Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 70, 255–273.

- Margalit, Avishai. 2012. *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip. 2018. *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Aljoscha Jacobi. 2022. „Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern“. *Berliner Journal für Soziologie* 32, 173–212.
- Marx, Karl und Friedrich Engels. 2008 [1848]. „Manifest der Kommunistischen Partei“. In *Karl Marx. Philosophische und ökonomische Schriften*, herausgegeben von Johannes Rohbeck und Peggy H. Breitenstein, 82–96. Stuttgart: reclam.
- Menz, Wolfgang, und Sarah Nies. 2019. „Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive.“ *WSI Mitteilungen* 72 (3), 177–84.
- Merkel, Wolfgang, und Michael Zürn. 2019. „Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie“. In *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, herausgegeben von Julian Nida-Rümelin, Detlef von Daniels, und Nicole Wloka, 67–101. Berlin: De Gruyter.
- Meyer, Clemens. 2018. *Die Nacht, die Lichter. Stories*. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer.
- Michéa, Jean-Claude. 2014. *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*. 1. Auflage. Berlin: Matthes & Seitz.
- Misik, Robert. 2019. *Die falschen Freunde der einfachen Leute*. Berlin: Suhrkamp.
- Mooi, Erik, Marko Sarstedt, und Irma Mooi-Reci. 2018. „Cluster Analysis“. In *Market Research. The Process, Data, and Methods Using Stata*, 313–66. Wiesbaden: Springer.
- Moore, Barrington. 1987. *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Tobias. 2020. *Die Wurzeln des Populismus. Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts*. Bielefeld: transcript.
- Nachtwey, Oliver, und Maurits Heumann. 2019. „Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus“. In *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*, herausgegeben von Klaus Dörre et. al., 435–53. Wiesbaden: Springer VS.
- Nachtwey, Oliver, und Tim Spier. 2007. „Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei.“ In *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, herausgegeben von Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, und Franz Walter, 13–69. Wiesbaden: Springer VS.
- Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (Hg.). 2023. *Rassismusforschung 1. Theoretische und interdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Neckel, Sighard. 2016. „Die Refeudalisierung des modernen Kapitalismus.“ In *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen.*, herausgegeben von Heinz Bude und Philipp Staab, 157–174. Frankfurt am Main: Campus.
- Negt, Oskar. 2020. *Arbeit und menschliche Würde*. Göttingen: Steidl.

- Neuhäuser, Christian. 2013. „In Verteidigung der anständigen Gesellschaft.“ In *Menschenwürde und Demütigung. Die Menschenwürdekonzeption Avishai Margalits.*, herausgegeben von Eric Hilgendorf, 109–125. Baden-Baden: Nomos.
- Neuhäuser, Christian. 2018. *Reichtum als moralisches Problem*. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Nölke, Andreas. 2017. *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*. Frankfurt am Main: Westend.
- Oesch, Daniel. 2006a. „Coming to Grips with a Changing Class Structure: An Analysis of Employment Stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland.“ *International Sociology* 21 (2), 263–88.
- Oesch, Daniel. 2006b. *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*. Houndmills: Palgrave.
- Parkin, Frank. 1972. *Class Inequality and Political Disorder*. London: Paladin.
- Parkin, Frank. 2004. „Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung.“ In *Die Theorie sozialer Schließung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pfannkuche, Walter. 2015. „Zur Möglichkeit eines substantiellen Rechts auf Arbeit.“ In *Menschenrechte und Arbeit*, herausgegeben von Minou Banafshe, 33–49. Baden-Baden: Nomos.
- Pfeifer, Christian. 2007. „Recht auf Mitsprache und Tarifvertrag machen Arbeitsplätze attraktiv.“ *Böckler Impuls* 4, 1-3. URL: https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2007_04_3.pdf [zuletzt abgerufen am 29.08.2023]
- Piketty, Thomas. 2020. *Kapital und Ideologie*. München: C. H. Beck.
- Pollozcek, Magdalena, und Torben Schwuchow. 2021. „Aufbruch oder Verwaltung des Status Quo? Arbeitsmarktpolitik #BTW2021.“ URL: <https://www.wsi.de/de/blog-178-57-aufbruch-oder-verwaltung-des-status-quo-arbeitsmarktpolitik-btw21-35425.htm> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Priester, Karin. 2012. *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rattenhuber, Edeltraud. 2019. „Warum Langzeitarbeitslose die AfD wählen.“ *Süddeutsche Zeitung vom 11 September 2019*. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-arbeitslose-studie-1.4596134> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Reckwitz, Andreas. 2018. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Bonn: bpb.
- Reisner, Jessica. 2020. „VW Wolfsburg Halle 12: Arbeiter stirbt, Produktion geht weiter.“ URL: <https://arbeitsunrecht.de/vw-wolfsburg-halle12-arbeiter-stirbt-produktion-geht-weiter/> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Rorty, Richard. 2012. *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. 10. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sandel, Michael J. 2020. *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Sayer, Andrew. 2011. *Why Things Matter To People: Social Science, Values and Ethical Life*. New York: Cambridge University Press.

- Schäfer, Armin, und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Schelsky, Helmut. 1977. *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. München: DTV.
- Schröder, Martin. 2018. „AfD Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich.“ *SOEPPapers* 957.
- Schulz, Martin. 2017. „Rede zur Vorstellung des SPD-Kanzlerkandidaten, gehalten am 29.01.2017“. URL: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170129_Rede_Schulz.pdf [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Seeber, Susan, Markus Wieck, Volker Baethge-Kinsky, Vanessa Boschke, Christian Michaelis, Robin Busse, und Patrick Geiser. 2019. *Ländermonitor berufliche Bildung 2019. Ein Vergleich der Bundesländer mit vertiefender Analyse zu Passungsproblemen im dualen System*. Bielefeld: WBV.
- Sennett, Richard. 2010. *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit*. 3. Auflage. Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.
- Sewell, William H. 1980. *Work and Revolution in France. The Language of Labor from the Old Regime to 1848*. New York: Cambridge University Press.
- Sorce, Guiliana; Rhein, Philipp; Lehnert, Daniel und Tobias Kaphegyi. 2022. *Exkludierende Solidarität der Rechten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sozialpolitik. 2023. „Bevölkerung nach höchstem beruflichen Bildungsabschluss und Altersgruppen 2022“. URL: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV44.pdf [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Suzman, James. 2021. *Sie nannten es Arbeit. Eine andere Geschichte der Menschheit*. München: C.H. Beck.
- Tcherneva, Pavlina R. 2020. *A Job Guarantee*. Cambridge: Polity Press.
- Thelen, Kathleen Ann, und Marius R. Busemeyer. 2008. „From collectivism towards segmentalism: Institutional change in German vocational training.“ *MPIfG Discussion Paper* 8 (13).
- Thomas, Benjamin, und Kristen Lucas. 2019. „Development and Validation of the Workplace Dignity Scale.“ *Group & Organization Management* 44 (1), 72–111.
- Thompson, Edward P. 1980. „Die ‚moralische Ökonomie‘ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert.“ In *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, 67–130. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Träger, Hendrik, und Celine Matthies. 2022. „Die Bundestagswahl 2021 in Ostdeutschland.“ URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/343667/die-bundestagswahl-2021-in-ostdeutschland/> [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023].
- TNS Infratest Sozialforschung. 2012. „Die Vercodung der offenen Angaben der beruflichen Tätigkeit nach der Klassifikation der Berufe (KldB 2010) und nach der International Standard Classification of Occupations (ISCO08)“. URL: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_etb12_methodenberichte_06Berufsvercodung_KldB2010_ISCO08.pdf [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023]

- Tullius, Knut, und Harald Wolf. 2014. „Würde und Respekt in der Arbeit.“ *Mitteilungen aus dem SOFI* 21, 12–14.
- Tutić, Andreas, und Hagen von Hermanni. 2018. „Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 70, 275–294.
- Veblen, Thorstein. 2007. *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Verheyen, Nina. 2018. *Die Erfindung der Leistung*. 1. Auflage. München: Hanser Verlag.
- Voswinkel, Stephan. 2000. „Die Anerkennung der Arbeit im Wandel. Zwischen Würdigung und Bewunderung.“ In *Anerkennung und Arbeit*, herausgegeben von Ursula Holtgreve, Stephan Voswinkel, und Gabriele Wagner, 39–62. Konstanz: UVK.
- Wahlprogramm der AfD. 2021. „Deutschland. Aber Normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.“ URL: <https://www.afd.de/wahlprogramm/> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Wahlrecht. 2023. „Wahlrecht-Umfragen.“ URL: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/fo rsa.htm> [zuletzt abgerufen am 29.08.2023].
- Walter, Franz. 2021. *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. 3. Berlin: Suhrkamp.
- Weber, Max. 2005. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Wehler, Hans-Ulrich. 2010. *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 4*. Bonn: bpb.
- Weiß, Volker 2023: „Jetzt neu bei der AfD: Hass auf Reiche.“ *Süddeutsche Zeitung vom 11.07.2023*. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/afd-programm-1.6016154?reduced=true> [zuletzt abgerufen am 19.07.2023]
- Wendel, Saskia. 2003. *Feministische Ethik*. 1. Auflage. Hamburg: Junius.
- Wimmer, Christopher. 2021. *Lumpenproletariat. Die Unterklasse zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Wright, Erik Olin. 2000. *Class Counts*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Young, Michael. 1958. *The Rise of the Meritocracy*. London: Routledge.

Anhang

A Kreuztabellen: Soziodemografischen Merkmale der Cluster

Tabelle 17: Monatliches Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen

	Monatl. Äquivalenz-Netto-Haushaltseinkommen						Total
	Unter 1000€	1000- 2000€	2000- 3000€	3000- 4000€	4000- 5000€	Über 5000€	
Cluster 1	58 8%	242 35%	246 35%	76 11%	35 5%	36 5%	693 100.00
Cluster 2	86 14%	271 44%	167 27%	45 7%	20 3%	23 4%	612 100.00
Cluster 3	96 18%	245 46%	146 28%	20 4%	14 3%	9 2%	530 100.00
Total	240 13%	758 41%	558 30%	140 8%	69 4%	69 4%	1.835 100.00

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 18: Migrationshintergrund

	Migrationshintergrund		
	Nein	Ja	Total
Cluster 1	648 82%	144 18%	791 100
Cluster 2	535 80%	133 20%	668 100
Cluster 3	463 78%	132 22%	595 100
Total	1.645 80%	408 20%	2.054 100.00

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 19: Wohnort

	Wohnort		
	West	Ost	Total
Cluster1	668 87%	96 13%	764 100
Cluster 2	562 85%	98 15%	660 100
Cluster 3	486 86%	81 14%	567 100
Total	1.716 86%	276 14%	1.992 100

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 20: Altersgruppen

	Altersgruppen					Total
	16-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-65 Jahre	66 Jahre und älter	
Cluster 1	139 18%	214 27%	201 25%	232 29%	5 1%	791 100%
Cluster 2	98 14%	110 16%	181 27%	282 41%	8 1%	680 100%
Cluster 3	99 17%	132 22%	151 26%	203 34%	7 1%	592 100%
Total	336 16%	456 22%	534 26%	717 35%	20 1%	2.063 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 21: Geschlecht

	Geschlecht		
	Männlich	Weiblich	Total
Cluster 1	384 49%	408 51%	792 100%
Cluster 2	316 47%	362 53%	678 100%
Cluster 3	295 50%	296 50%	591 100%
Total	996 48%	1065 52%	2.061 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 22: Bildungsabschluss

	Höchster Bildungsabschluss						Total
	ohne Schulabschluss	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Schüler	anderer Abschluss	
Cluster 1	10 1%	128 16%	295 37%	327 41%	0 0%	35 4%	794 100%
Cluster 2	12 2%	115 17%	271 41%	220 33%	15 2%	30 5%	663 100%
Cluster 3	8 1%	156 26%	208 35%	193 32%	2 0.3%	29 5%	595 100%
Total	29 1%	399 19%	774 38%	740 36%	17 1%	94 5%	2.052 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

B Kreuztabellen: Arbeitsrelevanten Merkmale der Cluster

Tabelle 23: Befristung

	Befristeter Vertrag		
	Nein	Ja	Total
Cluster 1	696 88%	94 12%	790 100%
Cluster 2	570 84%	109 16%	679 100%
Cluster 3	481 82%	106 18%	587 100%
Total	1.748 85%	309 15%	2.057 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 24: Tarifvertrag

	Tarifvertrag		
	Nein	Ja	Total
Cluster 1	310 39%	477 61%	787 100%
Cluster 2	275 41%	401 59%	677 100%
Cluster 3	236 40%	348 60%	584 100%
Total	822 40%	1.226 60%	2.048 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 25: Betriebsrat

	Betriebsrat		
	Nein	Ja	Total
Cluster 1	308 39%	481 61%	789 100%
Cluster 2	228 34%	445 66%	673 100%
Cluster 3	253 43%	332 57%	584 100%
Total	789 39%	1.257 61%	2.046 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 26: Gewerkschaftsmitgliedschaft

	Gewerkschaftsmitglied		
	Nein	Ja	Total
Cluster 1	671 85%	118 15%	789 100%
Cluster 2	561 83%	117 17%	678 100%
Cluster 3	454 77%	136 23%	590 100%
Total	1.686 82%	371 18%	2.057 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 27: Berufl. Qualifizierung

	Beruflicher Qualifikationsrang				
	Professionelle	Semi-Prof	Lehrberufe	An- und Un- gelernte	Total
Cluster 1	191 25%	267 34%	259 33%	61 8%	778 100%
Cluster 2	112 17%	182 27%	277 41%	98 15%	669 100%
Cluster 3	84 14%	126 22%	225 38%	149 26%	585 100%
Total	387 19%	575 28%	761 37%	309 15%	2.032 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 28: Betriebsgröße

	Betriebsgröße						Total
	unter 5 Pers.	5-19 Pers.	20-199 Pers.	200-499 Pers.	500-1999 Pers.	Über 2.000	
Cluster 1	35 4%	161 20%	299 38%	105 13%	102 13%	85 11%	787 100%
Cluster 2	47 7%	146 22%	221 33%	92 14%	98 15%	69 10%	672 100%
Cluster 3	42 7%	113 19%	211 36%	94 16%	78 13%	51 9%	589 100%
Total	125 6%	429 21%	730 36%	291 14%	278 14%	204 10%	2.048 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

Tabelle 29: Wirtschaftszweig

	Wirtschaftszweig													Total
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Cluster 1	17 2%	142 18%	18 2%	72 9%	56 7%	60 8%	43 5%	17 2%	36 5%	42 5%	4 1%	171 22%	107 14%	784 100%
Cluster 2	29 4%	130 19%	33 5%	83 12%	44 7%	65 10%	30 4%	20 3%	33 5%	34 5%	6 1%	74 11%	97 14%	678 100%
Cluster 3	8 1%	85 15%	17 3%	93 16%	32 6%	47 8%	38 7%	14 2%	26 4%	25 4%	4 1%	83 14%	111 19%	582 100%
Total	54 1%	357 17%	68 3%	248 12%	132 7%	171 8%	111 5%	51 3%	95 5%	101 5%	14 1%	327 16%	314 15%	2044 100%

Quelle: Datensatz Soziale Lebenslagen 2020/21, eigene Berechnung

1. Land- Forstwissenschaft, Fischerei
2. Öffentlicher Dienst
3. Energie, Wasserversorgung, Bergbau
4. Produzierendes/Verarbeitendes Gewerbe
5. Baugewerbe
6. Handel
7. Logistik und Verkehr
8. Gastgewerbe
9. Medien, Information, Kommunikation, Kunst
10. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
11. Grundstücks- und Wohnungswesen
12. Sozial- und Gesundheitswesen
13. Sonstige Dienstleistungen

C Einschränkungen der empirischen Untersuchung

In der empirischen Untersuchung der Forschungsthese sind einige Einschränkungen aufgefallen, die an dieser Stelle reflektiert werden sollen. Eine entscheidende Einschränkung betrifft die Repräsentativität der quantitativen Untersuchung. Wie in der Beschreibung des Datensatzes in Kapitel 6.1. bereits offengelegt wurde, ist der Datensatz von einer sozialen Schiefelage geprägt. So lässt sich eine deutliche Überrepräsentation der oberen Einkommens- und Bildungsschichten erkennen. Zwar wurde versucht, dieser Schiefelage mittels Gewichtungen entgegenzusteuern, dennoch verzerrt sie die Repräsentativität der Daten. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an den Befragungen zum Wahlverhalten. Dass die AfD im Datensatz nur ca. 4% der Stimmen und Bündnis90/Die Grünen fast 30% erhielten, widerspricht allen zeitgleichen Erhebungen zur Sonntagsfrage. Diese sahen die Grünen im Zeitraum der Datenerhebung bei ca. 20% und die AfD bei ca. 10%.⁹⁷ Der deutliche Größenunterschied kann einerseits auf die soziale Schiefelage des verwendeten Datensatzes zurückgeführt werden. Andererseits ist es auch einem grundlegendem Problem telefonbasierter Umfragen geschuldet. Gerade bei gesellschaftlich aufgeladenen und kontrovers diskutierten Themen spielt die soziale Erwünschtheit in dem Antwortverhalten der Befragten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese Probleme können in quantitativen Untersuchungen sicherlich nie gänzlich zufriedenstellend gelöst werden.

Eine weitere Einschränkung der empirischen Analyse hat sich durch die Auswahl und Formulierung der Items zur Durchführung der explorativen Clusteranalyse ergeben. Zwar wurden alle Items nach den gängigen Kriterien der quantitativen Forschung entwickelt und vor der Datenerhebung durch verschiedene Verfahren auf ihre Aussagekraft überprüft. Dennoch wurden in der Analyse der Items einige Interpretationsschwierigkeiten sichtbar. Das betrifft insbesondere Item 2: „Gemessen an meinen Leistungen, halte ich mein derzeitiges Gehalt für...“; mit den Antwortmöglichkeiten „viel zu niedrig“, „zu niedrig“, „angemessen“, „zu hoch“ und „viel zu hoch“. Die Logik dieser Antworten widerspricht streng genommen den anderen Items, die jeweils nach Zustimmung oder Ablehnung zu einer arbeitsbezogenen Aussage gefragt haben. Zwar können die Antworten auf die Frage nach der Angemessenheit des Gehalts in diesem Sinne als Abstufungen der

97 Vgl. die Umfrageergebnisse von Infratest dimap für den Zeitraum 2020/21: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/dimap.htm> [zuletzt abgerufen am: 29.08.2023].

Zufriedenheit interpretiert werden. Besser wäre es jedoch gewesen, in der Formulierung der Items auf eine einheitliche Logik zu achten und dieses Item durch drei Aussagen zu ersetzen.⁹⁸

Die verwendeten Items zur Überprüfung der Forschungsthese haben sich in der explorativen Clusteranalyse insgesamt als gut erwiesen, um institutionelle Demütigungen und Kämpfe um Würde in der Arbeit zu untersuchen. Zukünftige Forschungen zu diesem Thema können ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie noch geeignetere Items entwickeln. Denkbar wäre etwa die Entwicklung eines Index zur Messung institutioneller Demütigungen und Kämpfen um Würde in der Arbeit. Der Fokus einer solchen Untersuchung würde deutlich stärker auf der Empirie und der Entwicklung von Items liegen.

98 Diese wären dann wie folgt: 1) „Gemessen an meinen Leistungen halte ich mein derzeitiges Gehalt für zu hoch.“ 2) „Gemessen an meinen Leistungen halte ich mein derzeitiges Gehalt für zu niedrig.“ 3) „Gemessen an meinen Leistungen halte ich mein derzeitiges Gehalt für zu niedrig.“ Die Antwortmöglichkeiten würden dann wie bei den anderen Items von 1 „stimme voll und ganz zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“ reichen.

